

**Studies on the Agricultural and Food Sector
in Central and Eastern Europe**

Sabine Baum

**Ausprägung interregionaler Disparitäten und Ansätze zur
Entwicklung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa**



**LEIBNIZ-INSTITUT FÜR AGRARENTWICKLUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA**

Ausprägung interregionaler Disparitäten und Ansätze zur Entwicklung
ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa

Studies on the Agricultural and Food Sector
in Central and Eastern Europe

Edited by
Leibniz Institute of Agricultural Development
in Central and Eastern Europe
IAMO

Volume 67

**Ausprägung interregionaler Disparitäten und
Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume in
Mittel- und Osteuropa**

**von
Sabine Baum**

IAMO
2012

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists the publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the internet at: <http://dnb.ddb.de>.

This thesis was accepted as a doctoral dissertation in fulfillment of the requirements for the degree "doctor agriculturarum" by the Faculty of Natural Sciences III at Martin Luther University Halle-Wittenberg on 14.07.2011.

Date of oral examination:	23.01.2012
Supervisor and Reviewer:	Prof. Dr. G. Buchenrieder
Co-Reviewer:	Prof. Dr. P. Weingarten
Co-Reviewer:	Prof. Dr. M. Kirk

Diese Veröffentlichung kann kostenfrei im Internet unter www.iamo.de/dok/sr_vol67.pdf heruntergeladen werden.

This publication can be downloaded free from the website www.iamo.de/dok/sr_vol67.pdf.

© 2012

Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)

Theodor-Lieser-Straße 2

06120 Halle (Saale)

Tel.: 49 (345) 2928-0

Fax: 49 (345) 2928-199

e-mail: iamo@iamo.de

<http://www.iamo.de>

ISSN 1436-221X

ISBN 978-3-938584-68-2

DANKSAGUNG

Diese Arbeit ist das Ergebnis meiner Forschungstätigkeit am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in Halle an der Saale. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mich während der Arbeit begleitet und fachlich und persönlich unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt meiner Betreuerin Gertrud Buchenrieder für ihre Unterstützung und hilfreichen Kommentare zu dieser Arbeit sowie Peter Weingarten für die gute Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen Zeit am IAMO. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Michael Kirk für seine Bereitschaft, diese Arbeit zu begutachten, Martin Petrick für seine wertvollen Vorschläge zur Strukturierung der Arbeit, bei Jana Fritsch für ihre Hilfe in statistischen Fragen, bei Anne Margarian für ihre guten Anmerkungen zum Kapitel 3 und bei Alfons Balmann, der mir die Möglichkeit gab, die Arbeit am IAMO zu beenden. Ich danke allen Kollegen am IAMO für die gute Arbeitsatmosphäre und die hervorragenden Möglichkeiten, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Vielfältige Unterstützung erhielt ich auch in technischen Belangen. Vielen Dank an Erik Siwkowski und Kristin Leimer für die Erstellung der Karten, an Natalia Bezat und Agata Dobruchowski für Übersetzungen aus dem Polnischen sowie Christoph Deindörfer und Birgit Velte für das abschließende Korrekturlesen der Arbeit.

Schließlich möchte ich mich ganz besonders bei Vladislav Valentinov bedanken, der mir während der ganzen Zeit mit seiner Liebe zur Seite stand, mich immer wieder ermutigt hat, stets zu fachlichen Diskussionen bereit war und mit konstruktiven Hinweisen zu dieser Arbeit beigetragen hat.

Halle an der Saale, Juni 2011

Sabine Baum

ZUSAMMENFASSUNG

Am 1. Mai 2004 sind – neben Malta und Zypern – acht mittel- und osteuropäische Länder der Europäischen Union (EU) beigetreten. Im Januar 2007 folgten Bulgarien und Rumänien. Mit dem Beitritt von insgesamt zwölf neuen Mitgliedstaaten haben die Disparitäten innerhalb der EU deutlich zugenommen. Gemäß Artikel 158 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist es das Ziel der EU, die Disparitäten zwischen Regionen zu verringern und zurückgebliebene Gebiete zu entwickeln. Damit steht die EU nicht nur vor der Herausforderung, die mit der Erweiterung gewachsenen interregionalen Disparitäten in der gesamten EU zu mindern, sondern auch die Entwicklungsunterschiede *innerhalb* der neuen Mitgliedstaaten abzubauen. Als Problemgebiete erweisen sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) neben Altindustrieregionen vor allem die ländlichen Räume. Diese leiden neben vielen allgemeinen Problemen ländlicher Regionen – wie eine geringe Bevölkerungsdichte, eine fehlende kritische Masse für Dienstleistungen und Infrastruktur, unbefriedigende Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und die Abwanderung junger Menschen – zusätzlich unter dem sozialistischen Erbe und den Umstrukturierungsprozessen während der Transformation.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, (1) das Ausmaß und die Veränderung der interregionalen Disparitäten, der Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen und der Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Regionen in den MOEL aufzuzeigen, (2) theoretisch zu diskutieren, ob regionalpolitische Maßnahmen notwendig sind, Disparitäten abzubauen und ländliche Räume zu entwickeln, und wenn ja, wie diese Maßnahmen ausgestaltet werden können, (3) am Beispiel des ländlichen Tourismus konkret aufzuzeigen, wie der Forderung nach der Diversifizierung ländlicher Räume begegnet werden kann.

Nach der Definition der Grundbegriffe "Region", "Entwicklung" und "ländliche Räume" werden im ersten Teil der Arbeit basierend auf regionalen EUROSTAT-Daten die Größe und zeitliche Änderung der interregionalen Unterschiede in der Wirtschaftskraft (BIP pro Kopf in Euro KKS), der Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen sowie der sozioökonomischen Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen in den MOEL analysiert. Für Letzteres kommt auch eine hierarchische Clusteranalyse zum Einsatz. Die empirische Analyse zeigt in allen Ländern einen deutlichen Anstieg der interregionalen Disparitäten zwischen 1995 und 2007, der in den meisten Ländern bis zuletzt andauerte. Es gibt kaum Anzeichen, dass sich diese Disparitäten allein durch die Kräfte des Marktes bald abschwächen könnten. Neben ausgeprägten Metropolisierungsprozessen zeigt sich in den MOEL eine zunehmende Marginalisierung der jeweils ärmsten Regionen eines Landes bezüglich ihrer Wirtschaftskraft. Darüber hinaus ist ein deutliches

Stadt-Land-Gefälle im Einkommen und der Wirtschaftskraft erkennbar. Ländliche Räume sind jedoch keinesfalls homogen. Es bestehen große Unterschiede im Ausmaß und in der Kombination der Probleme in den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Landwirtschaft. Die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommen und Arbeitsplätze sowie die Unterstützung des Strukturwandels und der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft erweisen sich in allen ländlichen Gebieten der MOEL als vorrangige allgemeine Herausforderungen. Die jeweilige Dringlichkeit und die notwendigen und gangbaren Wege zum Ziel sind jedoch sehr verschieden. Die Darstellung der Regional- und ländlichen Entwicklungspolitik in den MOEL vor und nach dem EU-Beitritt zeigt die noch unzureichenden finanziellen, institutionellen und personellen Ressourcen auf der regionalen Ebene mit einer begrenzten Fähigkeit, innovative Lösungen entwickeln.

Um interregionale Disparitäten mit Hilfe regionalpolitischer Maßnahmen erfolgreich abbauen zu können, müssen deren Ursachen als Ansatzpunkte für die Politik bekannt sein. Im zweiten Teil der Arbeit werden daher die regionalökonomischen Wachstums- und Entwicklungstheorien analysiert in Bezug auf die Fragen nach den Ursachen der Disparitäten, ihrer zu erwartenden Entwicklung und ihrer Beeinflussbarkeit durch Regionalpolitik. Die Analyse zeigt, dass es weder *die eine* Theorie der Regionalentwicklung noch *die eine* Ursache für eine erfolgreiche Regionalentwicklung gibt. Die verschiedenen theoretischen Ansätze betrachten jeweils unterschiedliche Aspekte des regionalen Entwicklungsprozesses. Sie stehen nebeneinander, ergänzen einander und widersprechen sich teilweise. Im Wesentlichen lassen sich sechs wichtige Faktoren der Regionalentwicklung aus den Theorien ableiten: regionale Ausstattung, zufällige Standortentscheidungen, Agglomerationseffekte, technischer Fortschritt, Netzwerke und die Verflechtung einer Region mit der Außenwelt. Welcher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region der entscheidende ist, scheint nicht verallgemeinerbar zu sein. Auch bezüglich der zu erwartenden, zukünftigen Entwicklung der regionalen Disparitäten treffen die Theorien keine eindeutige Aussage. Dennoch liefert die von vielen Ansätzen gezeigte reale Möglichkeit der (dauerhaften) Divergenz eine distributionspolitische Rechtfertigung für die Regionalpolitik. Ist daher ein Abbau regionaler Disparitäten dem Ausgleichsziel folgend gesellschaftlich gewünscht, so scheinen staatliche Maßnahmen unumgänglich, entweder als Finanzausgleich, der tendenziell einen dauernden Ausgleich notwendig macht, oder als Regionalpolitik mit dem Ziel der "Hilfe zur Selbsthilfe". Bei den meisten Theorien ist es jedoch sehr schwierig, detaillierte Handlungsempfehlungen abzuleiten. Insbesondere für ländliche Peripherregionen, die durch die große Bedeutung der Agglomerationsvorteile und daran gekoppelter Lernprozesse strukturell benachteiligt sind, lassen sich nur wenige Ansatzpunkte finden. Diese ergeben sich allenfalls aus den Ansätzen der (neo-)endogenen Entwicklung, der Industriedistrikte und Porters Clusteransatz. Für die praktische Regionalpolitik (einschließlich der Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume) lassen sich aus der Analyse der regionalökonomischen Theorien folgende, allgemein wichtige Leitlinien feststellen: (1) Es gibt nicht *die eine* Regionalpolitik.

Ein auf die jeweiligen Regionen zugeschnittener Ansatz ist unerlässlich. (2) In allen Regionen scheint es trotz aller Unterschiede wichtig zu sein, dem – nicht planbaren, doch unter Umständen sehr bedeutsamen – Faktor "Zufall" Wirkungsmöglichkeiten zu geben, d. h. ein institutionelles Umfeld für neue Ideen zu bieten. (3) Wegen der großen Bedeutung der Agglomerationsvorteile scheint Regionalpolitik in erster Linie über die Städte erfolversprechend, wenn es primär um einen Ausgleich zwischen größeren Regionen (und nicht zwischen städtischen und ländlichen Räumen) geht. In peripheren ländlichen Räumen ist auf jeden Fall eine "kritische Masse" für einen eigendynamischen Entwicklungsprozess notwendig. (4) Der Einfluss der Regionalpolitik ist begrenzt, sie kann regionale Entwicklungsprozesse nicht von Anfang an steuern und "aus dem Nichts" neue Entwicklungen anstoßen. (5) Da konkrete Maßnahmen meist nicht klar aus den Theorien ableitbar sind, hat das "Ausprobieren" neuer Wege und regionalpolitischer Instrumente eine besondere Bedeutung.

Es gibt indes nur wenige Bereiche, in denen ländliche Räume eindeutige Vorteile gegenüber Städten aufweisen, d. h. als Raum für die Wirtschaftsaktivität notwendig sind. Dazu gehört der Tourismus, der seit 1990 in den MOEL ein großer Hoffnungsträger für die ländliche Entwicklung ist. Daher wird im dritten Teil der Arbeit am Beispiel Polens mit Hilfe eines auf PORTER basierenden Analyserahmens kritisch beleuchtet, welche Rolle der Tourismus für die Stabilisierung und Diversifizierung ländlicher Räume in den MOEL spielen kann. Die Analyse macht die Grenzen der Entwicklungsoption "ländlicher Tourismus" deutlich. Der ländliche Tourismus in Polen zeigt wenige Stärken, viele Schwächen und einige Chancen und seine wirtschaftliche Bedeutung ist in den meisten ländlichen Gebieten außerhalb der traditionellen Tourismusdestinationen bis jetzt eher klein. Der ländliche Tourismus ist kein Allheilmittel für die Strukturprobleme der ländlichen Räume und seine Entwicklung benötigt eine sorgfältige Analyse der sieben vorgestellten Determinanten und funktionierende Organisationen auf regionaler Ebene.

Bis heute weist die Regionalpolitik in ihrer theoretischen Fundierung große Mängel auf. Für die regionalökonomische Forschung bestehen daher noch große Aufgaben im Destillieren der grundlegenden Erklärungselemente der Theorien und deren strukturierte Konfrontation mit empirischen Daten sowie der systematischen Evaluierung regionalpolitischer Maßnahmen.

SUMMARY

On May 1st 2004 eight Central and Eastern European countries – beside Malta and Cyprus – acceded to the European Union (EU). In January 2007 Bulgaria and Romania followed. The accession of twelve new Member States led to increasing interregional disparities in the EU. According to Article 158 of the Treaty establishing the European Community, the EU "shall aim at reducing disparities between the levels of development of the various regions and the backwardness of the least favoured regions or islands, including rural areas." Thus, the EU has not only to meet the challenge to reduce the interregional disparities in the entire EU, but also to lower the differences of development *within* the new Member States. In the Central and Eastern European countries (CEEC), problem areas are beside old industrialised areas particularly the rural ones. These areas suffer from factors, which are typical for many rural areas around the world, such as low population density, a missing critical mass for services and infrastructure, unsatisfying education and job opportunities, and the out-migration of young people. Additionally, rural areas in the CEEC have to cope with the socialist heritage and difficult restructuring processes during transformation.

This dissertation aims at (1) revealing the dimension and change of the interregional disparities and the differences between urban and rural areas as well as between individual rural areas in the CEEC. (2) In addition, the dissertation explores theoretically, whether regional policy measures are necessary to reduce disparities and to develop rural areas, and if yes, how these measures can be designed. (3) Finally, this thesis uses the example of rural tourism to show how the call for diversification of rural areas can be met.

After defining the basic terms "region", "development", and "rural areas", the first part of this thesis analyses – based on regional EUROSTAT data – the size and evolution of interregional disparities in the economic strength (measured by GDP per capita in Euro PPP), the differences between urban and rural areas and the socio-economic differences between individual rural areas in the CEEC. The latter will be done also by means of cluster analysis. The empirical study shows that interregional disparities have increased significantly between 1995 and 2007 in all countries. There are hardly signs that these disparities will be eliminated by market forces alone. The CEEC show pronounced metropolisation processes and a growing marginalisation of the poorest regions in terms of their economic strength. In addition, there is a clear urban-rural gradient in household income and GDP per capita. However, rural areas are not homogenous. There are substantial differences in the dimension and combination of problems in respect of population,

labour market and agriculture. The main challenges in all rural areas of the CEEC turn out to be the creation of non-agricultural income and jobs as well as the support of structural change and competitiveness in agriculture. However, their urgency and possible solutions are quite different. The description of the regional and rural development policy in the CEEC before and after EU accession reveals the still insufficient financial, institutional and personal resources at the regional level and a limited ability of the responsible public authorities to develop innovative solutions.

In order for interregional disparities to be successfully reduced, their causes have to be known as starting points for policy measures. Thus, in the second part of this thesis the regional growth and development theories will be analysed with regard to the following three questions: (1) What are the causes for interregional disparities? (2) Can convergence or divergence of disparities be expected in future? (3) Can disparities be influenced by regional policy? The analysis results in the finding that there is no *the* theory of regional development, nor is there *the* cause for a successful development of regions. The various theoretical approaches deal with different aspects of the regional development processes; they exist side by side, complement one another, and are partly contradictory. Essentially, six important factors of regional development can be derived from the theories: regional endowment, "accidental" location decisions, agglomeration effects, technical progress, networks, and the linkages of a region with the outside world. It can seemingly not be generalised, which factor is decisive for the economic development of a region. In addition, the theories do not come to definite statements concerning the probable future development of interregional disparities. Nevertheless, the real possibility of (enduring) divergence, which is formulated by several theoretical approaches, provides a justification for distribution-driven regional policy. Therefore, if society wishes the reduction of interregional disparities for equity reasons, measures of the state seem to be unavoidable, either as financial equalisation, which tends to be permanently necessary, or as regional policy of "helping regions to help themselves". However, for most regional economic theories it is difficult to derive detailed policy recommendations. Particularly for rural peripheral regions, which are structurally disadvantaged by the major significance of agglomeration effects and linked learning processes, there are only few starting points for policy. These arise at best from the approaches of (neo-)endogenous development, industrial districts and PORTERS cluster. For regional policy (including measures for development of rural areas), the following general findings can be drawn from the theoretical analysis: (1) There is no *the* regional policy, no one-size-fits-all instruments. A regionally tailored approach is indispensable. (2) In spite of differences, it seems important in all regions to give the factor of "accident" the opportunity to take effect, i.e., to create a suitable institutional environment for new ideas, start ups, and industrial locations. (3) Because of the great importance of agglomeration advantages, compensatory regional policy primarily focusing on urban centres is particularly promising, if the main aim is the balancing between

large regions (and not between urban and rural areas). In rural areas, "critical masses" are decisive for self-reinforcing development. (4) The impact of regional policy is limited. It cannot direct regional development processes from the very first, nor can it generate development "out of nothing". (5) Since practical, detailed policy measures can in most cases not be derived from theories, "trying out" new ways and regional policy instruments is significant.

There are indeed only few fields, in which rural areas have clear advantages compared with cities, i.e., in which their area is necessary for economic activities. One of them is tourism, on which all CEECs have pinned their hopes for rural development since 1990. Thus, the third part of this thesis critically examines the role tourism can play in the stabilisation and diversification of rural areas in the CEECs using the example of Poland. The analysis, which applies an analytical framework based on Porter, points out the limits of the "rural tourism" development option. Rural tourism in Poland exhibits few strengths, many weaknesses, and some opportunities. In most rural areas outside of the traditional tourist destinations, its economic significance is so far rather small. Rural tourism is not a panacea for the structural problems of rural areas and its development needs a careful analysis of the seven depicted success factors as well as functioning organisations at the regional level.

The theoretical foundations of regional policy have so far remained deficient in many crucial respects. This is why there is large potential for further regional economic research, particularly in the distillation of the basic explanatory elements of theories and their confrontation with empirical data as well as in the systematic evaluation of regional policies.

INHALTSVERZEICHNIS

Danksagung	i
Zusammenfassung	iii
Summary	vii
Abbildungsverzeichnis	xv
Tabellenverzeichnis	xvii
Abkürzungsverzeichnis	xix
1 Einführung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit	3
1.3 Begriffliche Grundlagen	4
1.3.1 Region.....	4
1.3.2 Entwicklung.....	5
1.3.3 Ländliche Räume.....	6
2 Interregionale Disparitäten und Entwicklung ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung für die Länder Mittel- und Osteuropas	11
2.1 Interregionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft	12
2.2 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen	19
2.3 Sozioökonomische Unterschiede zwischen ländlichen Regionen	22
2.3.1 Bevölkerung.....	22
2.3.2 Arbeitsmarkt.....	27
2.3.3 Landwirtschaft.....	31
2.4 Typisierung ländlicher Räume	35
2.4.1 Allgemeine Typisierungsansätze.....	35
2.4.2 Methodik und Daten.....	37
2.4.3 Ergebnisse der Analyse.....	43
2.4.4 Schlussfolgerungen.....	47
2.5 Regionalpolitische Maßnahmen der EU in der Praxis	49
2.5.1 Regionalpolitik und ländliche Entwicklungspolitik der EU.....	49

2.5.2	Aufbau von Institutionen der Regionalpolitik und ländlichen Entwicklungspolitik in den MOEL vor dem EU-Beitritt	52
2.5.3	Die Vorbeitrittsilfe SAPARD	54
2.5.4	Einführung der EU-Politik in den MOEL nach dem Beitritt	58
2.6	Schlussfolgerungen.....	63
3	Regionalökonomische Perspektiven zum Abbau interregionaler Disparitäten und zur Entwicklung ländlicher Räume – Ein Theorieüberblick	65
3.1	Grundlagen der Regionalentwicklung	67
3.1.1	Modell interner und externer Wachstumsdeterminanten	67
3.1.2	Agglomerationseffekte	67
3.2	Ältere regionale Wachstums- und Entwicklungstheorien.....	69
3.2.1	Neoklassischer Ansatz räumlicher Entwicklung.....	69
3.2.2	Polarisationstheorien	71
3.2.3	Exportbasistheorien.....	73
3.2.4	Ansätze der endogenen Entwicklung	75
3.2.5	Dynamisch-zyklische Ansätze von Industriestandorten	78
3.3	Neuere Ansätze regionaler Entwicklung.....	81
3.3.1	Neue bzw. endogene Wachstumstheorie.....	82
3.3.1.1	Allgemeine Beschreibung.....	82
3.3.1.2	Erklärung interregionaler Disparitäten und Implikationen für Regionalpolitik	85
3.3.1.3	Kritik und empirische Relevanz	87
3.3.2	Neue ökonomische Geographie	87
3.3.2.1	Allgemeine Beschreibung	87
3.3.2.2	Erklärung interregionaler Disparitäten und Implikationen für Regionalpolitik	92
3.3.2.3	Kritik und empirische Relevanz	94
3.3.3	Dynamisch-evolutionäre Ansätze des neuen Regionalismus.....	95
3.3.3.1	Allgemeine Beschreibung	95
3.3.3.2	Erklärung interregionaler Disparitäten und Implikationen für Regionalpolitik	105
3.3.3.3	Kritik und empirische Relevanz	107
3.4	Schlussfolgerungen.....	110
4	Das Potenzial des ländlichen Tourismus für die Entwicklung ländlicher Räume – Untersucht am Beispiel Polen.....	123
4.1	Definition der Begriffe ländlicher Tourismus und Agrotourismus	124
4.2	Allgemeine Geschichte des ländlichen Tourismus in Europa	125
4.3	Entwicklung und Struktur des ländlichen Tourismus in Polen.....	126

4.4 Determinanten für eine erfolgreiche touristische Entwicklung.....	131
4.5 Das Potenzial des ländlichen Tourismus in Polen.....	135
4.5.1 Angebotsfaktoren des ländlichen Tourismus in Polen.....	135
4.5.2 Nachfragebedingungen für den ländlichen Tourismus in Polen.....	140
4.6 Schlussfolgerungen.....	144
5 Zusammenfassende Schlussfolgerungen.....	147
5.1 Ausmaß und Entwicklung interregionaler Disparitäten in den MOEL.....	147
5.2 Erklärungsbeitrag regionalökonomischer Theorien bezüglich der Ursachen interregionaler Disparitäten und ihrer Beeinflussbarkeit durch Regionalpolitik.....	149
5.3 Ländlicher Tourismus – Allheilmittel für die Entwicklung ländlicher Räume in den MOEL?.....	152
5.4 Resümee und Implikationen für die zukünftige Forschung.....	154
6 Literatur.....	157
Anhang – Kartenverzeichnis.....	179

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Anteil der Regionen und Bevölkerung in ländlichen und städtischen Regionen (OECD-Kategorien) in den MOEL und der EU-15.....	8
Abbildung 2: Gewichteter Variationskoeffizient des BIP pro Kopf der NUTS-3-Regionen.....	15
Abbildung 3: Disparitäten im BIP pro Kopf zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL.....	18
Abbildung 4: Entwicklung der Beschäftigten in der Landwirtschaft in den MOEL.....	29
Abbildung 5: Anteil der Teilzeitbeschäftigten unter den Arbeitskräften in der Landwirtschaft in den MOEL.....	32
Abbildung 6: Elbow-Kriterium zur Bestimmung der Clusterzahl für die durchgeführte Clusteranalyse.....	41
Abbildung 7: Dendrogramm der durchgeführten Clusteranalyse mit Einteilung.....	42
Abbildung 8: Aufteilung der indikativen und ausgezahlten Finanzmittel auf die einzelnen Maßnahmen des SAPARD-Programms in den MOEL.....	57
Abbildung 9: Aufteilung der geplanten öffentlichen Ausgaben auf die Schwerpunkte in den ländlichen Entwicklungsprogrammen 2007-2013.....	62
Abbildung 10: Produktlebenszyklushypothese und Modell der "langen Wellen".....	80
Abbildung 11: Bifurkationsdiagramm für das Krugman Kern-Peripherie-Modell.....	90
Abbildung 12: Konzeptioneller Rahmen der lernenden Region.....	100
Abbildung 13: Die Bestimmungsfaktoren des nationalen Wettbewerbsvorteils von PORTER.....	102
Abbildung 14: Grundlegende Faktoren der Regionalentwicklung in der Betrachtung regionalökonomischer Wachstums- und Entwicklungstheorien.....	113
Abbildung 15: Betten in Beherbergungsbetrieben in Polen 1995-2009.....	126
Abbildung 16: Betten in Hotels in Polen 1995-2009.....	127
Abbildung 17: Absolute Anzahl der Agrotourismusbetriebe und ihr prozentualer Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben in der EU-27.....	129
Abbildung 18: Determinanten der erfolgreichen touristischen Entwicklung einer Region.....	133
Abbildung 19: Vergleich von PORTERS Erklärungsansatz nationaler Wettbewerbsvorteile mit dem eigenen Modell erfolgreicher regionaler Tourismusentwicklung....	134
Abbildung 20: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in Polen 1997-2009.....	140
Abbildung 21: Übernachtungen in Hotels in Polen 1997-2009.....	141

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Disparitäten im BIP pro Kopf zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL.....	16
Tabelle 2:	BIP pro Kopf auf nationaler Ebene und nach OECD-Kategorien in den neuen EU-Mitgliedstaaten 2004	19
Tabelle 3:	Verhältnis des durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommens ländlicher Haushalte zum nationalen bzw. städtischen Durchschnitt.....	21
Tabelle 4:	"Push"- und "pull"-Faktoren der interregionalen Wanderungen in Ungarn seit 1990.....	26
Tabelle 5:	Vergleich der zwei allgemeinen Verfahrensweisen zur Typisierung	37
Tabelle 6:	Eigenschaften der fünf Cluster und aller ländlicher NUTS-3-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten	44
Tabelle 7:	Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2000-2006 in Mio. Euro.....	59
Tabelle 8:	Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2007-2013 in Mio. Euro (Regional- und ländliche Entwicklungspolitik).....	60
Tabelle 9:	Übersicht über die Antworten regionalökonomischer Theorien nach Ursachen und Entwicklung interregionaler Disparitäten	119
Tabelle 10:	SWOT-Analyse des ländlichen Tourismus in Polen	146

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EGE	Europäische Größeneinheit
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EU	Europäische Union
EU-15	Europäische Union bis zur Erweiterung 2004 (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich)
EU-27	Europäische Union heute (mit 27 Mitgliedsländern)
EW	Einwohner
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
F&E	Forschung und Entwicklung
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession (Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt)
JAE	Jahresarbeitsseinheit
KKS	Kaufkraftstandards
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LEADER	Liaison entre actions de développement rural (Verbindungen zwischen Aktionen zur ländlichen Entwicklung)
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn)
NMS	Neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union seit 2004 bzw. 2007 (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)
NUTS	Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik der Europäischen Union)

OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PHARE	Poland and Hungary Aid for the Reconstruction of the Economy (Gemeinschaftshilfeprogramm für die Länder Mittel- und Ost- europas)
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Develop- ment (Sonderprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwick- lung)
TFR	Totale Fruchtbarkeitsrate
Tschech. R.	Tschechische Republik

1 EINFÜHRUNG

1.1 Problemstellung

Am 1. Mai 2004 sind – neben Malta und Zypern – acht mittel- und osteuropäische Länder der Europäischen Union (EU) beigetreten. Im Januar 2007 folgten Bulgarien und Rumänien. Mit dem Beitritt dieser zwölf neuen Mitgliedstaaten haben die regionalen Disparitäten innerhalb der EU deutlich zugenommen. Durch das geringere Niveau der Wirtschaftskraft in den neuen Mitgliedsländern hat das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftstandards) in der erweiterten EU-27 deutlich abgenommen: im Jahr 2007¹ betrug es nur 89,4 % des EU-15-Niveaus². Es ist daher ein wichtiges und ambitioniertes Ziel der EU, mit Hilfe regional- und strukturpolitischer Maßnahmen diese Disparitäten zwischen den Regionen zu verringern und zurückgebliebene Gebiete zu entwickeln:

"Die Gemeinschaft entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern. Die Gemeinschaft setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern" (Artikel 158 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlicht im AMTSLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN C 325/33 vom 24.12.2002).

Damit steht die EU nicht nur vor der Herausforderung, die mit der Erweiterung stark anwachsenden regionalen Disparitäten in der gesamten EU zu mindern, sondern auch die Entwicklungsunterschiede innerhalb der neuen Mitgliedstaaten abzubauen. Als Problemgebiete erweisen sich dabei in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)³ – neben Altindustriegebieten (FÖRSTER, 1999) – vor allem die ländlichen Räume. Weltweit leiden viele ländliche Regionen an ähnlichen Problemen, wie einer geringen Bevölkerungsdichte und damit einhergehend einer fehlenden kritischen Masse für Dienstleistungen und Infrastruktur, unbefriedigenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und der Abwanderung insbesondere junger Menschen aus diesen Regionen (OECD, 2006). Die ländlichen Räume der MOEL sind zudem

¹ Berechnet mit Eurostat-Daten (Stand: Dezember 2010).

² EU-15 bezeichnet die 15 Länder, aus denen die EU vor der Erweiterung im Jahr 2004 bestand. Dies sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden sowie das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

³ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

noch stark von den Besonderheiten aus der sozialistischen Zeit und den Folgen der Umstrukturierungsprozesse während der Transformation geprägt.

Bis 1990 spielte die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft in den ländlichen Räumen der MOEL, die Zahl der außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze war dagegen vergleichsweise gering (SIEBERT, 2001). Die Industrie war zu sozialistischer Zeit in urbanen Zentren konzentriert; eine Dekonzentration bis in den ländlichen Raum hat nicht in einem solchen Umfang stattgefunden wie beispielsweise in Westeuropa (BAŃSKI, 2004). Die zentral geplante Konzentration und Spezialisierung der Industrieproduktion an aus wirtschaftlicher Sicht häufig weniger geeigneten Standorten führte in vielen Regionen der MOEL zu krisenanfälligen Monostrukturen (HALLET, 1997; RÖMISCH, 2003). Der Dienstleistungssektor war insgesamt schwach ausgeprägt (SWAIN, 1996).

Von dem Transformationsprozess seit 1990 haben in den MOEL im Wesentlichen die Hauptstadt- und einige wenige andere Großstadtreionen profitiert. Dort fanden (ausländische) Direktinvestitionen, eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und ein hohes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf statt (BACHTLER et al., 2000; GORZELAK und SMĘTKOWSKI, 2010; HUBER, 2007). Die ländlichen Räume waren dagegen mit Beginn der Transformation durch die Umstrukturierung des Agrarsektors in den meisten Ländern von einem hohen Abbau landwirtschaftlicher Arbeitskräfte betroffen. In anderen Ländern übernahm die Landwirtschaft allerdings im Rahmen von (Semi)subsistenzproduktion in Kleinbetrieben eine soziale und wirtschaftliche Pufferfunktion und die Arbeitskräftezahlen nahmen nur wenig ab oder sogar zu. Ein stärkerer Rückgang der landwirtschaftlichen Beschäftigung wird hier in den kommenden Jahren erwartet (COPUS et al., 2006). Zusätzlich haben durch die Umstrukturierung der Industrie in den frühen 1990er Jahren viele Pendler aus dem ländlichen Raum ihre Arbeit verloren (SWAIN, 1996). Neue Arbeitsplätze in der ländlichen Wirtschaft sind außerhalb des Umlandes großer Städte bisher nur in geringem Umfang entstanden (BAŃSKI, 2004; SWAIN, 1996). Die Folge ist in den meisten ländlichen Regionen der MOEL eine hohe Arbeitslosigkeit, entweder in offener Form oder in der Landwirtschaft versteckt, indem viele Menschen in kleinen (Semi)subsistenzbetrieben beschäftigt und damit nicht ausgelastet sind (SIEBERT, 2001). Für die dringend benötigten Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum bietet die Landwirtschaft keine Wachstumspotenziale, sondern es muss mit einem fortschreitenden Abbau von Arbeitskräften in diesem Sektor gerechnet werden. Daher stellt die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, d. h. die Diversifizierung ländlicher Räume, eine allgemein erkannte Notwendigkeit und Forderung dar, um "lebensfähige, nachhaltige ländliche Gemeinwesen zu fördern" (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2003b) und Armut, Abwanderung und Überalterung zu verhindern.

1.2 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit

Basierend auf der bisherigen Entwicklung stellt sich die Frage nach dem derzeitigen Zustand und den zukünftigen Entwicklungsoptionen für die ländlichen Räume in den MOEL. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, zum einen das Ausmaß und die Veränderung der interregionalen Disparitäten, der Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen und der Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Regionen in den MOEL aufzuzeigen. Zum anderen soll theoretisch diskutiert werden, ob regionalpolitische Maßnahmen notwendig sind, Disparitäten abzubauen und ländliche Räume zu entwickeln, und wenn ja, wie diese Maßnahmen ausgestaltet werden können. Schließlich soll am Beispiel des ländlichen Tourismus konkret aufgezeigt werden, wie der Forderung nach der Diversifizierung ländlicher Räume begegnet werden kann. Dementsprechend besteht die vorliegende Arbeit aus drei aufeinander aufbauenden Teilen (Kapitel 2 bis 4):

(1) In Kapitel 2 werden der Umfang und die zeitliche Veränderung der interregionalen Disparitäten und die Entwicklungstendenzen ländlicher Räume in den MOEL aufgezeigt. Dies umfasst die auf regionalen EUROSTAT-Daten basierende Analyse der interregionalen Unterschiede in der Wirtschaftskraft, der Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen in Wirtschaftskraft und Einkommen sowie der sozioökonomischen Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Regionen. Es zeigt sich, dass seit 1990 die Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gewachsen sind. Darüber hinaus bestehen große Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Regionen bezüglich verschiedener demographischer, sozioökonomischer oder agrarstruktureller Indikatoren. Die EU versucht mit verschiedenen regional- und strukturpolitischen Maßnahmen, auf die Entwicklung ländlicher Räume einzuwirken und Disparitäten abzubauen. Am Ende des ersten Teils werden daher die EU-Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume vor und nach dem EU-Beitritt kurz beschrieben.

(2) Um interregionale Disparitäten mit Hilfe regionalpolitischer Maßnahmen erfolgreich abbauen zu können, müssen die Ursachen der Einkommensunterschiede und die Kausalzusammenhänge der Regionalentwicklung bekannt sein, um politische Maßnahmen an den richtigen Determinanten – statt an den Symptomen – erfolgreich ansetzen zu können. Der praktischen Regional- und ländlichen Entwicklungspolitik fehlt eine solche Fundierung. Die Begründung für ihre Ausgestaltung und vermutete Wirksamkeit basiert vor allem auf Plausibilitätsüberlegungen, empirischen Studien und allenfalls in Teilfragen auf einzelnen theoretischen Ansätzen. In Kapitel 3 der Arbeit werden daher die regionalökonomischen Wachstums- und Entwicklungstheorien daraufhin analysiert, ob sie Antworten auf die Fragen nach den Ursachen der interregionalen Disparitäten, ihrer zu erwartenden zukünftigen Entwicklung und ihrer Beeinflussbarkeit durch die Regionalpolitik geben. Dabei sind insbesondere die aus den Theorien ableitbaren Entwicklungsmöglichkeiten für die ländlichen Räume in den MOEL und die dafür notwendige Ausgestaltung politischer Maßnahmen von Interesse.

(3) Die große Bedeutung der Agglomerationsvorteile und daran gekoppelter Lernprozesse stellen einen strukturellen Nachteil für ländliche Peripherregionen dar. Entwicklungsoptionen für diese Regionen ergeben sich allenfalls aus drei theoretischen Ansätzen, den eher pragmatischen, strategisch-normativen Theorien der (neo-)endogenen Entwicklung, dem Konzept der Industriedistrikte und PORTERS Clusteransatz. Es gibt jedoch nur wenige Bereiche, in denen der ländliche Raum eindeutige Vorteile gegenüber den Stadtregionen aufweist, d. h. als Raum für die Wirtschaftsaktivität notwendig ist. Dazu gehört der Tourismus, der immer wieder als Möglichkeit genannt wird, die in den ländlichen Räumen der MOEL so dringend erforderlichen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen, und seit 1990 ein großer Hoffnungsträger in der ländliche Entwicklung der MOEL ist. Daher wird in Kapitel 4 am Beispiel Polens mit Hilfe eines auf PORTER basierenden Analyserahmens kritisch beleuchtet, welche Rolle der Tourismus für die Stabilisierung und Diversifizierung ländlicher Räume spielen kann und welche Hemmnisse und Chancen für die Entwicklung des ländlichen Tourismus bestehen.

Die Ergebnisse aus allen drei Kapiteln werden im Kapitel 5 der Arbeit zusammengefasst. Die einzelnen Kapitel resultieren teilweise aus der Arbeit in verschiedenen EU-Projekten und den dazu gehörenden Publikationen. So basiert das Kapitel 2 auf einem im Jahr 2005 in der *Agrarwirtschaft* erschienenen Artikel (BAUM und WEINGARTEN, 2005), der auf das EU-Projekt NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES (2004) zurückgeht und für die Dissertation umfassend aktualisiert und überarbeitet wurde, sowie übersetzten Auszügen von zwei Fachberichten des EU-Projektes SCARLED⁴ (BAUM, 2008a und 2008b). Kapitel 4 ist die übersetzte, erweiterte Version eines Artikels, der 2011 in der Zeitschrift *Eastern European Countryside* erschienen ist (BAUM, 2011).

1.3 Begriffliche Grundlagen

Die Analyse interregionaler Disparitäten, regionaler und ländlicher Entwicklung erfordert die Definition der Grundbegriffe "Region", "Entwicklung" und "ländliche Räume", welche im Folgenden für die vorliegende Arbeit vorgenommen werden soll.

1.3.1 Region

Für den Begriff "Region" gibt es keine einheitliche Definition. In der Öffentlichkeit und der Wissenschaft schwankt das Begriffsverständnis sowohl hinsichtlich der Dimensionierung als auch hinsichtlich der Art der Abgrenzung. Eine Region kann unterschiedlichste Raumeinheiten bezeichnen, von Standorten einzelner Betriebe über Städte bis zu subnationalen, nationalen oder supranationalen Gebietseinheiten. Eine Abgrenzung ist möglich nach homogenen, funktionalen oder administrativen

⁴ Siehe auch www.SCARLED.eu. Die Karten aus den Abschnitten 1.3.3 und 2.3 wurden original aus den Fachberichten übernommen und sind daher in englischer Sprache.

Planungsregionen. Für letztere besteht die beste Datenverfügbarkeit, sie zerschneiden jedoch häufig funktional verflochtene Wirtschaftsregionen (MÖNNICH, 2004). "Region ist [...] ein variables Konzept, das den jeweiligen Anforderungen entsprechend angepasst und definiert werden muss" (MAIER et al., 2006, S. 14). Die definitorische Abgrenzung einer Region hat für die Untersuchung interregionaler Disparitäten durchaus weitreichende Folgen. Je größer die untersuchten Regionen, desto mehr werden interne Divergenzen verwischt. Werden große Städte als eigene Region abgegrenzt, zeigt sich ein ganz anderes Muster als bei Regionen, die große Städte mit einschließen. In letzterem Fall können die Divergenzen zwischen den Regionen gering, aber innerhalb der Regionen zwischen Stadt und Land groß sein. Auch die in Kapitel 3 vorgestellten regionalen Entwicklungstheorien definieren ihren Regionsbegriff in der Regel nicht klar, weshalb in diesem Kapitel auch keine eindeutige Abgrenzung einer Region vorgenommen werden kann. Unter Region wird in dieser Arbeit jedoch immer eine subnationale Gebietseinheit zwischen der nationalen und der Gemeindeebene verstanden. Die empirische Analyse in Kapitel 2 wird auf Basis der NUTS-3-Regionen⁵ durchgeführt, da dies die kleinräumigste Ebene ist, auf der flächendeckend einheitliche Daten von EUROSTAT verfügbar sind.

1.3.2 Entwicklung

Auch der Begriff "Entwicklung" ist nicht allgemeingültig und vor allem nicht wertneutral definierbar. Insbesondere im Zusammenhang mit der Dritte-Welt-Problematik fanden und finden intensive Diskussionen darüber statt, was unter Entwicklung zu verstehen ist (MAIER et al., 2006). Lange Zeit wurde Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum gleichgesetzt und allein mit den Maßzahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschrieben. Diese Maßzahlen wurden immer wieder heftig kritisiert, weil sie zum Beispiel nicht alle wohlstandsmehrenden Aktivitäten erfassen oder soziale Kosten einer Produktion, wie Umweltschäden, nicht vom Bruttoproduktionswert abziehen (SCHÄTZL, 2000). Diese Kritikpunkte erweisen sich vor allem in manchen Entwicklungsländern als gravierend, wo sie den Wert derartiger Maßzahlen äußerst fragwürdig erscheinen lassen (MAIER et al., 2006). In den 1960er Jahren wurde Entwicklung zunehmend auch als gesellschaftlicher Prozess verstanden. Man versuchte folglich, die Lebensqualität der

⁵ NUTS = Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik der Europäischen Union): Die Ebene NUTS-0 umfasst jeweils das ganze Land. Die Ebene NUTS-1 umfasst in den Baltischen Ländern, der Tschechischen Republik, Slowenien und der Slowakei auch das ganze Land. Die übrigen MOEL sind in 2-6 Einheiten mit einer Bevölkerung zwischen jeweils 3 und 7 Millionen Einwohnern eingeteilt. NUTS-2 = In den MOEL insgesamt 54 Verwaltungseinheiten mit einer Bevölkerung von jeweils ca. 800 000 bis 3 Mio. Einwohnern (entsprechend den Regierungsbezirken in Deutschland). Im Baltikum auch das ganze Land umfassend. NUTS-3 = In den MOEL insgesamt 211 Gebiete mit einer Bevölkerung von jeweils ca. 150 000 bis 800 000 Einwohnern (entsprechend den Kreisen in Deutschland). LAU-2 = Lokale Gemeinden (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2007a).

Menschen zusätzlich mit gesellschaftlichen Indikatoren abzubilden (SCHÄTZL, 2000). Seit den 1980er Jahren gibt es darüber hinaus Bemühungen, auch ökologische Indikatoren in das Entwicklungskonzept mit einzubeziehen (MÜHLINGHAUS, 2002). Mit dem Brundtland-Bericht von 1987 wurde der Begriff der "nachhaltigen Entwicklung" geprägt, als Entwicklung, die "die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (HAUFF, 1987, S. 46). Dieses Verständnis von nachhaltiger Entwicklung berücksichtigt wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Aspekte gleichermaßen. Im Jahr 2007 haben die Europäische Kommission, das EU-Parlament, der Club of Rome, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der World Wide Fund For Nature (WWF) die Initiative "Mehr als BIP" ins Leben gerufen. Diese hat es sich zum Ziel gesetzt, die Messgrößen für Fortschritt, Reichtum und Wohlergehen zu verbessern und auch andere Dimensionen von Fortschritt – insbesondere umweltbezogene und soziale – mit einzubeziehen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009).⁶ Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen und es gibt bislang über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinaus keinen anderen allgemein anerkannten Wohlstandsindikator, der gleichermaßen für alle Regionen verfügbar ist. In dieser Arbeit wird daher "Regionalentwicklung" als regionales Wirtschaftswachstum verstanden, dessen wichtigster Indikator das BIP pro Kopf ist (vgl. die Analyse interregionaler Disparitäten in Kapitel 2). Für die Theoriebetrachtung in Kapitel 3 ist ein solches Verständnis auch dadurch gerechtfertigt, dass die diskutierten regionalökonomischen Theorien – mit Ausnahme der Ansätze der endogenen Entwicklung – alle auf dem Einkommens- und Wachstumsaspekt basieren (vgl. MAIER et al., 2006).

1.3.3 Ländliche Räume

Obwohl der Ausdruck "ländlicher Raum" sowohl in der Politik als auch von der Wissenschaft häufig verwendet wird, existiert dafür keine einheitliche Definition. Auch in den einzelnen Ländern der EU-27 werden jeweils unterschiedliche Definitionen verwendet. Das liegt unter anderem darin begründet, dass es "den ländlichen Raum" als einheitliche Raumkategorie nicht gibt, sondern eher ein Stadt-Land-Kontinuum und verschiedene ländliche Räume mit unterschiedlichsten Merkmalen (vgl. SCHLÖMER und SPANGENBERG, 2009; MARETZKE und WEIß, 2009). Durch den zunehmenden Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und einen wachsenden Anteil der Bevölkerung, der nicht aus diesem Sektor sein Haupteinkommen bezieht, sowie die Trends der Sub- und Counterurbanisierung sind die Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Gebieten in den letzten Jahrzehnten gewachsen (vgl. McDONNAGH et al., 2001). Eine Abgrenzung ländlicher Räume ist grundsätzlich strukturell, funktional oder gemäß einer Negativdefinition möglich (MÜHLINGHAUS, 2002). Am häufigsten werden ländliche Räume negativ als Gebiete außerhalb der Städte oder strukturell nach der Bevölkerungsdichte definiert. Ein

⁶ Siehe auch: <http://www.beyond-gdp.eu/de/index.html>.

weit verbreitetes Beispiel für Letzteres ist die OECD-Definition für ländliche Räume, die mit dem Ziel entwickelt wurde, internationale Vergleiche zu ermöglichen. In einem ersten Schritt werden ländliche Räume auf der Gemeindeebene abgegrenzt. Liegt die Bevölkerungsdichte in Gemeinden unter 150 Einwohner/km², so werden die Gemeinden als ländlich eingestuft. In einem zweiten Schritt werden auf regionaler Ebene (z.B. NUTS-3) drei Kategorien nach dem jeweiligen Anteil der in ländlichen Gemeinden lebenden Bevölkerung unterschieden (OECD, 1994):

- überwiegend ländliche Gebiete: über 50 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden;
- stark ländlich geprägte Gebiete: 15 bis 50 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden;
- überwiegend städtische Gebiete: unter 15 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden.

Im Jahr 2005 hat die OECD einige Modifikationen in diesem zweiten Schritt der Klassifizierung eingeführt (OECD, 2005):

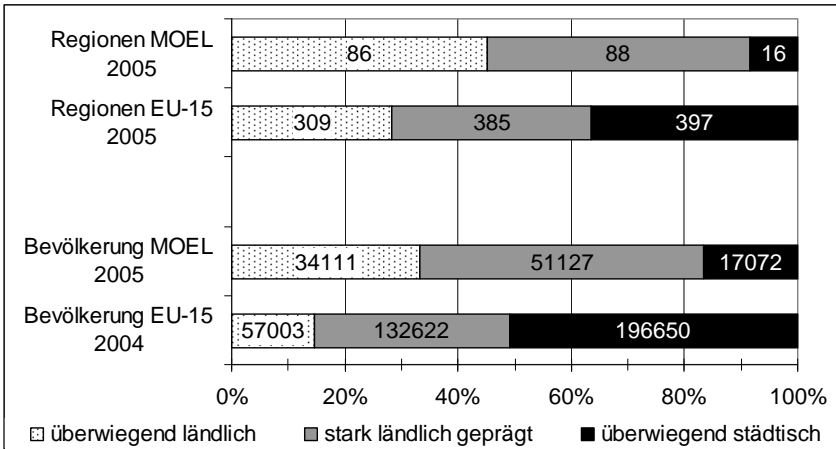
- Gibt es in einem "überwiegend ländlichen Gebiet" ein städtisches Zentrum mit über 200.000 Einwohnern (in der EU), das nicht weniger als 25 % der regionalen Bevölkerung repräsentiert, so wird dieses Gebiet umgruppiert als "stark ländlich geprägt".
- Gibt es in einem "stark ländlich geprägten Gebiet" ein städtisches Zentrum mit über 500.000 Einwohnern (in der EU), das nicht weniger als 25 % der regionalen Bevölkerung repräsentiert, so wird dieses Gebiet umgruppiert als "überwiegend städtisch".

Ein "städtisches Zentrum" ist in Europa definiert als lokale administrative Einheit (LAU-2, z.B. Gemeinde) mit einer Bevölkerungsdichte über 150 Einwohnern/km² und einer Gesamtbevölkerung von über 200.000 Einwohnern.

Wendet man die OECD-Definition auf die NUTS-3-Regionen der MOEL an, zeigt sich, dass die MOEL sehr viel ländlicher sind als die Länder der EU-15, sowohl bezogen auf den Anteil ländlicher Regionen (92 % im Vergleich zu 64 % in der EU-15) als auch den Anteil der ländlichen Bevölkerung (83 % im Vergleich zu 49 % in der EU-15) (siehe Abbildung 1). Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung der MOEL wohnt in "überwiegend ländlichen Gebieten" (im Vergleich zu 15 % in der EU-15).

Karte 1 im Anhang zeigt, dass alle MOEL – mit Ausnahme der Tschechischen Republik – nennenswerte Anteile "überwiegend ländlicher Gebiete" haben. Klassifiziert als "überwiegend städtisch" sind fast ausschließlich die Hauptstädte neben anderen größeren Städten in Polen und der Region Kirde-Eesti im Nordosten von Estland.

Abbildung 1: Anteil der Regionen und Bevölkerung in ländlichen und städtischen Regionen (OECD-Kategorien) in den MOEL und der EU-15



Quelle: Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabelle "reg_d3avg") und der OECD-Klassifizierung der NUTS-3-Regionen, bereitgestellt von der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission für das SCARLED Deliverable 3.2.

Die Bevölkerungsdichte als einziges Definitionskriterium für ländliche Räume heranzuziehen ist nicht unproblematisch, da sie stark zwischen einzelnen Ländern variiert. Ein bestimmter Grenzwert, der für dichter besiedelte Länder wie die Tschechische Republik (135 Einwohner/km²) angemessen ist, kann in dünner besiedelten Ländern wie Estland (31 Einwohner/km²) sogar größere Städte mit einschließen. Auch können die Gemeindeabgrenzungen, welche die Grundlage der Klassifikation bilden, und auch die Regionsabgrenzungen (vgl. Abschnitt 1.3.1) in den einzelnen Ländern voneinander abweichen. Schließlich werden keine funktionalen oder strukturellen Aspekte berücksichtigt, welche der Vielfalt ländlicher Räume gerecht werden. "Eine Abgrenzung ländlicher Räume nach der Bevölkerungszahl oder -dichte erfasst ländliche Räume allenfalls in ihrem allgemeinsten siedlungsstrukturellen Merkmal" (MARETZKE und WEIß, 2009, S. 33). Je mehr Indikatoren eine Definition jedoch mit einbezieht, desto höher sind die Datenanforderungen und der dafür notwendige Aufwand, und je stärker sie auf die Situation einzelner Länder abgestimmt ist, desto geringer wird die Vergleichbarkeit. Daher kann man sagen, dass die oben erläuterte OECD-Definition trotz ihrer Schwächen ihre Aufgabe erfüllt, grobe internationale Vergleiche zu ermöglichen. Eine Adaption oder eine eigene Definition ist dagegen sinnvoll, um spezifische ländliche Entwicklungsstrategien für einzelne Länder oder Regionen ausarbeiten zu können. Insbesondere eine Differenzierung ländlicher Räume nach ihrer Lage (zentral, peripher) erscheint zusätzlich zu der Abgrenzung nach der Siedlungsstruktur sehr sinnvoll,

wie sie beispielsweise in Deutschland für den kommenden Raumordnungsbericht 2010 vorgenommen wurde (SCHLÖMER und SPANGENBERG, 2009). Denn ländliche Räume im Umland großer Städte haben ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten als ländlich-periphere Räume (vgl. dazu auch die theoretischen Ausführungen in Kapitel 3). Darüber hinaus unterscheidet sich das Entwicklungspotenzial ländlicher Räume mit gleichen Besiedlungs- und Lagemerkmalen je nach verfügbaren Einkommen bzw. regionaler Wirtschaftskraft.

2 INTERREGIONALE DISPARITÄTEN UND ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME ALS REGIONALPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS⁷

Während der sozialistischen Zeit stellte eine relativ einheitliche Einkommensverteilung ein wichtiges politisches Ziel dar. In den zentral gelenkten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen Mittel- und Osteuropas waren interpersonale und -regionale Einkommensunterschiede daher viel schwächer ausgeprägt als in den stärker am Leistungsprinzip orientierten marktwirtschaftlichen Ländern Westeuropas. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass seit dem Beginn der Transformation zu einem marktwirtschaftlichen System die Einkommensunterschiede in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) zugenommen haben.

Das Ziel dieses Kapitels ist es, das Ausmaß, die Struktur und zeitliche Veränderung der interregionalen Disparitäten und die Entwicklungstendenzen ländlicher Räume in den MOEL aufzuzeigen. Dabei werden zunächst – basierend auf regionalen EUROSTAT-Daten – die interregionalen Unterschiede in der Wirtschaftskraft unter Verwendung von gewichteten Variationskoeffizienten (Sigma-Konvergenz), Verhältniszahlen, Boxplot-Diagrammen und Karten dargestellt (Abschnitt 2.1). Anschließend werden die Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen analysiert. Neben regionalen EUROSTAT-Daten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nach den OECD-Kategorien "überwiegend ländlich", "stark ländlich geprägt" und "überwiegend städtisch" (vgl. Abschnitt 1.3.3) werden verfügbare nationale Daten zum Haushaltseinkommen in ländlichen und städtischen Räumen ausgewertet (Abschnitt 2.2). Abschnitt 2.3 zeigt schließlich die großen regionalen Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Regionen hinsichtlich Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Agrarstruktur. Dies wird auch durch eine Clusteranalyse ländlicher Regionen in den MOEL verdeutlicht (Abschnitt 2.4). Abschließend werden die politischen Maßnahmen zum Abbau interregionaler Disparitäten und zur Entwicklung ländlicher Räume in den MOEL vor und nach dem EU-Beitritt kurz

⁷ Dieses Kapitel basiert auf einem 2005 erschienenen und für die Dissertation umfassend aktualisierten und überarbeiteten Artikel in der *Agrarwirtschaft* (BAUM und WEINGARTEN, 2005). Die Zeitschrift *Agrarwirtschaft* wurde zwischenzeitlich umbenannt in *German Journal of Agricultural Economics* (GJAE). Sie erscheint als reine Online-Publikation unter www.gjae-online.de. Dort ist der Artikel zugänglich (Nr. 4/2005). Ergänzt wurde der Artikel um übersetzte Auszüge von zwei Fachberichten des Projektes SCARLED (www.SCARLED.eu), BAUM, 2008a (insbesondere für Abschnitt 2.3) und BAUM, 2008b (für Abschnitt 2.4). Die Karten aus dem Abschnitt 2.3 wurden original aus den Fachberichten übernommen und sind daher in englischer Sprache.

beschrieben (Abschnitt. 2.5). Im letzten Abschnitt 2.6 werden die Ergebnisse der Analysen zusammengefasst.

2.1 Interregionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft

Zur Betrachtung der Disparitäten im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Regionen wird in diesem Kapitel das BIP pro Kopf (Pro-Kopf-Einkommen) verwendet, das trotz messtechnischer, definitorischer und wohlfahrtstheoretischer Unzulänglichkeiten (vgl. Abschnitt 1.3.2) einen geeigneten und in der Praxis der Wachstumsempirie den wichtigsten Indikator für die wirtschaftliche Leistungskraft einer Region darstellt (HEMMER und LORENZ, 2004; SCHÄTZL, 2000). Die Vergleichbarkeit des BIP pro Kopf verschiedener Länder wird mit der Verwendung von Kaufkraftstandards⁸ (KKS) erreicht (vgl. HEMMER und LORENZ, 2004).

Betrachtet man das BIP pro Kopf in den NUTS-3-Regionen der EU-27 im Jahr 2007 (Euro KKS in % des EU-27-Durchschnitts), so lässt sich zum einen der Entwicklungsrückstand der MOEL gegenüber den Ländern der EU-15 erkennen, es werden zum anderen aber auch beträchtliche regionale Unterschiede innerhalb der MOEL deutlich (siehe Karte 2 im Anhang). Das höchste BIP pro Kopf erreichen in den MOEL die Hauptstädte und ihr Umland, große polnische Städte, Regionen in Slowenien und die polnische Region Legnicko-Glogowski (über 75 % des EU-Durchschnitts). Spitzenreiter sind dabei Prag, Warschau und Bratislava (über 150 % des EU-Durchschnitts) sowie Budapest, Ljubljana, Tallinn und die polnische Stadt Posen (über dem EU-Durchschnitt von 24.900 Euro KKS). Dagegen beträgt in fast allen Regionen Bulgariens, in großen Teilen Rumäniens und Lettlands, etlichen polnische Regionen (vor allem im Osten) sowie einzelnen Regionen in Litauen und Nordungarn das BIP pro Kopf weniger als 35 % des EU-Durchschnitts. Während sich zwischen 1995 und 2000 nur in 45 % der Regionen in den MOEL der Abstand zur EU-15 verringerte (BAUM und WEINGARTEN, 2005), waren dies zwischen 2002 und 2007 bereits 92 %. Bezogen auf das BIP pro Kopf der EU-27 haben 184 von 211 Regionen in den MOEL ihre Position verbessert, ein deutlicher Aufholprozess ist also erkennbar. Ein besonders hohes Wachstum des BIP pro

⁸ Kaufkraftstandards sind eine fiktive Währung, die Unterschiede in der Kaufkraft, d. h. unterschiedliche Preisniveaus, zwischen Ländern beseitigt. Auf diese Weise kann dieselbe nominale Gesamtsumme in zwei Ländern mit unterschiedlichen Preisniveaus unterschiedliche Beträge der Kaufkraft zur Folge haben. Die nationale Währung wird mit Hilfe von Kaufkraftparitäten in Kaufkraftstandards umgerechnet. Kaufkraftparitäten erhält man als gewichteten Durchschnitt der relativen Preisrelationen in Bezug auf einen homogenen Waren- und Dienstleistungskorb, der vergleichbar und repräsentativ für jedes Land ist. Sie werden so festgelegt, dass die durchschnittliche Kaufkraft von einem Euro in der EU einem Kaufkraftstandard entspricht. Kaufkraftstandards wurden in erster Linie für räumliche Vergleiche und nicht für Vergleiche im Zeitablauf entwickelt (EUROSTAT, 2010). Kaufkraftstandards gleichen Unterschiede in der Kaufkraft zwischen Ländern aus, berücksichtigen aber nicht die regionalen Unterschiede *innerhalb* eines Landes, weshalb interregionale Disparitäten tendenziell eher überbewertet werden.

Kopf konnten neben den Hauptstädten große Teile Rumäniens, der Baltischen Staaten und der Westslowakei realisieren. Dagegen sind Regionen in Ungarn, Bulgarien und jeweils eine Region in der Tschechischen Republik und Slowenien gegenüber dem EU-27-Durchschnitt zurückgefallen. Auffällig sind die teilweise sehr großen Wachstumsunterschiede innerhalb eines Landes, beispielsweise in Bulgarien (siehe Karte 3 im Anhang).

Um die Entwicklung der interregionalen Disparitäten im BIP pro Kopf, d. h. die Konvergenz oder Divergenz zwischen Regionen, analysieren zu können, existieren in der wissenschaftlichen Literatur zwei unterschiedliche Ansätze. Das erste Konzept zur Konvergenzmessung ist die sogenannte β - (Beta-) Konvergenz. Diese tritt auf, wenn wirtschaftlich schwache Regionen schneller wachsen als wirtschaftlich starke Regionen (BARRO und SALA-I-MARTIN, 1995). Ob sie vorliegt, wird in der Regel mittels Regression geprüft, bei der die über einen bestimmten Zeitraum gemittelte Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens einer jeden einzelnen Region anhand der Daten eines Regionenquerschnitts auf das jeweilige Ausgangsniveau des Pro-Kopf-Einkommens und auf weitere Wachstumsdeterminanten regressiert wird (HEMMER und LORENZ, 2004). β -Konvergenz ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für das Stattfinden eines Aufholprozesses zwischen armen und reichen Regionen im Sinne einer Annäherung ihrer Pro-Kopf-Einkommen. Direkt auf die Verringerung der Einkommensvarianz bezieht sich die sogenannte σ - (Sigma-) Konvergenz (HEMMER und LORENZ, 2004), das zweite Konzept zur Konvergenzmessung. Sie misst die Streuung der Pro-Kopf-Einkommen im Zeitablauf beispielsweise mit Hilfe der Standardabweichung. Eine Abnahme der Standardabweichung ist nach diesem Konzept gleichbedeutend mit einer Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen, ein Anstieg spiegelt dementsprechend Divergenz wider (SCHÄTZL, 2000). Beide Maße hängen zusammen. Denn σ -Konvergenz ist nur denkbar – aber nicht zwingend – wenn auch β -Konvergenz zu beobachten ist (LEBMANN, 2005). Während sich die β -Konvergenz vor allem zur Bestimmung der Konvergenzgeschwindigkeit unter bestimmten (in der jeweiligen Regression zu konkretisierenden) Annahmen in einem Regionen- oder Länderquerschnitt eignet, ist die σ -Konvergenz vorzugsweise zur deskriptiven Betrachtung der Entwicklung der räumlichen Einkommensverteilung im Zeitablauf heranzuziehen (HEMMER und LORENZ, 2004). Da es in diesem Kapitel um die zuletzt genannte Fragestellung geht, d. h. um die Analyse sowohl des Ausmaßes interregionaler Disparitäten im Länderquerschnitt als auch der Entwicklung der Disparitäten in den einzelnen Ländern im Zeitablauf, wird in diesem Kapitel das Konzept der σ -Konvergenz verwendet.

Die σ -Konvergenz wird häufig mit Hilfe der Standardabweichung berechnet. Für einen Ländervergleich, wie er hier vorgenommen werden soll, ist die Standardabweichung jedoch weniger geeignet, da sie sich jeweils auf unterschiedlich hohe Niveaus der Variablenwerte bezieht. Sind beispielsweise die numerischen Werte der Ausgangsdaten sehr hoch, so wird auch die Standardabweichung groß ausfallen.

Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit der Variationskoeffizient für verschiedene Zeitpunkte berechnet. Dieser drückt als relatives Streuungsmaß die Standardabweichung als relativen Anteil am arithmetischen Mittelwert aus (BAHRENBURG et al., 2010). Zusätzlich wird eine Gewichtung des Variationskoeffizienten mit der Bevölkerungsgröße vorgenommen. Der sogenannte gewichtete Variationskoeffizient v_g wurde erstmals von WILLIAMSON (1965) für die Messung regionaler Einkommensunterschiede verwendet (BAHRENBURG et al., 2010, S.77):

$$v_g = \frac{s_g}{\bar{x}_g} = \frac{\sqrt{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x}_g)^2 \cdot \frac{g_i}{G}}}{\bar{x}_g}$$

v_g = gewichteter Variationskoeffizient

s_g = gewichtete Standardabweichung

\bar{x}_g = gewichtetes arithmetisches Mittel (BIP pro Kopf des Gesamttraumes)

x_i = BIP pro Kopf in der Teilregion i

g_i = Bevölkerung der Teilregion i

G = Bevölkerung des Gesamttraumes

n = Zahl der Regionen

Er wurde in Folge vielfach für die Untersuchung regionaler Disparitäten verwendet, jüngere Beispiele sind BERTHOLD und MÜLLER, 2010, EZCURRA und PASCUAL, 2008 oder SAKAMOTO und FAN, 2009. Durch die Gewichtung wird der Einfluss einzelner Regionen auf die Höhe des Variationskoeffizienten von ihrer Bevölkerungsgröße bestimmt und eine Verzerrung durch den ungleichen Zuschnitt von Regionen ausgeschlossen. In den MOEL ist der gewichtete Variationskoeffizient in der Regel größer als der ungewichtete, da in allen Ländern die Hauptstädte die höchste Abweichung vom Mittelwert und gleichzeitig den größten Bevölkerungsanteil aufweisen. Ausnahme ist die Slowakei, in der die Bevölkerung relativ gleichmäßig auf alle Regionen verteilt ist.

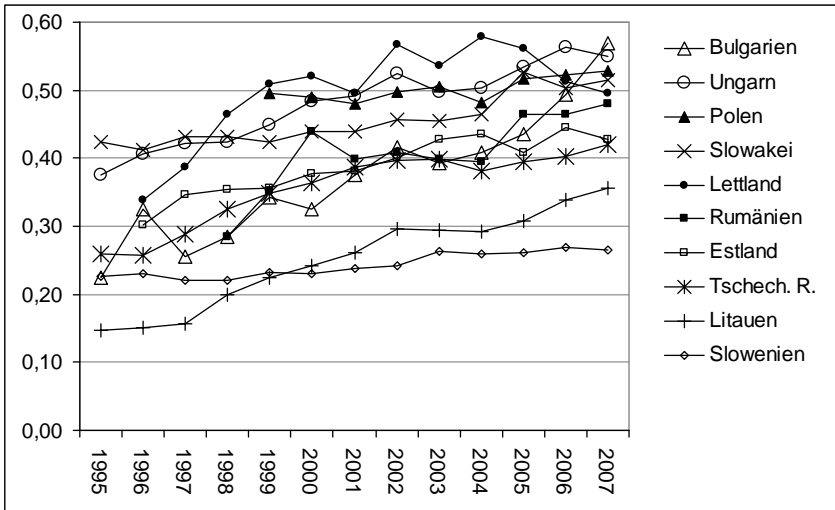
Die Analyse des gewichteten Variationskoeffizienten des BIP pro Kopf (in Euro KKS) der NUTS-3-Regionen für die Jahre 1995 bis 2007 zeigt eine deutliche Zunahme interregionaler Disparitäten in allen MOEL (siehe Abbildung 2).⁹ Der Anstieg war besonders ausgeprägt in Bulgarien, Litauen, Rumänien und bis 2004 in Lettland. Ein eher schwacher Anstieg fand – auf sehr unterschiedlichem Niveau – in Polen und Slowenien statt, wobei für Polen der Koeffizient aufgrund fehlender Werte¹⁰ nur ab 1999 berechnet werden konnte und frühere Berechnungen einen deutlichen Anstieg zwischen 1995 und 2000 ergaben (BAUM und WEINGARTEN, 2005). Lettland ist das einzige Land, in dem es seit 2004 zu einer nennenswerten Verringerung der regionalen Disparitäten gekommen ist, die jedoch nach wie vor

⁹ Derselbe Entwicklungstrend zeigt sich in allen MOEL auch beim ungewichteten Variationskoeffizienten.

¹⁰ Dies ist bedingt durch die Änderungen der administrativen Gliederung auf NUTS-3-Ebene in Polen.

mit einem Wert von 0,50 sehr hoch sind. Die höchsten interregionalen Disparitäten im BIP pro Kopf (in Euro KKS) gemessen mit dem gewichteten Variationskoeffizient hatten im Jahr 2007 Bulgarien (0,57), Ungarn (0,55), Polen (0,53) und die Slowakei (0,52), die niedrigsten Slowenien (0,27). Im Durchschnitt hat der gewichtete Variationskoeffizient in den MOEL von 0,31 im Jahr 1999 auf 0,46 im Jahr 2007 zugenommen (siehe Tabelle 1, Spalte C).

Abbildung 2: Gewichteter Variationskoeffizient des BIP pro Kopf (Euro KKS) der NUTS-3-Regionen, 1995-2007 (σ-Konvergenz)



Quelle: Berechnungen der Autorin auf Basis basierend auf EUROSTAT-Daten (Stand: Dezember 2010).

Sehr deutlich wird die Zunahme der Disparitäten auch, wenn man das Verhältnis der jeweils ärmsten Region zu der jeweils reichsten Region des Landes (in allen Fällen die Hauptstadt) berechnet (siehe Tabelle 1, Spalte B). Dieses Verhältnis ist in den MOEL von durchschnittlich 1 : 2,6 im Jahr 1995 auf 1 : 3,8 im Jahr 2007 gewachsen, am höchsten ist es in Polen (1 : 5,4), Rumänien (1 : 5,3) und Ungarn (1 : 4,7). Verglichen mit den Ländern der EU-15 haben die MOEL im Mittel inzwischen ein höheres Niveau interregionaler Disparitäten, sowohl gemessen mit dem gewichteten Variationskoeffizienten als auch mit dem Verhältnis der ärmsten zur reichsten Region, auch wenn keines der MOEL bisher an den Spitzenreiter der EU-15, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, heranreicht (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Disparitäten im BIP pro Kopf (Euro KKS) zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL, 1995¹⁾ und 2007

	A		B		C		D		E		F	
	Nationaler Wert des BIP pro Kopf (Euro KKS)		Verhältnis der ärmsten zur reichsten Region gemessen am BIP pro Kopf (Euro KKS)		Gewichteter Variationskoeffizient des regionalen BIP pro Kopf (Euro KKS)		Verhältnis der ärmsten zur zweitreichsten Region gemessen am BIP pro Kopf (Euro KKS)		Gewichteter Variationskoeffizient des regionalen BIP pro Kopf (Euro KKS) ohne Hauptstädte		Entwicklung des ärmsten Drittels der Regionen seit 1995 ¹⁾ im Vergleich zum nationalen Wert	
	1995 ¹⁾	2007	1995 ¹⁾	2007	1995 ¹⁾	2007	1995 ¹⁾	2007	1995 ¹⁾	2007	BIP ²⁾	Bev. ³⁾
Bulgarien	4.700	9.400	1:2,0	1:4,2	0,23	0,57	1:1,7	1:2,1	0,14	0,21	-	-
Estland	5.900	17.100	1:1,9	1:2,6	0,30	0,43	1:1,1	1:1,2	0,05	0,06	-	O
Lettland	5.000	13.900	1:2,3	1:3,2	0,34	0,50	1:1,7	1:1,4	0,21	0,13	-/+	-
Litauen	5.200	14.800	1:1,8	1:3,5	0,15	0,36	1:1,6	1:2,3	0,11	0,21	-	O
Polen	8.600	13.600	1:5,1	1:5,4	0,49	0,53	1:3,3	1:3,6	0,30	0,33	-/+	O
Rumänien	4.600	10.400	1:2,9	1:5,3	0,28	0,48	1:2,3	1:4,1	0,21	0,31	- ⁴⁾	O
Slowakei	7.000	16.900	1:3,3	1:4,3	0,42	0,52	1:1,7	1:2,2	0,15	0,22	- ⁵⁾	O
Slowenien	10.900	22.100	1:1,8	1:2,2	0,23	0,27	1:1,4	1:1,6	0,10	0,11	-	-
Tschech. R.	10.800	19.900	1:2,0	1:3,0	0,26	0,42	1:1,1	1:1,3	0,04	0,07	- ⁶⁾	- ⁶⁾
Ungarn	7.600	15.600	1:2,9	1:4,7	0,38	0,55	1:1,8	1:2,4	0,15	0,21	- ⁷⁾	O ⁷⁾
MOEL	7.970	13.861	1:2,6 ⁸⁾	1:3,8 ⁸⁾	0,37 ⁸⁾	0,46 ⁸⁾	1:1,8 ⁸⁾	1:2,2 ⁸⁾	0,17 ⁸⁾	0,19 ⁸⁾	+/-	- ⁹⁾
Schweden ¹⁰⁾	18.400	30.600	1:1,5	1:1,7	0,14	0,18	1:1,2	1:1,3	0,04	0,06	-/+	- ¹¹⁾
VK ¹²⁾	16.600	29.100	...	1:9,1	...	0,61	...	1:3,0	...	0,26	+/-	-/+
EU-15	16.960	27.860	...	1:3,6 ⁸⁾	...	0,32 ⁸⁾	...	1:2,8 ⁸⁾	...	0,22 ⁸⁾
EU-27	14.700	24.900	...	1:3,7 ⁸⁾	...	0,38 ⁸⁾	...	1:2,6 ⁸⁾	...	0,21 ⁸⁾

Quelle: Berechnungen der Autorin auf Basis basierend auf EUROSTAT-Daten (Stand: Dezember 2010).

Anm.: ¹⁾ Estland und Lettland 1996, Rumänien 1998, Polen und MOEL gesamt 1999. ²⁾ BIP pro Kopf in Euro KKS. ³⁾ Bevölkerung. ⁴⁾ Ausnahmen: Hunedoara, Bistrita-Nasaud und Dâmbovita. ⁵⁾ Ausnahme: Zilinský kraj. ⁶⁾ Ausnahme: Umland von Prag. ⁷⁾ Ausnahme: Umland von Budapest. ⁸⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel. ⁹⁾ Ausnahmen: Nowosadecki in Polen, Umland von Riga in Lettland, Varna in Bulgarien, Suceava, Vrancea und Iasi in Rumänien. ¹⁰⁾ Geringste Disparitäten in der EU-15. ¹¹⁾ Ausnahme: Uppsala län. ¹²⁾ Höchste Disparitäten in der EU-15.

+ = Zunahme; - = Abnahme; O = gleichgeblieben.

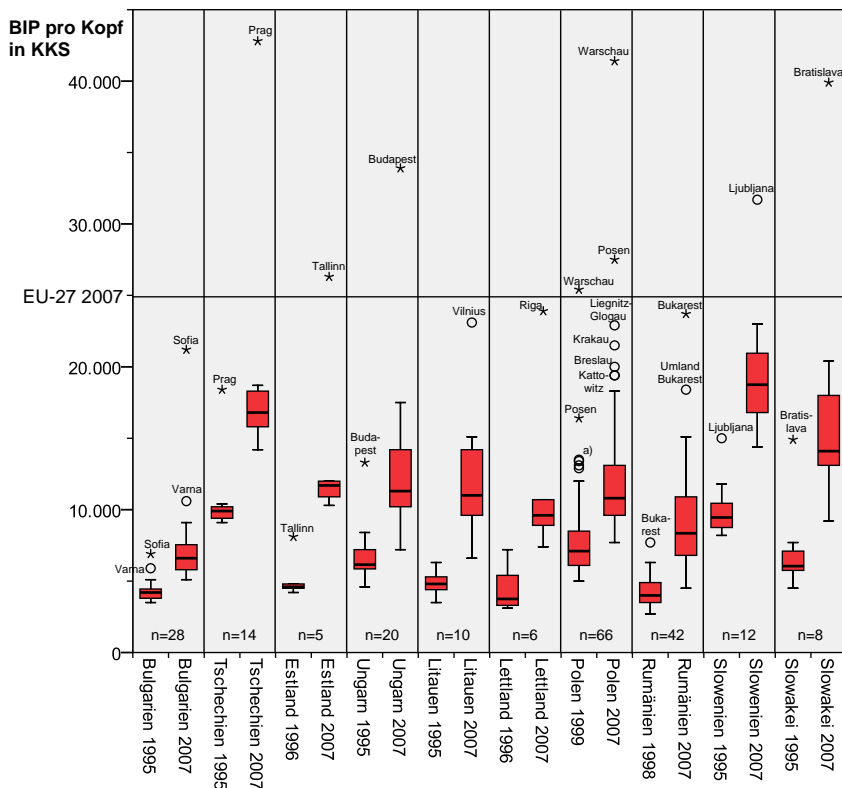
... = keine Berechnung wegen fehlender Werte.

Abbildung 3 veranschaulicht, dass die steigenden interregionalen Disparitäten in den MOEL nicht durch einen absoluten Rückgang oder eine Stagnation im BIP pro Kopf der ärmeren Regionen zustande kommen, sondern vor allem durch das rasante Wachstum der Hauptstädte, mit dem die ärmeren Regionen nicht Schritt halten können. GORZELAK und SMĘTKOWSKI (2010) bezeichnen dies als "Metropolisierungprozesse", welche sie als *Conditio sine qua non* für den Aufholprozess

der MOEL gegenüber den EU-15-Ländern ansehen. Deshalb nehmen die Einkommensunterschiede in den meisten Ländern beträchtlich ab, wenn man die Hauptstädte aus der Betrachtung ausschließt. Der gewichtete Variationskoeffizient beträgt ohne die Hauptstädte in den MOEL durchschnittlich nur noch 0,19 und das Verhältnis der ärmsten zur zweitreichsten Region beläuft sich im Mittel auf 1 : 2,2. Beide Werte liegen unter dem Durchschnitt der EU-15-Länder (siehe Tabelle 1, Spalten D und E), in denen – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und Frankreichs – die "Metropolisierung" nicht so eine starke Rolle spielt. Die meisten MOEL werden klar von einem ökonomischen Zentrum – der Hauptstadt mit ihrem Umland – dominiert, welches einen hohen Anteil der Bevölkerung und des BIP und das höchste Wachstum aufweist. In Ungarn und Bulgarien gibt es eine zweite Region, deren BIP pro Kopf deutlich über dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegt, in Ungarn ist das die nordwestlichste Region Győr-Moson-Sopron (112 % des Landesdurchschnitts) und in Bulgarien Varna an der Ostküste (113 % des Landesdurchschnitts). Jedoch nur Rumänien und Polen können unter den MOEL als polyzentrische Länder angesehen werden, in denen neben der Hauptstadt etliche weitere Regionen den Landesdurchschnitt im BIP pro Kopf klar übersteigen. In Polen wird die Polyzentralität besonders deutlich, da mehrere große Städte als eigene NUTS-3-Region abgegrenzt werden (vgl. Abbildung 3). In beiden Ländern bleiben daher die interregionalen Disparitäten auch dann vergleichsweise hoch, wenn man den Variationskoeffizienten ohne die jeweilige Hauptstadt berechnet.

Das starke Wachstum der Hauptstädte ist aber nicht die einzige – wenn auch die wichtigste – Erscheinungsform der steigenden interregionalen Disparitäten. Ebenso zwischen den Regionen außerhalb der jeweiligen Hauptstadt haben die Disparitäten im BIP pro Kopf von 1995 bis 2007 in allen MOEL – mit Ausnahme Lettlands – mehr oder weniger stark zugenommen (vgl. Tabelle 1, Spalten D und E). Betrachtet man jenes Drittel der Regionen, das 1995 das geringste BIP pro Kopf eines Landes hatte, so zeigt sich, dass fast alle diese Regionen bis 2007 in ihrem BIP pro Kopf gegenüber dem jeweiligen nationalen Durchschnitt zurückgefallen sind. Der Bevölkerungsanteil blieb in den meisten dieser Regionen mehr oder konstant bzw. hat in Bulgarien, Lettland, Slowenien und der Tschechischen Republik abgenommen, was den Entwicklungsrückstand der betroffenen Regionen in diesen Ländern zusätzlich verschärft (vgl. Tabelle 1, Spalte F). Dies deutet auf eine zunehmende Marginalisierung bestimmter Regionen in den MOEL.

Abbildung 3: Disparitäten im BIP pro Kopf (Euro KKS) zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL, 1995¹⁾ und 2007



Quelle: Darstellung der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten.

Anm.: Die Disparitäten sind dargestellt anhand der Minima (unterste Linie) und Maxima (oberste Linie, Kreis oder Sternsymbol) des BIP pro Kopf sowie dessen Kernbereich (50 % der Regionen des jeweiligen Landes in der Box).

¹⁾ Estland und Lettland 1996, Polen 1999 und Rumänien 1998.

^{a)} Danzig-Sopot-Gdingen 12.900 Euro KKS, Krakau 13.100 Euro KKS, Breslau 13.400 Euro KKS, Stettin 13.500 Euro KKS.

Box: Kernbereich der Werte (50 % der Regionen), d. h. der Datenbereich zwischen dem 1. und 4. Quartil. Linie in der Box = Median. O = Ausreißer, der den oberen Quartilwert der Box um mehr als das 1,5-fache der Boxlänge übersteigt. * = Extremwert, der den oberen Quartilwert der Box um mehr als das 3-fache der Boxlänge übersteigt. n = Anzahl der Regionen des jeweiligen Landes.

2.2 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen

Die obige Betrachtung hat deutlich gemacht, dass es sich bei den interregionalen Disparitäten zu einem großen Teil um die Unterschiede zwischen der prosperierenden Hauptstadtregion und den übrigen Teilen des Landes handelt. Es gilt zu prüfen, ob es darüber hinaus auch generell Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen gibt. Vergleicht man das BIP pro Kopf in ländlichen und städtischen Räumen, abgegrenzt nach OECD-Kriterien auf NUTS-3-Ebene (vgl. Abschnitt 1.3.3), so zeigt sich in allen Ländern ein deutlicher Abfall des BIP pro Kopf von "überwiegend städtischen Räumen" über "stark ländlich geprägten Räume" zu "überwiegend ländlichen Räumen" (siehe Tabelle 2). Das heißt, je ländlicher die Region, desto geringer im Durchschnitt das BIP pro Kopf. Ausnahme ist Estland, wo die Hauptstadt ebenso wie in Slowenien in einer "stark ländlich geprägten Region" liegt und somit diese Kategorie das höchste BIP pro Kopf aufweist.

Tabelle 2: BIP pro Kopf (Euro KKS) auf nationaler Ebene und nach OECD-Kategorien in den neuen EU-Mitgliedstaaten 2004

	überwiegend ländliche Räume		stark ländlich geprägte Räume		überwiegend städtische Räume		nationaler Durchschnitt
	Euro KKS	% vom Durchschnitt	Euro KKS	% vom Durchschnitt	Euro KKS	% vom Durchschnitt	Euro KKS
Bulgarien	5.537,4	77,6	6.107,6	85,6	13.599,3	190,6	7.133,8
Estland	7.661,0	63,6	13.455,4	111,8	7.192,2	59,8	12.037,0
Lettland	5.664,1	57,9	6.426,6	65,7	17.920,9	183,3	9.775,1
Litauen	7.603,5	69,2	10.066,8	91,7	15.755,6	143,5	10.982,7
Malta	15.983,6	100,0	15.983,6
Polen	8.621,3	79,0	9.144,2	83,8	17.738,4	162,6	10.907,8
Rumänien	5.781,2	79,2	7.271,2	99,6	14.417,4	197,6	7.296,8
Slowakei	10.366,6	85,0	10.184,0	83,5	27.799,3	227,9	12.196,1
Slowenien	15.189,9	84,8	21.646,0	120,8	17.922,2
Tschech. R.	13.370,6	82,8	13.916,6	86,1	33.753,2	208,9	16.156,9
Ungarn	9.752,4	70,9	11.885,7	86,4	28.232,1	205,3	13.751,3
Zypern	19.643,1	100,0	19.643,1
Insgesamt	8.107,2	74,1	9.994,4	91,4	19.287,0	176,3	10.939,6

Quelle: BAUM, 2008a, S. 20, ergänzt. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabellen "reg_e3gdp" und "reg_d3avg") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: ... = diese Kategorie existiert in diesem Land nicht.

Durchschnittlich beträgt das BIP pro Kopf in "überwiegend ländlichen Räumen" nur drei Viertel des nationalen Durchschnitts, besonders niedrig ist der Anteil in den Baltischen Ländern und Ungarn. Die Aussagekraft der Tabelle 2 bezüglich der generellen Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen ist jedoch begrenzt, da die Kategorie "überwiegend städtische Räume" in allen MOEL – außer Polen – nur die Hauptstadt enthält und somit vor allem die Gegensätze zwischen Hauptstadt und den übrigen Teilen des Landes bestätigt werden. Lediglich in Polen sind neben der Hauptstadt weitere große Städte in der Kategorie "überwiegend städtischen Räume" enthalten, so dass hier ein Vergleich zwischen ländlichen und (groß)städtischen Räumen möglich ist. Für die anderen Länder wären Daten auf einer kleinräumigeren Ebene notwendig, die bei EUROSTAT nicht vorliegen.

Nationale Haushaltsdaten für verschiedene Länder deuten darauf hin, dass es im Pro-Kopf-Nettoeinkommen deutliche Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen gibt (siehe Tabelle 3). Besonders stark sind die Unterschiede in Rumänien, Lettland, Litauen, Polen und Ungarn (keine Zahlen für Bulgarien). Hier liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen ländlicher Haushalte bei ungefähr 80 % des nationalen Durchschnitts bzw. 71-76 % des Durchschnitts städtischer Haushalte. In der Tschechischen Republik, der Slowakei und Estland liegt das Einkommen ländlicher Haushalte bei 91-93 % des nationalen bzw. 86-88 % des städtischen Durchschnitts (keine Zahlen für Slowenien). Für die Tschechische Republik und Polen ergeben Auswertungen nach der Siedlungskategorie einen klaren Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Kopf mit der Siedlungsgröße (CENTRAL STATISTICAL OFFICE OF POLAND, 2010; CZECH STATISTICAL OFFICE, 2010). Für die Baltischen Länder, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien wurde in zwei Studien außerdem eine deutlich höhere Armut in ländlichen Räumen im Vergleich zu städtischen Gebieten festgestellt (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008a; MACOURS und SWINNEN, 2008). In Ungarn beispielsweise lag 2004 die Armutsrate in Dörfern bei 20 %, im Gegensatz zu 15 % in kleineren Städten und 8 % in großen Städten. In Polen lebte im Jahr 2005 19 % der ländlichen Bevölkerung in absoluter Armut (unter dem Subsistenzminimum) im Vergleich zu 8 % der städtischen Bevölkerung, wobei eine starke regionale Differenzierung zu beobachten ist (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008a).

Über die zeitliche Entwicklung dieser Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen lassen sich keine zuverlässigen, allgemeinen Aussagen treffen. Zwischen 1998 und 2003 haben nach Einschätzung von Länderexperten die Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Räumen im BIP pro Kopf in allem Ländern – außer in Litauen und der Tschechischen Republik – zugenommen, im Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung in Lettland, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien (NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2004).

Tabelle 3: Verhältnis des durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommens ländlicher Haushalte zum nationalen bzw. städtischen Durchschnitt

Land	Indikator	2001	2004	2006	2008	2009
Einkommen ländlicher Räume im Verhältnis zum nationalen Mittel:						
Estland	ländliche Siedlungen zum nationalen Durchschnitt		87 %	90 %	90 %	91 %
Lettland	ländliche Haushalte zum nationalen Durchschnitt		75 %	77 %	79 %	79 %
Litauen	ländliche Räume zum nationalen Durchschnitt		82 %	86 %	82 %	
Rumänien	ländliche Räume zum nationalen Durchschnitt				78 %	
Slowakei	"andere Gemeinden" zum nationalen Durchschnitt					93 %
Tschech. R.	Gemeinden <2.000 EW zum nationalen Durchschnitt			92 %		93 %
Ungarn	Dörfer zum nationalen Durchschnitt		80 %			
Einkommen ländlicher Räume im Verhältnis zu städtischen Räumen:						
Estland	ländliche zu städtischen Siedlungen		82 %	86 %	86 %	88 %
Lettland	ländliche zu städtischen Haushalten		67 %	69 %	72 %	72 %
Litauen	ländliche zu städtischen Räumen		75 %	80 %	76 %	
Polen	ländlich zu städtisch			70 %		71 %
Tschech. R.	Gemeinden <2.000 EW zu Gemeinden >50.000 EW			84 %		86 %
Tschech. R.	Gemeinden <5.000 EW zu Gemeinden 50-100.000 EW	85 %				
Tschech. R.	Gemeinden <5.000 EW zu Gemeinden >100.000 EW	70 %				

Quelle: Estland: STATISTICS ESTONIA (pub.stat.ee). Lettland: CENTRAL STATISTICAL BUREAU OF LATVIA (www.csb.gov.lv/en/notikumi/household-disposable-income-2009-31893.html). Litauen: STATISTICS LITHUANIA (www.stat.gov.lt/en/). Polen: CENTRAL STATISTICAL OFFICE OF POLAND, 2007 und 2010. Rumänien: MOLNAR, 2009, S. 550. Slowakei: STATISTICAL OFFICE OF THE SLOVAK REPUBLIC, 2010, S. 102. Tschechische Republik: 2009: CZECH STATISTICAL OFFICE, 2010, S. 84-85; 2006: CZECH STATISTICAL OFFICE (www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/home); 2001: HORSKÁ et al., 2004, S. 136-137. Ungarn: EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008a, S. 139.

In den letzten Jahren lässt sich nach den Haushaltsdaten zumindest in einigen Ländern, für die Daten für verschiedene Jahre vorliegen, eine Verbesserung der Einkommenssituation ländlicher Haushalte im Vergleich zu den städtischen Haushalten beobachten (siehe Tabelle 3). Für die Armutsraten beschreiben MACOURS und SWINNEN (2008) eher einen zunehmenden Anteil ländlicher Armut an der Armut insgesamt. Für Rumänien gibt MOLNAR (2010) einen Anstieg der Armutsrate in ländlichen Räumen von 24 % auf 30 % zwischen 2000 und 2008 an, im Gegensatz zu einer Abnahme in städtischen Gebieten von 12 % auf 9 %.

Private Investitionen führen in den MOEL häufig zu einer Verstärkung der Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen, denn sie konzentrieren sich in der Regel in den reichsten Regionen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010a). In der Slowakei wurden beispielsweise im Jahr 2000 62 % der Gesamtinvestitionen in städtischen Gebieten getätigt (das entspricht 6.402 EUR/Einwohner), während auf die am geringsten entwickelten ländliche Räume nur 11 % der Gesamtinvestitionen entfielen (das entspricht 400 EUR/Einwohner) (NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2004, S. 81). Insbesondere ausländische Direktinvestitionen scheinen interregionale Disparitäten in den MOEL zu verstärken (HUBER, 2007). So sind in der Slowakei, Bulgarien und Ungarn, in geringerem Maße auch in der Tschechischen Republik und in Polen, ausländische Direktinvestitionen stark auf die Hauptstadtregionen konzentriert (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2007b). Diese Tendenz trifft auch auf ausländische Direktinvestitionen im Ernährungssektor zu, von denen man sich oft eine Belebung ländlicher Räume erhofft hat (JANSIK, 2004 und 2009).

Die Gründe für das Zurückbleiben ländlicher Räume in Wirtschaftskraft und Einkommen sind vielfältig. Faktoren wie Abwanderung, Überalterung, niedriges Bildungsniveau, ungünstige Sektorstruktur, fehlende außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze und schlechte Infrastruktur spielen mehr oder weniger überall eine Rolle, weisen aber eine große Variation zwischen Regionen und Ländern auf. Deshalb sollen im Folgenden die Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Räumen in den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Landwirtschaft betrachtet werden.

2.3 Sozioökonomische Unterschiede zwischen ländlichen Regionen

Ländliche Räume sind keinesfalls homogen. Es bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen und innerhalb einzelner MOEL in den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Landwirtschaft. In diesem Abschnitt sollen die Struktur und Entwicklung ausgewählter Indikatoren auf der Basis regionaler EUROSTAT-Daten (NUTS-3) mittels kartografischer und statistischer Analyse untersucht werden. Bis auf die Hauptstädte, einige weitere polnische Großstädte und die Region Kirde-Eesti im Nordosten von Estland sind nach den OECD-Kriterien alle NUTS-3-Regionen in den MOEL als "ländlich" eingestuft (vgl. Abschnitt 1.3.3)

2.3.1 Bevölkerung

Seit 1990 hat die Bevölkerung in allen MOEL abgenommen, am stärksten in den Baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien. Phasen des Bevölkerungswachstums auf der nationalen Ebene gab es nur in Polen zwischen 1990 und 1995, in der Slowakei zwischen 1995 und 2000 und in Slowenien seit 1995. Die Veränderung der Bevölkerungsgröße resultiert generell aus zwei Prozessen: der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Bilanz aus Geburten und Sterbefällen) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Bilanz aus Zu- und Wegzügen). Beide Prozesse waren in

den MOEL überwiegend negativ. Auf der einen Seite ist die totale Fruchtbarkeitsrate (TFR)¹¹ in allen MOEL seit 1990 drastisch gesunken, so dass sich die MOEL innerhalb von einem Jahrzehnt von einer Region "hoher Fertilität" in Europa zu einer Region mit den niedrigsten Fertilitätsraten der Welt gewandelt hat (vgl. SOBOTKA, 2004 und EUROSTAT-Daten). Auf der anderen Seite ist die Wanderungsbilanz für die Mehrheit der MOEL ebenso negativ, eine positive Bilanz haben zwischen 2000 und 2005 nur Slowenien, Ungarn, die Tschechische Republik und Estland (Berechnung mit EUROSTAT-Daten).

Auch auf regionaler Ebene zeigt die Mehrheit der Regionen von 2000 bis 2005 eine Bevölkerungsabnahme, allerdings bei starken regionalen Unterschieden zwischen -0,01 % in Karlovarský (Tschechische Republik) und -4,58 % in Kardzhali (Bulgarien). Insbesondere die ländlichen Räume in Bulgarien und Rumänien haben einen extrem starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der zwischen den Perioden 1995-2000 und 2000-2005 noch stärker geworden ist, während sich der dramatische Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Regionen des Baltikums etwas abgeschwächt hat – mit Ausnahme von zwei Regionen in Lettland (siehe Karte 4 im Anhang). Regionen mit ausgeprägtem Bevölkerungswachstum im Zeitraum 2000-2005 liegen hauptsächlich um die Hauptstädte oder andere große Städte herum, vermutlich aufgrund von Zuwanderung.¹² Die Hauptstädte selbst haben dagegen in den meisten Ländern Bevölkerung verloren. Weitere Gebiete mit einer leichten Bevölkerungszunahme liegen vor allem in Polen und der Slowakei, welche jeweils auch ein hohes natürliches Bevölkerungswachstum aufweisen (vgl. Karte 4 rechts und Karte 5 links, beide Karten im Anhang). Zwischen 1995 und 2005 haben sich die Unterschiede im Bevölkerungswachstum zwischen einzelnen ländlichen Räumen in den MOEL vergrößert. Betrug die Spannweite zwischen 1995 und 2000 2,0 %, so war sie zwischen 2000 und 2005 auf 5,5 % angewachsen. Dies lässt sich am Beispiel Lettland verdeutlichen: Zwischen 1995 und 2000 wiesen alle ländlichen Räume Lettlands eine relativ ähnliche Bevölkerungsabnahme zwischen -0,1 % und -1,0 % pro Jahr auf (siehe Karte 4 links, im Anhang). Im Zeitraum von 2000 bis 2005 variierte das Bevölkerungswachstum dagegen zwischen

¹¹ "Die totale Fruchtbarkeitsrate gibt die Durchschnittszahl an Kindern an, die eine Frau eines fiktiven Geburtsjahrgangs nach Abschluss ihrer Reproduktionsfähigkeit aufweist, wobei die Sterblichkeit unberücksichtigt bleibt und zudem vorausgesetzt wird, dass die für die Beobachtungsperiode festgestellte altersspezifische Fruchtbarkeit über Jahrzehnte hinweg ständig gleich bleibt" (LANGE, 1991, S. 43). Es handelt sich um eine synthetische Rate, die entsteht, wenn man alle altersspezifischen Fruchtbarkeitsraten eines Kalenderjahres für Frauen im gebärfähigen Alter (15-44 oder 15-49 Jahre) addiert und wieder durch 1.000 dividiert. Zur Bestandserhaltung einer Bevölkerung wird eine totale Fruchtbarkeitsrate von mindestens 2,1 als erforderlich angesehen (EUROSTAT, 2006; LANGE, 1991).

¹² Eine Vergleich der jeweiligen Regionen auf Karte 4 rechts (Änderungsrate 2000-2005) mit den gleichen Regionen auf Karte 5 links (natürliches Bevölkerungswachstum) zeigt, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung in diesen Regionen – mit Ausnahme von Polen – vorwiegend negativ ist, so dass das Bevölkerungswachstum auf Zuzügen basieren muss.

+0,6 % pro Jahr im Umland von Riga und -1,2 % pro Jahr in der Region Latgale im Osten (siehe Karte 4 rechts, im Anhang).

Betrachtet man die beiden Komponenten des Bevölkerungswachstums getrennt, so lassen sich sowohl für die natürliche als auch die räumliche Bevölkerungsbewegung große regionale Unterschiede feststellen (siehe Karte 5 im Anhang). So variiert die natürliche Wachstumsrate¹³ im Zeitraum von 2000 bis 2005 zwischen -7,64 % in Vidin (Bulgarien) und +2,63 % in Gdanski (Polen). Die negativsten Raten haben Bulgarien, die Baltischen Länder, Ungarn und der Südosten Rumäniens. Natürliches Bevölkerungswachstum zeigen dagegen große Teile Polens, die Ostslowakei, Nordostrumänien und Zentralslowenien (siehe Karte 5 im Anhang). Bei diesen Regionen handelt es sich hauptsächlich um Regionen mit traditionell hoher Fertilität, wo sich das neue Reproduktionsverhalten der Bevölkerung (gekennzeichnet durch niedrigere und spätere Fertilität) langsamer durchsetzt. Es ist zu erwarten, dass auch diese Regionen zukünftig negative natürliche Wachstumsraten aufweisen werden. So zeigen Zahlen für die Slowakei (JURČOVÁ und MÉSZÁROS, 2006) und Polen (CSO, 2010), dass die totale Fertilitätsrate auch in diesen Regionen unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen ist.

Die Verfügbarkeit von Daten zur räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen) ist stark eingeschränkt. Da genaue, zuverlässige Daten zu Fort- und Zuzügen auf regionaler Ebene bei EUROSTAT (ebenso wie in den meisten Ländern) nicht vorliegen, wird die Nettowanderungsrate¹⁴ mit Hilfe der demografischen Grundgleichung geschätzt. Dabei ergibt sich die Nettowanderung aus der Differenz zwischen der Bevölkerungsänderung insgesamt und dem natürlichen Bevölkerungswachstum zwischen zwei Zeitpunkten. Auch dies konnte nur für die NUTS-2-Regionen durchgeführt werden, da nur auf dieser Ebene die erforderlichen Daten zur Bevölkerung am 1. Januar eines Jahres bei EUROSTAT vorhanden waren. Die Nettowanderungsrate gibt allerdings keine Auskunft über das Ausmaß, die Richtung und Struktur der einzelnen Wanderungsprozesse wie z. B. Land-Stadt-Wanderung, Suburbanisierung, Counterurbanisierung, Wanderungen ins Ausland oder das Alter und die Bildung der Wandernden. Betrachtet man die Nettowanderungsrate in den NUTS-2-Regionen der MOEL zeigen sich erneut die großen regionalen Unterschiede. In der Mehrheit der Regionen ist die Rate negativ, besonders ausgeprägt in Bulgarien, Litauen und Teilen von Polen. Regionen mit einer stark positiven Nettowanderungsrate sind Slowenien und die Hauptstadtregionen von Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und Rumänien (siehe Karte 5 rechts, im Anhang).

¹³ Die natürliche Wachstumsrate bezeichnet den Saldo aus Lebendgeborenen und Gestorbenen innerhalb eines bestimmten Zeitintervalls, gemessen als Prozentsatz der Bevölkerungsgröße zu Beginn des Beobachtungszeitraumes (nach HOBMANN et al., 2009). Altersstruktureffekte können sich deutlich bemerkbar machen.

¹⁴ Die Nettowanderungsrate bezeichnet die Differenz aus der Zahl der Zuzüge und der Fortzüge in bzw. aus einer Raumeinheit innerhalb eines Kalenderjahres bezogen auf 1.000 Einwohner (nach HOBMANN et al., 2009).

Dies deutet auf eine Tendenz in den MOEL hin, aus peripheren ländlichen Regionen in die Hauptstadtregionen oder andere Agglomerationsräumen umzuziehen, wie sie auch teilweise in der Literatur beschrieben wird. So zeigt beispielsweise KUPISZEWSKI (2005) für Polen die starken Wanderungsgewinne der Agglomerations- und speziell der suburbanen Räume, während insbesondere Regionen an der östlichen Peripherie, im Nordwesten und in den Industriegebieten Oberschlesiens Nettoabwanderung zu verzeichnen haben. Auch für Ungarn beschreiben BROWN und SCHAFFT (2002) eine ausgeprägte Wanderungsbewegung in Richtung suburbaner Räume großer Städte. Es kann angenommen werden, dass vor allem junge Menschen im erwerbsfähigen Alter aus ländlichen Räumen abwandern, was sich teilweise in höheren Altersabhängigkeitsquotienten zeigt (NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2004). Außerdem scheinen Frauen eher als Männer abzuwandern, was sich in allen MOEL in einem deutlich höheren Frauenanteil in den "überwiegend städtischen Gebieten" im Vergleich zu den ländlichen Räumen niederschlägt. Besonders stark ist der Unterschied im Frauenanteil zwischen überwiegend ländlichen und überwiegend städtischen Regionen in Rumänien (2,7 %-Punkte), Lettland (2,4 %-Punkte) und Ungarn (2,1 %-Punkte) (Berechnung mit EUROSTAT-Daten).

Generell sind jedoch in den meisten MOEL (mit Ausnahme von den Baltischen Ländern und Rumänien) interregionale Wanderungen auf einem niedrigeren Niveau als in den EU-15-Ländern und haben während der Transformation abgenommen. Mögliche Gründe dafür sind eine Kombination aus beschränkter Liquidität, Unzulänglichkeiten des Wohnungsmarktes sowie ein eher niedriges Bildungsniveau und schlechte Beschäftigungsaussichten der potenziellen Wanderer (FIDRMUC, 2004; HUBER, 2007). Wachsende Unterschiede in den Gehältern zwischen qualifizierten und ungelerten Arbeitskräften sowie steigende Wohnungskosten in den Städten machen beispielsweise in Polen Land-Stadt-Wanderungen zunehmend schwieriger (KUPISZEWSKI, 2005). Für einige Länder gibt es auch Hinweise auf einen kleineren Wanderungsstrom in Richtung peripherer Dörfer, vermutlich aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und Lebenskosten in den Städten auf der einen Seite und sozialen Netzwerkressourcen, Selbstversorgungsmöglichkeiten und Aussichten auf Landerwerb in den ländlichen Räumen auf der anderen Seite (siehe Tabelle 4) (BROWN und SCHAFFT, 2002; KUPISZEWSKI, 2005; NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2004).

Tabelle 4: "Push"- und "pull"-Faktoren der interregionalen Wanderungen in Ungarn seit 1990

	Städtische Regionen	Ländliche Regionen
Pull	Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor Karrierechancen für die leitende Oberschicht Neue Wohnmöglichkeiten im suburbanen Raum	Informelle Wirtschaftsmöglichkeiten Niedrigere Lebenshaltungskosten Möglichkeiten zur Selbstversorgung Größere Verfügbarkeit von Wohnraum Bereits bestehende soziale Netzwerke der (Verwandschaft, Gemeinde)
Push	Schrumpfung der Industrie Hohe Lebenshaltungskosten Wohnungsmangel	Umstrukturierung der Landwirtschaft Begrenzte formale Beschäftigungsmöglichkeiten Reduzierter Zugang zu Dienstleistungen

Quelle: BROWN und SCHAFFT, 2002, S. 236.

Kombiniert man die Änderungsrate der Bevölkerung insgesamt mit der natürlichen Wachstumsrate und der Wanderungsbilanzrate, so lassen sich die NUTS-2-Regionen in sechs Typen mit unterschiedlichen Charakteristika der Bevölkerungsbewegung gruppieren (siehe Karte 6 im Anhang). Fast die Hälfte der Regionen in den MOEL gehört zum Typ 6, der durch Abwanderung und natürliche Bevölkerungsabnahme gekennzeichnet ist. Dieser Befund steht im Gegensatz zu der Situation in den EU-15-Ländern, wo für den Zeitraum 1995-2000 der Typ 1 der häufigste war (COPUS et al., 2006). Am zweithäufigsten ist in den MOEL Typ 4 mit insgesamt abnehmender Bevölkerung, charakterisiert durch eine negative natürliche Wachstumsrate und Zuwanderung. Zuwanderer sind typischerweise Ältere, Singles und gut ausgebildete Menschen. Regionen des Typ 4 sind Estland, der Norden der Tschechischen Republik, Prag, die Westslowakei, Westungarn und Westrumänien. Ähnlich ist der dritthäufigste Typ 3, wo die Zuwanderung stark genug ist, um die natürliche Bevölkerungsabnahme auszugleichen. Dies sind hauptsächlich Hauptstadtregionen. Typ 5 und 2 weisen beide Abwanderung und natürliches Bevölkerungswachstum auf. Bei Typ 5 ist die Bilanz insgesamt negativ (im Norden und Südosten Polens und Nordostrumänien), bei Typ 2 ist sie insgesamt positiv (Nordpolen und Ostslowakei). Langfristig unterliegen diese Regionen dem Risiko, dass die durch die Abwanderung ausgelösten Änderungen der Altersstruktur und Fertilität auch die natürliche Wachstumsrate ins Negative kehren und die Regionen in den Typ 6 verwandeln. Der günstigste Typ 1 ist nur in einer Region in Südpolen zu finden.

2.3.2 Arbeitsmarkt

Mit Beginn der Transformation hat in allen MOEL die Beschäftigung abgenommen und die Arbeitslosenraten sind stark gestiegen. Das Wachstum im BIP pro Kopf seit 1993 – nach einem drastischen Rückgang am Anfang der Transformation – führte im Allgemeinen nicht zu einem vergleichbaren Anstieg (formaler) Beschäftigung. Darüber hinaus sind die interregionalen Disparitäten in den Arbeitslosenraten in den meisten MOEL gestiegen, mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Rumänien. Die offiziellen Arbeitslosenraten erzählen jedoch nicht die ganze Wahrheit. Die Anreize, sich arbeitslos zu melden, können in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sein. Zumindest ein Teil der Arbeitskräfte hat sich entmutigen lassen, Arbeit zu suchen, und wird deshalb als "Nichterwerbspersonen" klassifiziert oder arbeitet in landwirtschaftlichen Familienbetrieben und meldet sich trotz geringer Arbeitsauslastung nicht als arbeitslos (versteckte Arbeitslosigkeit). Insbesondere in Rumänien, wo 2004 knapp ein Drittel der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig waren, hat diese eine wichtige soziale Pufferfunktion. Ähnliches gilt für Bulgarien und Polen. Daher sind die Disparitäten im Grad der Unterauslastung von Arbeit höher als es die Daten zur registrierten Arbeitslosigkeit ausdrücken (HUBER, 2007; KEUNE, 2000).

Die kartographische Darstellung der Arbeitslosenraten zeigt den auffälligen Gegensatz zwischen Polen und der Slowakei mit überwiegend sehr hohen Arbeitslosenraten (über 15 %) auf der einen Seite und Slowenien, Rumänien, Ungarn, der Tschechischen Republik und den Baltischen Ländern mit vorwiegend eher niedrigen Arbeitslosenraten (unter 10 %) auf der anderen Seite. Viele Länder zeigen darüber hinaus deutliche interregionale Unterschiede (siehe Karte 7 links, im Anhang). Die Jugendarbeitslosigkeit folgt grob diesem Muster. Sie ist sehr hoch (über 30 %) in Polen, der Ostslowakei, der östlichen Tschechischen Republik, Nordostungarn und Nordwestbulgarien. In der polnischen Region Legnicki erreicht sie 52 % im Jahr 2005. Die Regionen mit den niedrigsten Jugendarbeitslosenraten (immer noch über 9 %) liegen in der Tschechischen Republik, Estland, Zentralungarn, Lettland, Slowenien und Bratislava. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders kritisches Thema für ländliche Räume. Wenn junge Menschen keine Zukunft in ihren Heimatdörfern sehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie in die Städte oder in andere Länder abwandern und damit das zukünftige Entwicklungspotenzial der betroffenen Regionen verringern. Die Hauptstädte weisen in fast allen MOEL die geringste (Jugend)arbeitslosigkeit auf.

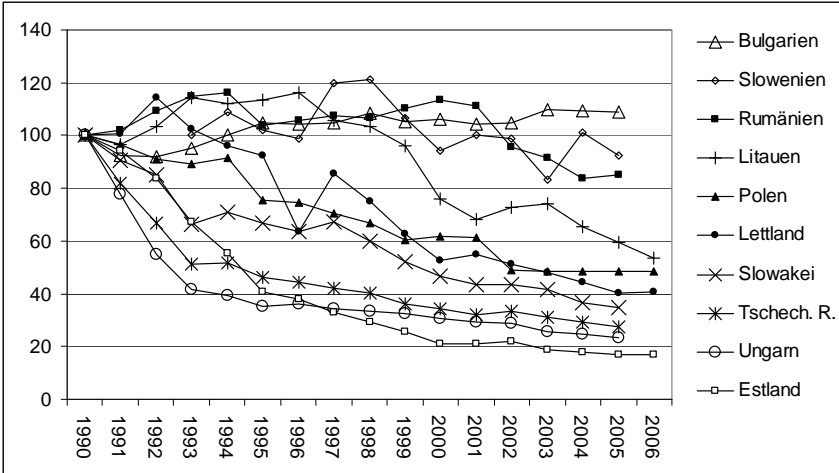
Es ist derzeit unwahrscheinlich, dass sich die regionalen Disparitäten im Arbeitsmarkt in den MOEL durch die traditionellen Kanäle von Arbeits- und Kapitalmobilität sowie Lohnflexibilität bald abschwächen könnten. Die Wanderungsraten sind in den MOEL zu gering, um regionale Unterschiede in Einkommen und Arbeitslosigkeit auszugleichen (vgl. Abschnitt 2.3.1). Außerdem zeigen wirtschaftsschwache Regionen aus strukturellen Gründen – geringe Beschäftigungsaussichten durch geringes Bildungsniveau und unzureichende finanzielle Mittel zum Umzug –

oft die niedrigsten Wanderungsraten. Auch Pendlerbewegungen sind zu gering, um geringe Wanderungen zu kompensieren, und die zurückgelegten Entfernungen werden durch hohe Transportkosten eingeschränkt (FIDRMUC, 2004; HUBER, 2007). Die Lohnflexibilität ist in den MOEL vielleicht etwas höher als in den EU-15-Ländern. Dies ist jedoch kein Zeichen für eine hohe Flexibilität, da die Lohnniveaus in den EU-15-Ländern bekanntermaßen auf regionale Arbeitslosenraten nur gering reagieren (HUBER, 2007). Schließlich neigt die Kapitalmobilität eher zur Verstärkung als zum Abbau interregionaler Disparitäten und kann die geringe Arbeitsmobilität daher nicht ersetzen (vgl. Abschnitt 2.2). Das weist darauf hin, dass eine Erhöhung der regionalen Mobilität (Pendler) und die Förderung von Investitionen in zurückgebliebenen Regionen wichtige Ziele der Regionalpolitik sein sollten.

Der Transformationsprozess hat die Sektorstruktur in den MOEL grundlegend verändert. Die Beschäftigung im Privatsektor erhöhte sich von nahezu null auf 68 %. Der Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors erhöhte sich im Durchschnitt um 15 % zwischen 1989 und 2004 (HUBER, 2007), liegt jedoch immer noch beträchtlich unter dem Beschäftigungsanteil der Dienstleistungen in den EU-15-Ländern, wohingegen die Beschäftigung in der Landwirtschaft und Industrie in den MOEL stärker ausgeprägt ist (COPUS et al., 2006). Die landwirtschaftliche Beschäftigung hat sich durch die Umstrukturierungsprozesse seit 1990 dramatisch verändert (siehe Abbildung 4). In Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Estland kam es im Zusammenhang mit der Konsolidierung der großbetrieblichen Strukturen und der Entlassung familienfremder Arbeitskräfte zu einem starken Absinken der landwirtschaftlichen Beschäftigung in den frühen 1990er Jahren mit durchschnittlichen jährlichen Änderungsraten von -10 % bis -30 %. Darauf folgte eine stabilere Phase, in der die jährlichen Abnahmeraten jedoch bis ungefähr zum Jahr 2000 immer noch höher waren als in den EU-15-Ländern. In Polen, wo im Vergleich zu den anderen MOEL die Umstrukturierung der Betriebe geringer ausgeprägt war, da dort Familienbetriebe schon vor Beginn der Transformation vorherrschend waren, wurden die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte weniger stark reduziert (allerdings mit großen regionalen Unterschieden). Das genaue Ausmaß der Abnahme lässt sich jedoch nicht genau feststellen, da vor dem Polnischen Agrarzensus 2002 auch Betriebe mit weniger als 1 ha, also vermutlich viele (Semi)subsistenzbetriebe, in der Statistik enthalten waren (Abbildung 4 verwendet revidierte Zahlen für 1995 bis 2001). In Bulgarien, Rumänien und Slowenien war ungefähr bis zur Jahrtausendwende, und in den ersten Jahren der Transformation auch in Lettland und Litauen, eine Zunahme landwirtschaftlicher Beschäftigung zu beobachten. Dies spiegelt die Schaffung kleiner Familienbetriebe durch die Landprivatisierung und die Bedeutung kleiner (Semi)subsistenz-Betriebe als sozialer Puffer während der Entwicklung zu einer stärker marktorientierten Wirtschaft wider. Der EU-Beitritt im Jahr 2004 hatte keinen sichtbaren Effekt auf die vorherrschenden Trends. Dies entspricht Ergebnissen der Fallstudien des SERA-Projektes, welche den Einfluss der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die landwirtschaftliche Beschäftigung in den MOEL insgesamt als eher gering einschätzten

(COPUS et al., 2006). Zukünftig kann mit einer weiteren Abnahme der Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft der MOEL gerechnet werden (vgl. COPUS et al., 2006).

Abbildung 4: Entwicklung der Beschäftigten in der Landwirtschaft¹⁾ in den MOEL, 1990-2006 (1990=100)²⁾



Quelle: BAUM, 2008a, S. 29.

Berechnungen der Autorin für das SCARLED Deliverable 3.2 basierend auf den Statistischen Jahrbüchern von Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien (2007 und früher). Polen 1995-2001 (revidierte Zahlen): BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (2004): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2004, Münster, S. 394. Polen seit 2003: CENTRAL STATISTICAL OFFICE (2007): Employment in National Economy in 2006, Warschau. Ungarn seit 2003: HUNGARIAN CENTRAL STATISTICAL OFFICE (2006): Statistical Yearbook of Agriculture 2005, Budapest. Lettland seit 2003: CENTRAL STATISTICAL BUREAU OF LATVIA (www.csb.gov.lv/). Litauen seit 2003: Statistics Lithuania (www.stat.gov.lt/).

Anm.: ¹⁾ Einschließlich Jagd in der Tschechischen Republik, Estland und Slowenien; einschließlich Jagd und Forstwirtschaft in Bulgarien, Litauen und Rumänien; einschließlich Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei in Ungarn, Polen und der Slowakei. ²⁾ Slowenien: 1993=100. Diese Zahlen sollten aufgrund statistischer Probleme wie versteckte Arbeitslosigkeit, kein Äquivalent für Jahresarbeitseinheit (JAE) und das Mitzählen nicht-landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit Vorsicht interpretiert werden (vgl. MACOURS und SWINNEN, 1998).

Die Analyse der Sektorstruktur auf regionaler Ebene für das Jahr 2004 mit EUROSTAT-Daten zeigt, dass in einem knappen Viertel der Regionen der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung noch über 30 % liegt; in Silistra und Kardzhali (Bulgarien) sogar über 50 %. Neben Bulgarien sind diese Regionen in Rumänien, der Südosthälfte Polens und im westlichen Litauen. Dagegen ist der Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft in der Tschechischen Republik, der

Slowakei und Ungarn überwiegend eher gering (siehe Karte 8 im Anhang). Wenig überraschend steigt der Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft mit zunehmender Ländlichkeit an. Im Durchschnitt betrug er im Jahr 2004 22,3 % in "überwiegend ländlichen Gebieten", 13,3 % in "stark ländlich geprägten Gebieten" und 1,5 % in "überwiegend städtischen Gebieten" (Berechnung mit EUROSTAT-Daten). Die Industrie hat einen hohen Beschäftigungsanteil (über 40 %) in Regionen der Tschechischen Republik, der Nordwestslowakei, in Slowenien, Nordwestungarn und Rumänien. Gering industrialisierte Regionen (Beschäftigungsanteil unter 20 %) befinden sich dagegen in Ostpolen, Bulgarien, Litauen und Prag. Der Dienstleistungssektor ist besonders ausgeprägt in den Hauptstädten, im Gegensatz zu sehr geringen Beschäftigungsanteilen (unter 40 %) in Rumänien, großen Teilen Bulgariens und einzelnen Regionen in Polen, Litauen und Slowenien (siehe Karte 8 im Anhang).

Zwischen 1995 und 2001 erwies sich der Dienstleistungssektor als der dynamischste in der EU-27, d. h. er hatte die höchste durchschnittliche jährliche Änderungsrate der Beschäftigung unter allen drei Sektoren in 69 % aller NUTS-3-Regionen. Dieser Trend trifft prinzipiell auch für die MOEL zu. Allerdings gab es in allen MOEL – mit Ausnahme der Slowakei – auch Regionen, in den die Beschäftigung im Dienstleistungssektor abgenommen hat – insgesamt in über der Hälfte aller NUTS-3-Regionen der MOEL. In einem Drittel der Regionen ist die Beschäftigung in keiner der drei Sektoren gewachsen. In einem Fünftel aller Regionen – gelegen in Polen, Bulgarien und Slowenien – nahm die Beschäftigung in allen Sektoren ab, wobei die Landwirtschaft die geringste Abnahme zeigte (ausgewertete Daten für COPUS et al., 2006). Die Sektorstruktur wird häufig als eine wichtige – jedoch keinesfalls die alleinige – Determinante für Wachstum, Lernprozesse, Investitionen und neue Technologien angesehen. Regionen mit einem höheren Beschäftigungsanteil in schnell wachsenden Sektoren (wie Unternehmensdienstleistungen und sogenannte Wissensindustrien) haben eine größere Wahrscheinlichkeit dynamische Regionen zu werden als Regionen mit einem hohen Anteil an abnehmenden oder schwach wachsenden Sektoren (COPUS et al., 2006).

Die in vielen Regionen der MOEL noch hohen (aber sinkenden) Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft verdeutlichen die Notwendigkeit, außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen und Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen der MOEL zu schaffen (vgl. auch MÖLLERS et al., 2011). Die Diversifizierung ländlicher Gebiete wurde auch von der zweiten Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung in Salzburg als unverzichtbar erkannt, "um lebensfähige, nachhaltige ländliche Gemeinwesen zu fördern" (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2003b). Es gibt allerdings nicht die eine Lösung für die komplexen sozioökonomischen Situationen der ländlichen Räume, sondern immer nur Alternativen für Teile der Gebiete bzw. Einwohner. Notwendig sind daher vielfältige, auf die jeweiligen Gebiete zugeschnittene Strategien in der ländlichen Entwicklung (vgl. COPUS et al., 2006 und Kapitel 4).

2.3.3 Landwirtschaft

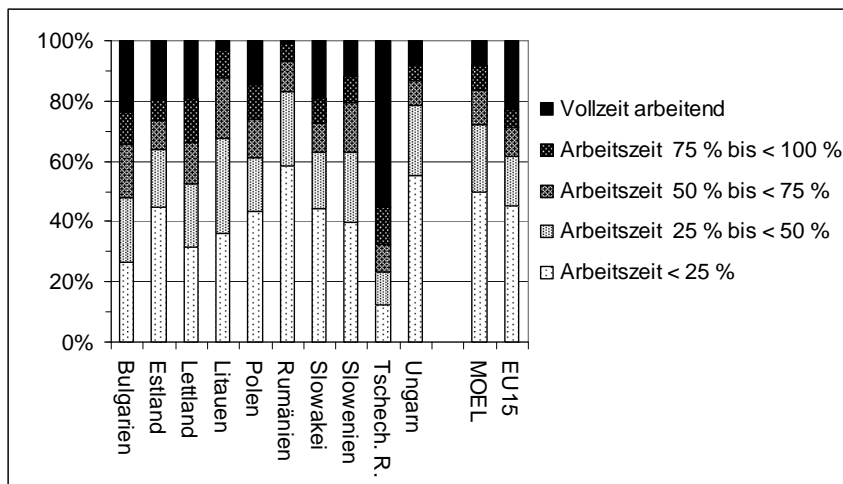
Wie der vorherige Abschnitt gezeigt hat, besitzt die Landwirtschaft in vielen Regionen der MOEL noch eine beträchtliche relative Bedeutung für die Volkswirtschaft. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man die Anzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, die in der Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (Betriebsstrukturerhebung) erfasst werden, in Beziehung setzt zu der Gesamtzahl der Beschäftigten der Arbeitskräfteerhebung (siehe Karte 9 im Anhang). In Rumänien und Ostpolen sowie einigen Regionen in Ungarn, Bulgarien und Litauen haben mehr als drei Viertel der Gesamtbeschäftigten ein Äquivalent von Personen, die in der Landwirtschaft arbeiten. In einigen rumänischen Regionen werden sogar mehr Personen von der Betriebsstrukturerhebung als in der Landwirtschaft arbeitend gezählt als es offiziell Beschäftigte nach der Arbeitskräfteerhebung gibt. Dies betont die hohe Bedeutung von Teilzeitarbeit und der sozialen Sicherungsfunktion der Landwirtschaft in diesen Regionen. Es zeigt außerdem, dass die landwirtschaftliche Beschäftigung basierend auf den gezählten Personen der Betriebsstrukturerhebung leicht überschätzt werden kann.

So gibt es in der Landwirtschaft große Unterschiede zwischen Personen und Jahresarbeitseinheiten (JAE).¹⁵ In Rumänien und Ungarn ist die Anzahl der Personen in der Landwirtschaft mehr als drei Mal so hoch wie die Anzahl an JAE, was darauf hindeutet, dass Teilzeitbeschäftigung stark verbreitet ist. Auf der anderen Seite ist in der Tschechischen Republik, Bulgarien und Lettland die Anzahl der Personen in der Landwirtschaft weniger als zwei Mal so hoch wie die Anzahl der JAE, was eine vergleichsweise geringere Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung anzeigt. Insgesamt waren in den MOEL im Jahr 2005 durchschnittlich nur 8 % der in der Landwirtschaft Tätigen Vollzeit beschäftigt (verglichen mit durchschnittlich 23 % in der EU-15), und die Hälfte der Arbeitskräfte arbeitete weniger als 25 % der vollen Arbeitszeit (siehe Abbildung 5). Während familienfremde Arbeitskräfte am wenigsten Teilzeit arbeiten, ist diese am meisten ausgeprägt unter den "übrigen Familienmitgliedern" (also vermutlich vor allem in der jüngeren Generation). Außerdem arbeiten Frauen häufiger Teilzeit als Männer (vgl. COPUS et al., 2006). Die meisten Studien sehen Teilzeitarbeit als einen ersten Schritt raus aus der Landwirtschaft an, d. h. ein höherer Anteil Teilzeitbeschäftigter erhöht die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe. Es gibt jedoch auch Hinweise darauf, dass Teilzeitbeschäftigung in der Landwirtschaft ein stabilisierender Faktor für die Beschäftigung sein kann

¹⁵ Eine Jahresarbeitseinheit (JAE) entspricht der Arbeitszeit einer Person, die ein ganzes Jahr hindurch in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Vollzeitkraft landwirtschaftliche Tätigkeiten verrichtet. "Vollzeit" bedeutet eine Mindestanzahl von Arbeitsstunden, wie sie von den nationalen Festlegungen für Arbeitsverträge verlangt werden. In der Regel sind das in der EU 1.800 Stunden im Jahr, d. h. 225 Arbeitstage mit je 8 Stunden. Abweichungen davon gelten in Lettland (1.840 h/Jahr), Bulgarien (1.856 h/Jahr), Rumänien (1.960 h/Jahr), Litauen (2.032 h/Jahr), Polen (2.144 h/Jahr) (persönliche Kommunikation mit György Benoist, EUROSTAT, Unit E1, 21.04.2005).

(BOJNEC et al., 2003; BREUSTEDT und GLAUBEN, 2007; STIGLBAUER und WEISS, 2000; TIETJE, 2004).

Abbildung 5: Anteil der Teilzeitbeschäftigten unter den Arbeitskräften in der Landwirtschaft in den MOEL, 2005



Quelle: BAUM, 2008a, S. 32. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabelle "ef_so_lfwtime") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Ohne unregelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte.

Bezüglich der Teilzeitarbeit sind Unterschiede zwischen den Ländern (siehe Abbildung 5) und auch zwischen Regionen innerhalb der Länder zu beobachten (vor allem in Bulgarien, der Tschechischen Republik und Polen). Ein Land, das sich bezüglich der Struktur landwirtschaftlicher Arbeitskräfte stark von den übrigen MOEL unterscheidet, ist die Tschechische Republik. Hier arbeiten 55 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Vollzeit, was im Zusammenhang steht mit einem außergewöhnlich hohen Anteil familienfremder Arbeitskräfte von 63 %. In den meisten anderen MOEL liegt der Anteil familienfremder Arbeitskräfte unter 10 %, in Rumänien, Polen und Slowenien sogar unter 2 %. Lediglich die Slowakei (28 %) und Estland (18 %) haben auch höhere Anteile familienfremder Arbeitskräfte. Diese können zu einer schnelleren Anpassung des Arbeitsaufwandes bei geänderten wirtschaftlichen Bedingungen beitragen, da der Betriebsleiter selbst nicht von den Entlassungen betroffen ist und familienfremde Arbeitskräfte weniger emotional mit dem landwirtschaftlichen Betrieb verbunden sind. In den meisten MOEL jedoch impliziert die große Bedeutung der Familienarbeitskräfte komplexe Haushaltsentscheidungen in der zukünftigen Entwicklung landwirtschaftlicher Beschäftigung.

Die Altersstruktur der Familienarbeitskräfte in der Landwirtschaft zeigt im Vergleich zur Altersstruktur der Beschäftigten insgesamt eindeutig eine Überalterung,

besonders ausgeprägt ist dies bei den Betriebsinhabern (COPUS et al., 2006). Im Jahr 2005 waren ein Drittel der Betriebsinhaber in den MOEL über 65 Jahre alt und nur 8 % jünger als 35 Jahre. Die regionale Verteilung zeigt deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und weniger starke Differenzen innerhalb der Länder (siehe Karte 10 im Anhang). Den höchsten Anteil der Betriebsinhaber über 65 Jahre haben Rumänien (44 %), Bulgarien (42 %) und Slowenien (34 %), den niedrigsten Polen (17 %) und die Tschechische Republik (18 %). Spiegelbildlich dazu ist der Anteil jüngerer Betriebsinhaber unter 35 Jahren am niedrigsten in Bulgarien, der Slowakei und Slowenien (unter 5 %) und am höchsten in Polen und der Tschechischen Republik (über 10 %). Eine Korrelation zwischen dem Anteil der älteren landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und dem Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre insgesamt ist nicht festzustellen (COPUS et al., 2006).

Mit Ausnahme von Ungarn ist in allen MOEL der Anteil der Betriebsinhaber über 65 Jahren an allen Betriebsinhabern zwischen 2003 und 2007 gestiegen, während der Anteil der Betriebsinhaber unter 35 Jahren – mit Ausnahme der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien – im gleichen Zeitraum abgenommen hat. Es kann daher angenommen werden, dass eine Anpassung landwirtschaftlicher Beschäftigung hauptsächlich darüber verläuft, dass junge Menschen und Erben insbesondere kleinerer Betriebe keine landwirtschaftliche Beschäftigung aufnehmen. Die älteren landwirtschaftlichen Arbeitskräfte haben nur begrenzte Möglichkeiten eine Arbeit außerhalb der Landwirtschaft zu finden, insbesondere wenn sie zusätzlich nur eine geringe Bildung und außerlandwirtschaftliche Arbeitserfahrung aufweisen. In vielen MOEL behindert das geringe Ausbildungsniveau und die überalterte Struktur der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte den Strukturwandel (BOJNEC et al., 2003; JUVANČIĆ und ERJAVEC, 2003; MÖLLERS et al., 2011; NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2004; RIZOV und SWINNEN, 2004). Die Umstrukturierung des Agrarsektors kann durch die älteren Arbeitskräfte hauptsächlich über die Pensionierung erfolgen. Das Problem zu vieler Beschäftigter in der Landwirtschaft könnte innerhalb einer Generation auf natürliche Weise verschwinden, wenn ältere Landwirte in den Ruhestand gehen und ihre Kinder den Betrieb nicht übernehmen (COPUS et al., 2006). Eine deutsche Studie demonstriert den Einfluss der gegenwärtigen Altersstruktur auf die zukünftige Entwicklung der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen: Die Projektion der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte¹⁶ mit Hilfe demographischer Modelle zeigt eine Abnahme in Deutschland um 60 % zwischen 2001 und 2021 aufgrund der existierenden Altersstruktur unter der Voraussetzung, dass sich die bestehenden Zu- und Abgangsraten nicht ändern (FASTERDING und RIXEN, 2005). Allerdings sind in einigen MOEL die Renten für viele Rentner zu niedrig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, so dass sie auf zusätzliche Einkommensmöglichkeiten – beispielsweise in der Landwirtschaft – angewiesen sind (NETWORK

¹⁶ Ohne unregelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte.

OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2003). Um Abgangsraten aus der Landwirtschaft zu erhöhen, sind daher absichernde, sozialpolitische Maßnahmen für die Inhaber kleiner (Semisubsistenz)betriebe notwendig (MÖLLERS et al., 2011). Durch fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten können sich darüber hinaus junge Menschen in vielen peripheren Regionen der MOEL gezwungen sehen, in der Landwirtschaft zu arbeiten (COPUS et al., 2006).

Eines der typischsten Merkmale der Landwirtschaft in den MOEL ist zweifelsohne die sogenannte duale Betriebsstruktur. Auf der einen Seite gibt es sehr viele kleine Betriebe mit sehr kleinen Flurstücken, die oft Subsistenz- oder Teilzeitorientiert sind, auf der anderen gibt es sehr große Betriebe mit sehr umfangreichen Flächen. Daten, die vom NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES (2004) gesammelt wurden, zeigen, dass um die Jahrtausendwende in den MOEL Betriebe unter 5 ha in der Anzahl dominierten (82 % der Betriebe), jedoch nicht in der Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche (27 %), während Betriebe über 50 ha einen Anteil von 1 % an den Betrieben, aber 38 % der kultivierten Fläche hatten. Im Jahr 2005 hatten 83 % der Betriebe in den MOEL eine Größe unter 2 EGE¹⁷ (verglichen mit 30 % in der EU-15), 13 % der Betriebe hatten eine Größe zwischen 2 und 8 EGE (31 % in der EU-15), und 0,2 % der Betriebe hatten eine Größe über 100 EGE (5 % in der EU-15). Doch auch hier gibt es große regionale Unterschiede (siehe Karte 11 im Anhang). In einigen Ländern führte die Privatisierung während der Transformation zu einer extrem hohen Zersplitterung der landwirtschaftlichen Fläche und einen hohen Anteil kleiner (Semi)subsistenzbetriebe. So liegt in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Ungarn und Lettland der Anteil der Betriebe mit weniger als 2 EGE über 85 %. Slowenien und Polen, wo der Privatsektor schon vor Beginn der Transformation große Bedeutung hatte, haben neben der Tschechischen Republik einen vergleichsweise hohen Anteil von Betrieben zwischen 2 und 8 EGE. Polen ist jedoch zu einem gewissen Grad zweigeteilt: der Nordwesten hat auch einen bedeutenden Anteil großer Betriebe, während der Südosten eher von sehr kleinen Betrieben gekennzeichnet ist. In der Betriebsstruktur der Tschechischen Republik, der Slowakei und Estlands sind große (genossenschaftliche) Betriebe weiterhin ein charakteristisches Merkmal. In diesen Ländern ebenso wie in Regionen in Nordostbulgarien, Nordwestpolen und Nordungarn haben Betriebe über 100 EGE einen Anteil über 1 %, während

¹⁷ Eine Europäische Größeneinheit (EGE) entspricht einem Gesamtstandarddeckungsbeitrag von 1.200 Euro und ist eine gemeinschaftliche Maßeinheit für die wirtschaftliche Betriebsgröße in der Landwirtschaft. Sie basiert auf der Summe der Standarddeckungsbeiträge jeder einzelnen Aktivität eines Betriebs (zum Beispiel Weizen, Milchkühe oder Rebanlagen). Der Standarddeckungsbeitrag je Flächen- oder Tiereinheit wird definiert als der Wert des Ertrags je Hektar oder Nutztier abzüglich der entsprechenden variablen Spezialkosten. Jeder Region wird für alle pflanzlichen und tierischen Erzeugungen einzeln jeweils ein Standarddeckungsbeitrag zugewiesen, der als Dreijahresdurchschnitt auf der Grundlage von empirischen, für die landwirtschaftlichen Betriebe gesammelten Daten berechnet wird (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010b; EUROSTAT, 2004).

sie in großen Teilen Rumäniens, in Südostpolen, Südwestbulgarien und Teilen Litauens, Lettlands und Sloweniens komplett fehlen (vgl. auch GOETZ et al., 2001).

Die duale Betriebsstruktur erfordert eine differenzierte Politik zur Förderung des Strukturwandels in der Landwirtschaft in den MOEL, was die EU-Agrarpolitik bisher kaum leistet. Kleine (Semisubsistenz)betriebe können kurz- und mittelfristig in ihrer Rolle als sozialer Puffer von Vorteil sein, haben sich allerdings langfristig anzupassen, wenn sie mit der Einkommensentwicklung der übrigen Wirtschaft mithalten wollen (NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES, 2004; MÖLLERS et al., 2011). Trotz bereits erzielter Erfolge und positiven Auswirkungen des EU-Beitritts sind – mit länderspezifischen Unterschieden – weitere Anstrengungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetrieben und zur Spezialisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion notwendig, um die Entwicklungsunterschiede zu den EU-15-Ländern zu verringern (vgl. BALMANN et al., 2005; CSAKI und JAMBOR, 2010; LERMAN et al., 2004; MÖLLERS et al., 2011; SWINNEN und VRANKEN, 2007; WILKIN, 2007). Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in den MOEL wird darüber hinaus nicht ohne eine Reduzierung der Beschäftigtenzahlen im Agrar- und Ernährungssektor zu erreichen sein. Dies gilt in besonderem Maße für Rumänien, Bulgarien und Polen.

2.4 Typisierung ländlicher Räume

Zur weiter gehenden Analyse der sozioökonomischen Unterschiede zwischen den einzelnen ländlichen Regionen in den MOEL wird im Folgenden eine Typisierung ländlicher Räume vorgenommen. Die Typisierung von Regionen ist ein Verfahren der strukturierenden Regionalforschung mit dem Ziel, "eine Charakterisierung von Raumeinheiten nach – im Sinne der jeweiligen konkreten Fragestellung – dominierenden Merkmalen zu erreichen. Dabei soll eine Vergleichbarkeit von Teilräumen hergestellt werden, um so zu einer systematisierten Bestandsaufnahme zu kommen. Dem Verfahren liegt letztlich die Hypothese zugrunde, dass sich die Vielfalt der Erfahrungswirklichkeit auf wenige Ausgangsvariable reduzieren lässt" (THIEL und CRINIUS, 1990, S. 65).

2.4.1 Allgemeine Typisierungsansätze

Typisierungen sind quantitative Verfahren, die große Mengen empirischer Daten benötigen. Sie können breit mit vielen Variablen oder eng angelegt sein (COPUS et al., 2007). Man kann nach der Zielsetzung im Wesentlichen drei Arten der Typisierung von Regionen unterscheiden (vgl. THIEL und CRINIUS, 1990):

- (1) Typisierung von Regionen nach ihren bisherigen Entwicklungen oder ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand (am häufigsten). Prinzipiell ist eine unendliche Vielzahl von Variablen möglich, die nach Fragestellung und Aussagefähigkeit ausgesucht werden müssen. "Die Verdeutlichung des gegenwärtigen Zustandes und der bisherigen Entwicklung sind schon für sich genommen ein

wichtiges raumordnungspolitisches Instrument. Allein die Präsentation von Typen von Regionen, die durch unterschiedlichen Entwicklungen und Standards gekennzeichnet sind, kann politische Effekte auslösen [...] raumentwicklungspolitische Argumentationen unterstützen oder [...] in Gang setzen" (THIEL und CRINIUS, 1990, S. 79).

- (2) Typisierung von Regionen nach raumentwicklungspolitischen Defiziten oder Überschüssen, d. h. nach dem raumentwicklungspolitischen Handlungsbedarf nach definierten Zielen. "Typisierungen können [...] (potenziell) die Raumwirksamkeitsanalyse [politischer Maßnahmen] unterstützen, indem sie komplexe Muster vereinfachen, verschiedene regionale Kontexte, in denen unterschiedliche Ziele oder Prozesse wünschenswert sind, identifizieren oder Regionen hinsichtlich des Erreichens [politischer] Ziele differenzieren" (COPUS et al., 2007, S. 4, Übersetzung der Autorin).
- (3) Typisierung von Regionen nach den Ursachen ihrer bisherigen Entwicklung. Eine solche Typisierung könnte grundsätzlich für die Kategorisierung von Regionen zum Zweck der Entwicklung von Strategien und der entsprechend gezielten Einsätze von Instrumenten geeignet sein. Sie ist jedoch eher selten aufgrund der zahlreichen methodischen Probleme, die sich aus der immer noch unzureichenden theoretischen Basis für die Ursachen sozioökonomischer Unterschiede zwischen Regionen ergeben (vgl. KLEMMER und JUNKERNHEINRICH, 1990 und Kapitel 3).

Grundsätzlich können Typisierungen nach deduktiven oder induktiven Verfahrensweisen vorgenommen werden. Zu den induktiven Ansätzen gehören die Faktor- und Clusteranalyse. Gestützt auf die in der Realität vorgefundenen Merkmale können damit durch verschiedene mathematische Verfahren bisher unbekannte (räumliche) Strukturen aufgedeckt werden, wobei der Forscher keine direkte Kontrolle über den Charakter der entstehenden Typen hat (siehe Abschnitt 2.4.2). Zu den deduktiven Ansätzen gehören dagegen die multikriteriellen Methoden, bei denen die Bildung der Typen aufgrund von Merkmalen und Schwellenwerten erfolgt, die durch vorhandene Modelle oder Theorien festgelegt werden. Sie haben besondere Vorteile, wenn der Forscher eine klare Vorstellung davon hat, was die relevanten Kategorien sind, und die Regionen in diese einteilen möchte (BAHRENBERG et al., 2008; COPUS et al., 2007; THIEL und CRINIUS, 1990). Diese zwei methodischen Gruppen können mit Hilfe von sechs Kriterien verglichen werden (siehe Tabelle 5). Die meisten Forscher bevorzugen die induktiven Ansätze, da sie die Einbeziehung von mehr Variablen erlauben, am besten relevante (räumliche) Muster offenlegen können und so zu neuen Einsichten beitragen und weil sie keine "willkürlichen" Schwellenwerte benötigen. Dagegen sind die Vorteile der multikriteriellen Verfahren ihre Transparenz, ihre einfache Interpretierbarkeit und die Robustheit der Ergebnisse im Zeitverlauf. Schwierigkeiten können jedoch durch die geringe Anzahl möglicher Indikatoren und die Festlegung der Schwellenwerte entstehen (COPUS et al., 2007).

Tabelle 5: Vergleich der zwei allgemeinen Verfahrensweisen zur Typisierung

	Cluster- und Faktoranalyse (induktiv)	Multikriterielle Methode (deduktiv)
Einfachheit und Transparenz	–	+
Grad der Objektivität und Replizierbarkeit der Ergebnisse	–	+
Leichtigkeit der Interpretation	–	+
Fähigkeit "relevante" räumliche Muster aufzudecken	+	–
Fähigkeit, eine große Anzahl von Indikatoren zu berücksichtigen	+	–
Robustheit der Ergebnisse im Zeitverlauf	–	+

Quelle: COPUS et al., 2007, S. 82-83.

Die Typisierung in dieser Arbeit verwendet aufgrund der oben genannten Vorteile die induktive Methode der Clusteranalyse. Das Ziel ist es, die ländlichen Regionen in den MOEL nach den aktuellen demographischen, sozioökonomischen und agrarstrukturellen Entwicklungen zu klassifizieren und so dazu beizutragen, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Gebieten aufzudecken. Damit entspricht die Typisierung der oben unter Punkt 1 genannten Art. Zusätzlich soll jedoch auch eine Verbindung zu der ländlichen Entwicklungspolitik der EU möglich sein. Deshalb wird die Auswahl der Variablen den Achsen der EU-Politik zugeordnet, so dass die Regionen auch hinsichtlich des Erreichens der Ziele der ländlichen Entwicklungspolitik der EU differenziert werden können. Die Ziele dieser Politik sind jedoch bei Weitem nicht so klar definiert, dass sie die Festlegung bestimmter Schwellenwerte erlauben würden, wie sie beispielsweise für die multikriteriellen Methoden notwendig sind.

2.4.2 Methodik und Daten

Für die Typisierung ländlicher Räume ist zunächst die Definition von "ländlich" notwendig. Hier wird aufgrund der allgemeinen Akzeptanz, Vergleichbarkeit und Anwendbarkeit wieder die OECD-Definition angewendet (vgl. Abschnitt 1.3.3), d. h. die Kategorien "überwiegend ländlich" und "stark ländlich geprägt" werden zu ländlichen Regionen zusammengefasst, während "überwiegend städtische Gebiete" nicht berücksichtigt werden. Da die Analyse im Rahmen des EU-Projektes SCARLED durchgeführt wurde (vgl. BAUM, 2008b), das sich mit den neuen EU-Mitgliedstaaten befasste, ist auch Zypern in der Analyse mit eingeschlossen (Malta fällt heraus, da es als "überwiegend städtisch" klassifiziert ist). Im Ergebnis wurden 175 ländliche Regionen klassifiziert.

Die Auswahl der Variablen, nach denen die Regionen klassifiziert werden sollen, müssen grundsätzlich zwei Kriterien erfüllen: Sie müssen zum einen relevant für

die Forschungsfrage sein und zum anderen für alle neuen EU-Mitgliedstaaten in harmonisierter Form auf einer geeigneten regionalen Ebene verfügbar sein. Um letzteres zu erfüllen, werden flächendeckend vergleichbare Daten von EUROSTAT auf der NUTS-3-Ebene verwendet, welches die kleinräumigste, bei EUROSTAT erhältliche Ebene ist. Diese bietet eine gute regionale Differenzierung, auch wenn einige NUTS-3-Regionen in sich immer noch nicht so homogen sind, wie es wünschenswert wäre (vgl. auch Abschnitt 1.3.1). Außerdem sind nicht alle Indikatoren, die für die Einschätzung der demographischen, sozioökonomischen und agrarstrukturellen Muster relevant sein könnten, bei EUROSTAT auf der NUTS-3-Ebene verfügbar. Dennoch konnten für jeden Themenbereich eine oder mehr Variablen ausgewählt werden, welche gut geeignet sind, die wichtigsten Trends und den Entwicklungsstand einer Region abzubilden. Die für die Clusteranalyse verwendeten Variablen sind:

- (1) Jährliche durchschnittliche Änderungsrate der Bevölkerung in Prozent für die Jahre 2000-2005¹⁸. Dieser demographische Indikator repräsentiert die demographische Stabilität und Attraktivität einer Region.
- (2) BIP pro Kopf (Euro KKS) im Jahr 2004. Dieser sozioökonomische Indikator bildet die Wirtschaftskraft und den Wohlstand einer Region ab und gibt damit teilweise auch Hinweise auf die Lebensqualität und das Niveau der Infrastruktur.
- (3) Jährliche durchschnittliche Änderungsrate des BIP pro Kopf (Euro KKS) für die Jahre 2000-2004. Dieser sozioökonomische Indikator zeigt die wirtschaftliche Dynamik einer Region.
- (4) Anteil der Beschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungssektor in Prozent im Jahr 2004¹⁹. Dieser sozioökonomische Indikator steht für den Grad der Diversifizierung (nicht-landwirtschaftliche Beschäftigung) einer Region.
- (5) Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe unter 2 EGE an allen landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 2005. Dieser agrarstrukturelle Indikator repräsentiert das Ausmaß der Subsistenzlandwirtschaft (und den Bedarf für Strukturwandel im Agrarsektor) einer Region.

Diese Variablen lassen sich zwei Zielen der EU-Politik zur Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume zuordnen. Im Zeitraum 2007-2013 konzentriert sich diese auf drei Kernziele, die jeweils einer thematischen Achse entsprechen (ergänzt um die "methodische" LEADER-Achse): (1) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Forstsektors, (2) Verbesserung von Umwelt und Landschaft, (3) Verbesserung der Lebensqualität in den ländlichen Gebieten und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006a).

¹⁸ Ungarn 2001-2005.

¹⁹ Für Rumänien wurden nationale Daten verwendet, da diese Daten bei Eurostat nicht auf der NUTS-3-Ebene verfügbar sind: NATIONAL INSTITUTE OF STATISTICS (2006): Romanian Statistical Yearbook 2005. S. 180-183.

Während die fünfte Variable sich auf das erste Ziel (Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors) bezieht, erlauben die Variablen eins bis vier eine Differenzierung von Regionen hinsichtlich des Erreichens von Ziel 3 (Lebensqualität und Diversifizierung). Ziel 2 wird nicht berücksichtigt, da es eher naturwissenschaftliche Indikatoren erfordert.

Die ausgewählten Variablen spiegeln auch die größten allgemeinen Herausforderungen der ländlichen Räume in den MOEL wider, die in der Analyse in den Abschnitten 2.2 und 2.3 deutlich wurden: der Abwanderung entgegenwirken, das Einkommensniveau anheben, außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze schaffen und den Strukturwandel in der Landwirtschaft unterstützen. Die Arbeitslosenrate wurde nicht als Variable verwendet, obwohl sie auf NUTS-3-Ebene verfügbar ist und allgemein als wichtiger sozioökonomischer Parameter angesehen wird. Dieser Indikator ist jedoch mit zahlreichen statistischen Problemen verbunden und daher nicht verlässlich. Arbeitslosenraten werden stark beeinflusst von den Definitionen und Ansätzen zur Datensammlung sowie den Anreizen, sich arbeitslos zu melden, in den jeweiligen Ländern. Es ist nicht möglich, versteckte Arbeitslosigkeit zu erfassen, die in vielen ländlichen Gebieten der MOEL eine große Bedeutung hat. In Rumänien sind beispielsweise die Anreize sich arbeitslos zu melden sehr gering, und viele Menschen betrachten sich auch dann nicht als arbeitslos, wenn sie kaum etwas zu tun haben. Kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe haben eine große Bedeutung für die Beschäftigung und es gibt Maßnahmen wie verkürzte Arbeitszeiten, um die Arbeitslosenrate niedrig zu halten. Daher verdeckt die niedrige Arbeitslosenrate in Rumänien die tatsächlichen sozialen Probleme (vgl. Abschnitt 2.3.2).

Für die Typisierung der 175 ländlichen NUTS-3-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten wurde das Verfahren der Clusteranalyse gewählt. Die Clusteranalyse hat zum Ziel, eine heterogene Gesamtheit bestimmter Objekte (hier: Regionen) anhand mehrerer Merkmale zu Clustern zu gruppieren, die sowohl intern möglichst homogen als auch gut voneinander abgrenzbar sind. Man kann allgemein zwischen partitionierenden und hierarchischen Clusterverfahren unterscheiden. (1) Die hierarchischen Klassifikationsverfahren sind geeignet, um Clusterstrukturen in einer Objektmenge aufzudecken, wenn keinerlei Kenntnisse über die Gruppenzahl verfügbar sind. Während die agglomerativen Verfahren mit N Regionen beginnen und sukzessive die "ähnlichsten" Regionen oder Gruppen zusammenfassen bis schließlich alle Regionen in einem Cluster enthalten sind, gehen die divisiven Verfahren genau umgekehrt vor. In der Praxis kommt den agglomerativen Verfahren die größte Bedeutung zu. (2) Die partitionierenden Klassifikationsverfahren gehen dagegen von einer gegebenen Zerlegung der Regionen in eine bestimmte Anzahl Cluster aus, die jedoch nicht als "optimal" angesehen wird. Mit Hilfe eines Austauschalgorithmus werden die Regionen zwischen den Clustern so lange umgeordnet, bis eine gegebene Zielfunktion ein Optimum erreicht. In der Praxis werden partitionierende Verfahren oft verwendet, um die Ergebnisse einer hierarchischen Clusteranalyse zu optimieren (BACKHAUS et al., 2008; ECKEY et al., 2002).

In dieser Arbeit wird eine hierarchische agglomerative Clusteranalyse verwendet, um ländliche Regionen zu klassifizieren. Um Cluster mit hoher interner Homogenität und großer externer Heterogenität zu bilden, geht die Clusteranalyse von einem mehrdimensionalen Merkmalsraum aus, in dem jede Achse ein Merkmal (wie z. B. BIP pro Kopf) repräsentiert und jede Region anhand ihrer Merkmalsausprägungen eindeutig positioniert werden kann. Je näher Regionen beieinander liegen, desto größer ist ihre Ähnlichkeit und desto wahrscheinlicher ist eine gemeinsame Einordnung in einen Cluster (BAHRENBURG et al., 2008). Die Entfernung zwischen den Regionen im Merkmalsraum kann mit verschiedenen Ähnlichkeitsmaßen berechnet werden und es gibt verschiedene Fusionierungsalgorithmen. Jede Kombination von Ähnlichkeitsmaß und Fusionierungsalgorithmus kann zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. In der vorliegenden Analyse wird das in der Praxis weit verbreitete Ward-Verfahren als Fusionierungsalgorithmus zusammen mit der quadrierten euklidischen Distanz als Ähnlichkeitsmaß verwendet, da eine Simulationsstudie von BERGS gezeigt hat, dass nur das Ward-Verfahren "gleichzeitig sehr gute Partitionen findet und meistens die richtige Clusterzahl signalisiert" (BERGS, 1981 zitiert in BACKHAUS et al., 2008, S. 444). Das Ward-Verfahren verwendet bei der Gruppenbildung ein Varianzkriterium. Das heißt, es werden jeweils diejenigen beiden Regionen bzw. Cluster fusioniert, die eine minimale Erhöhung der Gesamtstreuung bewirken. Dazu wird für jeden einzelnen Cluster die Varianz der zu ihm gehörenden Regionen um den sogenannten Zentroid (multivariates arithmetisches Mittelzentrum) des Clusters bestimmt, d. h. es wird die Summe der quadrierten Abweichungen der Beobachtungswerte von den Merkmalsmittelwerten (Fehlerquadratsumme) des jeweiligen Clusters berechnet. Die Summe der einzelnen Clustervarianzen entspricht dann der Gesamtvarianz innerhalb der Cluster (BACKHAUS et al., 2008; BAHRENBURG et al., 2008; ECKEY et al., 2002).

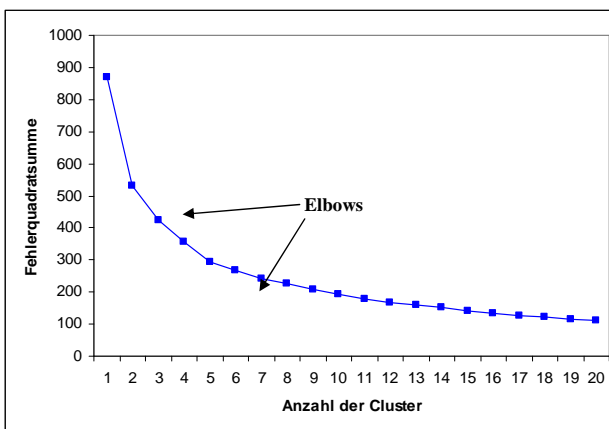
Eine Voraussetzung für die Clusteranalyse ist, dass die verwendeten Variablen nicht miteinander korreliert sind. Hoch korrelierte Variablen bewirken eine Gewichtung bei der Clusterbildung, so dass bestimmte Eigenschaften der Regionen, die durch hoch korrelierte Variablen abgebildet werden, bei der Fusionierung der Regionen überbetont werden, was zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen kann (BACKHAUS et al., 2008). Für alle in der vorliegenden Analyse verwendeten fünf Variablen liegt der Pearsonsche Korrelationskoeffizient unter 0,8 (bei den meisten sogar unter 0,5) und sie können somit nach Hübler (1989) als unkorreliert angesehen werden.²⁰ Außerdem wurden alle Variablen mittels z-Transformation standardisiert, um eine unterschiedliche Gewichtung der Variablen durch unterschiedliche Maßeinheiten zu vermeiden.²¹

²⁰ Deshalb war es nicht notwendig, Variablen auszuschließen oder eine explorative Faktoranalyse vorzuschalten, was beides Wege sind, das Problem korrelierter Ausgangsdaten zu lösen (BACKHAUS et al., 2008).

²¹ Bei einer z-Transformation wird eine Variable so standardisiert, dass ihr Mittelwert null und ihre Standardabweichung eins beträgt (BAHRENBURG et al., 2010).

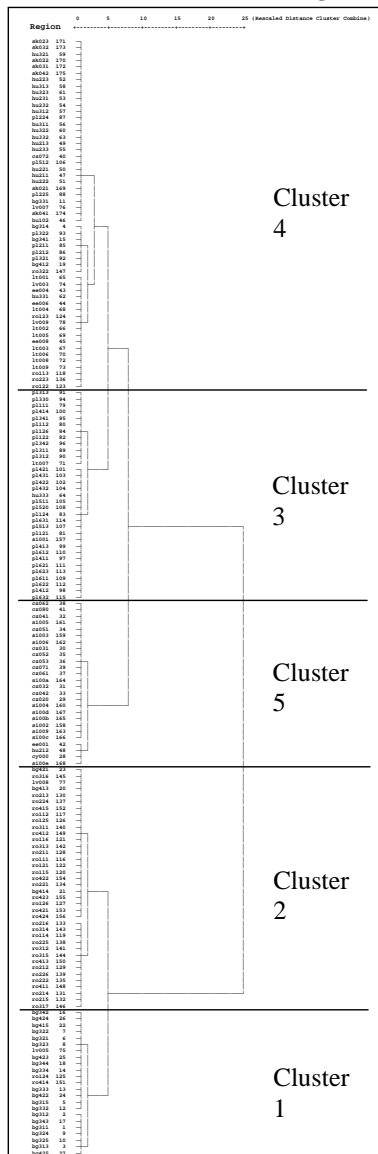
Eine agglomerative hierarchische Clusteranalyse führt nicht automatisch zu einer optimalen Anzahl von Clustern. Während des Verfahrens wird deren Zahl schrittweise durch die wiederholte Zusammenlegung zweier Cluster reduziert. Im ersten Schritt repräsentieren die einzelnen Regionen jeweils einen eigenen Cluster, während im letzten Schritt alle Regionen in einem einzigen Cluster enthalten sind. Dieser hierarchische Prozess wird in einem Dendrogramm veranschaulicht (HAIR et al., 2006). Es existiert kein absolutes Maß, um zu entscheiden, an welcher Stelle der Clusterungsprozess unterbrochen werden soll, und damit die Anzahl der Cluster festzulegen. Häufig wird das sogenannte "Elbow-Kriterium" angewendet. Dabei wird ein plötzlicher Anstieg in den Agglomerationskoeffizienten (beim Ward-Verfahren entsprechen diese der jeweiligen Fehlerquadratsumme) als entsprechender Anhaltspunkt für denjenigen Schritt verwendet, an dem das Verfahren angehalten werden soll. Für eine optische Entscheidungsunterstützung ist es hilfreich, die Koeffizienten gegen die zugehörige Clusterzahl in einem Diagramm abzutragen (BACKHAUS et al., 2008). Abbildung 6 zeigt ein solches Diagramm für die durchgeführte Clusteranalyse. Zwei "Ellbogen" sind sichtbar, bei einer Zwei- und bei einer Fünf-Cluster-Lösung. Da beim Übergang von der Zwei- zur Ein-Cluster-Lösung immer der größte Heterogenitätssprung zu verzeichnen ist (BACKHAUS et al., 2008) und eine Zwei-Cluster-Lösung nicht die gewünschte Differenzierung der Regionen bietet, wird die Fünf-Cluster-Lösung gewählt. Das Dendrogramm liefert eine zusätzliche graphische Verdeutlichung des Fusionierungsprozesses (siehe Abbildung 7). Da der Forscher eine relativ hohe Entscheidungsfreiheit und Verantwortung bei der Wahl des Ähnlichkeitsmaßes, des Fusionierungsalgorithmus und der Festlegung der Clusterzahl hat, kann eine Clusteranalyse nie vollständig objektiv sein.

Abbildung 6: Elbow-Kriterium zur Bestimmung der Clusterzahl für die durchgeführte Clusteranalyse



Quelle: BAUM, 2008b, S. 6. Berechnungen der Autorin für das SCARLED Deliverable 3.3.

Abbildung 7: Dendrogramm der durchgeführten Clusteranalyse mit Einteilung



Quelle: BAUM, 2008b, S. 7. Berechnungen der Autorin für das SCARLED Deliverable 3.3.

Ein Nachteil der hierarchischen Clusteranalyse ist, dass einmal zugeordnete Regionen ihren Cluster im weiteren Verlauf der Analyse nicht mehr verlassen können. Sind einmal zwei Regionen in einem Cluster vereint, können sie in einem späteren Schritt nicht mehr verschiedenen Clustern zugeordnet werden. So kann das Ergebnis einer hierarchischen Clusteranalyse eher als "Anfangslösung" aufgefasst werden, die anschließend noch zu verbessern ist (BAHRENBURG et al., 2008). Daher wird in der vorliegenden Arbeit an die hierarchische Clusteranalyse noch eine partitionierende Clusteranalyse nach der K-Means-Methode (Clusterzentrenanalyse bei SPSS) angehängt. Dieses Verfahren überprüft, ob eine Region wirklich dem "richtigen" Cluster zugeordnet ist. Die Anzahl der Cluster und die sogenannten Clusterschwerpunkte – d. h. die jeweiligen arithmetischen Mittelwerte der Merkmale innerhalb der Cluster – werden durch die Ergebnisse der vorher durchgeführten hierarchischen Clusteranalyse festgelegt. Nun werden die quadrierten euklidischen Distanzen zwischen allen Regionen und den Clusterschwerpunkten berechnet. Dann wird jede Region dem Clusterschwerpunkt zugeordnet, dem sie am nächsten liegt. Falls eine Umgruppierung erfolgt ist, werden die Clusterschwerpunkte und anschließend die Distanzen neu berechnet. Dieses Verfahren wird so lange fortgeführt, bis keine Umgruppierungen mehr erfolgten (BACKHAUS et al., 2008; BAHRENBURG et al., 2008; ECKEY et al., 2002; HAIR et al., 2006). In der vorliegenden Arbeit führte die Anwendung der K-Means-Methode zur Umgruppierung von 17 Regionen, die in Ungarn, Litauen, Polen und Rumänien liegen.

2.4.3 Ergebnisse der Analyse

Im Ergebnis der Clusteranalyse wurde eine Einteilung der 175 ländlichen NUTS-3-Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten in fünf Cluster (Raumtypen) als plausibelste Lösung angesehen. Dabei handelte es sich um folgende Raumtypen, die nach dem jeweiligen Clusterdurchschnitt des BIP pro Kopf vom niedrigsten zum höchsten Wert sortiert sind:

- Cluster 1: Rückständige Agrarregionen
- Cluster 2: Dynamische Agrarregionen
- Cluster 3: Mittlere Regionen
- Cluster 4: Fortgeschrittene Regionen
- Cluster 5: Am besten entwickelte Regionen

In Karte 12 im Anhang wird die geographische Lage der fünf Cluster visualisiert und in Tabelle 6 werden ihre Merkmale dargestellt. Die folgende Beschreibung der fünf Raumtypen mit Hilfe der einzelnen Variablen basiert auf den jeweiligen Mittelwerten der Cluster, welche eine mehr oder weniger große Streuung beinhalten (siehe Tabelle 6).

**Tabelle 6: Eigenschaften der fünf Cluster und aller ländlicher
NUTS-3-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten**

Cluster (Anzahl der Regionen)		Bevölkerung: Jährliche durchschnittl. Änderungsrate der Bev. in % 2000-2005 ¹	Wohlstand: BIP pro Kopf (Euro KKS) 2004	Dynamik: Jährl. Durch- schnittl. Ände- rungsrate des BIP p.K. (Euro KKS) 2000-2004	Diversifizierung: Anteil der Beschäftigung in Industrie und Dienstleistungen in % 2004 ²	Subsistenz: Anteil der lw. Betriebe unter 2 EGE 2005
1:	Mittel ³	-1,93	5457,5	6,69	63,8	91,7
Rückständige Agrarreregionen (24)	Minimum	-4,58	4541,1	0,71	41,2	82,5
	Maximum	-0,88	7185,2	11,94	85,0	96,4
	Std. abw.	0,92	812,9	2,30	10,9	3,9
2:	Mittel ³	-0,73	6585,5	11,26	64,6	89,8
Dynamische Agrarreregionen (42)	Minimum	-1,65	3627,5	6,73	42,3	76,3
	Maximum	0,15	10130,0	15,81	81,8	96,7
	Std. abw.	0,32	1552,8	2,15	10,4	4,4
3:	Mittel ³	-0,02	8608,5	4,52	71,9	57,2
Mittlere Regionen (27)	Minimum	-0,59	5780,3	3,05	52,0	33,7
	Maximum	0,76	12364,2	6,85	86,3	71,3
	Std. abw.	0,33	1575,8	0,97	10,1	9,8
4:	Mittel ³	-0,22	9414,2	5,42	87,0	84,9
Fort- geschrittene Regionen (55)	Minimum	-1,08	4905,4	0,77	65,7	68,8
	Maximum	1,58	15436,2	12,30	96,8	95,4
	Std. abw.	0,46	2158,1	2,19	9,0	7,5
5:	Mittel ³	0,07	15301,4	5,19	92,7	53,7
Am besten entwickelte Regionen (27)	Minimum	-0,44	12634,9	2,80	83,0	39,5
	Maximum	1,77	25595,8	10,47	99,0	81,7
	Std. abw.	0,42	2788,3	1,47	4,4	10,6
Alle (175)	Mittel ³	-0,50	8976,7	6,82	77,0	77,9
	Minimum	-4,58	3627,5	0,71	41,2	33,7
	Maximum	1,77	25595,8	15,81	99,0	96,7
	Std. abw.	0,81	3607,1	3,22	14,8	17,0
Mittel ländliche EU-15 ⁴		0,55	19819,2	2,88	92,4	29,5 ⁵

Quelle: BAUM, 2008b, S. 12. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten für das SCARLED Deliverable 3.3.

Anm.: ¹ Ungarn 2001-2005. ² Rumänien: nationale Daten (NATIONAL INSTITUTE OF STATISTICS, 2006: Romanian Statistical Yearbook 2005. S. 180-183). ³ Ungewichteter arithmetischer Mittelwert. ⁴ Durchschnitt der überwiegend ländlichen Gebiete und stark ländlich geprägten Gebiete der EU-15. Aufgrund fehlender Werte konnten nur 644 Regionen (für den Diversifizierungsindikator 532) von insgesamt 690 Regionen für die Berechnung verwendet werden. Länder mit fehlenden Werten sind Belgien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich. ⁵ Wert für die gesamte EU-15 (einschließlich überwiegend städtischen Gebieten).

Cluster 1: Rückständige Agrarregionen

Agrarisch geprägte Regionen mit dem niedrigstem BIP pro Kopf, ausgeprägter Subsistenzorientierung der Landwirtschaft und starker Bevölkerungsabnahme

Dieser Raumtyp enthält jene Regionen Bulgariens – neben Latgale in Ostlettland und drei Regionen in Rumänien – wo sehr ungünstige Faktoren zusammentreffen: Der hohe Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft (36 % im Durchschnitt), die durch eine hohe Subsistenzorientierung geprägt ist (92 % aller Betriebe unter 2 EGE im Durchschnitt), ist verbunden mit dem niedrigsten BIP pro Kopf unter allen Raumtypen (5.458 Euro KKS im Durchschnitt). Die Bevölkerung hat zwischen 2000 und 2005 dramatisch abgenommen (im Durchschnitt -1,9 % pro Jahr). Als Ursache kann – neben dem Geburtendefizit – eine hohe Abwanderung angenommen werden. Dadurch wird das zukünftige Entwicklungspotenzial dieser Regionen reduziert, da es zu einer überalterten Bevölkerungsstruktur führt. Die durchschnittliche jährliche Änderungsrate des BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2004 (+6,7 % im Durchschnitt mit einer Spannweite von +0,7 % bis +11,9 %) liegt leicht unter dem Mittelwert aller ländlichen Regionen in den NMS (aber natürlich stark über dem Durchschnitt der ländlichen Regionen der EU-15 von +2,9 %). Maßnahmen zur Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen für junge Menschen werden dringend gebraucht, damit sich diese Regionen nicht in einer Sackgasse wieder finden.

Cluster 2: Dynamische Agrarregionen

Agrarisch geprägte Regionen mit niedrigem BIP pro Kopf, ausgeprägter Subsistenzorientierung der Landwirtschaft und höchster wirtschaftlicher Dynamik

Neben einer lettischen, drei litauischen und drei bulgarischen Regionen enthält dieser Raumtyp hauptsächlich Regionen aus Rumänien. Sie sind den Regionen aus Cluster 1 sehr ähnlich in Bezug auf den hohen Anteil landwirtschaftlicher Beschäftigung (35 % im Durchschnitt) und der ausgeprägten Subsistenzorientierung der Landwirtschaft (90 % aller Betriebe unter 2 EGE im Durchschnitt). Im Gegensatz zu Cluster 1 hat dieser Raumtyp im Durchschnitt jedoch sowohl ein höheres BIP pro Kopf (6.586 Euro in Euro KKS) als auch die höchste Änderungsrate des BIP pro Kopf unter allen Raumtypen (jährlich +11,3 % zwischen 2000 und 2004). Außerdem ist die Bevölkerungsabnahme weniger stark (jährlich -0,7 % zwischen 2000 und 2005 im Durchschnitt). Während die hohe wirtschaftliche Dynamik Hoffnungen für das zukünftige regionale Potenzial weckt, machen die geringe Diversifizierung, die Bedeutung der Subsistenzlandwirtschaft und die Bevölkerungsabnahme die Notwendigkeit eines Strukturwandels deutlich. Des Weiteren ist es fraglich, ob von dem Wachstum der Wirtschaftskraft wirklich kleine Dörfer profitieren oder es eher auf regionale Zentren begrenzt ist.

Cluster 3: Mittlere Regionen

Intermediäre Regionen mit mittlerem BIP pro Kopf, unterdurchschnittlicher Subsistenzorientierung der Landwirtschaft und geringster wirtschaftlicher Dynamik

Cluster 3 umfasst vorwiegend ländliche Regionen aus Polen, ergänzt um zwei litauische Regionen und Pomurska in Nordostslowenien. Dieser Raumtyp ist gekennzeichnet durch ein mittleres Niveau des BIP pro Kopf (8.609 Euro KKS im Durchschnitt) mit der geringsten Wachstumsrate von allen Raumtypen (jährlich +4,5 % zwischen 2000 und 2004 im Durchschnitt). Die Landwirtschaft hat einen Anteil von durchschnittlich 28 % an der Beschäftigung und weist eine Subsistenzorientierung auf, die unter dem Mittelwert aller ländlichen Räume der NMS liegt (57 % aller Betriebe unter 2 EGE im Durchschnitt). Die Bevölkerung ist eher stabil (jährliche Änderungsrate -0,02 % zwischen 2000 und 2005 im Durchschnitt), verursacht durch ein immer noch hohes natürliches Wachstum, was der negativen Nettowanderungsrate entgegenwirkt. Dieses Phänomen wird sich jedoch langfristig nicht fortsetzen, da die TFR auch in diesen Regionen mittlerweile unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen ist (vgl. Abschnitt 2.3.1). Daher unterliegen diese Regionen dem Risiko, dass die durch die Abwanderung ausgelösten Änderungen der Altersstruktur und Fertilität auch die natürliche Wachstumsrate (und damit die Bevölkerungsentwicklung insgesamt) ins Negative kehren.

Cluster 4: Fortgeschrittene Regionen

Eher diversifizierte Regionen mit einem mittleren BIP pro Kopf und einer Subsistenzorientierung der Landwirtschaft über dem Durchschnitt

Die ländlichen Regionen des vierten Raumtyps sind im Vergleich mit dem Mittelwert aller ländlichen Regionen in den NMS als eher diversifiziert anzusehen (der Beschäftigungsanteil von Industrie und Dienstleistungen beträgt 87 % im Durchschnitt). Sie umfassen alle ländlichen Regionen in der Slowakei, fast alle Regionen in Ungarn, große Teil des Baltikums, West- und Südpolen sowie einige Regionen in Bulgarien, Rumänien und der Tschechischen Republik. Das BIP pro Kopf ist überdurchschnittlich (9.414 Euro KKS im Durchschnitt), deren Wachstumsrate unterdurchschnittlich (jährlich +5,4 % zwischen 2000 und 2004 im Durchschnitt). Die Landwirtschaft zeigt eine noch hohe Subsistenzorientierung (85 % aller Betriebe unter 2 EGE im Durchschnitt) und die Bevölkerung nimmt leicht ab (jährlich -0,2 % zwischen 2000 und 2005 im Durchschnitt). Die stärkere Diversifizierung und das höhere BIP pro Kopf bieten bessere Bedingungen, den Strukturwandel zu bewältigen und neue Wirtschaftsaktivitäten zu stimulieren, als in ärmeren, stärker agrarisch geprägten Regionen. Dennoch benötigen auch die ländlichen Regionen in Cluster 4 Unterstützung bei der Nutzung ihres Potenzials und der Anpassung der großen Zahl kleiner (Semisubsistenz)betriebe.

Cluster 5: Am besten entwickelte Regionen

Diversifizierte Regionen mit dem höchsten BIP pro Kopf, der geringsten Subsistenzorientierung und stabiler Bevölkerung

Die beste Einstufung haben die ländlichen Regionen von Cluster 5, der große Teile Sloweniens und der Tschechischen Republik, Zypern, eine Region in Nordwestungarn, Legnicki in Südostpolen und die Region Tallinn in Estland enthält. Der fünfte Raumtyp zeichnet sich unter allen Clustern durch das höchste BIP pro Kopf (15.301 Euro KKS im Durchschnitt), den höchsten Diversifizierungsgrad (durchschnittlich 93 % der Beschäftigung in Industrie und Dienstleistungen) und die geringste Subsistenzorientierung in der Landwirtschaft aus (54 % aller Betriebe unter 2 EGE im Durchschnitt). Die wirtschaftliche Dynamik ist im Vergleich mit allen ländlichen Regionen der NMS unterdurchschnittlich (jährlich +5,2 % zwischen 2000 und 2004 im Durchschnitt), aber in nahezu allen Regionen über dem Durchschnitt der ländlichen Räume der EU-15 von +2,9 %. Die Bevölkerung ist stabil (jährliche Änderungsrate zwischen 2000 und 2005 +0,07 % im Durchschnitt, in den meisten Regionen nahe null) und stark wachsend in Zypern (+1,8 %). Dass diese Regionen im Vergleich mit den anderen ländlichen Regionen in den NMS relativ gut abschneiden, sollte nicht die Tatsache verbergen, dass auch hier der Strukturwandel unterstützt werden muss. Mit Ausnahme der slowenischen Region Osrednjeslovenska (Ljubljana und Umland) liegt das BIP pro Kopf in allen Regionen unter dem Durchschnitt aller ländlichen Regionen in der EU-15 (19.819 Euro KKS im Jahr 2004) und die Betriebsstruktur in der Landwirtschaft ist stärker zersplittert als in der EU-15.

Im Ergebnis zeigt die Typisierung, wie sich die Dimension und Kombination der Probleme in den verschiedenen ländlichen Räumen der NMS unterscheidet. Außerdem werden die Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern deutlich.

2.4.4 Schlussfolgerungen

Clusteranalytische Verfahren können prinzipiell als zur Typisierung von Regionen geeignet angesehen werden. Als exploratives Analyseinstrument haben sie gegenüber multikriteriellen Methoden den Vorteil, dass sie bisher unbekannte Strukturen und Zusammenhänge aufdecken und damit zum Erkenntnisgewinn beitragen können. Clusteranalytische Verfahren können zu einem besseren Verständnis regionaler Strukturen beitragen, damit politische Diskussionen anregen und eine Basis für tiefer gehenden Analysen bereitstellen. Ihr Nachteil besteht jedoch darin, dass die Ergebnisse nie vollständig objektiv sind, da die Clusteranalyse nicht nach einem bestimmten Standardschema abläuft, sondern dem Anwender eine relativ große Freiheit und Verantwortung gibt, Variablen, Ähnlichkeitsmaß, Fusionsalgorithmus und Anzahl der Cluster nach eigener Einschätzung und Plausibilität der Ergebnisse festzulegen. Die aus der Clusteranalyse resultierende Zuordnung der Regionen zu den einzelnen Gruppen hängt von den verwendeten Variablen und Verfahren ab.

Andere Indikatoren und Algorithmen können zu anderen Gruppenzuordnungen führen. Außerdem zeigen vergleichende Analysen, dass die Größe des analysierten Raumes (z. B. zehn Länder oder nur ein Land) einen sichtbaren Einfluss auf die Clustereinteilung hat (vgl. BAUM et al., 2004).

Mit der vorliegenden Analyse wird eine Einstufung der 175 ländlichen Regionen in den NMS nach demographischen, sozioökonomischen und agrarstrukturellen Kriterien erreicht. Basierend auf fünf Variablen (Bevölkerungsentwicklung, BIP pro Kopf und dessen Wachstumsrate, Beschäftigungsanteil von Industrie und Dienstleistungen, Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe unter 2 EGE) wurden mit Hilfe einer hierarchischen Clusteranalyse fünf Typen ländlicher Räume mit ähnlichen Strukturen identifiziert. Ländliche Räume des Raumtyps 1 (vor allem in Bulgarien) sind diejenigen Regionen, die in jeder Hinsicht am schlechtesten abschneiden. Dagegen umfasst der Raumtyp 5 (vor allem Slowenien, Zypern und die Tschechische Republik) jene ländlichen Räume, welche im Vergleich mit allen ländlichen Regionen in den NMS die besten Werte aufweisen. Allerdings müssen auch diese Regionen noch große Anstrengungen unternehmen, um gegenüber den ländlichen Räumen der EU-15 aufzuholen. Die Raumtypen 2 bis 4 sind gemischte Typen zwischen beiden Extremen. Der Raumtyp 2 (vor allem Rumänien) zeigt auch großen Bedarf in jedem Bereich, besitzt aber die beste wirtschaftliche Dynamik aller Typen. Raumtyp 3 (vor allem Polen) hat bei allen Variablen eher durchschnittliche Ausprägungen. Die wirtschaftliche Dynamik ist jedoch vergleichsweise gering und in vielen Regionen lässt sich Nettoabwanderung vermuten, die noch von der traditionell hohen, jedoch aktuell sinkenden Fertilität überdeckt wird. Die ländlichen Räume des Typs 4 (vor allem in Ungarn, der Slowakei und im Baltikum) haben eine vergleichsweise gute Position beim Wohlstandsniveau und bei der Diversifizierung, weisen jedoch überdurchschnittlich viele kleine landwirtschaftliche (Semisubsistenz)betriebe auf, was die Notwendigkeit zeigt, den landwirtschaftlichen Strukturwandel verstärkt zu unterstützen.

Die Typisierung veranschaulicht, dass die Dimension und Kombination der Probleme in den verschiedenen ländlichen Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist und die ländlichen Räume angepasste Politikstrategien benötigen. Sie zeigt außerdem, dass die ländliche Entwicklungspolitik der EU mit einer großen Aufgabe konfrontiert ist, um ihre Ziele in den Bereichen "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors" und "Verbesserung der Lebensqualität und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit" in den neuen Mitgliedstaaten zu erreichen. Die Clustereinteilung macht neben regionalen Unterschieden auch die großen Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen MOEL deutlich, da bestimmte Cluster häufig typisch für ein oder mehrere Länder sind. Führt man eine Clusteranalyse nur für ein Land durch (vgl. z. B. TRAPP und BAUM, 2005), werden die länderspezifischen Unterschiede vermieden und es ist möglich, auf besondere Problemlagen einzugehen. Für die zukünftige Forschung

scheint außerdem – bei gegebener Datenverfügbarkeit – eine Typisierung mit einem größeren Variablensatz auf einer kleinräumigeren Ebene lohnenswert.

2.5 Regionalpolitische Maßnahmen der EU in der Praxis

Die Unterschiede in der räumlichen Verteilung von Wirtschaftsaktivitäten, Einkommen und Lebensverhältnissen begründen allein noch nicht notwendigerweise die Anwendung von Regionalpolitik zugunsten bestimmter Regionen.²² Grundsätzlich können staatliche Eingriffe allokatons- oder distributionspolitisch begründet werden. Aus allokatonspolitischer Sicht lassen sich regionalpolitische Maßnahmen dann rechtfertigen, wenn Marktversagen vorliegt (z. B. aufgrund der Existenz externer Effekte oder begrenzter Faktormobilität), was zu einer ineffizienten räumlichen Faktorallokation führt. Dagegen besteht aus distributionspolitischer Sicht auch dann Handlungsbedarf, wenn die marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismen prinzipiell funktionieren, aber durch den Marktmechanismus gesellschaftspolitische Grundanliegen, die vor allem einen verteilungspolitischen Hintergrund haben, nicht erreicht werden. Während der erste Begründungsansatz dem Wachstumsziel folgend rein ökonomisch argumentiert, ist der zweite außerökonomisch motiviert (Gerechtigkeits- bzw. Ausgleichsziel) und folglich normativer Art (KRIEGER-BODEN, 1995; SCHARFF, 1993; SCHÖN, 1997).

2.5.1 Regionalpolitik und ländliche Entwicklungspolitik der EU

Die EU betreibt seit Mitte der siebziger Jahre eine Politik zum Ausgleich regionaler Entwicklungsunterschiede – bezeichnet als Regional-, Struktur- oder Kohäsionspolitik (vgl. Fußnote 22). Die hierfür eingesetzten finanziellen Mittel sind seit Anfang der 1990er Jahre stark gestiegen und betragen für den Zeitraum 2007-2013 mit 347 Mrd. Euro mehr als ein Drittel des EU-Haushalts (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008b). In Artikel 158 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist das Ziel festgeschrieben, durch eine Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (Kohäsion) eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern und die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern (AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN C 325/33 vom 24.12.2002). Dieser Artikel wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eingefügt, allerdings war bereits in dem EWG-Vertrag

²² Im Folgenden werden die Begriffe Regionalpolitik, Strukturpolitik und Kohäsionspolitik synonym gebraucht als Bezeichnung für staatliches Eingreifen in das Wirtschaftsgeschehen zugunsten bestimmter Regionen mit dem Ziel, regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verringern und damit zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse beizutragen. Regionalpolitik ist streng genommen nur ein Teil der Strukturpolitik; die regionale Strukturpolitik wird jedoch häufig mit Strukturpolitik schlechthin gleichgesetzt (AXT, 2000). Der Begriff Kohäsionspolitik wurde von der EU entwickelt, um die Politik zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der EU zu bezeichnen, welche Regionalpolitik entspricht.

von 1957 ein Hinweis darauf enthalten, dass es die Aufgabe der Gemeinschaft ist, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

Die Begründung für die Notwendigkeit der Kohäsionspolitik wird jedoch in der Regel nicht sehr klar formuliert. Grundsätzlich basiert sie auf distributionspolitischen Argumenten (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008b). Deutlich wird das in zwei Zitaten. "Kohäsionspolitik ist der deutlichste und sichtbarste Ausdruck von Solidarität innerhalb der EU" (AHNER, 2009, S. 1). "Keine Gemeinschaft kann überleben oder für die ihr angehörenden Menschen Bedeutung haben, solange manche sehr niedrige Lebensstandards haben und Gründe haben, an dem gemeinschaftlichen Willen, allen Mitgliedstaaten zu helfen, die Bedingungen für seine Bürger zu verbessern, zu zweifeln." (Thomson-Bericht von 1973, zitiert in EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010a, S. 201). Daneben wird die Kohäsionspolitik zunehmend als notwendig für den Erhalt und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU angesehen, da von der Stärkung regionaler Wettbewerbsfähigkeit die gesamte Union profitiere und umgekehrt ein Verlust an individueller und gesellschaftlicher Wohlfahrt in schwach entwickelten Regionen sich auf die gesamte, miteinander vernetzte Wirtschaft auswirken würde (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2004). In ihrem fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt schreibt die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010a, S. XII): "Einige dieser regionalen Disparitäten werden wahrscheinlich nie (ganz) verschwinden, viele sind jedoch ineffizient, ungerecht und unhaltbar. Um reale Fortschritte auf dem Weg zu intelligentem, grünem und integrativem Wachstum zu erreichen, müssen diese regionalen Disparitäten reduziert werden" (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010a, S. XII).

Auch die Ursachen für die interregionalen Disparitäten, an denen die Regionalpolitik ansetzen sollte, werden in der Regel nicht klar benannt. In den Kohäsionsberichten der Europäischen Kommission werden – meist ohne Belege – verschiedene Bereiche von Bedeutung aufgezählt wie z. B. Sach- und Humankapital, Infrastruktur, Technologie, Innovationskapazität oder regionale Governance²³ (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2004, 2007b und 2010a). Im fünften Kohäsionsbericht wird eine laufende, von der Generaldirektion Regionalpolitik in Auftrag gegebenen Studie erwähnt, die die entscheidenden Determinanten für Wachstum auf regionaler Ebene identifizieren soll (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010a), woraus geschlossen werden kann, dass auch die Europäische Kommission diese Frage bisher nicht als befriedigend geklärt ansieht.

Die europäische Strukturpolitik bildet kein kohärent entwickeltes und strategisch ausgerichtetes Politikfeld, sondern ist Stück für Stück aus einem Zusammenspiel

²³ Der Begriff "Governance" kann nach AXT (2000) verstanden werden als offener, dynamischer Prozess der Entscheidungsfindung und des Regierens, in den auch viele Akteure halbstaatlicher oder privater Art einbezogen sind.

von sehr unterschiedlichen Akteuren und Interessen entstanden. Sie ist in der finanziellen Dimension ihrer Entwicklung vor allem das Ergebnis vielschichtiger, politisch motivierter Aushandlungsprozesse zwischen den Mitgliedstaaten²⁴ (MÜLLER et al., 2002; KÄMPFE, 2004). Im Zeitraum 2007-2013 verfolgt die Regionalpolitik der EU offiziell drei Förderziele: Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie Europäische Territoriale Zusammenarbeit. 81,5 % der Finanzmittel innerhalb der EU-Regionalpolitik sind für das Konvergenzziel vorgesehen (ehemals Ziel 1). Sie kommen Regionen zugute, deren BIP pro Kopf weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt bzw. wegen des statistischen Effekts der erweiterten EU nur geringfügig über diesem Schwellenwert liegt (Phasing-out-Regionen). Durch die Förderung wachstumssteigernder Bedingungen und Faktoren sollen sich diese ärmsten Regionen in ihrer Wirtschaftskraft dem EU-Durchschnitt annähern. Dies betrifft fast alle NUTS-2-Regionen in den MOEL sowie Ostdeutschland, Teile Südeuropas und einige wenige Regionen in Belgien, Großbritannien und Norddeutschland. Weitere 16 % der Finanzmittel stehen im Rahmen der Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung allen anderen Regionen der EU zur Verfügung, die nicht im Rahmen des Konvergenzziels gefördert werden. Schließlich sind 2,5 % der Finanzmittel für die Förderung grenzübergreifender, transnationaler oder interregionaler Zusammenarbeit und Netzwerke vorgesehen. Die Umsetzung der Regionalpolitik erfolgt auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten bzw. Regionen im Rahmen mehrjähriger Programme. Die Entwicklung der Programme soll in einem kollektiven Prozess mit Behörden auf unterschiedlichen Ebenen, Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2007c und 2008b).

Auch die Politik für die Entwicklung der ländlichen Räume unterstützt das Kohäsionsziel der EU, werden doch im Artikel 158 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft unter dem Ziel, den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern, auch ausdrücklich die ländlichen Räume genannt (AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN C 325/33 vom 24.12.2002). Die Maßnahmen der ländlichen Entwicklungspolitik der EU wurden erstmals mit der Agenda 2000 in einer umfassenden Verordnung²⁵ zusammengefasst und als sogenannte zweite Säule innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik etabliert und aus deren Mitteln finanziert. Sie umfassten die flankierenden Maßnahmen und die sogenannten Modernisierungs- und Diversifizierungsmaßnahmen.²⁶ Durch die

²⁴ So erreichte beispielsweise Spanien mit einer Vetodrohung gegen die Währungsunion 1993 die Einrichtung des Kohäsionsfonds als spezielles Förderinstrument für weniger entwickelte Mitgliedstaaten. Oder Finnland und Schweden konnten bei ihrem Beitritt 1995 erfolgreich ein neues Förderziel für "Regionen in extremer Randlage" durchsetzen und damit verhindern, zu Nettozahlern zu werden (KÄMPFE, 2004).

²⁵ Verordnung (EG) Nr. 1257/1999.

²⁶ Die flankierenden Maßnahmen setzten sich zusammen aus der Förderung von Vorruhestand und Aufforstung, den Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete und Agrarumweltmaßnahmen. Die Modernisierungs- und Diversifizierungsmaßnahmen umfassten die

Einbettung in die Agrarpolitik war die ländliche Entwicklungspolitik der EU stark sektoral auf die Landwirtschaft ausgerichtet – und ist es trotz Paradigmenwechsel und Bekenntnis hin zu einer territorialen, integrierten ländlichen Entwicklung teilweise immer noch (vgl. auch MÖLLERS et al., 2011). Mit der Programmperiode 2007-2013 wurde ein neues eigenständiges Förderinstrument für die ländliche Entwicklung mit einem eigenen Fonds zur Finanzierung der Maßnahmen eingeführt (der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums = ELER). Dieses neue Förderinstrument definiert die sektorale, umweltbezogene und territoriale Funktion ländlicher Entwicklung klarer als zuvor. Die drei Funktionen entsprechen den drei thematischen Achsen bzw. Kernzielen der ländlichen Entwicklungspolitik: (1) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Forstsektors, (2) Verbesserung von Umwelt und Landschaft, (3) Verbesserung der Lebensqualität in den ländlichen Gebieten und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit. Die erfolgreiche Gemeinschaftsinitiative LEADER, die Maßnahmen ländlicher Entwicklung einem integrierten, territorialen Ansatz folgend auf lokaler Ebene umsetzt, ist als "methodische LEADER-Achse" nun obligatorisch in die ländliche Entwicklungspolitik der EU integriert. Die Einführung eines einheitlichen Regelwerks für die Programmplanung, Finanzierung, Berichterstattung und Kontrolle hat außerdem zum Ziel, die praktische Durchführung der ländlichen Entwicklungspolitik zu vereinfachen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006a). Insgesamt sind zwischen 2007 und 2013 rund 88 Mrd. Euro für die Gemeinschaftsförderung der Entwicklung der ländlichen Räume vorgesehen und damit weniger als 10 % des Gesamtbudgets der EU. Die aus dem ELER finanzierten Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung müssen mit den struktur- und regionalpolitischen Interventionen der anderen Fonds (z. B. des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE) koordiniert werden.²⁷ Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Koordinierung in der Praxis funktioniert und zu einer wirklichen Arbeitsteilung führt (vgl. TIETZ, 2007).

2.5.2 Aufbau von Institutionen der Regionalpolitik und ländlichen Entwicklungspolitik in den MOEL vor dem EU-Beitritt

Durch den Beitritt zur EU können die MOEL von den Maßnahmen der europäischen Regional- und ländlichen Entwicklungspolitik profitieren, waren aber auch verpflichtet, dafür ein institutionelles System der räumlichen Planung und Entwicklung

Förderung von Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, Junglandwirten, Ausbildung, Forstwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung sowie Anpassung und Entwicklung der ländlichen Gebiete (Artikel 33). Finanziert wurden diese Maßnahmen aus der Abteilung Garantie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL). Ausnahme bildeten die Modernisierungs- und Diversifizierungsmaßnahmen in Ziel-1- und Ziel-2-Gebieten der EU-Regionalpolitik, die in die jeweiligen regionalen Programme der Strukturpolitik integriert und aus der Abteilung Ausrichtung des EAGFL finanziert wurden (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 1999).

²⁷ Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ELER-Verordnung).

zu schaffen, das den EU-Standards genügt. Verwaltungen müssen in der Lage sein, regionalpolitische Förderprogramme der EU für nach NUTS-Richtlinien abgegrenzte Gebiete zu entwickeln und umzusetzen. Das umfasst auch ausreichende Kapazitäten an geschultem Personal. Um die von der EU bereitgestellten Mittel absorbieren zu können, muss aufgrund des Prinzips der Additionalität (nationale Kofinanzierung) die Haushaltspolitik der Länder angepasst werden. Die Bewältigung des Institutionenaufbaus auf regionaler Ebene erwies sich in den traditionell meist zentralstaatlich organisierten MOEL jedoch als problematisch. Das betrifft auch die Einbeziehung privater Akteure in Form der Wirtschafts- und Sozialpartner und anderer Nichtregierungsorganisationen (AXT, 2000; HEIMPOLD, 2002). Regionalpolitik als staatliches Eingreifen zugunsten bestimmter Regionen, partizipativ und dezentral entwickelt und umgesetzt auf regionaler Ebene, gab es zu sozialistischer Zeit nicht. Stattdessen war die Politik, die die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen beeinflusste, eng mit sektoraler Politik verknüpft und im Wesentlichen auf das zentral gesteuerte Realisieren sektoraler Entwicklungspläne gerichtet, auf deren Grundlage Entscheidungen über die Standorte von Investitionen, Produktionsspezialisierung oder z. B. Wohnraumschaffung getroffen wurden. Wirtschaftliche Aspekte wurden dabei oft unzureichend berücksichtigt. Die hieraus resultierende Konzentrations- und Spezialisierungstendenz an aus wirtschaftlicher Sicht häufig weniger geeigneten Standorten führte zu einer starken regionalen Arbeitsteilung, welche die Regionen in vielen Fällen von nur einem großen Unternehmen abhängig machte (HALLET, 1997; RÖMISCH, 2003). Auch eine integrierte ländliche Entwicklungspolitik war in den MOEL in der Vergangenheit entweder schwach ausgeprägt oder gar nicht vorhanden. Politik für ländliche Räume war in der Regel auf die Landwirtschaft konzentriert, die als das Rückgrat der ländlichen Wirtschaft angesehen wurde (HUBBARD et al., 2007).

Mit beginnender Transformation hatte in den MOEL trotz der zu beobachtenden Polarisierungseffekte die nationale Sektoralpolitik und das gesamtwirtschaftliche Wachstum Vorrang vor Regionalpolitik (HALLET, 1997). Auch die Konzepte zur ländlichen Entwicklung blieben auf die Landwirtschaft beschränkt, dies zum Teil bis in die 2000er Jahre als die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft schon stark abgenommen hatte (FURMANKIEWICZ et al., 2010; HUBBARD et al., 2007). Die Förderung benachteiligter Regionen stellte vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre keinen Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik dar. Die regionale Ebene trat als potenzieller regionalpolitischer Akteur zunächst kaum oder gar nicht in Erscheinung und stellte ein "administratives Vakuum" zwischen der mächtigen Zentralregierung auf der einen Seite und den zahlreichen kleinen Gemeindeverwaltungen auf der anderen Seite dar (BACHTLER und McMASTER, 2008; HEIMPOLD, 2002). Allgemein wurde die Etablierung einer Regionalpolitik nach EU-Vorbild sowohl durch die mangelnde Unterstützung der Regierung als auch durch die fehlenden bzw. schwachen regionalen Institutionen behindert (HORVÁTH, 2000).

Mit den Vorbereitungen für den EU-Beitritt haben die MOEL begonnen, regionale Entwicklungskonzepte zu erstellen und Gesetze zur Regionalpolitik zu erlassen. Ende der 1990er Jahre wuchs auch das Bewusstsein, dass die Institutionen auf regionaler Ebene für die Durchführung regionalpolitischer Maßnahmen inadäquat sind. In den MOEL wurden daraufhin sehr unterschiedliche institutionelle Strukturen für die Regionalentwicklung eingeführt. Nur in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei wurden regionale Organe der Selbstverwaltung gebildet (BACHTLER und MCMMASTER, 2008). Die finanziellen, institutionellen und personellen Ressourcen blieben auf der regionalen Ebene jedoch sehr begrenzt und die neu geschaffenen regionalen Institutionen erwiesen sich teilweise als instabil und zu fragmentiert²⁸ und verfehlten mitunter das Ziel, das Vertrauen der lokalen Akteure zu gewinnen (BACHTLER und MCMMASTER, 2008; HEIMPOLD, 2008; MONASTIRIOTIS, 2008; PÁLNÉ KOVÁCS, 2009). PÁLNÉ KOVÁCS (2009) kommt daher für Ungarn zu der Einschätzung, dass die "top-down"-Dezentralisierung nicht erfolgreich war und die räumliche Aufteilung der Machtverhältnisse nicht wirklich geändert hat. Selbst in Polen, was in seiner Geschichte bereits administrative Strukturen auf regionaler Ebene hatte, habe sich eine "wirkliche" Dezentralisierung als schwierig erwiesen (PÁLNÉ KOVÁCS, 2009).

2.5.3 Die Vorbeitrittshilfe SAPARD

Um die MOEL vor ihrem EU-Beitritt beim Aufbau von Institutionen und Kapazitäten sowie der Einführung von Standards, Verordnungen und regionalpolitischen Maßnahmen zu unterstützen, wurden ihnen von der EU für den Zeitraum 2000-2006 im Rahmen der drei Vorbeitrittshilfen PHARE²⁹, ISPA³⁰ und SAPARD³¹ knapp 22 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2004; vgl. Tabelle 7). Für die ländlichen Räume war insbesondere das Sonderprogramm für

²⁸ So sind in der Tschechischen Republik beispielsweise die Verwaltungsbehörden für die EU-Strukturfonds auf der NUTS-2-Ebene, die regionale Selbstverwaltung auf der NUTS-3-Ebene angesiedelt, was zu Problemen und Konflikten bei der Implementierung und Aufteilung der EU-Strukturfondsmittel führen kann (HEIMPOLD, 2008). In Ungarn wurden verschiedene Institutionen auf den Ebenen NUTS-2, NUTS-3 und NUTS-4 geschaffen. Diese Überfragmentierung führte zu einer Aufsplitterung der Entwicklungsressourcen, einem Wettbewerb zwischen den Ebenen und Konflikten aufgrund der fehlenden klaren Arbeitsteilung. Die NUTS-2-Ebene konnte dadurch kein Schlüsselakteur in der Regionalpolitik werden (PÁLNÉ KOVÁCS, 2009).

²⁹ Gemeinschaftshilfeprogramm für die Länder Mittel- und Osteuropas (ursprünglich PHARE: Poland and Hungary Aid for the Reconstruction of the Economy) zur Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der administrativen und institutionellen Kapazitäten.

³⁰ Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA: Instrument for Structural Policies for Pre-Accession) zur Finanzierung von Verkehrs- und Umweltprojekten.

³¹ Sonderprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (SAPARD: Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Umstrukturierung ihrer Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete.

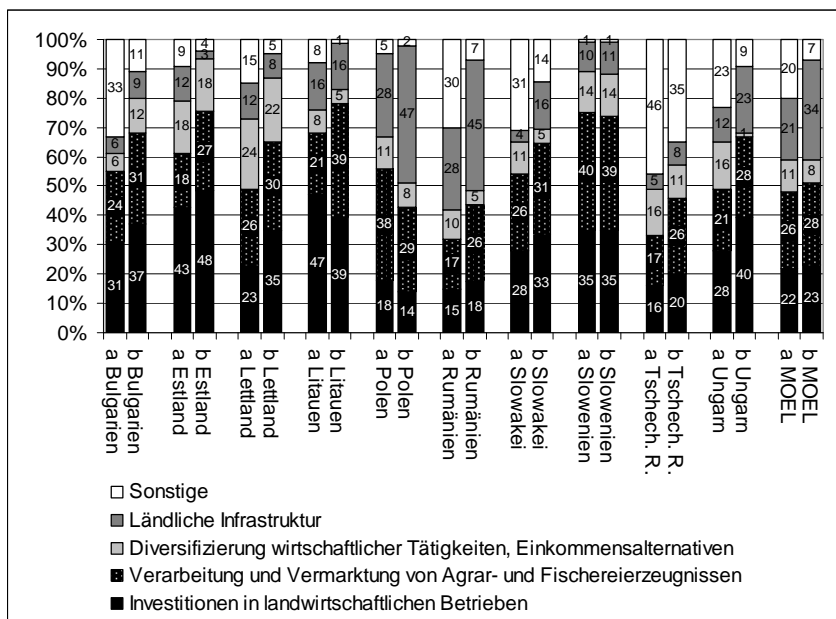
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung SAPARD von Bedeutung. Es unterstützte neben der Umstrukturierung der Landwirtschaft und ländlichen Räume sowie der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik allgemein auch den Aufbau eines institutionellen Rahmens für struktur- und regionalpolitische Maßnahmen der EU, da es als einzige der drei Vorbeitrittshilfen vollständig dezentral verwaltet wurde. Das SAPARD-Programm sollte dadurch den EU-Beitrittskandidaten helfen, praktische Erfahrungen im Umgang mit den Verfahren, Finanzstrukturen und Grundsätzen des Systems zu sammeln, nach dem in den EU-Mitgliedstaaten die Programmplanung für die Entwicklung der ländlichen Räume abläuft. Es sollten Strukturen geschaffen werden, mit denen die Länder in die Lage versetzt werden, unmittelbar nach dem Beitritt den *Acquis communautaire*³² anzuwenden (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2001). Der notwendige Aufbau der Institutionen dauerte jedoch länger als erwartet und die SAPARD-Stellen konnten erst verspätet akkreditiert werden (in fünf Ländern erst 2002) und mit der Programmumsetzung beginnen. Daher konnte bis zum Beitritt nur ein Teil der zur Verfügung gestellten Geldmittel ausgezahlt werden und die Länder vor dem Beitritt nicht so viel Erfahrung bei der Implementierung von Förderprogrammen sammeln, wie man ursprünglich erhofft hatte. Kapitalmangel, fehlende Informationen und Erfahrungen auf Seiten der potenziellen Antragsteller sowie die als zu kurz angesehenen Laufzeiten bedingten anfangs darüber hinaus eine geringe Anzahl eingereicherter und genehmigter Projekte. Die Inanspruchnahme der Gelder hat jedoch im Laufe der Zeit zugenommen, sobald der Prozess der Akkreditierung der Verwaltungsagenturen abgeschlossen war (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2003a und 2003c). Bis 2009 haben die acht MOEL, die 2004 der EU beigetreten sind, nahezu 100 % der SAPARD-Mittel verwendet, lediglich Lettland hat nur 95 % ausschöpfen können. Bulgarien und Rumänien konnten jeweils knapp 90 % der zugewiesenen Mittel nutzen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010c).

Die geförderten Maßnahmen des SAPARD-Programms konzentrierten sich stark auf die Landwirtschaft und den Ernährungssektor. Im Durchschnitt aller MOEL (jedoch mit länderspezifischen Gewichtungen) entfielen allein 26 % der indikativen Mittel auf die Förderung der "Verarbeitung und Vermarktung von Agrar- und Fischereierzeugnissen", weitere 22 % auf "Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben" (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2001). Bei diesen Anteilen handelt es sich um die Festlegungen in den SAPARD-Programmen der Länder und nicht um die prozentuale Aufteilung der tatsächlich genehmigten Projekte oder ausgezahlten Gelder. Diese konzentrierten sich in den meisten Ländern noch stärker auf die Maßnahmen zur Förderung von Vermarktung und Investitionen in der Landwirtschaft. So wurden in Estland, Litauen und Slowenien für diese beiden Maßnahmen rund drei Viertel der SAPARD-Gelder verwendet, in Bulgarien, Lettland, der Slowakei und Ungarn rund zwei Drittel (siehe Abbildung 8). Dies kann auf

³² Begriff für den gemeinschaftlichen Besitzstand des Rechts der Europäischen Gemeinschaft.

der einen Seite als gerechtfertigt angesehen werden, da die landwirtschaftlichen Betriebe und die Lebensmittelindustrie im Hinblick auf die mit dem Beitritt notwendige Übernahme der Normen des *Acquis communautaire* die wichtigsten Sektoren sind (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006b). Auch nach Einschätzung der Länderexperten des NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES (2004) sind die Einhaltung der EU-Standards, die Förderung von Vermarktung und Verarbeitung sowie Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe aufgrund des Nachholbedarfs die Maßnahmenbereiche mit der höchsten Relevanz für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume. Auf der anderen Seite kann man das SAPARD-Programm angesichts der infrastrukturellen Defizite in den ländlichen Räumen und der großen Notwendigkeit, die ländliche Wirtschaft zu diversifizieren (vgl. Abschnitt 2.3.2 und 2.3.3), als unausgewogen betrachten. Für die Unterstützung der "Diversifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten und Einkommensalternativen" waren in den SAPARD-Plänen nur durchschnittlich 11 % der indikativen Mittel vorgesehen, welche nicht vollständig ausgeschöpft wurden und so die Abhängigkeit von der Landwirtschaft in ländlichen Gebieten nicht wesentlich verringern konnten (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010c). Dagegen wurde durchschnittlich ein Drittel der SAPARD-Mittel in den MOEL für ländliche Infrastruktur verwendet, vor allem für die Bereiche Abfallwirtschaft (39 %), örtliche Zugangsstraßen (35 %) und Wasserversorgung (19 %). Der relativ hohe Anteil der Investitionen in die ländliche Infrastruktur ist jedoch vor allem auf die hohen Prozentsätze in Polen und Rumänien zurückzuführen, welche die meisten SAPARD-Mittel erhielten (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006b).

Abbildung 8: Aufteilung der indikativen (a) und ausgezahlten (b) Finanzmittel auf die einzelnen Maßnahmen des SAPARD-Programms in den MOEL¹⁾



Quelle: Indikative Finanzmittel (a); SAPARD Jahresbericht 2000 und 2009.

Ausgezählte Finanzmittel (b): MINISTRY OF AGRICULTURE REPUBLIC OF ESTONIA (2007); MINISTRY OF AGRICULTURE REPUBLIC OF LITHUANIA (2007); MINISTRY OF AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT ROMANIA (2010); RESEARCH INSTITUTE OF AGRICULTURAL AND FOOD ECONOMICS (2009); MINISTRY OF AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT HUNGARY (2007); EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006b und 2010c).

Anm.: ¹⁾ Ausgezählte Mittel für die Tschechische Republik, Lettland, Polen und Slowenien: Stand Ende 2005. Die ausgezahlten Mittel für die MOEL insgesamt enthalten auch Kroatien.

Die sonstigen Maßnahmen des SAPARD-Programms wie die Gründung von Erzeugervereinigungen, umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktionsverfahren, Berufsbildung, Dorferneuerung, Bodenmelioration oder Flurbereinigung hatten in der tatsächlichen Projektumsetzung überwiegend keine große Bedeutung oder wurden gar nicht durchgeführt. Nennenswerte Anteile in der Mittelverwendung erreichten in einigen wenigen Ländern lediglich die Maßnahme Dorferneuerung (Bulgarien 8 %, Ungarn 9 %, Tschechische Republik 17 %) sowie die Maßnahme "Bodenmelioration und Flurbereinigung" (Slowakei 10 %, Tschechischen Republik 17 %) (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006b und 2010c; MINISTRY

OF AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT HUNGARY, 2007; RESEARCH INSTITUTE OF AGRICULTURAL AND FOOD ECONOMICS, 2009).

2.5.4 Einführung der EU-Politik in den MOEL nach dem Beitritt

Bewertungen bestätigten die positive Wirkung von SAPARD auf die Einrichtung institutioneller Strukturen für die Verwaltung und die Kontrolle von EU-Mitteln (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010c). Dennoch bleibt die Stärkung der administrativen und finanziellen Kapazität auf der regionalen Ebene auch nach dem EU-Beitritt eine entscheidende Herausforderung (BACHTLER und MCMMASTER, 2008; EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2004; HEIMPOLD, 2008; MÖLLERS et al., 2011; MONASTIRIOTIS, 2008). Die in Abschnitt 2.5.2 beschriebenen Probleme beim Institutionenaufbau auf regionaler Ebene bestehen fort. Für die Förderperiode 2004-2006 lässt sich in den acht im Jahr 2004 der EU beigetretenen MOEL feststellen, dass der Einfluss der regionalen Ebene auf die Planung, Verwaltung und Implementierung der Programme der EU-Regionalpolitik im Allgemeinen sehr gering war. Selbst von der EU-Kommission wurden Bedenken bezüglich der regionalen Kapazitäten geäußert und eine zentrale Verwaltung der EU-Strukturfondsmittel beauftragt. Den größten Einfluss hatten regionale Institutionen bei der Beantragung und Umsetzung konkreter Projekte. Doch auch hier führten die fehlenden finanziellen Ressourcen zu starken Einschränkungen, so dass die meisten subnationalen Anträge von den Gemeinden und nicht von den Regionen stammten, was zur Förderung vieler kleiner Projekte mit begrenzter Wirksamkeit und Lebensfähigkeit führte (BACHTLER und MCMMASTER, 2008). Die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004) bemängelte, dass die neuen EU-Mitgliedstaaten in ihren nationalen Entwicklungsplänen für die Periode 2004-2006 Handlungsbedarf in einer zu großen Zahl von verschiedenen Bereichen feststellten und einen Mangel an Schwerpunktsetzung und strategischer Sichtweise bei der vorgesehenen Verwendung der Strukturfondsmittel zeigten, was nach Erfahrungen in der EU-15 die Wirkung und Nachhaltigkeit der Pläne beeinträchtigt. Auch die Anwendung des Partnerschaftsgrundsatzes zeigte sich nach Ansicht der EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010a) in den MOEL als problematisch und den Partnern fehlte es an Einflussmöglichkeiten.

In der Förderperiode 2007-2013 haben einige MOEL teilweise eine Dezentralisierung der Verwaltung und Implementierung der EU-Programme vorgesehen. Der Verbleib wichtiger Aufgaben bei den zentralen Stellen und die begrenzten Ressourcen der regionalen Institutionen lassen jedoch Zweifel an einer grundlegenden Änderung der bisherigen Situation aufkommen. Die Fähigkeit der zuständigen Stellen, innovative Ansätze für die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu entwickeln, erwies sich bisher als eher schwach und beschränkte sich oft auf das reine Verwalten gut etablierter Aktivitäten (BACHTLER und MCMMASTER, 2008). In Polen ist es beispielsweise nach GORZELAK (2008) weit verbreitet, eher nach Problemen zu suchen, die sich mit den EU-Mitteln lösen lassen, als nach finanziellen Mitteln, um die bereits früher identifizierten Probleme anzugehen.

Tatsächliche Veränderungen in den institutionellen Strukturen und der Vorgehensweise der öffentlichen Behörden hätten in Polen noch nicht stattgefunden (GORZELAK, 2008). Dies ist umso bedenklicher, als auch die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008b) feststellt, dass die besten Pläne ohne gute *Governance* nichts wert sind und daher die institutionellen Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit und Transparenz der öffentlichen Verwaltung eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Regionalpolitik spielt.

Für den Zeitraum 2004 bis 2006 standen allen neuen Mitgliedstaaten knapp 22 Mrd. Euro aus den EU-Finanzmitteln für die Regionalpolitik zur Verfügung (siehe Tabelle 7). In der Förderperiode 2007 bis 2013 sind gut 177 Mrd. Euro für die Regionalpolitik in den MOEL vorgesehen und damit über die Hälfte der EU-Mittel für diesen Politikbereich (siehe Tabelle 8).

Tabelle 7: Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2000-2006 in Mio. Euro ¹⁾

	EU-15		Beitrittsländer ²⁾				Insgesamt	
	absolut	in %	2000-2006 (Vorbeitritts-hilfe)		2004-2006 (nach dem Beitritt)		absolut	in %
			absolut	in %	absolut	in %		
Landwirtschaft	297.740	47,7	3.640 (SAPARD)	16,7	9.792	24,0	311.172	45,3
davon: GAP	267.370				4.682			
davon: Entwicklung ländlicher Raum	30.370				5.110			
Regionalpolitik	213.010	34,1	18.200	83,3	21.746	53,2	252.956	36,8
davon: Struktur- fonds	195.010		10.920 (PHARE)	50,0	14.156			
davon: Kohäsions- fonds	18.000		7.280 (ISPA)	33,3	7.590			
Übrige Bereiche	113.600	18,1	0	0	9.313	22,8	122.913	17,9
Summe	624.350	100,0	21.840	100,0	40.851	100,0	687.041	100,0

Quelle: EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN (o. J. a und b).

Anm.: ¹⁾ Preise von 1999. Finanzrahmen gemäß der Agenda 2000 und unter Berücksichtigung der Kopenhagener Beschlüsse vom Dezember 2002. ²⁾ Die Vorbeitritts-hilfe (2000-2006) steht für die zehn MOEL Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien zur Verfügung. Die Förderungen nach dem Beitritt ab Mai 2004 gilt für die neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Slowenien sowie Malta und Zypern.

Tabelle 8: Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2007-2013 in Mio. Euro (Regional- und ländliche Entwicklungspolitik)

	EU-27	davon: MOEL	
Regionalpolitik ¹⁾	347.104,8	177.565,4	51,2 %
Ländliche Entwicklung ²⁾	88.294,4	36.851,8	41,7 %

Quelle: AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION L 142/21 vom 5.6.2007; EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2011.

Anm.: ¹⁾ 1b. Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung. Aktuelle Preise.

²⁾ Jeweilige Preise.

Fast alle NUTS-2-Regionen der MOEL fallen unter das Konvergenzziel der EU-Regionalpolitik (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2007c). Allerdings ist es fraglich, ob die Mittel wirklich in die bedürftigsten Regionen fließen werden. Die geringen finanziellen und personellen Kapazitäten der Regionen und Gemeinden können zu ernsthaften Problemen führen, gute Projektanträge zu schreiben und die notwendigen Finanzmittel für die Kofinanzierung der Maßnahmen der EU-Regionalpolitik aufzubringen (BACHTLER und MCMMASTER, 2008; HEIMPOLD, 2008; MONASTIRIOTIS, 2008). Die Kofinanzierung der Fördermaßnahmen ist grundsätzlich begrüßenswert, um die Gefahr der Fehlallokation von Ressourcen zu verhindern. Sie könnte sich jedoch insbesondere für arme Periphergebiete als problematisch erweisen. Bereits in der Förderperiode 2004-2006 waren große regionale Unterschiede in der Antragstellung zu beobachten (BACHTLER und MCMMASTER, 2008). Zusätzlich können Korruption und Klientelismus die Verteilung der Finanzmittel verzerren und damit die Wirksamkeit der Regionalpolitik beim Abbau der Disparitäten einschränken (MONASTIRIOTIS, 2008).

Nach dem EU-Beitritt wurde auch die Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume in die neuen Mitgliedsstaaten eingeführt, wofür im Zeitraum 2004 bis 2006 insgesamt 5,11 Mrd. Euro (in Preisen von 1999) zur Verfügung standen (vgl. Tabelle 7). In diesem Zeitraum kam ein zeitlich befristetes Instrument für die ländliche zum Einsatz. Neben den flankierenden Maßnahmen sowie Modernisierungs- und Diversifizierungsmaßnahmen, die auch in der EU-15 angewendet wurden, waren zusätzlich einige spezifische Maßnahmen für die neuen EU-Mitgliedstaaten vorgesehen: Umstrukturierung von Semisubsistenzbetrieben, Gründung von Erzeugergemeinschaften, Einhaltung der Gemeinschaftsnormen, technische Hilfe und Ergänzungen zu Direktzahlungen. Darüber hinaus konnten die neuen Mitgliedstaaten von einer Maßnahme profitieren, die mit der LEADER-Initiative vergleichbar war (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006c). Die Umsetzung von Projekten nach dem LEADER-Ansatz war und ist für die MOEL eine große Herausforderung, da es allgemein an Erfahrungen mit solcher Art von Fördermaßnahmen und der Bildung von Partnerschaften mangelt (FURMANKIEWICZ et al., 2010; HUBBARD et al., 2007). Im Zeitraum 2004 bis 2006 haben bereits sechs MOEL Maßnahmen nach LEADER-Prinzipien eingeführt. Erfahrungen aus der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen zeigen die dominierende Rolle der

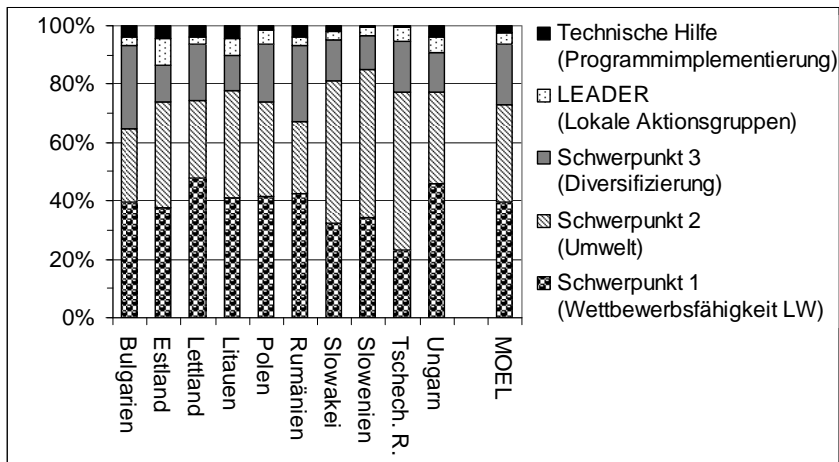
Landwirtschaftsministerien als Verwaltungsbehörden, die bedeutende Rolle einflussreicher Bürgermeister in der Gründung der lokalen Aktionsgruppen, den starken Einfluss der Gemeindeverwaltungen auf die Projektgestaltung, die geringe Partizipation der Einwohner, die fehlende Transparenz in der Auswahl und die langsame Umsetzung der Projekte der lokalen Aktionsgruppen. Manchen Projekten fehlte ein innovativer Charakter und die Nutzung der Dienste von bezahlten Beratern oder Entwicklungsgesellschaften bei der Erstellung der Antragsunterlagen führte teilweise zu der Übernahme von "Patentrezepten" (FURMANKIEWICZ et al., 2010; MAUREL, 2008). In Polen bremsten der Widerwille der zentralen Behörden und ungünstige (für die EU-15 unübliche) Vorschriften zur Vorfinanzierung, zu den erlaubten Organisationsstrukturen und den finanzierbaren Projekten die Aktivitäten der lokalen Aktionsgruppen. Für die neue Förderperiode ab 2007 wurden jedoch die Vorschriften für die lokalen Aktionsgruppen in Polen verbessert (FURMANKIEWICZ et al., 2010).

Im Zeitraum 2007-2013 beläuft sich die Gemeinschaftsförderung aus dem ELER für die Entwicklung der ländlichen Räume für alle MOEL insgesamt auf 36,85 Mrd. Euro, wovon allein 36 % auf Polen und 22 % auf Rumänien entfallen (AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION L 142/21 vom 5.6.2007). Alle MOEL haben sich für die Vorlage eines einzigen, nationalen Programms für die ländliche Entwicklung und nicht für ein Bündel regionaler Programme entschieden (TIETZ, 2007). In diesen ländlichen Entwicklungsprogrammen liegt in fast allen MOEL der Schwerpunkt auf der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Im Durchschnitt sind 39 % der Mittel dafür vorgesehen. Ausnahmen sind die Tschechische Republik, Slowenien und die Slowakei, wo der Schwerpunkt auf der Förderung von Umwelt und Landmanagement liegt und jeweils rund die Hälfte der Finanzmittel dafür eingeplant ist. Im Durchschnitt liegt in den MOEL der Ausgabenanteil für Umwelt und Landmanagement bei 33 % der Mittel (siehe Abbildung 9). Darunter fällt ein großer Anteil für die Beihilfen für Landwirte in benachteiligten Gebieten (HUBBARD et al., 2007). Die Förderung von Diversifizierung und Lebensqualität in ländlichen Räumen hat in den ländlichen Entwicklungsprogrammen der MOEL eher eine untergeordnete Bedeutung. Im Durchschnitt sind 20 % der Finanzmittel dafür vorgesehen. Lediglich Rumänien und Bulgarien haben diesem Förderbereich mit ungefähr einem Viertel der Finanzmittel einen höheren Stellenwert eingeräumt (siehe Abbildung 9). Die Wirksamkeit der Förderung zur Diversifizierung ländlicher Gebiete, die in den MOEL so dringend notwendig ist, wird nicht nur durch die geringen Finanzmittel abgeschwächt, sondern nach Ansicht von HUBBARD et al. (2007) auch durch die Einführung der Direktzahlungen an die Landwirte aus der ersten Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik konterkariert. Denn diese unterstützen eher den Verbleib der Landwirte in der Landwirtschaft als das Suchen nach Einkommensalternativen.³³ Zumindest

³³ Diese These konnte allerdings mit einer ökonometrischen Analyse des SCARLED-Projektes nicht gestützt werden. In den Regressionsergebnissen zeigten Landwirte, die in Regionen mit

auf kurze Sicht sei eine wirklich integrierte ländliche Entwicklungspolitik in den MOEL nicht erkennbar (HUBBARD et al., 2007).

Abbildung 9: Aufteilung der geplanten öffentlichen Ausgaben (insgesamt) auf die Schwerpunkte in den ländlichen Entwicklungsprogrammen 2007-2013



Quelle: Programme für die ländliche Entwicklung der einzelnen Länder (ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries/index_en.htm).

Es bleibt abzuwarten, welche Erfahrungen die MOEL mit der Anwendung der EU-Regionalpolitik und der EU-Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume in der Förderperiode 2007-2013 machen werden und welche Ergebnisse die Evaluierungen bringen. Es ist deutlich geworden, dass in den MOEL noch große Herausforderungen darin bestehen, die entsprechenden finanziellen, institutionellen und personellen Ressourcen auf der regionalen Ebene zu stärken, um angepasste, innovative und integrierte Maßnahmen für die verschiedenen Gebiete entwickeln und umsetzen zu können und auch dem Prinzip der Partnerschaft und der Partizipation der Bevölkerung vermehrt Rechnung zu tragen. Es ist wichtig, dass die Maßnahmen für die Landwirtschaft in einen integrierten Förderansatz für alle ländlichen Bevölkerungsgruppen eingebettet sind. Um die Nutzung der Fördermöglichkeiten sicherzustellen, kommt außerdem der Beratung, Information und Unterstützung der ländlichen Akteure bei der Identifikation und Beantragung von Projekten eine besondere Bedeutung zu.

höheren Subventionen pro Arbeiter leben, eine höhere Wahrscheinlichkeit, die Landwirtschaft aufzugeben (MÖLLERS et al., 2011).

2.6 Schlussfolgerungen

In den MOEL ist seit Beginn der 1990er Jahre ein in den meisten Ländern bis heute andauernder Anstieg interregionaler Disparitäten im BIP pro Kopf zu beobachten, deren Niveau im Durchschnitt mittlerweile über dem Mittel der EU-15-Länder liegt. Während das Ausmaß der Disparitäten zwischen den einzelnen Ländern variiert, sind die kennzeichnenden Prozesse überall gleich. Hauptmerkmal der zunehmenden regionalen Unterschiede in der Wirtschaftskraft ist das rasante Wachstum der Hauptstadtregionen, mit dem die ärmeren Regionen nicht Schritt halten können. Die wenigsten Länder haben außer der Hauptstadt weitere bedeutende Wachstumszentren, wie beispielsweise Polen mit seiner polyzentrischen Struktur. Neben den ausgeprägten Metropolisierungsprozessen in den MOEL haben sich auch unter den Regionen außerhalb der jeweiligen Hauptstadt die Disparitäten im BIP pro Kopf in den meisten Ländern mehr oder weniger stark vergrößert. Die jeweils ärmsten Regionen eines Landes sind in den letzten Jahren in ihrem BIP pro Kopf gegenüber dem jeweiligen nationalen Durchschnitt zurückgefallen. Daten deuten darüber hinaus auf ein deutliches Stadt-Land-Gefälle im Einkommen und der Wirtschaftskraft hin.

Ländliche Räume außerhalb des Umlandes großer Städte weisen in den MOEL eine Vielzahl von Problemen auf. Bevölkerungsabnahme durch Geburtenrückgang und die Abwanderung gerade junger, relativ gut ausgebildeter Menschen, eine ungünstige Sektorstruktur, die schwierigen Umstrukturierungsprozesse der Landwirtschaft während der Transformation, hohe Anteile kleiner (Semi)subsistenzbetriebe und überalterter, Teilzeit arbeitender Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, unzureichende Investitionen, fehlende außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze und damit verbunden eine hohe Jugendarbeitslosigkeit spielen mehr oder weniger überall eine Rolle, weisen aber eine große Variation zwischen Regionen und Ländern auf. Ländliche Räume sind keinesfalls homogen. Die Dimension und Kombination der Probleme in den verschiedenen ländlichen Regionen der MOEL ist sehr unterschiedlich, was die Notwendigkeit verdeutlicht, ländliche Entwicklungsmaßnahmen an die jeweiligen spezifischen regionalen Bedingungen anzupassen. Die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen und Arbeitsplätze sowie die Unterstützung des Strukturwandels und der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft können wohl in allen ländlichen Gebieten der MOEL als vorrangige allgemeine Herausforderungen angesehen werden, die jeweilige Dringlichkeit und die notwendigen und gangbaren Wege zum Ziel sind jedoch sehr verschieden.

Es gibt kaum Anzeichen, dass sich die interregionalen Disparitäten in den MOEL allein durch die Kräfte des Marktes bald abschwächen könnten. Mit den Beitrittsvorbereitungen und dem schließlich erfolgten EU-Beitritt wurden in den MOEL die Regional- und ländliche Entwicklungspolitik der EU eingeführt, was eine große Chance für die ländlichen Räume und andere bedürftige Regionen darstellt. Die Ansprüche der EU-Regionalpolitik und die realen politischen Strukturen der MOEL erweisen sich jedoch nach wie vor als weitgehend inkompatibel. So bleibt

der Aufbau der für die Implementierung der EU-Politik notwendigen Institutionen und Kapazitäten problematisch und eine große Herausforderung. Es bleibt abzuwarten, welche Wirkungen die EU-Politik entfalten kann. Kritische Punkte bleiben die unzureichenden finanziellen, institutionellen und personellen Ressourcen auf der regionalen Ebene, mögliche Probleme bei der Kofinanzierung der EU-Fördermittel, die Mängel bei der Berücksichtigung partizipativer und partnerschaftlicher Ansätze, die starke Ausrichtung der ländlichen Entwicklungspolitik auf die Landwirtschaft und eine bisher begrenzte Fähigkeit der zuständigen Stellen, innovative Ansätze für die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu entwickeln. Darüber hinaus fehlt der EU-Regionalpolitik generell eine klare Fundierung bezüglich der Ursachen interregionaler Disparitäten, an denen die politischen Maßnahmen erfolgreich ansetzen können.

3 REGIONALÖKONOMISCHE PERSPEKTIVEN ZUM ABBAU INTERREGIONALER DISPARITÄTEN UND ZUR ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME – EIN THEORIEÜBERBLICK

Um interregionale Disparitäten mit Hilfe regionalpolitischer Maßnahmen erfolgreich abzubauen zu können, wie es beispielsweise als Ziel im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft formuliert ist, müssen die Ursachen der Einkommensunterschiede bekannt sein. Denn nur ein Ansatz an den Ursachen – statt an den Symptomen – hat Aussicht auf Erfolg (LOHRMANN, 1999). Es müssen also entsprechende theoretische Modelle bekannt sein, die kausale Wirkungsketten beschreiben und sich als empirisch relevant erwiesen haben (FELDMANN, 1993; LITZENBERGER, 2007). Der praktischen Regional- und ländlichen Entwicklungspolitik der EU und anderer Länder fehlt eine solche Fundierung. Die Begründung für ihre Ausgestaltung und vermutete Wirksamkeit basiert vor allem auf Plausibilitätsüberlegungen, empirischen Studien und allenfalls in Teilfragen auf einzelnen theoretischen Ansätzen.

Im Folgenden werden daher verschiedene regionalökonomische Wachstums- und Entwicklungstheorien daraufhin analysiert, ob sie Antworten auf die Fragen nach den Ursachen der Disparitäten, ihrer zukünftigen Entwicklung und ihrer Beeinflussbarkeit durch die Regionalpolitik geben. Dabei interessieren insbesondere die aus den Theorien ableitbaren Entwicklungsmöglichkeiten für ländliche Räume in Mittel- und Osteuropa. Im Detail lauten also die Forschungsfragen:

- (1) Was sind die Ursachen des Auftretens räumlicher Entwicklungsunterschiede und insbesondere des Zurückbleibens ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa?
- (2) Ist generell – und damit auch in Mittel- und Osteuropa – eher eine Konvergenz oder Divergenz zwischen unterschiedlich entwickelten Regionen zu erwarten?
- (3) Kann Regionalpolitik einen Beitrag zum Abbau interregionaler Disparitäten und insbesondere zur Entwicklung ländlicher Räume leisten und wie soll eine solche Regionalpolitik ausgestaltet sein?

Um ein vollständiges Bild zu ermöglichen, skizziert das Kapitel auch die älteren regionalen Wachstums- und Entwicklungstheorien. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Analyse der "neueren" Ansätze regionaler Entwicklung. Dies sind zum einen Ansätze, die von neoklassischen Ökonomen ab Mitte der 1980er Jahre entwickelt und explizit mit dem Adjektiv "neu" versehen wurden (neue Wachstumstheorie und neue ökonomische Geographie), da sie grundlegende Annahmen der Neoklassik aufgeben und beispielsweise steigende Skalenerträge, unvollkommene Konkurrenz

und externe Effekte in ein neoklassisches Modell integrieren. Zum anderen gehört dazu die Vielzahl neuerer Ansätze zur räumlichen Konzentration, die in den 1980er und 1990er Jahren von verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen entwickelt wurden und als "neuer Regionalismus" (KRÖCHER, 2008) seit den 1990er Jahren zum *Mainstream* der raumbezogenen Wissenschaftsdisziplinen avanciert sind.

Dieses Kapitel kann kein regionalökonomisches Lehrbuch in Umfang oder Inhalt ersetzen. Es fokussiert sich bewusst auf die Kernaussagen der regionalen Wachstums- und Entwicklungstheorien. So werden weder die verschiedenen Wirtschaftsstufentheorien behandelt, da sie nur eine geringe allgemeine Erklärungs- und Prognosekraft besitzen (SCHÄTZL, 2001) und kaum Implikationen für die regionale Entwicklung bieten, noch Standort- bzw. Raumstrukturtheorien, da sie aufgrund ihres statischen Charakters Fragen der Konvergenz- oder Divergenzentwicklung nicht betrachten und sich nicht mit der Frage nach der Notwendigkeit von Regionalpolitik befassen (KRIEGER-BODEN, 1995). Dennoch soll nicht verneint werden, dass die Standort- und Raumstrukturtheorien Relevanz für die Regionalentwicklung haben, da die wirtschaftliche Entwicklung letztendlich von der räumlich differenzierten Standortwahl vieler Unternehmen bestimmt wird und die vorhandene Raumstruktur die möglichen Richtungen der Entwicklung beeinflusst. Die auf WEBER (1909) zurückzuführende industrielle Standortlehre geht beispielsweise davon aus, dass industrielle Standortentscheidungen je nach Sektorzugehörigkeit und Produkteigenschaften entweder rohstoff-, energie-, transport-, arbeits-, markt- oder ballungsorientiert getroffen werden (BATHELT, 1992). Raumstrukturtheorien zeigen, wie durch ökonomische Kräfte aus einer gleichförmigen Ebene ein komplexes System von Produktionsstandorten entstehen kann. Die älteren Ansätze von THÜNEN (1875), CHRISTALLER (1933) und LÖSCH (1940) betonen dabei vor allem die Rolle der entfernungs- und güterabhängigen Transportkosten. Dabei können die absatzorientierten Ansätze von Christaller und Lösch allerdings nicht erklären, welche Standorte zu Produktionsstandorten werden (KRIEGER-BODEN, 1995).

Im folgenden Abschnitt werden zunächst einige Grundlagen der Regionalentwicklung dargestellt, das Modell interner und externer Wachstumsdeterminanten sowie Agglomerationseffekte, auf die sich viele der vorgestellten Theorien beziehen. Abschnitt 3.2 widmet sich den älteren, Abschnitt 3.3 den neueren Ansätzen regionaler Entwicklung. Schließlich werden die Antworten der betrachteten Theorien auf die gestellten Forschungsfragen und die sich daraus ergebenden Implikationen zusammenfassend in den Schlussfolgerungen behandelt.

3.1 Grundlagen der Regionalentwicklung

3.1.1 Modell interner und externer Wachstumsdeterminanten

Die räumlich ungleichgewichtige Entwicklung von Regionen ist ein sehr komplexer Prozess, der sich nur aus dem Zusammenspiel vielfältiger Faktoren erklären lässt. Grundsätzlich sind der Entwicklungsstand und die Entwicklungsdynamik von Regionen abhängig von internen und externen Wachstumsdeterminanten. Zu den innerhalb einer Region vorhandenen internen Wachstumsdeterminanten gehören (1) die Produktionsfaktoren technisches Wissen, Arbeitskräfte, Kapital, Boden, Bodenschätze und natürliche Ressourcen, (2) die Nachfrage in Abhängigkeit von Bevölkerung, Einkommen und Präferenzen und (3) strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Raumstruktur, Sektorstruktur, politisches System, soziales System). Jeder genannte Faktor weist eine hohe interne Variation auf wie z. B. unterschiedliche Bodenqualitäten oder Qualifikationen der Arbeitskräfte. Externe Wachstumsdeterminanten bezeichnen technisches Wissen, Arbeitskräfte, Kapital, Güter und Dienste, die von außen der jeweiligen Region zufließen. Mobilitätshemmnisse können Transportkosten, Transaktionskosten und administrative Hemmnisse wie Zölle oder Zuwanderungspolitik sein. Einige Faktoren wie Grund und Boden sind per se immobil. Ob eine Region nun wächst oder schrumpft ist auf Änderungen der internen Wachstumsdeterminanten – z. B. die Entdeckung neuer Ressourcen, die Invention technischer Neuerungen, der Wandel von Rahmenbedingungen – und die Zuwanderung oder Abwanderung mobiler Produktionsfaktoren zurückzuführen. Die vorgestellten Regionalentwicklungstheorien betrachten jeweils einzelne Determinanten oder Aspekte des Entwicklungsprozesses, wobei meist stark vereinfacht wird und die jeweils anderen Einflussfaktoren vernachlässigt werden (KULKE, 2004; MAIER et al., 2006). Der Einfluss der natürlichen Standortfaktoren wird in den Regionalentwicklungstheorien in der Regel nicht betrachtet. Dennoch beeinflussen sie die Verteilung ökonomischer Aktivitäten ganz elementar. "Ihr Einfluss dürfte wohl auch heute noch gegenüber den aus den ökonomischen Aktivitäten selbst zu erklärenden Unterschieden dominieren" (HELMSTÄDTER, 1995, S. 42). Die "erste Natur" definiert die Anfangsbedingungen von Agglomerationsprozessen "zweiter Natur", so dass die Geographie das Wo, nicht aber das Warum von Agglomerationen erklärt (ROOS, 2002).

3.1.2 Agglomerationseffekte

In vielen der im Folgenden vorgestellten regionalen Entwicklungstheorien spielen Agglomerationseffekte eine entscheidende Rolle. Sie wurden bereits von MARSHALL (1890) beschrieben und in der Folgezeit von verschiedenen Forschern erweitert, ergänzt und modelltheoretisch begründet. Agglomerationsvorteile treten ab einer gewissen – nicht exakt quantifizierbaren – Mindestverdichtung auf und führen zur räumlichen Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen. Nach Überschreiten einer Maximalverdichtung werden Agglomerationsnachteile wirksam, die dekonzentrierend wirken. Die exakte quantitative Messung der

Agglomerationsfaktoren erweist sich als ein bisher nicht zufriedenstellend gelöstes Problem. Agglomerationseffekte werden unterschieden in interne und externe Effekte, wobei die internen Effekte eher als Skalenvorteile bekannt sind (ECKEY, 2008; KULKE, 2004; MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHÄTZL, 2001; SCHRECK, 2008):

(1) Interne Effekte treten *innerhalb* von Unternehmen auf. Die Massenproduktion in einer größeren Betriebseinheit erlaubt die Nutzung von Größenvorteilen (Skalenvorteile, Skalenerträge oder economies of scale) durch die bessere Ausnutzung von Maschinen, Boden und Verwaltungseinrichtungen, die kostengünstigere Betriebs-, Beschaffungs- und Vertriebsorganisation oder Rationalisierung mittels automatisierter Produktionsmittel. Durch die steigenden Skalenvorteile kann jede neue hinzukommende Einheit billiger produziert werden als die vorangegangene. Es können allerdings auch Skalennachteile (diseconomies of scale) durch eine zu starke Zentralisierung der Produktion auftreten. Mögliche Ursachen dafür sind zu lange Vertriebswege, eine zu starke Bürokratisierung der Verwaltung, die gegenseitige Behinderung von Produktionsschritten (Staueffekte) oder eine zu unflexible Produktion (MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHRECK, 2008).

(2) Externe Effekte bestehen *zwischen* ökonomischen Akteuren (Betrieben Haushalten, Staat). Sie bestimmen das wirtschaftliche Ergebnis eines Akteurs, werden aber von anderen Wirtschaftssubjekten kontrolliert. Sie werden zurückgehend auf OHLIN (1933) unterteilt in Lokalisations- und Urbanisationseffekte³⁴:

(2.1) Lokalisationseffekte ergeben sich durch das Vorhandensein mehrerer Betriebe derselben Branche an demselben Ort, d. h. durch die Spezialisierung von Standorten. Durch die intraregionale Verfügbarkeit spezialisierter Zuliefer- und Vertriebsnetzwerke, die Möglichkeit der Nutzung branchenspezifischer Einrichtungen der materiellen, institutionellen und personellen Infrastruktur (z. B. Spezialhäfen oder spezialisierte Universitäten, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen) und durch den Zugang zu einem spezialisierten Arbeitskräftereservoir können die Unternehmen ihre Beschaffungs-, Produktions- und Absatzkosten senken und/oder ihre Erlöse steigern (MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHRECK, 2008).

(2.2) Urbanisationseffekte ergeben sich aus der räumlichen Konzentration von nicht branchengleichen Unternehmen, d. h. aus dem gesamten Umfang der wirtschaftlichen Aktivitäten einer Region. Die bessere Ausstattung städtischer Einrichtungen und die intensivere Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wirken standortverbessernd. Mögliche Vorteile sind beispielsweise die Nähe zu einem großen Absatz- und einem differenziertem Arbeitsmarkt, ein breites Angebot an Produzentendienstleistungen, Forschungseinrichtungen, hochwertiger Infrastruktur (wie Kommunikationssysteme, öffentliche Versorgungsbetriebe, Verkehrsnetz,

³⁴ Alternative Typisierungen von Agglomerationseffekten beschreiben MAIER und TÖDTLING (2006).

Bildungseinrichtungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen) und Vorlieferanten sowie die Möglichkeit zu direkten wirtschaftlichen und sozialen Kontakten zu anderen Unternehmen und Entscheidungsträgern. Urbanisierungsvorteile sind in Situationen der Unsicherheit von besonderer Bedeutung, d. h. in Phasen wirtschaftlicher Umstrukturierung oder generell für Betriebe mit hoher Unsicherheit (ständig wechselnde Kunden, neue Produkte oder junge Betriebe) (ECKEY, 2008; KULKE, 2004; MAIER und TÖDTLING, 2006).

Bei einer zu starken Ballung von Unternehmen sowohl der gleichen als auch unterschiedlicher Branchen können Lokalisations- bzw. Urbanisationsnachteile auftreten. Dazu gehören steigende Lohn- und Standortkosten (z. B. Boden- und Mietkosten) durch die starke regionale Faktornachfrage, überlastete Infrastruktureinrichtungen (z. B. Verkehrsstaus) und hohe Umweltbelastungen (z. B. Luftverschmutzung, Lärm oder Landschaftszerstörung) (KULKE, 2004; MAIER und TÖDTLING, 2006).

3.2 Ältere regionale Wachstums- und Entwicklungstheorien

Im Folgenden werden die älteren regionalökonomischen Erklärungsansätze kurz skizziert. Da sie alle gut bekannt sind und vielfach vorgestellt wurden, geht es hier vor allem darum, die Antworten der jeweiligen Theorien auf die eingangs gestellten Forschungsfragen herauszuarbeiten und ihre Relevanz für die heutige Regionalpolitik zu prüfen.

3.2.1 Neoklassischer Ansatz räumlicher Entwicklung

Der neoklassische Ansatz räumlicher Entwicklung wendet die grundlegenden Strukturen der neoklassischen Ökonomik auf Fragen der Regionalentwicklung an. Die Grundidee ist, dass Knappheiten zu Preisunterschieden führen, die Möglichkeiten für Investitionen, gewinnbringenden Handel oder nutzenerhöhende Verlagerungen von Produktionsfaktoren signalisieren. Wirtschaftssubjekte reagieren auf Preisunterschiede so lange, bis diese und die sie verursachenden Knappheiten ausgeglichen sind und ein Gleichgewicht hergestellt ist. Die neoklassischen Gleichgewichtsmodelle arbeiten mit vereinfachenden Annahmen wie Vollbeschäftigung, vollständige Konkurrenz, unbegrenzte Mobilität der Produktionsfaktoren, (in allen Regionen identische) Produktionsfunktionen mit konstanten Skalenerträgen und abnehmenden Grenzprodukten von Arbeit und Kapital, Substitutionalität der einzelnen Produktionsfaktoren sowie Nutzenmaximierung und vollständige Information aller Wirtschaftsobjekte. Das Wirtschaftswachstum einer Region ist eine Funktion des Wachstums der Menge der Produktionsfaktoren, gewichtet mit ihren Produktionselastizitäten, sowie des (exogen gegebenen) technischen Fortschritts. Letzteres ist der eigentliche Wachstumsmotor, denn nur der technisch-organisatorischen Fortschritt kann die Produktionsfunktion auf ein allgemein höheres Niveau heben und damit die (laut Annahmen sinkenden) Grenzerträge des Kapitals und der Arbeit wieder steigen lassen und einen Wachstumsstillstand verhindern. Das neoklassische Grundmodell geht von geschlossenen räumlichen Einheiten aus, in denen ein regionsinterner Ausgleich erfolgt (z. B. in einer Region

mit relativ niedrigem Kapitalbestand wächst dieser schneller als in jener mit hohem). Im Mehrregionenmodell erfolgt der Ausgleich interregionaler Unterschiede in den Faktorentgelten (Löhne und Kapitalrenditen) durch Faktorwanderungen (ECKEY, 2008; FARHAUER, 2001; KULKE, 2004; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001).

Nach der neoklassischen Theorie führt also der Marktmechanismus zur Konvergenz regionaler Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen (SCHÄTZL, 2001). Wie die auszugleichenden interregionalen Disparitäten ursprünglich zustande kommen, wird nicht erklärt, sondern bleibt "historischer Zufall". Über den notwendigen Zeitraum für die interregionale Angleichung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit werden keine konkreten Aussagen gemacht. Nach Ansicht der Neoklassiker können aber die in der Realität auftretenden Unvollkommenheiten der Märkte (z. B. durch festgesetzte Mindestlöhne über dem Gleichgewichtslohn) und räumliche Beharrungstendenzen der Produktionsfaktoren, welche den Annahmen der Modelle nicht entsprechen, den Ausgleichsprozess behindern (KULKE, 2004). "Die positive Theorie wird normativiert. Wäre die reale Welt dem Modell ähnlicher, so würden Ausgleichsprozesse unter Marktbedingungen sehr viel besser funktionieren" (MÖNNICH, 2004, S. 115).

Die Hauptaufgabe der Regionalpolitik besteht demnach darin, die Voraussetzungen für einen Ausgleichsmechanismus neoklassischer Art herzustellen, d. h. Mobilitätshemmnisse für Produktionsfaktoren abzubauen, und die sich ohnehin vollziehende regionale Konvergenz und damit den langfristigen Aufschwung strukturschwacher Regionen zu unterstützen. Dazu gehören der Ausbau der interregionalen Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen oder der betrieblichen Infrastruktur und der Abbau administrativer Hemmnisse, was jahrzehntelang die Regionalpolitik in Westeuropa dominierte. Weitere Regionalpolitik würde die automatische Entwicklung zu einem pareto-optimalen Zustand nur stören und zu Wohlfahrtsverlusten führen (KARL, 2006; KULKE, 2004; MAIER et al., 2006).

Das neoklassische Modell zeigt formale Klarheit und logische Geschlossenheit, baut aber auf einigen problematischen Annahmen auf, die in der Realität nicht erfüllt sind. So ist die Mobilität von Arbeit und Kapital durch verschiedene Faktoren sehr eingeschränkt. Auch werden weiche Standortfaktoren als Gründe für Faktorwanderungen oder Agglomerationsvorteile im Modell nicht berücksichtigt, obwohl empirische Arbeiten ihre raumdifferenzierenden Wirkungen zeigen (ECKEY, 2008; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001). Aufgrund der starken Restriktionen ist es fraglich, ob die Konvergenzannahme und die regionalpolitischen Implikationen tatsächlich in der Wirklichkeit zutreffen. Die zahlreichen empirischen Studien zu regionaler Konvergenz oder Divergenz kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen (ECKEY, 2008; HEMMER und LORENZ, 2004). Dabei sollte sich nach Ansicht von MÖNNICH (2004) 200 Jahre nach Beginn der industriellen Revolution die postulierte Konvergenz anstelle der beobachteten anhaltenden regionalen Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten zeigen. Bei einer weltweiten Betrachtung werden die neoklassischen Konvergenzprognosen nicht von der Empirie bestätigt.

Dies ist nur der Fall innerhalb einzelner Ländergruppen, die einem relativ ähnlichen Kulturkreis angehören (FRENKEL und HEMMER, 1999). Auch die mobilitätsorientierte Regionalpolitik hat sich in der Praxis zunehmend als relativ unwirksam erwiesen (MAIER et al., 2006; MÖNNICH, 2004). Da schließlich die zentrale Bestimmungsgröße langfristigen Wirtschaftswachstums – der technische Fortschritt – als exogene Konstante betrachtet wird, erweist sich die neoklassische Theorie als wenig befriedigend zur Erklärung des Wirtschaftswachstums und seiner Auswirkungen auf regionale Disparitäten (FRENKEL und HEMMER, 1999).

3.2.2 Polarisierungstheorien

Bei den polarisationstheoretischen Ansätzen handelt es sich um keine geschlossene, in sich konsistente Theorie, sondern um eine Ansammlung induktiv (empirisch) gewonnener Hypothesen, die einige gemeinsame Charakteristika aufweisen. Die Polarisierungstheoretiker lehnen die deduktiv abgeleiteten neoklassischen Gleichgewichtstheorien und ihre rigorosen Annahmen ab. Aus der Erfahrung erheblicher, langfristiger Einkommens- und Preisunterschiede zwischen Regionen heraus argumentieren sie im Gegensatz zur Neoklassik mit heterogenen und teilweise immobilen Produktionsfaktoren, der Selektivität der Faktorwanderung, der Existenz von Agglomerationsvorteilen, dem Auftreten von Monopolen, Oligopolen und Externalitäten, nicht frei verfügbaren Informationen und der Einbettung der Wirtschaft in ein soziales und politisches Umfeld. Dies führt zu ungleichgewichtigen und divergierenden Entwicklungspfaden sowohl zwischen Sektoren als auch Regionen (BECKER et al., 2008; ECKEY, 2008; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001). Einer der wichtigsten Vertreter der regionalen Betrachtungsweise ist MYRDAL (1974, Erstausgabe 1957). Er nimmt an, dass auftretende Ungleichgewichte zwischen Regionen einen zirkulär verursachten kumulativen Entwicklungsprozess in Gang setzen, der zu einer Verstärkung der Ungleichgewichte, d. h. zu einer zunehmenden regionalen Polarisierung, führt. Ein heutiges Zentrum verdankt demnach seine Anziehungskraft vor allem einem "historischen Zufall", der einen kumulativen Wachstumsprozess eingeleitet hat, der auch andernorts hätte vonstatten gehen können. Den negativen Entzugseffekten (z. B. Absorption mobiler Produktionsfaktoren wie junge, ausgebildete Arbeitskräfte oder privater Ersparnisse durch das Zentrum, Verdrängung der Produktion in der Peripherie durch Agglomerationsvorteile im Zentrum) stehen jedoch auch gewisse positive, zentrifugale Ausbreitungseffekte aus den Zentren heraus gegenüber (z. B. Ausbreitung technischen Wissens und städtischer Verhaltensweisen, Nachfrage nach Gütern aus der Peripherie wie Agrarprodukte, Rohstoffe, Erholung). Diese wirken teilweise kompensierend, und das umso stärker, je höher der wirtschaftliche Entwicklungsstand eines Landes ist. Darüber hinaus kann durch wachsende Agglomerationsnachteile im Zentrum oder politische Gegenkräfte eine zunehmende Polarisierung verlangsamt oder verhindert werden. Nach MYRDAL kann jedoch auch durch diese Effekte kein stabiles Gleichgewicht erreicht werden, sondern bestenfalls eine zeitweise Stagnation einer zurückbleibenden Region, wenn das expansive Moment nicht stark genug

ist, um einen neuen kumulativen Prozess und damit ein neues Zentrum zu schaffen (MYRDAL, 1974). Während MYRDAL also eine andauernde Divergenz erwartet, kommt HIRSCHMANN (1958) zu der Annahme, dass sich durch Agglomerationsnachteile im Zentrum und zunehmende Ausbreitungseffekte nach einer Phase ungleichgewichtiger Entwicklung eher ein Abbau interregionaler Disparitäten einstellt (SCHÄTZL, 2001). In eine ähnliche Richtung geht die Polarisation-Reversal-Hypothese von RICHARDSON (1980). Abgeleitet aus Beobachtungen in den Industrieländern erwartet Richardson auch in den Entwicklungsländern am Beginn urban-industrieller Entwicklung zunächst eine Phase räumlicher Konzentration mit kumulativen Wachstumsprozessen in Regionen mit hoher Standortgunst, gefolgt von einer *intra-* und dann *interregionalen* Dezentralisation durch zunehmende Agglomerationsnachteile im Zentrum und entstehende Agglomerationsvorteile in neuen peripheren Zentren (z. B. durch Ausbau der Infrastruktur durch die im Wirtschaftsverlauf gestiegenen Einnahmen der Zentralregierung), was schließlich zu stabilen urbanen Hierarchiesystemen mit weitgehend angeglichenen regionalen Einkommen führt (KULKE, 2004; SCHÄTZL, 2001). Die grundlegenden Ausführungen zur sektoralen Divergenz stammen von PERROUX (1964). Danach können Unternehmen durch Innovationen oder andere Umstände Vorteile gegenüber anderen Unternehmen und im Laufe der Zeit eine dauerhafte Dominanzposition erreichen. Unternehmen eines dominanten Sektors können einen Agglomerationsraum bilden und so zu eine motorischen Einheit werden. Perroux betrachtet solche sektoral spezialisierte Regionen als Wachstumspole nationaler Ökonomien (BECKER et al., 2008).

Abhängig von dem konkreten theoretischen Zugang lässt sich also aus den Polarisierungstheorien ableiten, dass sich Verdichtungs- und Entleerungsprozesse wegen der großen Bedeutung von Agglomerationsvorteilen selbst verstärken und zu zunehmender Divergenz führen bzw. dass sich Regionen in ihrer Wirtschaftskraft je nach Stärke der zentripetalen und zentripetalen Kräfte durchaus auseinander entwickeln, aber auch einander annähern können. Die Frage nach den auslösenden Faktoren für die Ungleichgewichte wird allerdings auch von der Polarisierungstheorie nicht beantwortet, sondern die räumliche Verteilung der Wachstums- und Rückstandsregionen als weitgehend zufällig angesehen.

Nach MYRDAL (1974) spielt der Staat eine wichtige Rolle bei der Eindämmung von Entzugseffekten und der Förderung größerer regionaler Gleichheit. Klare, umsetzbare politische Handlungsanweisungen bleiben er und die anderen Vertreter der regionalen Polarisation jedoch schuldig. Die von einigen Vertretern empfohlene Einschränkung der Mobilitätsprozesse (z. B. durch Verteuerung des Transportes, Handelshemmnisse oder Kontrolle der Arbeitskräftewanderungen), die der Peripherie die Möglichkeit eröffnen soll eigene Produktionen für den regionalen Markt aufzubauen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln, ist für hochentwickelte Länder kaum vorstellbar (KULKE, 2004). Bleibt eine Verstärkung der positiven Ausbreitungseffekte beispielsweise durch den Ausbau der Verkehrs- und

Kommunikationsverbindungen vom Zentrum ins weitere Umland, die Förderung komplementärer Betriebe im Hinterland und die Unterstützung des Technologietransfers (MAIER et al., 2006). Aus dem Phasenmodell RICHARDSONS wurden für die Regionalpolitik konkrete phasenspezifische Strategien abgeleitet, wie die Förderung von intraregionalen Entlastungsorten in der Phase der stärksten Polarisierung, später die Förderung von Wachstumszentren zur interregionalen Dezentralisierung und schließlich der Ausbau von Mittelzentren zum Erreichen eines stabilen hierarchischen Städtesystems (KULKE, 2004). Auch das Wachstumspolkonzept von PERROUX hat Anwendung in der Regionalpolitik gefunden. Die Förderung von größeren, stark wachsenden und technologisch fortgeschrittenen Unternehmungen ("motorischen Einheiten") in strukturschwachen Regionen soll Agglomerationsvorteile in neuen Zentren ermöglichen und das Hinterland durch Ausbreitungseffekte und Input-Output-Verflechtungen fördern (MAIER et al., 2006). In der Praxis hat diese Strategie jedoch nicht funktioniert. Die Unternehmen (z. B. große Stahlwerke in Süditalien) blieben "Kathedralen in der Wüste", da der Bezug von Vorprodukten und der Absatz der eigenen Produkte nicht an räumliche Nähe gebunden waren. "Zudem hat sich die Wachstumsdynamik der Einheiten aufgrund der Zeitverzögerung zwischen Identifikation [einer geeigneten Wachstumsbranche durch die Politik] und [deren] Ansiedlung bisweilen bereits erschöpft" (KULKE, 2004, S. 259).

Die Polarisierungstheorien wurden vor allem wegen ihrer fehlenden Präzision und Formalisierung, den Widersprüchen zwischen verschiedenen Autoren und ihrer unscharfen Terminologie kritisiert, was eine empirische Überprüfung erschwert. In der Realität wurde kein immer weiteres Auseinanderlaufen regionaler Disparitäten beobachtet, so dass Gegenkräfte wirken müssen, die ja auch benannt wurden. Abschließende Aussagen über die Auswirkungen der zentrifugalen und zentripetalen Kräfte auf den räumlichen Differenzierungsprozess sind jedoch nicht möglich. Auch werden die kumulativen Prozesse nicht modellintern, sondern über externe Faktoren erklärt (MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001). Empirische Arbeiten zur Polarisierung-Reversal-Hypothese konnten in einzelnen Entwicklungsländern Dezentralisierungstendenzen beobachten. Allerdings wurden eher zyklische Folgen als ein einmaliges Durchlaufen der Phasen beobachtet und es zeigte sich die Bedeutung räumlicher Mindestvoraussetzungen der Peripherie (KULKE, 2004). Weder die Polarisierungstheorie noch der neoklassische Ansatz berücksichtigen die Gleichzeitigkeit von Konzentrations- und Dekonzentrationsprozessen durch die unternehmensorganisatorisch ermöglichte Standortspaltung, welche beispielsweise eine Zentralisierung der Forschungs- und Leitungsfunktion und eine Dezentralisierung der Ausführungsfunktionen erlaubt (BUTZIN, 1986).

3.2.3 Exportbasistheorien

Den Exportbasistheorien zufolge hängt das Wirtschaftswachstum einer Region nicht von ihrem Angebotspotenzial ab, sondern im Wesentlichen von der außerregionalen Nachfrageexpansion, d. h. von der Entwicklung ihres Exportsektors.

Somit sind Betriebe, die Produkte exportieren, die wirtschaftliche Basis einer Region (Exportbasis, "basic sector"), von denen der nicht exportierende lokale Sektor ("non basic sector") abhängt. Ein Anstieg der Einkommen aus den Exporten führt über Multiplikatoreffekte zu einem Einkommensanstieg in der gesamten Region, der über jenem aus den Exporten liegt. Der Einkommensanstieg ist umso höher, je größer die regionale Konsumneigung und je kleiner die regionale Importneigung ist (ECKEY, 2008; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001).

Zur Entwicklung von Konvergenz oder Divergenz zwischen Regionen werden keine Aussagen gemacht. Nach Ansicht von ECKEY (2008) legt die Exportbasistheorie aber eher die Hypothese der regionalen Divergenz nahe, da zu erwarten ist, dass eher prosperierende Regionen neue Produkte schaffen und so räumlich mobile Nachfrage auf sich ziehen. Als Ursachen interregionaler Disparitäten formuliert der Ansatz die Entwicklung bestimmter exportierender "Leitsektoren" einer regionalen Wirtschaft, die von einer Nachfragesteigerung außerhalb der Region abhängen (MAIER et al., 2006).

Eine Regionalpolitik, die den Ausgleich interregionaler Disparitäten anstrebt, sollte demnach vor allem exportintensive unternehmerische Aktivitäten in strukturschwachen Regionen fördern. Dies kann durch Investitionsanreize und die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen geschehen. Das Gegenargument für eine solche Politik liegt jedoch – ähnlich wie bei der Förderung von Wachstumspolen (siehe Abschnitt 3.2.2) – in der "Anmaßung von Wissen". Der Fördermittel zuteilende Staat besitzt kaum ausreichende Kenntnis darüber, welche ökonomische Aktivität gut für eine Region ist, sich am Markt durchsetzt und positive Entwicklungsimpulse mit sich bringt (ECKEY, 2008; MAIER et al., 2006).

Die Theorie bietet vor allem einen Erklärungswert für die kurzfristige Entwicklung einzelner, relativ kleiner und insbesondere stark spezialisierter Regionen mit rasch mobilisierbaren Produktionsreserven und geringen Wachstumsimpulsen durch intraregionale Nachfrage (MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001). Gegen breitere Anwendungsmöglichkeiten sprechen zahlreiche Kritikpunkte. So ist die zentrale Frage, warum sich exportierende Industrien in bestimmten Regionen ansiedeln und in anderen nicht, nicht in den Ansatz integriert. Die Exportbasistheorie vernachlässigt die Angebotsseite mit ihren Produktionskapazitäten, Wachstumsimpulse durch intraregionale Nachfrage, die Abhängigkeit des Exportsektors von einem leistungsfähigen lokalen Sektor (Zulieferer, Dienstleistungen), Preise der Exportgüter, Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und Auswirkungen von Innovationen. Das Entstehen der externen Exportnachfrage als wichtigstem Einflussfaktor wird exogen gegeben und nicht erklärt und ist stark abhängig von der Abgrenzung der Regionen (siehe Abschnitt 1.3.1). Werden Regionen zu einem geschlossenen System untereinander verflochtener Regionen verbunden, ist externe Nachfrage und damit eine Erklärung des Wirtschaftswachstums nicht mehr möglich. Auch werden die Rückwirkungen steigender Exporte auf die Einkommensentwicklung anderer Regionen und damit die eigene Exportquote außer Acht gelassen. Schließlich gibt es

Probleme bei der empirischen Überprüfung der Exportbasistheorie, da eine exakte Trennung von basic und non basic Sektor nicht möglich ist und regionale Exporte nur geschätzt werden können (ECKEY, 2008; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001).

3.2.4 Ansätze der endogenen Entwicklung

Ende der 1970er Jahre wurde aufgrund der geringen Erfolge exogener, mobilitätsorientierter Strategien der Regionalpolitik und dem verringerten Potenzial mobiler Betriebe als Gegenkonzept der Ansatz der endogenen Regionalentwicklung (auch eigenständige Regionalentwicklung, autozentrierte Entwicklung, Entwicklung von unten) formuliert, der seinen Bezugspunkt in der Entfaltung innerräumlicher Entwicklungspotenziale sieht. Dabei handelt es sich weniger um eine kohärente, geschlossene, theoretische Konzeption, sondern eher um eine Zusammenstellung (teils kontroverser) normativ-strategischer Partialansätze. Die theoretische Fundierung ist eher schwach bzw. die vorhandenen ökonomischen theoretischen Überlegungen wurden von der wissenschaftlichen Diskussion kaum genutzt (HAHNE, 1985; MAIER et al., 2006). Endogene Entwicklung wird allgemein definiert als "lokale Entwicklung, die hauptsächlich von lokalen Impulsen erzeugt wird und sich weitgehend auf lokale Ressourcen stützt" (PICCHI, 1994, S. 195, zitiert in LOWE et al., 1995, S. 91, Übersetzung der Autorin). "Sie folgt dem Glauben in die immanente Kapazität der lokalen Bevölkerung, in sich selbst und ihrer Lokalität die Mittel für die Verbesserung ihres sozioökonomischen Wohlergehens zu finden" (RAY, 2000, S. 447, Übersetzung der Autorin). Die Entwicklung einer Region ist daher nicht durch exogene Wachstumsimpulse, sondern durch die Aktivierung des sogenannten endogenen Potenzials anzustreben (SCHÄTZL, 2001). Damit geht die Gewährung größerer Entscheidungs- und Finanzkompetenzen für die Regionen und die Entwicklung neuer regionaler Handlungs- und Kommunikationsformen einher (MOSE, 1993). Für das endogene Potenzial existieren unterschiedliche Definitionen. HAHNE (1985, S. 52) definiert es als "die Gesamtheit der Entwicklungsmöglichkeiten einer Region in einem zeitlich und räumlich abgegrenzten Wirkungsbereich. [...] Die Größe des Entwicklungspotenzials hängt ab von den regional vorhandenen Ressourcen, zu denen [...] auch Fähigkeiten wie Wissen und [Bestands vermehrende] Innovationstätigkeit hinzugerechnet werden müssen, ferner von den Möglichkeiten des Ressourcen- und Gütertransfers." Die operationale Bestimmung ist bisher nicht geklärt. GIERSCH (1963) und BIEHL et al. (1975) haben versucht, das endogene Potenzial als Outputgröße zu bestimmen, d. h. als dasjenige Pro-Kopf-Regionalprodukt, das eine Region bei optimaler Nutzung aller ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen erzielen kann (SCHÄTZL, 2001). Anhand einer interregionalen Durchschnittsproduktionsfunktion ermittelten BIEHL et al. (1975) Engpassfaktoren, welche immobil, unteilbar und polyvalent sind und die Entwicklung begrenzen. HAHNE (1985) kritisiert diesen Ansatz, da er mobile Faktoren und regionale Produktionsfunktionen nicht berücksichtigt und es sich um eine zeitpunktbezogene Erfassung handelt. Außerdem ist für ihn die Beseitigung von Engpassfaktoren durch Attraktion der fehlenden Faktoren aus anderen Regionen

per definitionem ausgeschlossen. Eine Quantifizierung des regionalen Entwicklungspotenzials hält er für kaum möglich, da es gerade der Charakter des Potenzials eines Faktors ist, "dass grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten des Einsatzes bestehen und es offen und unbestimmt ist, wann, wie und wofür eine Aktivierung eintritt. Jede Quantifizierung würde nur eine konkrete Verendung verschiedener potenzieller Entwicklungswege angeben können" (HAHNE, 1985, S. 61-62). Hahne selbst bestimmt das endogene Potenzial von der Inputseite und zerlegt es in Kapital-, Arbeitskräfte-, Infrastruktur-, Flächen-, Umwelt-, Markt-, Entscheidungs- sowie soziokulturelles Potenzial (HAHNE, 1985). Er sieht das Hauptproblem weniger in der wissenschaftlichen Erfassung ungenutzter Potenziale als in ihrer praktischen Aktivierung, wofür günstige soziokulturelle Bedingungen eine besondere Bedeutung haben (HAHNE, 1985). Die Ansätze der endogenen Entwicklung wurden seit den 1980er Jahren um Konzepte zur nachhaltigen und integrierten Regionalentwicklung erweitert (MOSE und NISCHWITZ, 2009; SHUCKSMITH, 2010) und erleben seit den 1990er Jahren eine Renaissance (SPRENGER, 2005). Zunehmend werden unter den Ansätzen ländlicher Entwicklung – vor allem unter dem Oberbegriff ländlicher oder regionaler "Governance" – die Selbsthilfe-Kapazität ländlicher Gemeinden durch Partnerschaften und die Anpassung institutioneller Strukturen als wesentliche Voraussetzung für eine Regionalentwicklung diskutiert (SHUCKSMITH, 2010; TERLUIN, 2001). Auf der theoretischen Seite erfuhren die Ideen der endogenen Entwicklung in jüngerer Zeit darüber hinaus eine Wiederbelebung durch die theoretischen Ansätze des neuen Regionalismus (siehe Abschnitt 3.3.3).

Über die Entwicklung von regionaler Divergenz oder Konvergenz macht der Ansatz der endogenen Entwicklung keine Aussagen. Für das Auftreten interregionaler Disparitäten werden regionale Unterschiede im Ausmaß und in der Nutzung der intraregional vorhandenen Ressourcen, d. h. des endogenen Potenzials, verantwortlich gemacht. Ein Abbau der Disparitäten kann demnach nicht über exogene Wachstumsimpulse erreicht werden, sondern nur, wenn die zu entwickelnden Regionen selbst aktiv die in ihrer Region vorhandenen und nicht ausgelasteten Faktoren und Ressourcen aktivieren und bestmöglich nutzen. Die Vorstellungen, welche Teilausschnitte des endogenen Potenzials einen besonders geeigneten Ansatzpunkt für die weitere regionale Entwicklung bieten, fallen weit auseinander. Sie reichen von der Identifizierung und Überwindung bestehender Engpassfaktoren durch Investitionen, über die Nutzung regionsspezifischer Stärken mit komparativen Kostenvorteilen bis hin zur Initiierung von intraregionalen Kreisläufen durch die kleinräumige Vernetzung der ökonomischen, soziokulturellen und ökologischen Aktivitäten (HAHNE, 1985; SCHÄTZL, 2001).

Dementsprechend unterschiedlich sind bei den verschiedenen Autoren die Vorstellungen, wie konkrete Maßnahmen der Regionalpolitik ausgestaltet sein sollten. Die grundsätzlichen Empfehlungen gleichen sich jedoch. Diese sind keine statischen Implikationen einer strengen Theorie, sondern eher pragmatische Anwendungen (HAHNE, 1985). So soll die Strategie in der jeweiligen Region selbst entwickelt

und am besten auch auf dieser Ebene aus einem einheitlichen Fonds finanziert werden, an vorhandenen regionalen Potenzialen anknüpfen und eine pragmatische Stärken-Schwächen-Analyse der Teilpotenziale vornehmen. In jeder Region soll ein ganzheitliches, sektorübergreifendes und auf die spezifischen Bedingungen angepasstes Instrumentarium zur Anwendung kommen, welches die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökologischen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt. Gefördert werden insbesondere kleine und mittlere Betriebe und deren Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, Existenzgründungen, Kooperationen, Humankapital, Umweltprojekte und die allgemeine Lebensqualität. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg ist die Förderung aktiver Verhaltensweisen z. B. durch Qualifikations- und Informationsmaßnahmen, die breite Beteiligung regionaler Interessengruppen (Partizipation) und die Ermöglichung kollektiver Lernprozesse unter Nutzung des lokal vorhandenen Wissens (GRABSKI-KIERON und KNIELING, 1994; HAHNE, 1985; MAIER et al., 2006; RAY, 2000; SPRENGER, 2005). Die Ansätze der endogenen Entwicklung wurden seit Ende der 1970er Jahre zuerst in Österreich und der Schweiz insbesondere auf ländliche Regionen angewendet. Sie sind in der ländlichen Entwicklungspolitik nach wie vor aktuell und werden beispielsweise in der EU vom LEADER-Ansatz aufgegriffen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006a und 2006d). Bisherige Erfahrungen zeigen, dass diese Ansätze im Vergleich zu exogen orientierten Ansätzen besser auf die Erfordernisse und Bedingungen der jeweiligen Region Rücksicht nehmen und höhere qualitative und auch soziokulturelle Wirkungen erreichen. In peripheren Gebieten kann jedoch das endogene Potenzial an Betrieben, Qualifikationen und Institutionen zu gering sein, um eine nennenswerte wirtschaftliche Entwicklung auszulösen (MAIER et al., 2006; MÜHLINGHAUS, 2002).

Hier liegen auch die Grenzen des Ansatzes, so dass sich heute – gerade auch vor dem Hintergrund der Globalisierung und der wachsenden Bedeutung multinationaler Unternehmen – mehr die Einsicht durchsetzt, dass eine endogen-exogene Doppelstrategie notwendig ist, die sowohl die eigenen Stärken stärkt als auch Impulse von außen sucht und aufnimmt. Die Impulse für die Einbindung externer Ressourcen sollen jedoch aus der Region kommen und eine Anpassung auf die endogenen Potenziale ist notwendig (ARL, 2008; LOWE et al., 1995; MÜHLINGHAUS, 2002; RAY, 2006; SHUCKSMITH, 2010). SPITZER (1991, S. 96) hält die Teilung in endogene und exogene Teilpotenziale ohnehin für "theoretisch bedenklich und praktisch unmöglich. Ein tatsächlich erreichtes räumliches Potenzial stellt [...] stets das Ergebnis des Zusammenwirkens endogener und exogener Möglichkeiten dar." MOSE (1993), MÜHLINGHAUS (2002) und PESCHEL (1984) sehen endogene Strategien nur als Ergänzung in der Regionalentwicklung an, mit der sich spezifische Probleme lösen lassen. Lokale Probleme, die auf nationaler oder globaler Ebene verursacht werden (z. B. Arbeitsmarkt- und Umweltprobleme), können nur durch eine überregionale Politik befriedigend gelöst werden. Gerade im wirtschaftlichen Bereich ist der Handlungsspielraum durch externe Einflüsse und Entscheidungen und die Einbettung einzelner Regionen in das System der

nationalen und internationalen Märkte stark eingeschränkt (MÜHLINGHAUS, 2002; PESCHEL, 1984). Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die schwache theoretische Fundierung und die Vielzahl unterschiedlicher Begriffe und Definitionen, die eine klare Abgrenzung erschweren (SPRENGER, 2005). Bei der endogenen Entwicklung handelt es sich im Wesentlichen um eine Ansammlung von Forderungen, welche von Erfahrungen und normativen Vorstellungen über wünschenswerte Formen der Entwicklung geprägt ist (MÜHLINGHAUS, 2002; SLEE, 1994). Der normative Forderungskatalog gibt jedoch keine Auskunft darüber, wie einzelne Strategien oder Ziele bewertet werden sollen, wie sie zusammenwirken und wie mit Zielkonflikten umzugehen ist (MÜHLINGHAUS, 2002). Darüber hinaus fehlt es "an fundiertem Grundlagenmaterial, das genaue Aussagen zur Praktikabilität entsprechender Handlungsansätze sowie deren spezifischen qualitativen Vorzügen, aber auch Problemen und Grenzen zu treffen erlaubt" (MOSE, 1993, S. 16). Auf der praktischen Ebene zeigen endogene Ansätze hohe Steuerungskosten (PLOGG und SACCOMANDI, 1995). Sie stellen hohe Anforderungen an die planungspolitischen Rahmenbedingungen als auch die handelnden Akteure (GRABSKI-KIERON und KNIELING, 1994) und die geforderte Partizipation der lokalen Bevölkerung kann zu Konflikten und ungleichen Machtbeziehungen führen (SPRENGER, 2005).

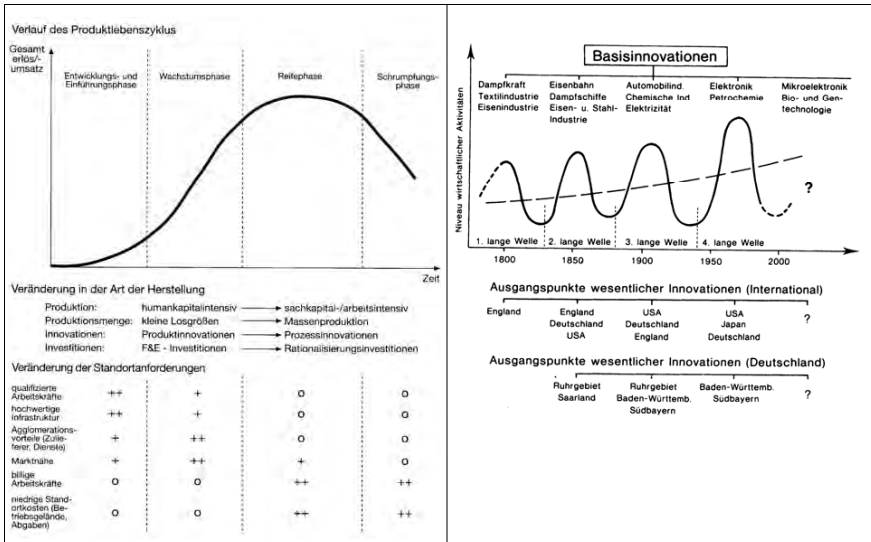
3.2.5 Dynamisch-zyklische Ansätze von Industriestandorten

Zu den dynamisch-zyklischen Ansätzen von Industriestandorten kann man die Produktlebenszyklushypothese und die Theorie der langen Wellen zählen (SCHÄTZL, 2001). Nach diesen Ansätzen kommt es durch technischen Fortschritt immer wieder zu einem Strukturwandel der Wirtschaft und damit zu Verlagerungen ökonomischer Aktivitäten. Die Produktlebenszyklushypothese argumentiert mikroökonomisch, dass jedes Produkt nur eine begrenzte Lebensdauer hat und verschiedene Phasen durchläuft, die mit Änderungen der Produktgestaltung, Produktions- und Absatzbedingungen und damit geänderten Standortanforderungen der Produktherstellung einhergehen (siehe Abbildung 10). Die unternehmerischen Gewinne steigen nach den Verlusten der Entwicklungsphase in der Wachstumsphase stark an, sinken in der Reifephase bis zu erneuten Verlusten am Ende der Schrumpfungsphase. Im Laufe des Produktlebenszyklus wird eine zunehmende Dezentralisierung der Produktion von den Agglomerationsräumen über deren Umland hin zu peripheren Regionen und Niedriglohnländern angenommen (KULKE, 2004; SCHÄTZL, 2001). Damit besteht nicht nur die Möglichkeit, unterschiedliche industrielle Standort-schwerpunkte auf die Lebenszyklusphasen von Produkten zurückzuführen, sondern zusätzlich auch Verlagerungen von Standortschwerpunkten als Folge eines Altersungsprozesses zu erklären (BATHELT, 1992). Werden die Standortverlagerungen blockiert, werden Regionen zu alten Industrieregionen (MAIER und TÖDTLING, 2006).

Die Theorie der langen Wellen argumentiert demgegenüber makroökonomisch, dass in zyklischen Abständen gehäuft grundlegende technologische Neuerungen

(sogenannte Basisinnovationen) auftreten, welche neue Industriezweige schaffen und/oder bestehende tiefgreifend verändern und lange Wachstumsschübe (Wellen) der Wirtschaft auslösen. Diese langen Wellen dauern jeweils ca. 48-60 Jahre und werden nach ihrem "Entdecker" auch Kondratieff-Wellen genannt. Empirisch werden für die Vergangenheit vier lange Wellen beschrieben (siehe Abbildung 10). Für die Raumentwicklung ist die Tatsache entscheidend, dass jede neue Welle eigene räumliche Kristallisationskerne mit charakteristischen Standortstrukturen herausgebildet hat, so dass eine neue jeweils zyklenspezifische industrielle Standortstruktur entstanden ist. Frühere Kernregionen einer langen Welle genügen nach bisheriger Erfahrung nicht den Standortanforderungen der neuen Wachstumsindustrien. Negativ wirken beispielsweise die hohe bauliche Verdichtung, hohe Bodenpreise, eventuelle Umweltbelastungen, unpassende Infrastruktur und Qualifikationen, hohe Lohnerwartungen und das statische Verhalten von Großunternehmen, Gewerkschaften und Regierungen. Neue Zentren müssen dagegen eine Mindestverdichtung von Bevölkerung, Betrieben und Infrastruktur aufweisen. Welche Standorte die neuen Wellen wählen, ist kaum prognostizierbar. Räumliche Schwerpunktverlagerungen ökonomischer Aktivitäten entstehen auch im Verlauf einer langen Welle, indem nach der anfänglichen Konzentration auf einige räumliche Zentren zum Ende des Zyklus die Peripherie wächst. Die Theorie wurde sogar erweitert zu "regionalen Wachstumszyklen": Regionen, die extern entstandene Basisinnovationen zuerst durchsetzen können, entwickeln sich zu Wachstumsregionen. Die Wachstumsdynamik hält solange an, wie es gelingt, die Produktion an den technischen Fortschritt anzupassen (KULKE, 2004; SCHÄTZL, 2001).

Abbildung 10: Produktlebenszyklushypothese (links) und Modell der "langen Wellen" (rechts)



Quelle: Produktlebenszyklus: KULKE, 2004, S. 84. Modell der langen Wellen: SCHÄTZL, 2001, S. 219.

Die Produktlebenszyklushypothese und die Theorie langer Wellen können vor allem zur Erklärung interregionaler und internationaler Verlagerungen ökonomischer Aktivitäten herangezogen werden. Aussagen zu den Ursachen räumlicher Entwicklungsunterschiede zu treffen, war nicht das Ziel beider Theorien und so können diese nur mittelbar abgeleitet werden. Die günstigsten Entwicklungsperspektiven haben Regionen mit einem hohen Anteil an Unternehmen, die Güter am Beginn ihres Lebenszyklus herstellen bzw. Regionen, die zum neuen Standort einer neuen langen Welle werden oder ihre Produktion kontinuierlich dem technischen Fortschritt anpassen können. Dagegen drohen Regionen zurückzufallen, in denen sich "ältere" Güter bzw. Branchen konzentrieren bzw. die nicht bereit oder fähig sind, sich kontinuierlich dem technischen Fortschritt entsprechend umzustrukturieren. Das heißt, es geht im Kern um die Innovationsfähigkeit und -aktivitäten der in der Region ansässigen Unternehmen. Beide Theorien sehen die höchste Innovationsfähigkeit in den Zentren mit einer Mindestverdichtung von Bevölkerung, Betrieben und Infrastruktur (Theorie der langen Wellen) und typischen Agglomerationsvorteilen wie qualifizierten Arbeitskräften, hochwertiger Infrastruktur, Marktnähe sowie Nähe zu Zulieferern und Dienstleistungen (Produktlebenszyklushypothese). Durch die anhaltende Bedeutung der Zentren für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte (Produktlebenszyklushypothese) bzw. die wiederholte Entstehung neuer Zentren (Theorie der langen Wellen) ist

eine Konvergenz zwischen allen Regionen nicht möglich. Auf der anderen Seite betonen beide Ansätze die Verlagerung von Standorten durch technologische Neuerungen, so dass interregionale Disparitäten sich im Laufe der Zeit ändern können.

Konkrete regionalpolitische Maßnahmen lassen sich daraus nicht ableiten. Die Betonung der Innovationsaktivitäten der Unternehmen für die Regionalentwicklung ist jedoch ein Argument für eine technologie- bzw. innovationsorientierte Wirtschaftspolitik. Eine Klassifikation der Industriezweige anhand ihrer Innovationsaktivitäten entsprechend dem Anteil von F&E-Ausgaben kann zur Identifikation von Zielgruppen einer solchen Politik dienen (KULKE, 2004). Da sich die Innovationsaktivitäten jedoch nach beiden Ansätzen in den Zentren konzentrieren, stellt sich die Frage, was für Optionen für die ländlichen Räume bleiben.

Beide Ansätze wurden für Unzulänglichkeiten des theoretischen Erklärungsgehalts und dem starken technologischen Determinismus der Argumentation kritisiert. Sie eignen sich nicht als Prognoseinstrument, sondern nehmen eine deskriptive Betrachtung vergangener, empirisch beobachteter Entwicklungen vor (KULKE, 2004). Die Kritik der Produktlebenszyklushypothese richtet sich gegen die allgemeine Gültigkeit und das "quasi-deterministische" Ergebnis einer räumlichen Hierarchie, die der unregelmäßigen sozioökonomischen Raumstruktur und anderen Einflussfaktoren nicht entspricht. Nicht alle Güter unterliegen einem Produktzyklus (z. B. Güter mit Rohstoff-, Markt- oder "high-skill"-Orientierung). Standortverlagerungen im Laufe des Produktlebenszyklus verlaufen nicht mechanisch, sondern sind vielschichtiger. In jüngerer Zeit hat sich außerdem der Produktlebenszyklus insgesamt zunehmend verkürzt, so dass Innovation, Produktion und Verbrauch ein mehr und mehr interaktiver Prozess sind, der die Konzentration der verschiedenen Stufen der Innovation, Verbesserung und Produktion an einem Standort im Zentrum fördert. Operationalisierungsprobleme entstehen durch die unklare Abgrenzung eines neuen Produktes von Produktmodifikationen, die ein Produkt wiederholt verjüngen können (BATHELT, 1992; KULKE, 2004; MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHÄTZL, 2001; TERLUIN, 2001). Der Theorie der langen Wellen ist eine Erklärung der Gesetzmäßigkeit zyklischer Schwankungen in regelmäßiger zeitlicher Abfolge nicht überzeugend gelungen, auch die Fluktuationen von Produktionsmengen sind empirisch nicht nachweisbar (SCHÄTZL, 2001).

3.3 Neuere Ansätze regionaler Entwicklung

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden in der Regionalökonomie vor allem neuere Erklärungsansätze diskutiert, die an die Erfordernisse einer postfordistischen Wissensgesellschaft³⁵ angepasst sind und den Zusammenhang zwischen dem durch

³⁵ Der Begriff Postfordismus beschreibt eine neue Produktions- und Arbeitsorganisation in der Industrie, die durch hochflexible Produktionstechnologien und Spezialisierung gekennzeichnet ist und seit den 1970er Jahren die industrielle Massenfertigung mit dem Hauptaugenmerk auf

technischen Fortschritt verursachten wirtschaftlichen Strukturwandel und der Raumentwicklung analysieren. Die deduktiven Theorien "neue Wachstumstheorie" und "neue ökonomische Geographie" (Abschnitt 3.3.1 und 3.3.2) arbeiten mit komplexen mathematischen Modellen und vereinfachenden Annahmen, so dass viele Einflussgrößen der regionalen Wirtschaftsentwicklung nicht befriedigend integrierbar sind. Eine Ergänzung um die "weicheren" nicht-formalisierten Erklärungsbeiträge des "neuen Regionalismus" (Abschnitt 3.3.3) ist daher sinnvoll (SCHÄTZL, 2001).

3.3.1 Neue bzw. endogene Wachstumstheorie

3.3.1.1 Allgemeine Beschreibung

Aufgrund der Defizite der neoklassischen Theorie, Wirtschaftswachstum und beobachtete Wachstumsdivergenzen befriedigend erklären zu können (vgl. Abschnitt 3.2.1), wurde ab Mitte der 1980er Jahre eine Vielzahl unterschiedlichster Modelle mit dem gemeinsamen Ziel entwickelt, dauerhaftes Wachstum aus dem Modell heraus (endogen) und nicht durch Rückgriff auf exogene Prozesse zu erklären sowie die in der Realität beobachtbaren Konvergenz- als auch Divergenzprozesse abbilden zu können. Dieses gemeinsame Bindeglied rechtfertigt die Zusammenfassung der heterogenen Ansätze unter dem Dach der "neuen Wachstumstheorie" oder auch "endogenen Wachstumstheorie", wobei der zweite Begriff passender ist, da auch ältere Ansätze inhaltlich verwandte Beiträge liefern (FRENKEL und HEMMER, 1999; SCHÄTZL, 2001). Ihren Ausgang nehmen die Ansätze der endogenen Wachstumstheorie mit Arbeiten von ROMER (1986), LUCAS (1988) und REBELO (1991). Sie verstehen sich als Weiterentwicklung der elementaren Neoklassik und verwenden weiterhin den formalen Rahmen eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells. Allerdings werden grundlegende Annahmen der Neoklassik aufgegeben und explizit unvollständiger Wettbewerb und Externalitäten berücksichtigt, was ein mathematisches Instrumentarium von beträchtlicher Komplexität erfordert (ECKEY, 2008; FRENKEL und HEMMER, 1999; MAIER et al., 2006). Die wesentliche Leistung der endogenen Wachstumstheorie liegt darin, altbekannte Argumente – wie die Bedeutung von Humankapital, technischem Fortschritt bzw. Innovationen und die damit verbundenen externen Effekte, sowie das Auftreten unvollkommener Konkurrenz – in die formale Modellstruktur der Neoklassik integriert und damit eine Verbindung zwischen dem ökonomischen "Mainstream"

der Erzielung von Skalenvorteilen (= Fordismus, benannt nach Henry Ford, der die Fließbandfertigung erstmals in der Automobilproduktion einsetzte) zunehmend ablöst. Als Gründe für diese Schwerpunktverschiebung werden sich schnell wandelnde Kundenwünsche, wachsende Konsumentensouveränität, steigende Produktvielfalt und immer kürzere Produktzyklen angesehen. Darüber hinaus beschreiben Wissenschaftler in den letzten Jahren einen Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, in der Wissen, Innovation, Forschung und Bildung eine immer stärkere Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Regionen gewinnen (KULKE, 2004; SCHÄTZL, 2001).

und der von diesem weitgehend ignorierten regionalökonomischen Theorie hergestellt zu haben (MAIER et al., 2006).

Die Vielzahl heterogener Modelle wird sehr unterschiedlich typologisiert. FRENKEL und HEMMER (1999) teilen sie in zwei große Modellklassen ein: Die erste Modellklasse begründet, warum es auch ohne technischen Fortschritt nicht zu sinkenden Grenzproduktivitäten kommen muss, d. h. welche marktendogenen Mechanismen eine stetige Abnahme der Grenzproduktivitäten verhindern. Die zweite Modellklasse endogenisiert den technischen Fortschritt, d. h. erklärt ihn aus dem Modell heraus.

(1) Die erste Modellklasse beinhaltet drei Modellgruppen:

(1.1) Die sogenannten AK-Modelle³⁶ legen eine lineare Beziehung zwischen dem Produktionsfaktor Kapital und dem Volkseinkommen zugrunde, was zwangsläufig abnehmende Grenzproduktivitäten der Kapitalakkumulation ausschließt. Der Faktor Arbeit bleibt unberücksichtigt (FRENKEL und HEMMER, 1999)

(1.2) Humankapitalansätze (wie das Uzawa-Lucas-Modell) legen einen heterogenen Arbeitskräftebestand zugrunde. Durch Ausbildungsaktivitäten, welche auf der Basis von Optimierungskalkülen erklärt werden und makroökonomisch wie eine Vermehrung der Arbeitskraft wirken, können Arbeitskräfte ihre Produktivität steigern und somit gesamtwirtschaftlich die Abnahme der Produktivität verhindern (ECKEY, 2008; FRENKEL und HEMMER, 1999). Die Vermehrung von Humankapital kompensiert also die abnehmenden Grenzerträge der Sachkapitalakkumulation und bewirkt eine Aufrechterhaltung des Wachstums. Bei ihrer Entscheidung, in Ausbildung zu investieren oder nicht, berücksichtigen Individuen jedoch nicht die positiven externen Effekte des neuen Wissens für die Produktivität anderer Personen, so dass gesamtwirtschaftlich die Bildungsaktivität zu gering ist. Die externen Effekte sind umso stärker, je höher das durchschnittliche Bildungsniveau einer Gesellschaft und damit je schneller die Diffusion des Wissen ist (FARHAUER, 2001).

(1.3) Externalitätenmodelle nehmen an, dass Sach- und Humankapitalinvestitionen externe Effekte hervorrufen, die positive Produktionsbeiträge leisten und gesamtwirtschaftlich einen Rückgang der Grenzproduktivität des Kapitals (und damit einen Wachstumsstillstand) verhindern können. ROMER (1986) betrachtet die Vermehrung des (nicht entlohnbaren) Humankapitals als einen externen Effekt der Investition, die auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität wirkt, während sich einzelwirtschaftlich weiter abnehmende Grenzerträge des Kapitals zeigen (FRENKEL und HEMMER, 1999; SCHRECK, 2008). Learning-by-doing-Ansätze betonen, dass Investitionstätigkeiten über das Schaffen von neuem Wissen, welches durch Learning-by-doing quasi nebenbei entsteht und als teilweise öffentliches Gut auch anderen Unternehmen zugute kommt, die Arbeitsproduktivität erhöhen und damit die

³⁶ Produktionsfunktion: $Y = A \cdot K$ (Y = Produktionsergebnis; A = Technologieparameter; K = Kapital).

abnehmenden Grenzerträge der Kapitalakkumulation ausgleichen (ECKEY, 2008; FRENKEL und HEMMER, 1999). Diese Modelle machen deutlich, dass einzelwirtschaftliche Entscheidungen über Investitionen (beispielsweise in Forschung und Entwicklung) zu gesamtwirtschaftlich suboptimalen Wachstumsraten führen können, da Unternehmer die positiven externen Effekte nicht berücksichtigen und deshalb zu wenig investieren (FARHAUER, 2001; FRENKEL und HEMMER, 1999).

(2) In den innovationstheoretischen Ansätzen der zweiten Modellklasse wird neben einem Zwischenprodukte- und einem Endproduktesektor ein Forschungssektor modelliert, welcher die bestehende Technologie ständig verbessert und so den Wachstumsprozess aufrechterhält. F&E-Aktivitäten werden durch einzelwirtschaftliches Optimierungsverhalten erklärt. Anstelle homogener Kapitalgüter werden einzelne End- und Zwischenprodukte unterschieden. In den meisten Modellen schlägt sich der technische Fortschritt in der Erfindung und Entwicklung neuer Zwischenprodukte nieder, welche die Produktivität bei der Erstellung des Endprodukts erhöhen (ECKEY, 2008; FRENKEL und HEMMER, 1999). Zwei Modellgruppen lassen sich unterscheiden:

(2.1) In den Innovationsmodellen nach Romer bewirken horizontale Innovationen die Entwicklung neuer (stärker spezialisierter) Produkte, die zusätzlich zu den bestehenden Zwischenprodukten im Produktionsprozess eingesetzt werden und deren Produktivität erhöhen. Das Grundmodell von ROMER (1990) ist das berühmteste Modell der endogenen Wachstumstheorie, das auch Eingang in mehrere regionalökonomische Lehrbücher gefunden hat. Danach kommt endogenes Wachstum durch Forschungsaktivitäten zustande, die nicht nur zu horizontalen Innovationen führen (nutzbar durch den Verkauf von Patenten), sondern auch zu einer Vermehrung des öffentlichen Gutes "Wissen" und darüber zu einer Steigerung der Produktivität zukünftiger Forschungsanstrengungen in der gesamten Volkswirtschaft. Der Forschungssektor verkauft Patente an den Zwischenproduktesektor, welcher damit ein Monopol für Herstellung bestimmter Zwischenproduktvarianten erwirbt, die sie an den Endproduktesektor verkaufen, für den eine größere Zwischenproduktvielfalt Produktionsvorteile bringt. Damit beinhaltet das Modell zwei Marktunvollkommenheiten: monopolistische Konkurrenz auf dem Markt für Zwischenprodukte und die positiven externen Effekte der Wissensvermehrung bei Forschungsaktivitäten. Letztere bewirken Wachstumseinbußen, da die Forscher für die Externalitäten nicht entlohnt werden und dadurch der Einsatz von Humankapital (Forschungsaktivitäten) geringer ist als es gesamtwirtschaftlich optimal wäre. Das Wachstum einer Volkswirtschaft steigt mit dem eingesetzten (in Personen gebundenen) Humankapitalbestand und mit dessen Produktivität in Abhängigkeit des vorhandenen (öffentlichen) Wissensstandes (FRENKEL und HEMMER, 1999; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001). Erreicht eine Region durch Zufall ein höheres Niveau an technischem Wissen, so kann diese Region auch mehr technisches Wissen produzieren und damit ihren Wachstumsvorsprung langfristig halten (SCHRECK, 2008).

(2.2) In den sogenannten Qualitätsleiteransätzen nach AGHION und HOWITT (1992) sorgen vertikale Innovationen für Qualitätsverbesserungen der Zwischenprodukte, wodurch letztlich die zuvor verfügbaren Zwischenprodukte durch die Innovation ersetzt werden (FRENKEL und HEMMER, 1999).

3.3.1.2 Erklärung interregionaler Disparitäten und Implikationen für Regionalpolitik

Die endogene Wachstumstheorie hat inzwischen Lehrbuchreife erreicht (BRÖCKER, 2002), die verschiedenen Modellvarianten und ihre Implikationen sind jedoch noch nicht ausdiskutiert, und erst in den nächsten Jahren ist mit einer mit Konsolidierung des Diskussionsprozesses zu rechnen. Den Ansätzen ist gemeinsam, dass die der Neoklassik innewohnende Tendenz zum Ausgleich zusammenbricht. Der Marktmechanismus führt nicht mehr automatisch zu einem gesamtwirtschaftlich wünschenswerten Ergebnis, sondern zu ineffizienten Lösungen. In welche Richtung die Ineffizienz geht, hängt vom verwendeten Modell ab und bleibt offen (MAIER et al., 2006).

Fragen nach den Ursachen von Disparitäten sowie Konvergenz oder Divergenz zwischen *Regionen* wird von den meisten Modellen der endogenen Wachstumstheorie nicht explizit thematisiert, da sie sich in erster Linie auf die Weltwirtschaft mit verschiedenen Nationen beziehen (STERNBERG, 2001). Überträgt man jedoch (zusammenfassend betrachtet) die Hauptaussagen der endogenen Wachstumstheorie bezüglich der Wachstumsursachen auf die regionale Ebene, so lassen sich interregionale Disparitäten erklären mit regionalen Unterschieden im Ausmaß von Forschungsaktivitäten (Innovationen), in der Ausstattung an Humankapital und Wissen (FRENKEL und HEMMER, 1999) und damit auch in den sozialen und technischen Fähigkeiten, mit Hilfe von Lernprozessen die vorhandenen Ressourcen zu erschließen und fortzuentwickeln (THOMI und WERNER, 2001). Ob sich Regionen eher angleichen oder auseinanderentwickeln wird von der endogenen Wachstumstheorie nicht eindeutig beantwortet (MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001). Je nach Annahmen über die Produktionstechnologie, Faktormobilität und Reichweite externer Effekte sowie den Parameterkonstellationen der jeweiligen Modelle sind multiple Gleichgewichte und sowohl konvergente als auch divergente Entwicklungen erklärbar. Grundsätzlich sind die Divergenzkräfte umso stärker, je ausgeprägter die Erträge der Produktionsfaktoren lokaler Natur sind (BRÖCKER, 2002). So wachsen nach dem Innovationsmodell von Romer beispielsweise reichere und größere Regionen mit mehr bzw. produktiveren hochqualifizierten Arbeitskräften dann schneller als die anderen Regionen, wenn Wissen ein *lokales* öffentliches Gut ist, d. h. die positiven externen Effekte vor allem regional wirksam werden und keine vollständige Wissensdiffusion auf nationaler oder globaler Ebene stattfindet (FRENKEL und HEMMER, 1999; STERNBERG, 2001). Nach ECKEY (2008) kommt es dann zu Konzentrationsprozessen, wenn die positiven externen Effekte größer als die ansonsten herrschende Tendenz zu abnehmenden Grenzerträgen sind. Generell impliziert die Zulassung von Externalitäten und steigenden Skaleneffekten durch die endogene Wachstumstheorie

die Möglichkeit von Ballungstendenzen, zirkulär-kumulativen Prozessen und die Bedeutungszunahme spezifischer räumlicher und historischer Gegebenheiten, welche die räumliche Verteilung der Aktivitäten und den Entwicklungspfad längerfristig entscheidend mitbestimmen (MAIER et al., 2006).

Für die Regionalpolitik lässt sich aus der endogenen Wachstumstheorie eine distributive Begründung herleiten, da ihre Modelle Pfadabhängigkeiten der Regionalentwicklung und die Möglichkeit regionaler Divergenz zeigen. Die neoklassische Vorstellung, der Marktmechanismus würde alles heilen, erweist sich als nicht mehr zutreffend. Doch obwohl die endogene Wachstumstheorie Wachstumsdeterminanten betrachtet, die durch Politik prinzipiell beeinflussbar sind (wie F&E, Bildung, Sparraten), und obwohl die Einbeziehung von Externalitäten die Korrektur suboptimaler Marktergebnisse ermöglicht, können kaum präzise Empfehlungen für die Regionalpolitik aus der Vielzahl hochaggregierter Modelle abgeleitet werden. Denn es bleibt unklar, wo sich der Entwicklungspfad langfristig hin bewegt, wo der ideale Entwicklungspfad liegt, wie Eingriffe gestaltet werden müssten (CAPOLUPO, 2008; KARL und VELASCO, 2004; MAIER et al., 2006) und ob die Modelle letztlich auf die regionale Ebene übertragbar sind. Das Anwenden von Erklärungen, die für Makroregionen abgeleitet wurden, auf Regionen innerhalb von Nationalstaaten ist problematisch, da die ungleiche Startposition der Regionen und das hier gegebene Mobilitätsproblem vernachlässigt werden. So können beispielsweise Humankapitalinvestitionen durch die erhöhte Abwanderung gerade gut ausgebildeter Arbeitskräfte in Richtung besserer Arbeitsmärkte die Lage peripherer Regionen kurz- und mittelfristig sogar verschlechtern (MÖNNICH, 2004). Abgeleitete Empfehlungen der Vertreter der endogenen Wachstumstheorie betreffen eher die allgemeine Wirtschaftspolitik und selbst diese sind sehr umstritten. Dazu gehören die Sicherstellung von Forschungsanreizen durch ein zeitlich begrenztes Patentrecht, die staatliche Förderung der Grundlagenforschung, eine Bildungspolitik, die Leistungsanreize zur Investition in Humankapital aufrechterhält und hoch qualifizierte, sektoral flexible Arbeitskräfte hervorbringt, und die Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit von Unternehmen zur Internalisierung der positiven externen Effekte. Wie insbesondere Letzteres erzielt werden soll, wird kontrovers diskutiert. Subventionen werden wegen negativer Wirkungen wie Rent-Seeking, Mitnahmeeffekten, potenzieller Fehlallokation durch Informationsprobleme des Staates sowie einer möglichen Reduzierung der weltweiten Innovationsrate eher abgelehnt. Steuer-nachlässe für Unternehmen mit F&E-Aktivitäten sind mit zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte, der Verkomplizierung des Steuersystems und der Gefahr des Missbrauchs verbunden (FARHAUER, 2001; FRENKEL und HEMMER, 1999). FARHAUER (2001) empfiehlt daher lediglich die Förderung guter Rahmenbedingungen für F&E und Wissensdiffusion beispielsweise durch Infrastrukturmaßnahmen. Bleibt also die genaue Ausgestaltung einer distributiv begründeten Regionalpolitik durch die endogene Wachstumstheorie unklar, so argumentiert BRÖCKER (2002) darüber hinaus auf Basis eines einfachen 2-Regionen-Modells endogenen Wachstums, dass ein Zielkonflikt mit dem Effizienzziel besteht. Soweit

die räumliche Allokation ineffizient sei, sei eher mehr, nicht weniger räumliche Ungleichheit wünschenswert.

3.3.1.3 Kritik und empirische Relevanz

Abschließend seien noch einige Kritikpunkte an der endogenen Wachstumstheorie aufgeführt. Obwohl Innovationen eine bedeutende Rolle als Motor des Wachstums in den Modellen zukommt, wird die Innovationsfunktion in der Regel nur sehr einfach spezifiziert (FRENKEL und HEMMER, 1999) und die Determinanten der Innovations- und Imitationsprozesse werden bisher nicht zufrieden stellend identifiziert (LOHRMANN, 1999). Der Einfluss politischer oder soziokultureller Faktoren auf das wirtschaftliche Wachstum wird von der endogenen Wachstumstheorie nicht berücksichtigt (CAPOLUPO, 2008; FRIELING, 2008; LENKE, 2008). Auch territoriale Variablen spielen durch die "Unräumlichkeit" der Modelle keine Rolle (CAPELLO, 2007). Da die endogene Wachstumstheorie zu wenig auf Regionen fokussiert ist, kann sie auch die spezifischen Prozesse der Wissensentstehung innerhalb einer oder zwischen zwei benachbarten Regionen und ihre Auswirkungen auf regionale Wachstumsprozesse bisher nicht ausreichend erklären (STERNBERG, 2001). Für die Regionalökonomie und -politik hat die endogene Wachstumstheorie kaum prognostische Relevanz, weil sowohl Gleichverteilung der ökonomischen Produktion als auch ihre vollständige Konzentration bzw. Konvergenz oder Divergenz möglich ist. Es sollten daher stärker die Bedingungen herausgearbeitet werden, die zu der einen oder zu der anderen Tendenz führen (ECKEY, 2008). Schließlich werden noch die Unterstellung zu großer externer Effekte, die starke Betonung der Gleichgewichtseigenschaften des Wachstumsprozesses und die mangelnde Verbindung zu Konjunkturmodellen kritisiert (FRENKEL und HEMMER, 1999). Empirische Tests der Theorie werden durch Messprobleme von Humankapital, Wissensspillover und F&E erschwert. Daher ist es auch für eine abschließende Abschätzung der empirischen Relevanz der endogenen Wachstumstheorie noch zu früh. Trotz der inzwischen großen Zahl empirischer Studien ist die Identifikation der Ursachen für langfristiges Wirtschaftswachstum nach wie vor problematisch und häufig mit uneinheitlichen Ergebnissen verbunden (CAPOLUPO, 2008; CAVUSOGLU und TEBALDI, 2006; HEMMER und LORENZ, 2004).

3.3.2 Neue ökonomische Geographie

3.3.2.1 Allgemeine Beschreibung

Die neue ökonomische Geographie geht auf den Ökonomen Paul KRUGMAN (1991a) und sein "Kern-Peripherie-Modell" zurück. Dieses erweitert die neue Außenhandels-theorie, welche steigende Skalenerträge und unvollkommenem Wettbewerb berücksichtigt, unter Einbeziehung der Transportkosten um die räumliche Dimension. Die Modelle der neuen ökonomischen Geographie untersuchen, wie sich Agglomerationen des industriellen Sektors auf Meso- und Makroebene bilden und unter welchen Bedingungen sie stabil sind. Entscheidend sind dabei die von Menschen gemachten ökonomischen Standortunterschiede "zweiter Natur", d. h. endogene,

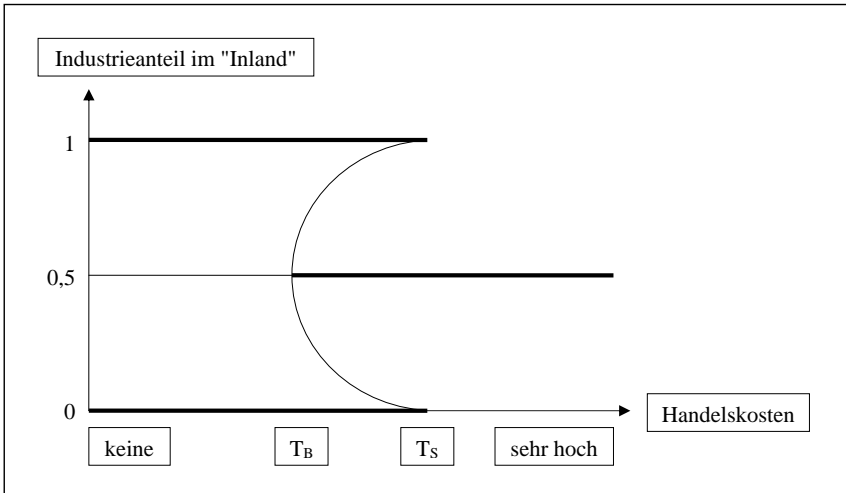
sich selbst verstärkende zirkuläre Prozesse, die sich aus der Interaktion von den konzentrationsfördernden steigenden Skalenerträgen, den dispersiv wirkenden Transportkosten und der räumlichen Verteilung der Nachfrage ergeben. Dabei greift die neue ökonomische Geographie auf "alte" theoretische Ideen der Regionalökonomie (insbesondere der Polarisierungstheorie) zurück – wie unvollkommene Konkurrenz, steigende Skalenerträge, Agglomerationseffekte, Vorwärts- und Rückkopplungseffekte oder Pfadabhängigkeiten – und integriert sie erstmals unter Verwendung allgemeiner mikroökonomischer Verhaltensfunktionen in ein geschlossenes, formalisiertes, neoklassisches Gleichgewichtsmodell. Ermöglicht wurde dies durch die erhöhte Leistungsfähigkeit der Computer und neue Modellierungstechniken wie das Dixit-Stiglitz-Modell zur Modellierung steigender Skalenerträge und damit monopolistischer Konkurrenz und die sogenannte Eisbergfunktion zur Modellierung der Transportkosten (ECKEY, 2008; FRIELING, 2008; GÜBEFELDT, 2005; LITZENBERGER, 2007; ROOS, 2002; PFLÜGER, 2008; STERNBERG, 2001).

Das Kern-Peripherie-Modell von KRUGMAN (1991a) geht von folgenden vereinfachenden Annahmen aus: Es existieren zwei homogene Regionen und zwei Güterarten (Agrar- und Industriegüter). Die homogenen Agrargüter werden bei konstanten Skalenerträgen unter vollständiger Konkurrenz von immobilen Landwirten produziert, deren Verteilung gegeben ist. Die variantenreichen Industrieprodukte werden bei steigenden Skalenerträgen unter monopolistischer Konkurrenz von mobilen Arbeitern produziert. Bei den Industriegütern treten Transportkosten auf, welche als "Eisbergkosten" modelliert werden, d. h., ein Teil der Güter "schmilzt" während des Transportes. Jedes Unternehmen produziert nur ein Produkt, die Gewinne sind null. Landwirte können keine Arbeiter werden und umgekehrt. Beide fragen alle Produktvarianten (Substitutionselastizität > 1) nach, aber in unterschiedlichem Umfang. Konsumenten haben eine Präferenz für eine möglichst breite Produktpalette. Das Modell zeigt, wie sich in einem Land mit zwei ursprünglich homogenen Regionen allein aufgrund von Marktgrößen- und Kopplungseffekten endogen ein industrialisiertes Zentrum und eine agrarische Peripherie herausbilden können (ECKEY, 2008; LITZENBERGER, 2007; ROOS, 2002; STERNBERG, 2001).

Aufgrund von Transportkosten ist die Nachfrage nach lokal produzierten Gütern größer als die Nachfrage nach importierten. Unternehmen, die wegen steigender Skalenerträge nur an einem Standort produzieren, haben daher einen Anreiz, sich dort niederzulassen, wo sie eine große Nachfrage vorfinden (rückwärts gekoppelter Heimmarkteffekt). Für die Nachfrager ist es kostengünstiger, dort zu sein, wo die lokale Produktion groß ist, da mit der Zahl der Unternehmen der Anteil billiger heimisch produzierter Güter zunimmt, was das allgemeine Preisniveau sinken und den Reallohn steigen lässt (vorwärts gekoppelter Preisindexeffekt). So ist durch die Marktgrößeneffekte ein Prozess der zirkulären Verursachung beschrieben, der zur Konzentration der Produktion führt. Als zentrifugale Kräfte wirken dagegen die Transportkosten, die zur Versorgung der immobilen Landwirte auftreten, und der zunehmende Wettbewerb auf Absatz- und Faktormärkten bei hoher Agglomeration

(Wettbewerbseffekt), was zu Preiskampf und sinkenden Löhnen bei den mobilen Arbeitern im Zentrum führt (FRIELING, 2008; ROOS, 2002; SCHRECK, 2008). Ob die zentripetalen oder zentrifugalen Kräfte überwiegen, hängt in KRUGMANS Modell insbesondere von den Transportkosten ab. Entsprechend ihrer Höhe bestehen mehrere stabile Gleichgewichte. An bestimmten Bruch- bzw. Bifurkationspunkten springt die Entwicklung von einer gleichmäßigen Aufteilung abrupt um in eine räumliche Konzentration in der einen oder anderen Region. Diese räumlichen Implikationen werden in sogenannten Bifurkationsdiagrammen dargestellt (siehe Abbildung 11). Auf der Abszisse sind die wachsenden Transportkosten (Handelskosten) abgetragen, während auf der Ordinate der Anteil beider Regionen an der Produktion dargestellt ist. Die durchgezogenen, dicken Linien charakterisieren stabile Gleichgewichte. Das Diagramm zeigt, dass sich bei hohen Transportkosten die Produktion gleichmäßig auf beide Regionen aufteilt. Fallen die Transportkosten unter die kritische Schwelle T_B (break point), so wird das Gleichgewicht instabil und es kommt auf "katastrophische Weise" zu einer vollständigen Konzentration der Produktion in nur einer Region kommt, nämlich dort, wo die größte Nachfrage ist. Steigen die Transportkosten wieder an, so wird dieses Kern-Peripherie-Gleichgewicht jedoch nicht am Punkt T_B , sondern erst am Punkt T_S (sustain point) instabil und das Gleichgewicht mit einer Dispersion der Produktion wieder hergestellt. Das heißt, durch die Hysterese-Eigenschaft des Modells kommt es im Bereich mittlerer Transportkosten zu einer Überlappung, in denen sowohl Gleichverteilung als auch Agglomeration mögliche Gleichgewichte darstellen (FRIELING, 2008; PFLÜGER, 2008). Die resultierende Raumstruktur hängt stark von den Ursprungsbedingungen ab. Hat beispielsweise eine Region nur wenig mehr Bevölkerung als eine andere und sinken die Transportkosten unter bestimmtes Niveau, so beginnt die erste Region auf Kosten der anderen zu wachsen und sich zum Zentrum zu entwickeln (KRUGMAN, 1991b). Damit ist die neoklassische Theorie erstmals in der Lage, einen sich selbst verstärkenden ökonomischen Wachstumsprozess abzubilden. Im Vergleich zur ursprünglichen Neoklassik führt die erhöhte Mobilität von Produktionsfaktoren nicht in jedem Fall zum Abbau regionaler Disparitäten, sondern eher zum Gegenteil (FRIELING, 2008).

Abbildung 11: Bifurkationsdiagramm für das Krugman Kern-Peripherie-Modell



Quelle: PFLÜGER, 2008, S. 153.

Ausgehend von KRUGMANS Grundmodell wurde mittlerweile eine Vielzahl von Modellvarianten entwickelt, so dass von *der* neuen ökonomischen Geographie kaum mehr gesprochen werden kann, sondern eher von einer Sammlung verschiedener Modelle, welche die gleiche grundlegende Modellstruktur aufweisen, sich aber bezüglich der Annahmen, Wirkungsmechanismen und inhaltlichen Kontexten unterscheiden (LITZENBERGER, 2007; ROOS, 2002). Weiterentwicklungen des Grundmodells treffen beispielsweise alternative Annahmen bezüglich der Arbeitskräftemobilität, beziehen verschiedene Industriesektoren, den Dienstleistungssektor, öffentliche Güter oder Transportkosten für Agrargüter mit ein, berücksichtigen stärkere Zentrifugalkräfte wie knapper Wohnraum oder generelle Verstopfungskosten der Agglomeration oder rechnen mit mehr als zwei Regionen. Statt unrealistischen "katastrophischen" Übergängen zu völliger Symmetrie oder Asymmetrie der Raumstruktur ist es in den Weiterentwicklungen auch möglich partielle Kern-Peripherie-Muster mit graduellen Übergängen zu erklären. Außerdem wurde in einigen Modellen durch Änderungen der Modellannahmen eine analytische Lösbarkeit erzielt (LITZENBERGER, 2007; PFLÜGER, 2008; ROOS, 2002). Der Zusammenhang zwischen den exogenen Variablen und der Art des Gleichgewichts ist je nach Modell verschieden. In Abhängigkeit des gewählten Modells kommt eine Agglomeration beispielsweise entweder bei hohen, niedrigen oder mittleren Transportkosten zustande (LITZENBERGER, 2007). So zeigt beispielsweise das viel beachtete Modell von PUGA (1999), welches das Kern-Peripherie Modell von

KRUGMAN und das Modell der verflochtenen industriellen Produktion von KRUGMAN und VENABLES (1995)³⁷ vereint, dass es bei intersektoral mobilen, aber regional immobilen Arbeitskräften wieder zu geographischer Dispersion kommen kann, wenn die Transportkosten gegen null gehen, da es zunehmend teurer wird, die für die Industriegüteragglomeration notwendigen Arbeitskräfte aus den anderen Sektoren einer Volkswirtschaft abzuziehen. Im Modell von HELPMAN (1998) führt die Einbeziehung von knappem Wohnraum aufgrund wachsender Mietkosten auch zu einer Redispersion des mobilen Faktors bei sinkenden Transportkosten (FUJITA und THISSE, 2002; PFLÜGER, 2008; SCHRECK, 2008). In den letzten Jahren gab es darüber hinaus zunehmend Bestrebungen, die neue ökonomische Geographie mit der neuen Wachstumstheorie zu verbinden (ROOS, 2002), da beide denselben grundlegenden Rahmen monopolistischen Wettbewerbs haben. FUJITA und THISSE (2002) vereinen beispielsweise das Kern-Peripherie-Modell mit dem Modell von Grossman/Helpman/Romer, so dass die Nachfrageeffekte, die durch die Migration ausgebildeter Arbeitskräfte ausgelöst werden, und die Produktivitätseffekte, die durch die Existenz von Spillover entstehen, kombiniert werden. Der Forschungs- und Entwicklungssektor erweist sich als starke zentripetale Kraft auf der multiregionalen Ebene und erweitert die zirkuläre Kausalität des Kern-Peripherie-Modells. Regionale Disparitäten reflektieren in diesem Modell zum großen Teil die räumliche Verteilung von Fähigkeiten und die Agglomeration der ausgebildeten Arbeitskräfte treibt das Wachstum an.

Ein vollständiger Überblick über die verschiedenen Modelle kann hier nicht geleistet werden. Zentrale Gemeinsamkeiten der Modelle der neuen ökonomischen Geographie betreffen die folgenden Punkte: (1) Zentripetale und zentrifugale Kräfte wirken gleichzeitig auf die räumlich mobilen Produktionsfaktoren. (2) Zentripetale Kräfte verstärken sich über Nachfrage und/oder Absatzverflechtungen selbst. (3) Als zentrifugale Kraft wirken Transportkosten. (4) Das Zusammenspiel von zentripetalen und zentrifugalen Kräften, das in vollständiger oder partieller Agglomeration oder Gleichverteilung resultiert, wird durch die exogenen Variablen bestimmt. Dies sind in allen Modellen (neben vielen möglichen Varianten) die Substitutionselastizität zwischen Industrieprodukten, der Ausgabenanteil für Industriegüter und die Transportkosten der Industriegüter. (5) Bei allen Übergängen von Gleichverteilung zu Agglomeration bestimmt bereits ein infinitesimaler Anfangsvorteil, welche Region sich zum industriellen Zentrum und welche sich zur Peripherie entwickelt. Das langfristige Gleichgewicht ist damit pfadabhängig (LITZENBERGER, 2007).

³⁷ In diesem Modell entstehen Agglomerationen dadurch, dass Final- und Zwischengüterproduzenten von der gegenseitigen Nähe profitieren. Es bietet also eine Erklärung für industrielle Cluster (PFLÜGER, 2008).

3.3.2.2 Erklärung interregionaler Disparitäten und Implikationen für Regionalpolitik

Die Modelle der neuen ökonomischen Geographie betrachten statische Gleichgewichte und sagen nichts über die Entwicklung im Zeitablauf aus. Die Gleichgewichte lassen sich aber als langfristiges Ergebnis konvergenter oder divergenter Prozesse verstehen (BRÖCKER, 2002), so dass prinzipiell Aussagen über die zukünftige Entwicklung regionaler Disparitäten möglich sind. Allerdings kommt die Vielfalt der Modelle zu sehr unterschiedlichen Vorhersagen, so dass sowohl Konvergenz wie auch Divergenz erklärbar sind (ECKEY, 2008). Die allgemeine Eigenschaft der Modelle einer pfadabhängigen Entwicklung und sich selbst verstärkender zentripetaler Kräfte befördert allerdings eher Divergenzen, die von den jeweiligen Ausgangsbedingungen abhängen (FRIELING, 2008; KRIEGER-BODEN, 1995). Die Wahrscheinlichkeit einer polarisierten Raumstruktur steigt (mit modellspezifischen Variationen), je ausgeprägter die Skalenerträge sind, je schwächer die einzelnen Varianten der Industriegüter einander substituieren können, je höher der Ausgabenanteil für Industriegüter und je geringer die Bedeutung eines immobilien Produktionsfaktors und damit die Transportkosten sind (MAIER und TÖDTLING, 2006). Warum an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt ein kumulativer Prozess beginnt, führt die neue ökonomische Geographie lediglich auf "zufällige" Ungleichmäßigkeiten zurück (LITZENBERGER, 2007; MAIER und TÖDTLING, 2006; STERNBERG, 2001). Die Erklärung, weshalb sich bestimmte Strukturen an konkreten Orten bilden, ist auch gar nicht ihr Ziel, sondern die Analyse allgemeiner ökonomischer Mechanismen die eine modellendogene Erklärung der Konzentration der Industrie ermöglichen (KRUGMAN, 1991b; ROOS, 2002). Daher werden unterschiedliche Ausstattungen der Regionen an fixen wie mobilen Produktionsfaktoren, die als erklärende Faktoren konkreter regionaler Disparitäten dienen könnten, nicht berücksichtigt, obwohl dies möglich wäre (LITZENBERGER, 2007). Darüber hinaus eignet sich die neue ökonomische Geographie vor allem zur Erklärung von Zentrum-Peripherie-Mustern auf der Makroebene, da die zentralen Rückwärts- und Vorwärtskopplungseffekte auf der regionalen Ebene kaum eine Bedeutung haben (ROOS, 2002). Unterschieden zwischen verschiedenen ländlichen Räumen in ähnlicher geographischer Lage können erst recht nicht erklärt werden (BRYDEN und HART, 2004)

Konkrete Implikationen für die Regionalpolitik sind aus der neuen ökonomischen Geographie noch nicht ableitbar. Ihre Vertreter waren bisher selbst sehr zurückhaltend mit Empfehlungen, da die empirische Relevanz der Theorie noch nicht ausreichend geprüft wurde und aufgrund der einfachen theoretischen Modelle keine robusten Aussagen über die komplexen realen Zusammenhänge und die entsprechenden angemessenen politischen Maßnahmen möglich sind (ECKEY und KOSFELD, 2004; FUJITA et al., 1999; ROOS, 2002). Bisherige Wohlfahrtsanalysen mit Modellen der neuen ökonomischen Geographie zeigen, dass politische Interventionen aufgrund von ökonomischen Effizienzzielen nicht begründbar sind und ein Ausgleich

von Disparitäten in der Regel auf Kosten des Wachstums gehen würde (FUJITA und THISSE, 2002; LAMMERS und STILLER, 2000; PFLÜGER und SÜDEKUM, 2005). Nach PFLÜGER und SÜDEKUM (2005) neigt der Markt nur bei hohen Handelskosten zur Überagglomeration. Eine allokativen Rechtfertigung für Regionalpolitik ergibt sich aber auch daraus nicht, da die notwendigen Informationen beispielsweise über den Grad der Handelsfreiheit typischerweise nicht vorliegen (PFLÜGER, 2008). Das Auftreten räumlicher Konzentrationsprozesse in den theoretischen Modellen kann allerdings eine regionalpolitische Förderung peripherer Regionen aus ausgleichsorientierten Gründen rechtfertigen, wobei ECKEY und KOSFELD (2004) etwas spöttisch fragen, ob wir die neue ökonomische Geographie brauchen, nur um uns das zu sagen. Denn um die Frage nach der konkreten Ausgestaltung einer solchen Regionalpolitik beantworten zu können, müsste geklärt werden, (1) ob die von der neuen ökonomischen Geographie genannten Variablen und Wirkungszusammenhänge empirisch relevant sind, (2) welches Modell das "richtige" ist, da sich Handlungsempfehlungen in Abhängigkeit des gewählten Referenzmodells widersprechen können, und (3) an welcher Stelle der Bifurkation sich eine Volkswirtschaft oder Branche befindet, da sonst Maßnahmen wie die Senkung der Transportkosten durch den Ausbau von Infrastruktur entgegengesetzte räumliche Wirkungen haben können, je nachdem ob man sich gerade links oder rechts eines Bruchpunktes befindet. Letzteres würde ein aufwendiges, permanentes Monitoring sowohl der exogenen Parameter als auch der räumlichen Verteilung mehrerer Branchen im Zeitablauf erfordern (LAMMERS und STILLER, 2000; LITZENBERGER, 2007) und damit einen sehr hohen Informationsstand der Politik, um das Risiko des Politikversagens geringer zu halten als jenes des Marktversagens (STERNBERG, 2001).

Die bisher formulierten Implikationen für die Regionalpolitik aus der neuen ökonomischen Geographie sind daher eher allgemeiner Natur. So legt die neue ökonomische Geographie nahe, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen erst ab bestimmten Schwellen (den Bruchpunkten der Bifurkationsdiagramme) wirksam werden und nicht-lineare Effekte haben können, dass die Höhe der Handelsfreiheit für die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen von größter Bedeutung ist, dass in einem System mit multiplen Gleichgewichten bereits kleine Politikdifferenzen über die Selektion des Gleichgewichts entscheiden können und dass sinkende Transportkosten (z. B. durch Handelsintegration oder Infrastrukturinvestitionen) räumliche Disparitäten verstärken können (BOSKER et al., 2007; KARL und VELASCO, 2004; PFLÜGER, 2008; ROOS, 2002). LITZENBERGER (2007) leitet aus einer Analyse mit dem Puga-Modell, welches in seiner Arbeit die beste empirische Relevanz zeigte, die Implikation ab, dass periphere Regionen nur dann einen Entwicklungsrückstand aufholen können, wenn sie keine limitierenden Standortfaktoren aufweisen und gleichzeitig Lohnunterschiede zum Zentrum möglich sind. Ist dies nicht der Fall, müssten direkte Politikmaßnahmen (z. B. regionale Lohnsubventionen) für einen dauerhaften Ausgleich sorgen.

3.3.2.3 Kritik und empirische Relevanz

Vor allem die Grundmodelle der neuen ökonomischen Geographie wurden beispielsweise für ihre unplausiblen Annahmen der Arbeitskräftemobilität, die mangelnde Erklärung partieller Agglomerationen oder der fehlenden Berücksichtigung von Agglomerationsnachteilen sowie dem Dienstleistungs- und öffentlichen Sektor oft stark kritisiert. Dieser Kritik konnte mittlerweile durch die zahlreichen Weiterentwicklungen begegnet werden (ECKEY, 2008; PFLÜGER, 2008). Andere Kritikpunkte bleiben jedoch bestehen. So wird in Frage gestellt, ob die restriktiven Annahmen der Modelle (auch wenn sie realitätsnäher sind als bei der älteren Neoklassik) für eine robuste Agglomerationserklärung in der Realität überhaupt geeignet sein können. Viele (Mehrregionen)modelle sind immer noch nicht analytisch, sondern nur durch Computersimulationen zu lösen. In den einfachen Verallgemeinerungen auf mehrere Regionen ohne zusätzliche Komplikationen ist bereits nicht mehr transparent, was die Ergebnisse wirklich treibt (BRAKMAN und GARRETSEN, 2007; PFLÜGER und SÜDEKUM, 2005; ROOS, 2002). Die neue ökonomische Geographie bildet – trotz ihres Namens – keine konkreten Räume oder erdräumliche Distanz ab. Die Transportkosten dienen lediglich dazu, unterschiedliche Preise des Exporteurs und Importeurs abbilden zu können (GÜBEFELDT, 2005; STERNBERG, 2001). Formal identische Modelle werden unkritisch auf sehr verschiedene Agglomerationsphänomene auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen angewandt (ROOS, 2002). Die neue ökonomische Geographie kann weder theoretisch erklären, warum es zu bestimmten konkreten örtlichen Raummustern kommt noch, wie regionale Gewinner zu Verlierern (absterbende Regionen) oder Verlierer zu Gewinnern (aufstrebender Regionen) werden können (ECKEY, 2008; GÜBEFELDT, 2005; STERNBERG, 2001). Auch besitzt sie bisher kaum prognostische Relevanz, weil sowohl Gleichverteilung der ökonomischen Produktion als auch ihre vollständige Konzentration möglich ist und die Bedingungen für die jeweilige Tendenz nicht klar herausgearbeitet sind (ECKEY, 2008). Notwendig wären integrierende Modelle, welche die verschiedenen Schlüsselmerkmale in einem einzigen Modell enthalten und so eine bessere Wahl zwischen verschiedenen Agglomerationsmechanismen (und damit Modellen) und zusätzliche testbare Hypothesen ermöglichen (BRAKMAN und GARRETSEN, 2007). Trotz Weiterentwicklungen bleiben die Modelle unvollständig und berücksichtigen beispielsweise nicht den Faktor Kapital, die Finanzierungsaspekte der Standortwahl und Produktionsentscheidungen, versunkene Kosten, Vorteile flexibler Produktion, Qualität und Häufigkeit von Interaktionen zwischen Unternehmen, intertemporale Entscheidungskalküle der Haushalte und Unternehmen, Elemente der Wissensdiffusion oder interregionale Unterschiede bei sozialen, kulturellen und institutionellen Faktoren. Schlussfolgerungen für die Regionalpolitik bleiben schwer ableitbar (ECKEY, 2008; KARL und VELASCO, 2004; STERNBERG, 2001). Letztlich führt die neue ökonomische Geographie trotz ihres komplexen Instrumentariums kaum zu neuen Erkenntnissen, sondern weist lediglich nach, dass sich die

Ergebnisse der bisher weitgehend verbal präsentierten Polarisierungstheorie auch in einem formalen Modell ableiten lassen (ECKEY, 2008).

Während Teilaspekte der Modellmechanismen bereits mehrfach empirisch geprüft wurden (beispielsweise der Heimmarkteffekt, der in verschiedenen empirischen Studien bestätigt werden konnte), so stehen direkte Tests von Modellen der neuen ökonomischen Geographie gegenüber Alternativen, Vergleiche ihrer Prognosen mit empirischen Beobachtungen sowie die Überprüfung des Einflusses von Veränderungen exogener Modellvariablen (wie Transportkosten) auf Industrieagglomerationen erst am Anfang. Auch die Übersetzung empirischer Schätzungen in Schlussfolgerungen für die Politik der realen Welt bleibt eine zukünftige Aufgabe. Empirische Tests der Modelle stoßen auf zahlreiche Schwierigkeiten. So ist die Operationalisierung der wenigen exogenen Variablen äußerst problematisch und erfordert umfangreiche Erhebungen auch qualitativer Daten (z. B. zur Abschätzung, ob unvollkommener Wettbewerb und Transportkosten das Entscheidungskalkül der Marktakteure beeinflussen). Ökonometrische Standardverfahren sind aufgrund nichtlinearer Zusammenhänge, Autokorrelation, weniger exogener Variablen und der Notwendigkeit qualitativer Daten nicht anwendbar. Die für eine empirische Prüfung notwendige Verallgemeinerung der komplexen Modelle und Funktionen ist kaum durchführbar. Standortfaktoren erster Natur, welche die neue ökonomische Geographie nicht berücksichtigt, überlagern die Mechanismen der Modelle in der Realität. Schließlich macht das Vorkommen multipler Gleichgewichte eine empirische Widerlegung kaum möglich (BRAKMAN und GARRETSEN, 2007; LITZENBERGER, 2007; ROOS, 2002). Ein Beispiel für einen Test der Prognosefähigkeit der neuen ökonomischen Geographie liefert LITZENBERGER (2007). Mit Hilfe einer eigenen, aufwendigen Erhebung hat er die notwendigen Parameter erfasst und geschätzt und drei Modelle anhand von zehn Branchen in Deutschland empirisch getestet. Eine gute Prognosefähigkeit ergab dabei das Modell von PUGA (1999) und teilweise auch von KRUGMAN (1991a).

3.3.3 Dynamisch-evolutionäre Ansätze des neuen Regionalismus

3.3.3.1 Allgemeine Beschreibung

In jüngster Zeit wird in den raumbezogenen Wissenschaftsdisziplinen eine verwirrende Vielfalt von Ansätzen diskutiert, die sich mit der Entstehung und Wirkungsweise dynamischer, kreativer und wirtschaftlich erfolgreicher Regionen befassen. Die Argumente der verschiedenen Ansätze überschneiden sich und eine klare Trennung ist kaum mehr möglich. Die Literatur ist mittlerweile kaum überschaubar, so dass die hier gebotene Literaturübersicht notwendigerweise selektiv ist. Sie konzentriert sich auf die repräsentativen Aussagen derjenigen Ansätze, welche die größte Verbreitung gefunden haben. Dies sind aus Sicht der Autorin die Konzepte der Industriedistrikte, der innovativen regionalen Milieus, der lernenden Region bzw. regionaler Innovationssysteme, der geographischen Industrialisierung sowie das Clusterkonzept von Porter. Letzteres hat im praktischen Verwendungskontext

die größte Bedeutung errungen (THOMI und STERNBERG, 2008). Da in all diesen Ansätzen der konkreten Region in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit eine Wirkung auf gesellschaftliche und ökonomische Prozesse zugesprochen wird, bezeichnet KRÖCHER (2008) diese Ansätze als "neuen Regionalismus". Die Entwicklung dieser Ansätze steht im Zusammenhang mit dem Auftreten neuer Raummuster beim Übergang von der Massenproduktion des Fordismus zur flexiblen Produktion des Postfordismus sowie von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Die neue flexible Produktion vergrößert die Notwendigkeit von internen und externen Verflechtungen und eines Informationsaustausches zwischen den internen Teilschritten der Produktion, Forschung, Entwicklung und des Marketings sowie zu externen Dienstleistern, Zulieferern und den hoch qualifizierten Arbeitskräften des Arbeitsmarktes (KULKE, 2004; SCHÄTZL, 2001). Dadurch kam es auch zu einer Renaissance der Idee intraregionaler Kooperation kleiner und mittlerer Unternehmen als Modell wirtschaftlicher Entwicklung (THOMI und STERNBERG, 2008). Als Prototypen für die neuen Wachstumsregionen gelten insbesondere Silicon Valley als High-Tech-Region und das Dritte Italien (KRÖCHER, 2008) als klein- und mittelbetrieblich strukturierte Region mit spezialisierten Handwerksprodukten hoher Design-, Innovations- und Arbeitsintensität. Das Dritte Italien hat vor allem durch seinen bemerkenswerten und für kleine Betriebe nicht erwarteten wirtschaftlichen Erfolg Aufmerksamkeit erregt und steht sinnbildlich für den Wandel der industriellen Organisation hin zur flexiblen Spezialisierung (SENGENBERGER und PYKE, 1992). Die gemeinsame Grundidee der Ansätze des neuen Regionalismus ist, dass geographisch lokalisierte, soziokulturell eingebettete, vertrauensvolle Netzwerke die regionale Wirtschaftsentwicklung und Innovationen fördern, indem sie beispielsweise Transaktionskosten senken und durch intensive persönliche Kontakte auch nicht dokumentiertes, implizites Wissen in den Köpfen (sogenanntes tacit knowledge) vermitteln können. Die räumliche Nähe und das gemeinsame kulturelle Milieu wirken über die Netzwerke positiv auf die Generierung und Ausbreitung von Ideen und Innovation, Zusammenarbeit, soziale Kohäsion, Transaktionen zwischen Firmen und die Vertrauens- und Beziehungsbildung. Letzteres muss über einen längeren Zeitraum erfolgen und wird gegebenenfalls gefördert durch Verwandtschaft, den gleichen Ausbildungshintergrund, die gleiche Religions- oder Politikzugehörigkeit oder vorhandene Schlüsselpersonen mit Autorität und Kommunikationsfähigkeiten (BATHELT, 1998; CAMAGNI, 1991; FROMHOLD-EISEBITH, 1999; KULKE, 2004; MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001; SENGENBERGER und PYKE, 1992; THOMI und WERNER, 2001; ZEITLIN, 1992).

Das **Konzept der Industriedistrikte** betrachtet vor allem Liefer-, Absatz- und Kooperationsverflechtungen innerhalb eines industriellen Sektors. Es geht auf Alfred MARSHALLS Hauptwerk "Principles of Economics" (1920, 1. Aufl. 1890) zurück, in dem er die Konzentration von Industriezweigen an bestimmten Standorten und die damit verbundenen Lokalisationsvorteile beschreibt. In den frühen 1980er Jahren fand das Konzept als dynamischer Ansatz der Regionalentwicklung eine Wiederbelebung durch italienische Forscher (Becattini, Brusco u.a.), welche es zur

Analyse des Dritten Italiens verwandten, erweiterten und modifizierten (ZEITLIN, 1992). Aus den Spezifika des Dritten Italiens wurden gemeinsame theoretische Klammern abgeleitet und verallgemeinert (KRÖCHER, 2008). So wird ein Industriedistrikt heute allgemein definiert als geographisch lokalisiertes, starkes Netzwerk von selbständigen kleinen und mittleren Firmen innerhalb eines industriellen Sektors, die eingebettet in soziale Strukturen der Region in vertikaler wie horizontaler Arbeitsteilung bestimmte Produkte herstellen und zwischen denen intensive Liefer-, Kooperations-, Wettbewerbs- und Informationsbeziehungen bestehen. Im Idealfall sind in einem Industriedistrikt alle notwendigen Aktivitäten für die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung eines Produktes räumlich vereint (nach MAIER et al., 2006, S. 137 sowie SENGENBERGER und PYKE, 1992, S. 3ff). Industriedistrikte weisen eine flexible Produktion mit hoher Anpassungs- und Innovationsfähigkeit, eine große unternehmerische Dynamik durch leichte Unternehmensgründung und ein dichtes Netzwerk unterstützender Institutionen auf. Sie werden als effektive soziale und wirtschaftliche Organisationsform mit starken Wettbewerbsvorteilen angesehen (MAIER et al., 2006; SCHÄTZL, 2001; SENGENBERGER und PYKE, 1992). Da eine regional angepasste Technologie zum Einsatz kommt und vor allem existierende Ressourcen mobilisiert und lokal organisiert werden, ist nach SENGENBERGER und PYKE (1992) ein Beitrag zu einer endogenen Entwicklung (vgl. Abschnitt 3.2.4) möglich. Die regionale Dynamik und Kreativität wird neben der oben genannten Senkung von Transaktionskosten und der durch räumliche und kulturelle Nähe erleichterten Wissensübertragung mit Lokalisationsvorteilen (vgl. Abschnitt 3.1.2) und "economies of scope"³⁸ erklärt (SCHÄTZL, 2001; ZEITLIN, 1992). Durch ihren wirtschaftlichen Erfolg und ihre Kapazität für endogene Regionalentwicklung haben Industriedistrikte starke Aufmerksamkeit von Forschern und Politikern erfahren (ZEITLIN, 1992). Die Entwicklung eines anerkannten, einheitlichen Modells wird jedoch dadurch herausgefordert, dass sich eine große Vielfalt der Industriedistrikte hinsichtlich ihrer Ursprünge, wirtschaftlichen Erfolge, sozialen Umgebungen und internen Organisation abzeichnet, je mehr Regionen unter diesem Konzept analysiert werden. Darüber hinaus unterliegt das Dritte Italien selbst mittlerweile einem signifikanten Wandel (BATHELT, 1998; ZEITLIN, 1992). Die Art und Weise, wie mit den festgestellten Unterschieden und der beobachteten Dynamik umgegangen wird, variiert zwischen den Autoren, so dass es mittlerweile zu einer starken Vielfalt der Auslegungen des Konzeptes gekommen ist (SCHAMP, 2000). Während einige Autoren für ein "dünnes, offenes" Modell auf Marshalls Grundlage eintreten, das vielfältige geographische und historische Variationen bzw. verschiedene Typen von Industriedistrikten ermöglicht (z. B. MARKUSEN, 1996; ZEITLIN, 1992), plädieren andere Autoren für die Beibehaltung des Grundmodells, das aus dem Dritten Italien abgeleitet wurde. Daraus sollten dann jene Prinzipien ausgewählt werden,

³⁸ Economies of scope sind "Kostenvorteile, die sich durch eine flexible Organisation ergeben, z. B. durch die Fähigkeit, das Produktionsassortiment bzw. den Produktionsprozess kurzfristig umzustellen zu können" (SCHÄTZL, 2001, S. 223).

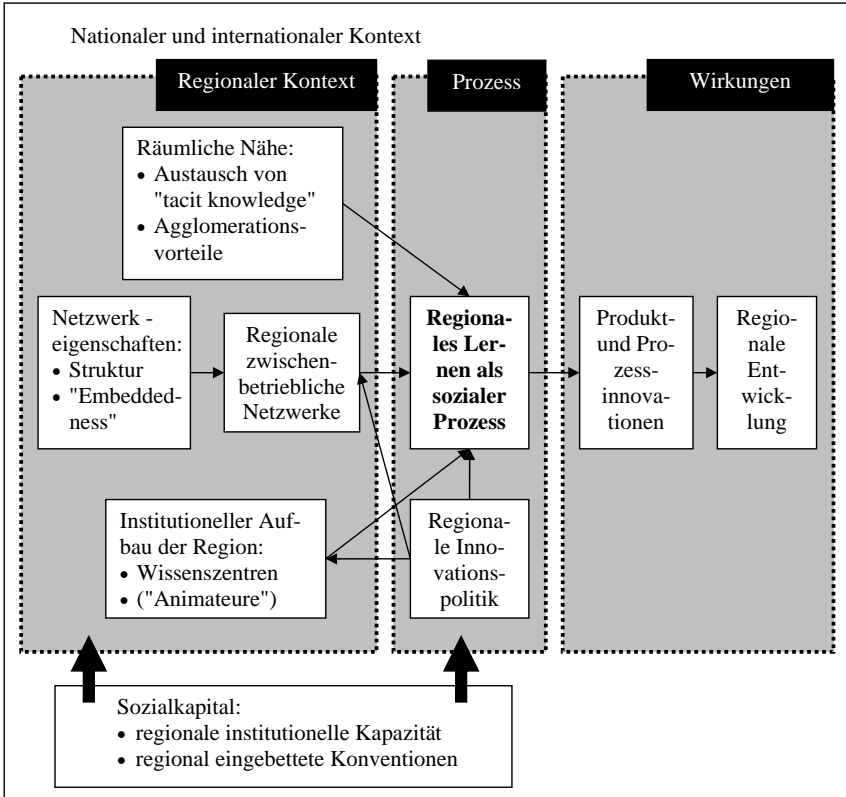
die auch in anderen soziokulturellen Kontexten von Bedeutung sind und die für die Steuerung einer Region in Richtung eines erfolgreichen Industriedistriktes unter den gegebenen Bedingungen anwendbar sind (z. B. BATHELT, 1998; SENGENBERGER und PYKE, 1992).

Große Ähnlichkeiten mit den Industriedistrikten hat das **Konzept der innovativen regionalen Milieus**. Es wurde von der 1985 gegründeten internationalen Forschergruppe GREMI (Groupe de Recherche Européen sur les Milieux Innovateurs) entwickelt (CAMAGNI, 1991; FROMHOLD-EISEBITH, 1999) und basiert auf der Beobachtung von Regionen mit sehr hoher Dichte von Hochtechnologiebetrieben und innovativen Aktivitäten (MAIER und TÖDTLING, 2006). Definiert wird ein innovatives Milieu als ein "räumlich abgegrenztes, komplexes Netzwerk vorwiegend informeller sozialer Beziehungen, das oft eine gefühlsmäßige Einheit und Geschlossenheit nach außen und innen aufweist und die lokale Innovationsfähigkeit durch synergetische und kollektive Lernprozesse verstärkt" (CAMAGNI, 1991, S. 3, Übersetzung der Autorin). Es gilt als wichtige Voraussetzung für die Entstehung und das Wachstum innovativer Unternehmen. Eigentlicher Innovator ist damit nicht das einzelne Unternehmen, sondern das Milieu (MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHÄTZL, 2001), d. h. der Wettbewerb findet zwischen Regionen und nicht zwischen Unternehmen statt (CREVOISIER, 2004). Im Unterschied zu den Industriedistrikten betrachtet der Ansatz der innovativen Milieus weniger Liefer- und Absatzverflechtungen als jegliche, eher horizontale und explizit persönliche Netzwerke zwischen vielen regionalen Akteuren und ist ein ausdrücklich dynamischer Ansatz. Die lokal verankerten Netzwerke ermöglichen demnach kollektive, arbeitsteilige Lernprozesse, verringerte Unsicherheiten, Faktorsynergien und im Ergebnis Innovationen (CAMAGNI, 1991; MAIER und TÖDTLING, 2006; RÖSCH, 2000; SCHÄTZL, 2001). Die Verknüpfung von räumlicher Nähe mit Innovationen wird damit erklärt, dass Kreativität als sinnvolle Kombination von bisher unverknüpftem Wissen zu neuen Lösungen generell an die direkte Begegnung von Personen gebunden ist (FROMHOLD-EISEBITH, 1999). Das eigentlich "neue" regionale Ausstattungsmerkmal, welches das Konzept der innovativen Milieus der wissenschaftlichen Debatte über die Ursachen der innovativen Regionalentwicklung hinzufügt, ist damit die *Art und Qualität der Beziehungen* zwischen regionalen Akteuren und Institutionen (FROMHOLD-EISEBITH, 1999). Als Grundvoraussetzungen für ein innovatives Milieu gelten eine leistungsfähige Infrastruktur (einschließlich Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen) und eine gut ausgebildete Bevölkerung (CAMAGNI, 1995; MAIER und TÖDTLING, 2006). Auch zeigen die innovativen Milieus meist eine wirtschaftliche Spezialisierung auf ein Produkt oder einen Sektor (CAMAGNI, 1995). Basis des Milieus ist ein Gemeinschaftsgefühl der Hauptakteure aufgrund eines gemeinsamen kulturellen Grundverständnisses in Bezug auf sozioökonomische Probleme, Lösungsmuster und Zielsetzungen. Dennoch ist es für das Überleben des Milieus unabdingbar, dass das Beziehungssystem nicht nach außen geschlossen ist. Die Einbindung in nicht-territoriale Netzwerke ist notwendig, um mit externen Synergien und Know-how die Innovations- und Lernfähigkeit zu erhalten

(CAMAGNI, 1991; FROMHOLD-EISEBITH, 1999; MAIER und TÖDTLING, 2006; RÖSCH, 2000; SCHÄTZL, 2001). Dementsprechend sehen BUTZIN (2000) und SCHAMP (2000) das innovative Milieu als Mischung aus den beschriebenen territorialen, nicht herstellbaren, sozial- und lokalkulturell eingebetteten Netzwerken auf der einen Seite und nicht-territorialen, eher formalen, absichtsvoll gebildeten, intentionalen Netzwerken auf der anderen Seite. Das Konzept der innovativen Milieus ist keine endgültige, formalisierte Theorie, sondern eher ein stabilisierter konzeptioneller Rahmen, um aktuelle raumwirtschaftliche Veränderungen zu analysieren (CREVOISIER, 2004). Ähnlich wie beim Ansatz der Industriedistrikte lässt sich mit wachsender Fallstudienzahl ein zunehmend diffuses Spektrum von Definitionsversuchen und die Entwicklung verschiedener Typen innovativer Milieus beobachten (BUTZIN, 2000; FROMHOLD-EISEBITH, 1999, SCHAMP, 2000). Nicht alle Regionen sind für die Entwicklung innovativer Milieus geeignet. Einige Regionen haben Netzwerke, sind aber nicht innovativ, andere sind innovativ, nutzen aber keine lokalen Kooperationsformen (CREVOISIER, 2004). CAMAGNI (1995) versucht den Ansatz auch auf wirtschaftlich zurückgebliebene Regionen in Europa zu übertragen, konnte dort aber nur einige wenige, nicht voll entwickelte innovative Milieus identifizieren.

Basierend auf dem Konzept der innovativen, regionalen Milieus und Arbeiten zu nationalen Innovationssystemen wurden ab Mitte der 1990er Jahre die einander sehr ähnlichen, eklektischen Konzepte der "**lernenden Region**" und "**regionalen Innovationssysteme**" entwickelt (RUTTEN und BOEKEMA, 2007a). Ihr Fokus liegt auf der Abhängigkeit der Regionalentwicklung von regionalen Lernprozessen und der Lernfähigkeit der regionalen Akteure (HASSINK, 2007, siehe Abbildung 12). Im Unterschied zu den bereits vorgestellten Konzepten betonen diese Ansätze auch mögliche negative Effekte von räumlicher Nähe und Spezialisierung, wenn etwa die Fähigkeiten, früher Gelerntes, was jetzt nicht mehr zeitgemäß und erfolgreich ist, wieder zu "verlernen", nicht vorhanden sind. Außerdem seien die Ansätze breiter anwendbar (HASSINK, 2007). KOSCHATZKY (2001, S. 209) definiert lernende Regionen als Raumeinheiten, "in denen Wissen örtlich gebunden ist und in denen aus der räumlichen Wissensbindung kontinuierliche Lernprozesse zwischen den regionalen Akteuren entstehen, die die regionale Wissensbasis erhöhen." CAPELLO (2007, S. 202, Übersetzung der Autorin) definiert sie als "sozioökonomisches System, das fähig ist, fortschreitend Formen interaktiven Lernens zu entwickeln." Regionale Innovationssysteme definieren COOKE et al. (1998 zitiert in HASSINK, 2007, S. 261, Übersetzung der Autorin) als "Systeme, in denen Unternehmen und andere Organisationen (wie Forschungsinstitute, Universitäten, Innovationsfördernde Agenturen, Handelskammern, Banken, Regierungsabteilungen) systematisch beteiligt sind an interaktivem Lernen durch ein institutionelles Milieu, was durch Embeddedness gekennzeichnet ist."

Abbildung 12: Konzeptioneller Rahmen der lernenden Region



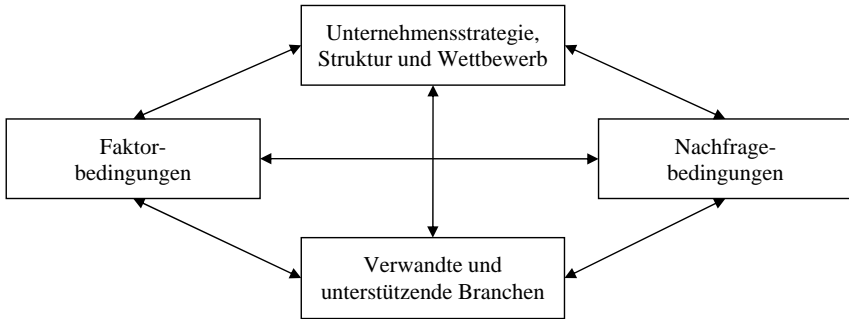
Quelle: RUTTEN und BOEKEMA, 2007b, S. 140 (Übersetzung der Autorin).

Ebenso wie bei den innovativen Milieus entstehen Innovationen also nicht durch isolierte Unternehmen, sondern in Systemen aus verschiedenen Elementen und ihren Beziehungen (MAIER et al., 2006). Und wie bei den innovativen Milieus wird die räumliche und soziokulturelle Nähe als notwendige Bedingung für die Funktionsfähigkeit des Lernens angesehen, das eine hohe Bedeutung für Wissensentstehung und Innovationen besitzt. Durch funktionierende, interorganisationale, soziale Netzwerke zwischen Unternehmen, Lieferanten, Kunden, Wissenschafts- und Forscherteams, Ingenieuren, Arbeitern und Betroffenen kann implizites Wissen in den Köpfen (tacit knowledge) weitergegeben, lokal akkumuliert und Innovation ermöglicht werden (BUTZIN, 2000; HEEG, 2008; MAIER et al., 2006; SCHAMP, 2000; THOMI und WERNER, 2001). Je höher der Anteil des tacit knowledge am Wissensbestand einer Region ist, desto stärker sind die Lernprozesse räumlich gebunden. Je nach Wissensqualität und verfügbarer Mischung aus kodifiziertem

Wissen und tacit knowledge sind die räumlichen Wissensinseln unterschiedlich attraktiv für externe Unternehmen und beeinflussen in unterschiedlicher Weise die Produktions- und Innovationstätigkeit (und damit auch die Lernfähigkeit) der ansässigen Betriebe sowie die Bereitschaft der Bevölkerung, neue Unternehmen zu gründen (KOSCHATZKY, 2001). CAPELLO (2007) betont außerdem die Bedeutung einer institutionellen Dichte für die Lernfähigkeit, d. h. einer Reihe von Normen und Verhaltensregeln, die den ökonomischen Akteuren hilft Organisationsformen anzuwenden, die interaktives Lernen unterstützen, welches durch die Komplexität des Innovationsprozesses und die immer kürzeren Produktlebenszyklen notwendig ist. Erleichtert werden Wissensaustausch und kollektive Lernprozesse darüber hinaus durch Kommunikationsinfrastruktur, technologische Infrastruktur (wie Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Fachverbände), entsprechende Ausbildungs- und Lernangebote sowie ein Kapitalallokations- und ökonomisches Steuerungssystem, das auf die Bedürfnisse von wissensintensiven Organisationen ausgerichtet ist (KOSCHATZKY, 2001). Neben der lokalen Verankerung wird eine Vernetzung mit nationalen und internationalen Systemen als notwendig angesehen, um eine negative Pfadabhängigkeit des Lernens zu vermeiden (BUTZIN, 2000; SCHAMP, 2000). Für beide Ansätze fehlen klare, einheitliche Definitionen, bestehen Schwächen in der theoretischen Fundierung und ist eine Vielfalt unterschiedlicher, vielfach strategischer Konzepte zu beobachten (HASSINK, 2007; THOMI und WERNER, 2001). Auch zeigen empirische Studien sehr unterschiedliche Strukturen regionaler Innovationssysteme z. B. hinsichtlich Wirtschaftsstruktur, industrieller Spezialisierung, vorherrschenden Innovationsaktivitäten, der Ausstattung mit Einrichtungen der Wissensgenerierung, Innovationspolitik oder dem Ausmaß regionaler und überregionaler Vernetzung. Nur wenige Regionen weisen ein regionales Innovationssystem auf, das über alle wesentlichen organisatorischen und institutionellen Bestimmungselemente verfügt wie beispielsweise Baden-Württemberg oder Silicon Valley (MAIER et al., 2006).

Das **Clusterkonzept** geht auf M.E. PORTER und sein 1990 erschienenes Buch "The competitive advantage of nations" zurück. Darin beschreibt PORTER auf Basis zahlreicher Fallstudien aus zehn Ländern die vier wesentlichen, sich wechselseitig beeinflussenden Bestimmungsfaktoren, welche in ihrer jeweiligen Ausprägung den Erfolg einer bestimmten Branche in einem Land fördern oder behindern und damit die nationale Wettbewerbsfähigkeit erklären können, dargestellt in einem stilisierten Diamanten (siehe Abbildung 13). Trotz der Bindung vieler Faktoren an ein Land (z. B. Steuerpolitik, Kapitalmarktbedingungen, Faktorkosten) kann dieser Diamant auch gedeutet werden als Darstellung regionsinterner Produktionsfaktoren, deren Qualität und Quantität die Wettbewerbsfähigkeit der *regionalen* Unternehmen und damit der jeweiligen *Region* bestimmen.

Abbildung 13: Die Bestimmungsfaktoren des nationalen Wettbewerbsvorteils von PORTER



Quelle: PORTER, 1993, S. 95.

Eine wechselseitige Verstärkung und Bedeutungszunahme können diese Produktionsfaktoren schließlich durch die von PORTER vielfach beobachtete, räumliche Ballung branchengleicher Unternehmen in sogenannten Clustern erfahren (PORTER, 1993). PORTER (1998, S. 197-198, Übersetzung der Autorin) definiert Cluster als "geographische Konzentrationen von miteinander verbundenen Unternehmen, spezialisierten Zulieferern, Dienstleistern, Unternehmen in verwandten Branchen und weiteren Organisationen (z. B. Universitäten, Standardagenturen und Industrieverbände) in bestimmten (Branchen)feldern, die miteinander im Wettbewerb stehen und gleichzeitig kooperieren." Cluster bilden eine Facette des Diamanten (verwandte und unterstützenden Branchen), sind aber im besten Fall anzusehen als Erscheinungsform der Interaktionen zwischen allen vier Facetten (PORTER, 1998). PORTER selbst grenzt Cluster nicht enger ein, sondern legt sie in Hinblick auf die Maßstabebene (von einer einzelnen Stadt bis zu einem Netzwerk benachbarter Länder), den Branchenfeldern (in allen Branchen möglich), dem Entwicklungsstand der Regionen (ländlich oder städtisch) sowie dem Charakter des Clusters (vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen, kleine und große Betriebe zusammen, mit oder ohne Universitätsverbindung) sehr breit an (PORTER, 1998). Wenn heute allerdings von Cluster gesprochen wird, wird damit in der Regel die regionale Ebene gemeint und auch PORTERS neuere Schriften legen den Schluss nahe, dass die Region bei ihm die entscheidende Funktion einnimmt (KRÖCHER, 2008). Cluster erhöhen die Produktivität und Innovationskapazität der Unternehmen und stimulieren Unternehmensneugründungen. Erklärt wird dies mit einer Kombination bereits bekannter Argumente wie Lokalisationsvorteile, verringerte Transaktionskosten, erleichterte Informationsflüsse (auch von tacit knowledge) und als neues Element ein verbesserter Wettbewerb, da die räumliche Nähe und die gegenseitigen Kontakte das Verhalten der Konkurrenz sichtbar machen. Damit das Potenzial eines Clusters genutzt wird, ist außerdem "sozialer Klebstoff" in Form von Beziehungen, Netzwerken und gemeinsamen Interessen notwendig (PORTER, 1993 und 1998).

Die Clusterentstehung wird häufig als abhängig von zufälligen Ereignissen beschrieben, wobei Unternehmensgründungen eine wichtige Rolle spielen (FELDMAN und BRAUNERHJELM, 2006; MENZEL, 2008; PORTER, 1998). MENZEL (2008) argumentiert, dass das Zufallsereignis Unternehmensgründung selbst die Folge einer jeweils unterschiedlichen, vom lokalen Kontext abhängigen Ereigniskette ist. Er vermutet, dass Potenziale für Cluster an denjenigen Orten gegeben sind, an denen neue Ideen entstehen und ein institutionelles Umfeld (wissenschaftliche Einrichtungen, regionale Gründungskultur) zum Transfer dieser Ideen in Unternehmensgründungen existiert. Ab einem bestimmten Zeitpunkt sorgen selektiv entstehende Agglomerationsvorteile für das Clusterwachstum, für das insbesondere Ausgründungen bedeutsam sind (MOSSIG, 2008). Fallstudien zeigen, dass die Entwicklung eines Clusters etwa zehn Jahre braucht, um die notwendige Tiefe für einen wirklichen Wettbewerbsvorteil zu erreichen (PORTER, 1998). Die zunehmende Alterung eines Clusters kann ohne kontinuierliche Erneuerung des Unternehmensbestands und überregionale Offenheit einhergehen mit dem Erlahmen der Innovationskraft, interner Starrheit, Unflexibilität und Kartellbildung und so schließlich – ebenso wie technologische Brüche – zum "Sterben" eines Clusters führen (KIESE, 2008b; PORTER, 1998; TICHY, 2001). Das eklektische Cluster-Konzept hat von allen Ansätzen des neuen Regionalismus den größten Einfluss gewonnen und genießt eine anhaltende Popularität in Wissenschaft, Politik und Praxis (KIESE, 2008a und 2008b; THOMI und STERNBERG, 2008). MARTIN und SUNLEY (2003) führen den Erfolg nicht auf die theoretische oder empirische Überlegenheit des Konzeptes zurück, sondern das internationale Ansehen PORTERS und die geschickte Vermarktung seines eher vagen, damit anpassbaren Konzeptes in einer "Politik- und Unternehmensfreundlichen" Form. Durch die definitorische und konzeptionelle Elastizität kann das Clusterkonzept als Identifikationsfläche für viele Akteure dienen und ist offen für viele Interpretationen. Das regionalisierte Clusterkonzept wurde Ende der 1990er Jahre verstärkt von anderen Autoren aufgegriffen, aus seinem Branchenkontext gelöst und um neue Ideen und partielle Erklärungsansätze aus Wirtschaftswissenschaften, Regionalökonomik, Wirtschaftsgeographie, Sozial- und Politikwissenschaften erweitert, wodurch es zu einer zunehmenden Vielfalt der theoretischen und methodischen Zugänge und einer mangelnden Vergleichbarkeit der empirischen Arbeiten kam (KIESE, 2008a und 2008b; THOMI und STERNBERG, 2008).

Das **Konzept der geographischen Industrialisierung** kann als dynamischer Clustersatz gesehen werden, wobei die Erklärung der Clusterentstehung und das Auftreten neuer Standortmuster das neue Element gegenüber den anderen Konzepten des neuen Regionalismus darstellt. Das Konzept stammt aus der kalifornischen Schule der Wirtschaftsgeographie (KIESE, 2008b) und wurde von STORPER und WALKER (1989) entwickelt. Die Grundidee ist, dass Wachstumsindustrien das benötigte innovative regionale Umfeld selbst schaffen können ("industries produce regions"). Der zentrale Motor der Regionalentwicklung ist demnach nicht die effiziente Allokation von Betrieben als Antwort auf die bestehende Ressourcenausstattung

einer Region, sondern geographische Industrialisierung als Prozess von Wachstum und Ressourcenerzeugung. Das Modell unterscheidet vier Phasen (STORPER und WALKER, 1989): (1) In der Phase der Lokalisierung siedeln sich innovative Wachstumsindustrien an einem bestimmten Standort an, der nicht im Vorfeld prognostizierbar ist. Da die schnell wachsenden Industrien zu einem gewissen Grad ihre eigenen Inputs schaffen oder anziehen können, besteht eine große Wahlfreiheit unabhängig von bisherigen Standortmustern ("window of locational opportunity"). Erklärt wird dies damit, dass in frühen Phasen der Produktentwicklung Material, Maschinen und Wissen so neu und spezifisch sind, dass sie nicht von existierenden Organisationen angeboten werden und deshalb am Standort produziert werden müssen. Werkstätten und Softwarefirmen zur Lösung spezieller Probleme werden als relativ weit verbreitet in entwickelten Ländern angenommen. Auch die Arbeitsprozesse sind so neu, dass die Arbeitskräfte die benötigten Kenntnisse vor allem durch praktische Erfahrung erwerben müssen. Durch die überdurchschnittlichen Gewinne können Arbeitskräfte und Ressourcen auch aus anderen Regionen an den Standort geholt werden. Hier bestehen natürlich Grenzen. Beispielsweise lassen sich hochqualifizierte Arbeitskräfte auch mit sehr hohen Gehältern oft nicht zum Umzug bewegen. Nicht industrialisierte und periphere Standorte sind angesichts des dort herrschenden Mangels an Zulieferern und qualifizierten Arbeitskräften daher als neuer Standort weniger geeignet. Auch die bisherigen Zentren sind weniger attraktiv, da deren Infrastrukturen und Verflechtungen einseitig auf traditionelle Branchen ausgerichtet sind und deren Arbeiterklasse oft politisiert und gewerkschaftlich organisiert ist (KIESE, 2008b). Daher entstehen die neuen Wachstumskomplexe oft in "Zwischenzonen" in der Nähe gut entwickelter Stadtregionen. (2) In der Phase der selektiven Clusterung führt die Wachstumsdynamik der neuen, innovativen Industrien zu einer fortschreitenden Konzentration der Produktion an einem Standort und dynamischen Interaktionen mit komplementären Sektoren der Region. Der eigendynamische Konzentrationsprozess wird erklärt sowohl mit internen als auch externen Agglomerationsvorteilen (vgl. Abschnitt 3.1.2). Die Wachstumszentren gewinnen zunehmende Wettbewerbsvorteile gegenüber räumlich verteilten Anbietern. Bei Erreichen eines bestimmten Vorsprungs schließt sich das historische Gelegenheitsfenster der Standortwahl. Es kommt in den Wachstumszentren zu weiteren Betriebsansiedlungen, Neugründungen und Ausgründungen von Produzenten, Dienstleistern und Institutionen, während andere Industrieregionen stagnieren oder schrumpfen (KULKE, 2004). (3) In der Dispersionsphase bewirkt das Wachstum in den Industriezentren schließlich die Ausbreitung der erfolgreichen Industrien an andere Standorte ("spin off growth peripheries"), um neue Märkte zu erschließen und Wettbewerber auszuschalten. Während sich die Zweigbetriebe in entfernten Standorten ansiedeln, bleiben das Topmanagement, die entscheidenden Forschungs- und Dienstleistungsaktivitäten und ein Teil der Produktion üblicherweise im Zentrum. (4) Schließlich führen Produkt-, Prozess- oder Organisationsinnovationen in der Phase der Verlagerung der industriellen Wachstumszentren dazu, dass sich das historische Gelegenheitsfenster

der Standortwahl wieder öffnet und neue regionale Wachstumszentren entstehen. Dies können auch Standorte der ehemaligen Wachstumsperipherie sein. Neue Standorte können durch eigene Innovationen und Pionierbetriebe zur Verlagerung von Wachstumsindustrien beitragen. So können durch geographische Industrialisierung immer wieder neue Standortmuster entstehen.

3.3.3.2 *Erklärung interregionaler Disparitäten und Implikationen für Regionalpolitik*

Die Ansätze des neuen Regionalismus beruhen überwiegend auf der anekdotischen Evidenz erfolgreicher Fallbeispiele, die aus ihrer lokalen Einzigartigkeit heraus entstanden und deren Übertragbarkeit und allgemeine Erklärungsbezüge strittig sind. Insbesondere das Konzept der Industriedistrikte und der innovativen regionalen Milieus treffen keine Aussagen zu den allgemeinen Ursachen interregionaler Disparitäten oder der möglichen Entwicklung in Richtung regionaler Konvergenz oder Divergenz. Die Organisationsform des Industriedistrikts ebenso wie des innovativen Milieus kann sich für eine Region als erfolgreich erweisen, ist aber nur eine unter vielen, weshalb bei einem Fehlen der von den Konzepten beschriebenen Merkmale nicht gleich ein Misserfolg und Rückstand der Region vorgezeichnet ist. Während Industriedistrikte nach SCHAMP (2000) vor allem eine mögliche Spezialisierungsstrategie für Marktnischen hochvariabler Produkte darstellen, können innovative regionale Milieus als sehr spezifische Form der lokalen Organisation von Innovationsprozessen angesehen werden (SCHAMP, 2000) bzw. als Erklärungsansatz für Kooperationsprozesse und Organisationsstrukturen in der Startphase von neuen Hochtechnologieeregionen mit neuen Unternehmen und Branchen (MÖNNICH, 2004). Auch das Konzept der geographischen Industrialisierung kann vor allem das Auftreten neuer Technologieräume, aber nicht allgemein interregionale Disparitäten erklären, da sich der Ansatz auf schnell wachsende Industrieunternehmen mit radikal neuen Technologien bezieht. Das entscheidende Element erfolgreicher Regionalentwicklung ist nach STORPER und WALKER (1989) die Fähigkeit einer Region dynamische Wachstumsindustrien anzuziehen, welche eine sich selbst verstärkende Spirale von steigender Produktivität, Einkommen und Konsum in Gang setzen. Sie nennen jedoch keine notwendigen Voraussetzungen der Region, sondern betonen die Unabhängigkeit der Standortwahl. Wo neue Wachstumszentren entstehen werden, ist damit kaum prognostizierbar, eine Standortwahl außerhalb alter Industrieballungen oder peripherer Gebiete jedoch wahrscheinlich. Die von STORPER und WALKER beschriebene geographische Industrialisierung beinhaltet sowohl Phasen der Divergenz (selektive Clusterung) als auch der Konvergenz zwischen Regionen (Dispersion und Verlagerung). Einen umfassenderen Erklärungsanspruch haben die beiden weiteren Konzepte des neuen Regionalismus. PORTERS Clusterkonzept erklärt interregionale Disparitäten durch Unterschiede in der Qualität und Quantität regionsinterner Produktionsfaktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen bestimmen. Durch die Konzentration branchengleicher Unternehmen in einem Cluster können diese Produktionsfaktoren wechselseitig verstärkt werden. Die

Existenz eines oder mehrerer Cluster in einer Region ist jedoch nach KIESE (2008b) weder eine notwendige noch hinreichende Bedingung für eine überdurchschnittlich positive Regionalentwicklung. So kann ein gealterter Cluster die Regionalentwicklung auch hemmen. Vielmehr müssen die Bestimmungsfaktoren des regionalen Wettbewerbsvorteils kontinuierlich weiterentwickelt werden. Da Clusterbildung immer mit Konzentrationstendenzen verbunden ist, fördern Cluster eher regionale Divergenzen als eine ausgeglichene Regionalentwicklung. Nach den Ansätzen der "regionalen Innovationssysteme" und "lernenden Region" hängt der wirtschaftliche Erfolg einer Region maßgeblich von der Innovationsfähigkeit und damit Lernfähigkeit der regionalen Akteure und Unternehmen ab. Kollektive, interaktive Lernprozesse wiederum benötigen funktionierende soziale Netzwerke, soziokulturelle Nähe sowie technologische und institutionelle Infrastrukturen innerhalb der Region. Lernende Regionen mit bereits vorhandener Lernfähigkeit und kontinuierlichen kollektiven Lernprozessen erzielen nach KOSCHATZKY (2001) kumulative Wissensgewinne gegenüber anderen Regionen, was eher Divergenzen fördert.

Die Ableitung konkreter, empfehlenswerter regionalpolitischer Maßnahmen ist problematisch, da die Ansätze des neuen Regionalismus große theoretische wie methodische Schwächen aufweisen (vgl. Abschnitt 3.3.3.3) und stark auf einzelnen Fallstudien basieren (BRENNER, 2008; BUTZIN, 2000; LENKE, 2008). Trotzdem haben gerade die Ansätze der lernenden Region und regionaler Innovationssysteme sowie das Clusterkonzept seit Mitte der 1990er Jahre eine Flut neuer, vielgestaltiger Politikinitiativen in der Regionalpolitik der Europäischen Union und anderer Länder ausgelöst, die längst dem theoretischen Verständnis davongeeilt sind (BATHELT und DEWALD, 2008; BELLINI und LANDABASO, 2007; HASSINK, 2007; KIESE, 2008a; THOMI und WERNER, 2001). So führt die große Beliebtheit des Clusterkonzeptes dazu, dass man auch in Regionen Cluster fördern will, wo kaum entsprechende Potenziale vorhanden sind, und dass die immer gleichen, oft zu breit angelegten Modebranchen wie Informations- und Kommunikationstechnik, Medienwirtschaft oder Bio- und Nanotechnologie weit über deren Potenzial für international sichtbare Cluster hinaus gefördert werden (BATHELT und DEWALD, 2008; FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; SCHÄTZL und KIESE, 2008). Dabei sind sich die Autoren der Clusterforschung einig, dass die Politik nur das Wachstum existierender oder bestenfalls bereits entstehender Cluster fördern kann, somit eine sorgfältige Bestandsaufnahme *aller* Branchen und eine anschließende Abstimmung der Maßnahmen auf die jeweilige Region und Branche unabdingbar sind (FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; MARTIN und SUNLEY, 2003; PORTER, 1993 und 1998). Außerdem ist der Einfluss der Politik eher als gering, indirekt und langfristig anzusehen (MASKELL, 2007; PORTER, 1993). Sie sollte an den Bestimmungsfaktoren der regionalen Wettbewerbsfähigkeit ansetzen, geeignete Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Cluster schaffen, Hindernisse für ihr Wachstum beseitigen und den Wettbewerb fördern. Die Politik hat eine wichtige Rolle bei der Bildung spezieller Faktoren beispielsweise in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Infrastruktur. Dies sollte aber in Zusammenarbeit

mit den Unternehmen geschehen, da sonst die Gefahr besteht, dass die Faktoren ungeeignet, verspätet oder zu allgemein sind (PORTER, 1993 und 1998). Zusätzlich wird ein Bündel eher "weicher" Maßnahmen zur Clusterförderung vorgeschlagen wie Clustermanagement, Leitbildentwicklung, Imagebildung, Plattformen für häufige informelle Kontakte und Branchendialoge, Förderung (über)regionaler Netzwerke, Beratungsdienste, regionales Wissensmanagement sowie eine gezielte Unternehmensansiedlung und -gründung zur Ergänzung der Clusterstruktur (BATHELT und DEWALD, 2008; BRANDT, 2008; ECKEY, 2008; FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008). Die empfohlene Konzentration der regionalpolitischen Förderung auf die Regionen mit den besten Erfolgsaussichten ("Kernzonen industrieller Stärke" PORTER 1993, S. 675; vgl. auch CAMAGNI 1995 zu innovativen Milieus) impliziert, dass eine clusterbasierte Regionalpolitik kein Weg zur Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen ist. Eine Regionalpolitik, die dem Ausgleichs- und Stabilitätsziel verpflichtet ist, kann Clusterförderung also nur als einen Baustein unter vielen verwenden. Im Mittelpunkt der allgemeinen Politikempfehlungen aus den Ansätzen der Industriedistrikte (SENGENBERGER und PYKE, 1992; ZEITLIN, 1992), der innovativen Milieus (CAMAGNI, 1995; FROMHOLD-EISEBITH, 1999; MÖNNICH, 2004) und der lernenden Region (HASSINK, 2007; MAIER et al., 2006) stehen weiche Maßnahmen wie die Förderung der in den Ansätzen so zentralen Netzwerke (regional und überregional) sowie Koordinierungsaufgaben. Um insbesondere den Boden für die Entstehung eines innovativen Milieus zu bereiten, sei darüber hinaus die Förderung von auf die Region ausgerichteter Forschung wichtig (FROMHOLD-EISEBITH, 1999; KULKE, 2004). Die Vertreter der Industriedistrikte betonen zusätzlich, dass es sinnvoll sei, regionalpolitische Maßnahmen nicht auf große Betriebe oder bestimmte Wachstumsbranchen zu beschränken (SENGENBERGER und PYKE, 1992). Die Politik könne die effektive Organisation kleiner Betriebe beispielsweise durch die Bereitstellung gemeinsamer Dienste wie Ausbildung, Forschung, Marketing, Beratung, Kredite und kollektive Konfliktlösungsmechanismen unterstützen (ZEITLIN, 1992). Keine regionalpolitischen Implikationen lassen sich aus dem Konzept der geographischen Industrialisierung ableiten, da die alles entscheidende Standortwahl hochinnovativer Unternehmen als zufällig und nicht beeinflussbar beschrieben wird. Die Ansiedlung von Wachstumsindustrien durch die Politik ist daher sowie aufgrund der Erfahrungen mit dem Wachstumspolkonzept (vgl. Abschnitt 3.2.2) nicht zu empfehlen.

3.3.3.3 Kritik und empirische Relevanz

Bei allen Ansätzen des neuen Regionalismus handelt es sich um schwammige Konzepte mit fehlender konzeptioneller und methodischer Klarheit, vagen und vielfältigen Definitionen und Schwächen in der theoretischen Fundierung (FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; HASSINK, 2007; MAIER und TÖDTLING, 2006; MARTIN und SUNLEY, 2003; SCHÄTZL, 2001; THOMI und WERNER, 2001). Sie basieren entweder so stark auf einzelnen Fallbeispielen, dass diese als nicht

übertragbare Ausnahmerecheinungen ohne Modellcharakter kritisiert werden (z. B. Industriedistrikte und innovative Milieus), oder sie stellen nur einen universellen, elastischen Rahmen für eine Fülle regional wie branchenbezogen sehr unterschiedlicher, letztlich idiographischer Phänomene der Regionalentwicklung mit fraglichem Erklärungsnutzen (z. B. Cluster) dar (BATHELT, 1998; BUTZIN, 2000; FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; MAIER et al., 2006; MARTIN und SUNLEY, 2003). So sind sie weniger als analytische Modelle, sondern eher als Listen stilisierter und nur qualitativ messbarer Merkmale anzusehen, die für empirische Untersuchungen nützlich sein können (SCHAMP, 2000). Auf theoriegeleitete Erklärungsbezüge, spezielle Wirkungshypothesen und klare Operationalisierungsvorstellungen wird in der Regel verzichtet (BUTZIN, 2000; MAIER et al., 2006). Exemplarisch sei hier Rossis Urteil über das Clusterkonzept zitiert: "Der Nachteil dieser 'Theorie' besteht darin, dass sie zwar interessante Annahmen über die möglichen Determinanten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aufstellt, dass sie aber nicht in der Lage ist, die Art und das Ausmaß des Einflusses der einzelnen Determinantengruppen zu messen. Es handelt sich also eher um die Auflistung einer Reihe von möglichen Wechselwirkungen, als um eine Theorie mit erklärendem Inhalt und überprüfbareren Aussagen" (ROSSI, 1995, S. 125 zitiert in MÖNNICH, 2004, S. 190). So sind die notwendigen und hinreichenden Bedingungen beispielsweise für ein innovatives Milieu, einen Industriedistrikt oder eine lernende Region nicht genau spezifiziert. Ebenso wenig ist die ökonomische Logik, mit der beispielsweise ein Milieu, ein Industriedistrikt oder ein Cluster Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit fördert, schlüssig begründet (BUTZIN, 2000; FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; LENKE, 2008; MAIER et al., 2006; MARTIN und SUNLEY, 2003; NEWLANDS, 2003; SCHAMP, 2000; STERNBERG, 1998). Nur weil es eine Verbindung zwischen einigen Wachstumsindustrien und verschiedenen Formen geographischer Konzentration gibt, bedeutet das nicht, dass diese Konzentration der Hauptgrund für ihren wirtschaftlichen Erfolg ist (MARTIN und SUNLEY, 2003). Empirische Clusterforschung neigt dazu, ungeprüft von regionalen Branchenkonzentrationen auf funktionale Verflechtungen zu schließen, obwohl erstere auch durch lokalisierte Inputs oder historische Zufälle ohne intraregionale Interaktionen entstehen können. Weder die Bedeutung intraregionaler Zulieferbeziehungen und lokalisierter Lernprozesse für die Dynamik erfolgreicher Cluster noch die Einflüsse der Clusterzugehörigkeit von Betrieben auf ihre Performance konnte bisher empirisch nachgewiesen werden. Insgesamt uneindeutig sind die empirischen Ergebnisse bezüglich der Überlegenheit räumlich-sektoraler Konzentrationen gegenüber diversifizierten Agglomerationen oder räumlich dispersen Organisationsformen (FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; KIESE, 2008b; SCHÄTZL und KIESE, 2008). Bei den Ansätzen der lernenden Region und regionalen Innovationssysteme ist die Begründung der Kontinuität und Kumulativität von regional basierten Lernprozessen nicht schlüssig, da kollektives Lernen nach KOSCHATZKY (2001) als Externalität auffassbar ist, von der viele Unternehmen profitieren können ohne selbst beizutragen. Das Konzept der geographischen Industrialisierung schließlich

enttäuscht durch die unzureichende Betrachtung der Standortwahl innovativer Wachstumsindustrien, die von regionalen Ausstattungen unabhängig sein soll, aber dennoch ihre Gründe haben muss.

In allen Konzepten spielt die geographische Nähe eine besondere Rolle. Diese ist aber nur eine von fünf Dimensionen der Nähe, die Netzwerkbildungen begünstigen, und die postulierten Effekte der Nähe auf die Innovationsfähigkeit sind bisher ungeklärt, da zu große Nähe interaktives Lernen auch behindern und zu einer Erstarrung in ineffizienten, nicht mehr zeitgemäßen Innovations- und Lernbeziehungen (Lock-in) führen kann (BATHELT, 1998; BOSCHMA und FRENKEN, 2010; FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; KOSCHATZKY, 2001; SCHAMP, 2000). Auch stellt die Kooperation in Netzwerken ein sehr risikoreiches organisatorisches Modell für Unternehmen dar, das eine ausgewiesene organisatorische Expertise erfordert und sowohl hochprofitabel als auch sehr verlustbringend sein kann (CAMAGNI, 1991). Die Bindung von tacit knowledge an geographische Nähe und seine Bedeutung für den Unternehmenserfolg wird allgemein axiomatisch angenommen und ist nicht bewiesen (MARTIN und SUNLEY, 2003). So weisen verschiedenen Autoren darauf hin, dass die Vermittlung des tacit knowledge je nach Branche, Größe, Technologie- und Marktorientierung der Unternehmen von sehr unterschiedlicher Bedeutung für die Betriebe und über unterschiedliche Distanzen möglich ist, also nicht unbedingt mehr geographische Nähe erfordert. In jeder Region existieren verschiedene Industrien mit unterschiedlichen Lernprozessen und Wissensarten, die unterschiedliche räumliche Interaktionsreichweiten besitzen und unterschiedliche Innovationssysteme brauchen. So kann kaum von *dem* "Lernen" einer Region gesprochen werden, sondern nur von unterschiedlichen Lernprozessen, die teilweise eine hohe regionale Bindung besitzen (HASSINK, 2007; KOSCHATZKY, 2001; KRÖCHER, 2008; MAIER et al., 2006). THOMI und WERNER (2001) stellen außerdem die Frage, ob es sich bei den innovationsbeschleunigenden Eigenschaften von Interaktions-, Kommunikations- und Explikationsprozessen wirklich um raumbestimmte Prozesse oder lediglich um im Raum stattfindende Prozesse handelt. Alle Ansätze des neuen Regionalismus verabsolutieren die Region als stabiles, nach innen weitgehend homogenes, widerspruchsfreies ökonomisch-gesellschaftliches System, welches exogene Einflussfaktoren, die Einbettung in überregionale Strukturen und einen zunehmend globalisierten Wettbewerb mit multinationalen Unternehmen weitgehend ausblendet (CAPELLO, 2007; FROMHOLD-EISEBITH und EISEBITH, 2008; HASSINK, 2007; KRÖCHER, 2008; MAIER et al., 2006; SCHAMP, 2000). So stellt HEEG (2008) ausführlich dar, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Ausbildung regionaler Vertrauensverhältnisse und Interaktionsformen auf der Basis von tacit knowledge für Mehrbetriebs- oder transnationale Unternehmen, die allgemein an Bedeutung zunehmen, nicht mehr gegeben sind. Auch KOSCHATZKY (2001) bezweifelt, ob die verwendete Regionsabgrenzung der geeignete räumliche Ausschnitt ist, um die zentralen Elemente eines Innovationssystems und ihre Interaktionen zu erfassen.

Bei allen Konzepten bestehen aufgrund der begrifflichen Unschärfen Schwierigkeiten in der Operationalisierung und empirischen Überprüfbarkeit (CAPELLO, 2007; HASSINK, 2007; MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHAMP, 2000; THOMI und STERNBERG, 2008). Die empirische Messung von Lernprozessen und verschiedenen Wissensarten bereitet große Probleme (KOSCHATZKY, 2001). Allgemein fehlen valide, systematische, vergleichende Querschnittsstudien (KIESE, 2008b; STERNBERG, 1998). So sind die zahlreichen empirischen Fallstudien zu Clustern kaum untereinander vergleichbar (MASKELL, 2007; THOMI und STERNBERG, 2008). Den empirischen Studien zu Industriedistrikten und innovativen Milieus fiel es häufig schwer, die postulierten Strukturmerkmale zu identifizieren, was zu immer neuen Erweiterungen der Konzepte führte. Auch zeigten viele Fallstudien, dass es sich bei Industriedistrikten eher um sehr fragile räumliche Konfigurationen während eines kurzen Zeitraums regionaler Entwicklung handelt – nicht zuletzt im Dritten Italien, in dem es zunehmend zu Firmenübernahmen durch externe Großunternehmen kam (BATHELT, 1998; MAIER et al., 2006; MAIER und TÖDTLING, 2006; SCHAMP, 2000). Dagegen ist die empirische Basis der lernenden Region und regionalen Innovationssysteme mit wenigen Fallstudien bisher nicht sehr breit und die Tragfähigkeit und Anwendbarkeit der Konzepte noch nicht geklärt (BUTZIN, 2000; HASSINK, 2007; SCHAMP, 2000; THOMI und WERNER, 2001). Auch das Konzept der geographischen Industrialisierung ist empirisch wenig ausgefüllt (SCHAMP, 2000).

3.4 Schlussfolgerungen

Die Ausgangsfrage dieses Kapitels war, welche Ursachen für interregionale Disparitäten im Einkommen und wirtschaftlicher Entwicklung aus den regionalökonomischen Theorien identifiziert werden können und ob sich daraus die Notwendigkeit und Möglichkeit für Regionalpolitik ergibt, sinnvolle, an den Ursachen ansetzende Maßnahmen zum Abbau der Disparitäten zu ergreifen, dies insbesondere im Hinblick auf die ländlichen Räume in Mittel- und Osteuropa. Tabelle 9 zeigt eine Übersicht aller vorgestellten Theorien mit den jeweiligen Kernantworten auf die eingangs gestellten Forschungsfragen. Die Übersicht zeigt zunächst einmal, dass es *die eine* Theorie der Regionalentwicklung nicht gibt. Es fehlt eine geschlossene, umfassende Theorie, die alle als relevant in Frage kommenden wachstumsdeterminierenden Faktoren in ein Modell einbindet, das als hinreichend gutes Abbild der Realität gelten könnte. MAIER et al. (2006) halten eine solche Theorie letztlich nicht für möglich. "Versuchten wir, alle diese Zusammenhänge zugleich zu erforschen, würden wir wohl sehr bald an der Komplexität der Aufgabe scheitern" (MAIER et al., 2006, S. 10). Die verschiedenen regionalökonomischen Ansätze betrachten jeweils unterschiedliche Aspekte des regionalen Entwicklungsprozesses, sie stehen nebeneinander, ergänzen einander und widersprechen sich teilweise. Keine Theorie hebt sich eindeutig als "die beste" heraus, alle haben ihre Stärken und Schwächen. Daraus ergibt sich zunächst die Einsicht, dass es auch nicht *die* Ursache für eine erfolgreiche Regionalentwicklung oder ein Zurückbleiben einer Region gibt, sondern viele Ursachen, die von Fall zu Fall unterschiedlich

sein können. Lassen sich dennoch grundlegende regionalökonomische Mechanismen aus der Vielzahl der Ansätze ableiten? Abbildung 14 zeigt die wesentlichen Faktoren der Regionalentwicklung, die sich nach Meinung der Autorin aus den betrachteten regionalökonomischen Theorien ableiten lassen. Die jeweiligen Theorien sind bei ihrem jeweiligen Betrachtungsschwerpunkt in der Abbildung verortet. Sechs Faktoren sind hier zu nennen:

(1) Die Basis für einen evolutionären wirtschaftlichen Entwicklungsprozess sind die natürlichen Standortfaktoren und darauf aufbauend im Laufe der Wirtschaftsentwicklung die weiteren *regionalen Ausstattungsmerkmale* (Produktionsfaktoren, Nachfrage, institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen, vgl. auch Abschnitt 3.1.1), wie sie beispielsweise von den Theorien der endogenen Entwicklung oder den Ansätzen des neuen Regionalismus beschrieben werden. Welcher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region der entscheidende ist, scheint nicht verallgemeinerbar zu sein, obwohl die Ansätze der Industriedistrikte und der innovativen Milieus teilweise genau dies versuchen und dafür viel kritisiert wurden. So stellen DICKEN und LLOYD (1999, S. 178) fest: "Es ist fast unmöglich, Verallgemeinerungen darüber anzustellen, warum ökonomische Entwicklungen an bestimmten Orten einsetzen und nicht an anderen. Wir können einige Arten günstiger Umstände herausstellen, wie z. B. ein guter natürlicher Hafen, ein leichter Flussübergang oder wertvolle Energie- oder Mineralressourcen. [...] Aber obwohl günstige Umstände wie diese wichtig sein können, bieten sie doch keine volle Erklärung. [...] Jedes Element muss in dem spezifischen ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und technologischen Kontext des fraglichen Zeitraums gesehen werden." STERNBERG (1998) kommt nach der Analyse von sieben regionalen Fallstudien erfolgreicher High-Tech-Regionen zu dem Schluss, dass alle Regionen von einer *einmaligen* und *spezifischen* Kombination vorteilhafter Rahmenbedingungen begünstigt worden sind und somit keine allgemeingültige Theorie der High-Tech-Regionen ableitbar ist. Auch MÖNNICH (2004) ist der Ansicht, dass man die spezifischen Triebkräfte erfolgreicher regionaler Entwicklungen in der Geschichte (wie Silicon Valley) nie 1:1 auf andere Regionen übertragen kann und somit die genaue Rekonstruktion der komplexen Bedingungs-zusammenhänge nicht zielführend ist. THOMI und WERNER (2001, S. 209) sehen überdies bei einer Orientierung der Forschung an Erfolgsregionen die Gefahr, "dass die Nutzung endogener Potenziale als Kern innovationsorientierter Regionalentwicklung durch die Erkenntnisse aus den Erfolgsregionen überstrahlt wird und es unter Umständen zu suboptimalen Schwerpunktsetzung in der Politik kommen kann."

(2) Darüber hinaus spielen "*zufällige*" *Standortentscheidungen*, die relativ unabhängig von der Ressourcenausstattung getroffen werden, immer wieder eine Rolle in der Entwicklung von Regionen wie beispielsweise vom Ansatz der geographischen Industrialisierung beschrieben. So sind die Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region so unterschiedlich wie die Regionen selbst.

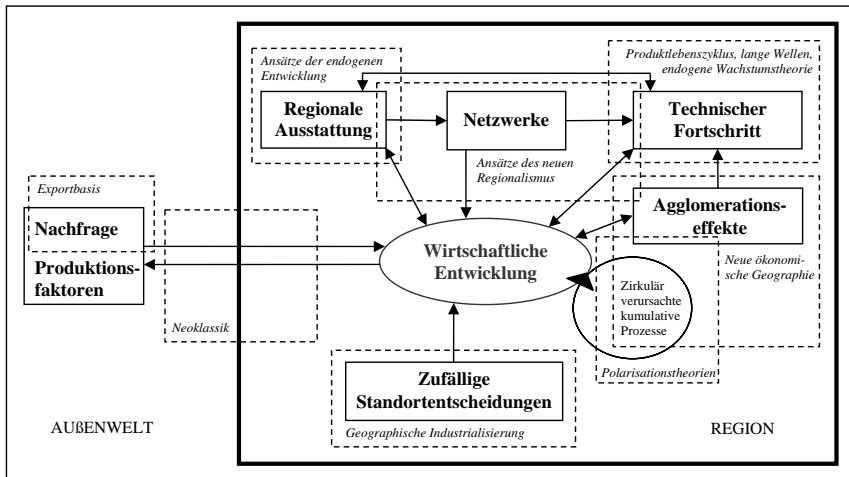
(3) Ein wesentlicher ökonomischer Mechanismus vor allem seit Beginn der Industrialisierung ist die Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten. Dass der von der Neoklassik postulierte Ausgleichsmechanismus des Marktes in der realen Welt nicht einwandfrei funktioniert, ist mittlerweile nicht nur von den älteren Polarisierungstheorien und der empirischen Beobachtung anhaltender interregionaler Disparitäten, sondern auch den neuen Modellen der endogenen Wachstumstheorie und der neuen ökonomischen Geographie gezeigt worden. Dagegen sind die von vielen theoretischen Ansätzen beschriebenen *Agglomerationsvorteile*, die ab einer bestimmten Mindestverdichtung auftreten, entscheidend für das unternehmerische (Standort)verhalten und die Regionalentwicklung. Die Ballung wirtschaftlicher Aktivitäten bietet eindeutige Kostenvorteile sowohl für Produktionsformen des Fordismus (interne Skalenvorteile) als auch des Postfordismus (externe Agglomerationsvorteile). "Agglomeration" bedeutet hier jedoch nicht nur die Ballung von wirtschaftlichen Aktivitäten in großen urbanen Zentren, sondern auch eher disperse kleinräumige oder sektorspezifische Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten (vgl. Konzept der Industriedistrikte oder Cluster). Dadurch wird ganz allgemein die Bedeutung einer "kritischen Masse" an Unternehmen und Ressourcen für die Regionalentwicklung betont. Eine zu starke Konzentration wird durch die nach Überschreiten einer Maximalverdichtung auftretenden Agglomerationsnachteile, die Transportkosten, den immobilien Produktionsfaktor Boden oder auch antiurbane Wohnpräferenzen verhindert.

(4) Ein weiterer wesentlicher Faktor für das regionale Wirtschaftswachstum, der von vielen Theorien hervorgehoben wird, ist der *technische Fortschritt* und die damit verbundenen Lernprozesse. Auch diese scheinen an ein Mindestmaß an Agglomeration als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung gebunden zu sein. So benennt die Produktlebenszyklushypothese für die Entwicklungs- und Einführungsphase neuer Produkte gerade solche Standortmerkmale, wie sie für urban-industrielle Agglomerationen typisch sind. Auch die neuen Zentren neuer "langer Wellen" zeigten bisher stets eine Mindestverdichtung von Bevölkerung, Betrieben und Infrastruktur. Das Modell von FUJITA und THISSE (2002) als Verbindung der endogenen Wachstumstheorie und der neuen ökonomischen Geographie zeigt die zentripetale Kraft des Forschungs- und Entwicklungssektors. Innovative Milieus und lernende Regionen benötigen als Grundvoraussetzungen für die kollektiven Lernprozesse nach den entsprechenden Ansätzen eine kritische Masse an Netzwerkpartnern, Infrastruktur und Ausbildung. Eine absolute Messgrenze der "kritischen Masse" existiert nicht, aber sie schließt auf jeden Fall auch Räume außerhalb der großen Zentren ein. Der technische Fortschritt kann auch Agglomerationsvorteile relativieren und Standortmuster ändern (vgl. Produktlebenszyklus, Theorie der langen Wellen, Konzept der geographischen Industrialisierung oder Cluster). Am Beispiel der Altindustrieregionen zeigt sich, wie bisherige Lokalisationsvorteile für neue Wachstumsindustrien nicht mehr von Bedeutung sind.

(5) Die Ansätze des neuen Regionalismus weisen auf die Bedeutung von *Netzwerken*, d. h. der Art und Qualität der Beziehungen zwischen regionalen Akteuren, für die Regionalentwicklung und regionale Lernprozesse hin. Netzwerke sind sicher keine absolut notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und ihre genaue Wirkung auf Lern- und Innovationsprozesse ist noch ungeklärt. Auch sollte man nicht automatisch von Unternehmensballungen auf Vernetzungen schließen. Dennoch scheinen Netzwerke für bestimmte Regionen und insbesondere kleine Unternehmen eine effektive Organisationsform mit Kostenvorteilen zu sein (z. B. durch sinkende Transaktionskosten und Unsicherheit, Übertragung impliziten Wissens, Synergieeffekte), was die Regionalentwicklung positiv beeinflussen kann.

(6) Die Vertreter des neuen Regionalismus weisen darauf hin, dass Netzwerke nicht auf die Region beschränkt bleiben dürfen, haben jedoch bisher die *Verflechtung einer Region mit nationalen und internationalen Märkten* und die Bedeutung verschiedener räumlichen Ebenen nicht explizit thematisiert. Die Exportbasistheorien und die neoklassischen Ansätze zeigen – trotz zahlreicher Kritikpunkte – deutlich den Einfluss von außerregionaler Nachfrage und Faktorwanderungen auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region.

Abbildung 14: Grundlegende Faktoren der Regionalentwicklung in der Betrachtung regionalökonomischer Wachstums- und Entwicklungstheorien



Quelle: Eigene Darstellung.

Vor allem für ländliche Peripherregionen stellt die große Bedeutung der Agglomerationsvorteile und daran gekoppelter Lernprozesse einen strukturellen Nachteil dar. In Mittel- und Osteuropa lassen sich darüber hinaus als Ursachen für das Zurückbleiben dieser Regionen eine ungünstige regionale Ausstattung (z. B. in Bezug auf Humankapital, Nachfrage, Infrastruktur), eine geringe Kooperationsbereitschaft

(und damit eher weniger Netzwerke) und das starke Metropolenwachstum (und die damit verknüpften kumulativen Prozesse und Entzugseffekte) seit Beginn der Transformation annehmen (vgl. Kapitel 2 der Dissertation). Hilfreiche Ansatzpunkte für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Peripherregionen können aus den Theorien kaum abgeleitet werden. Das neoklassische Modell postuliert ein langfristiges Aufholen der ländlichen Räume. Da dieses jedoch auf sehr restriktiven, unrealistischen Annahmen aufbaut und sich die auf Neoklassik und Exportbasistheorie basierte, mobilitätsorientierte Regionalpolitik in Westeuropa gerade für ländliche Räume als relativ unwirksam erwiesen hat (vgl. MAIER et al., 2006; MÖNNICH, 2004), ist der Nutzen dieser Theorie für die ländlichen Räume stark eingeschränkt. In der Exportbasistheorie ist die Rolle der ländlichen Räume unklar, da der Ansatz nicht erklärt, warum sich exportierende Industrien in bestimmten Regionen ansiedeln und in anderen nicht und ob es sich dabei um ländliche oder städtische Räume handelt. Die Polarisierungstheorien und die neue ökonomische Geographie weisen den ländlichen Peripherräumen eher die Rolle der dauerhaft zurückbleibenden Regionen zu. Die genauen Bedingungen, die auch nach diesen Theorien (HIRSCHMANN, RICHARDSON, verschiedene Modelle der neuen ökonomischen Geographie) einen Ausgleich möglich machen – beispielsweise durch Ausbreitungseffekte, Agglomerationsnachteile oder hohe Transportkosten – sind nicht klar herausgearbeitet. Innovative Milieus, lernende Regionen oder die Theorie der langen Wellen sind aufgrund der in den jeweiligen Ansätzen formulierten Mindestanforderungen an Bevölkerung, Betriebe und Infrastruktur auf ländliche Peripherräume eher schwer anwendbar. Auch die Übertragbarkeit der Modelle der endogenen Wachstumstheorie auf die regionale Ebene und damit auf die ländlichen Räume ist noch offen. Entwicklungsoptionen für ländliche Peripherräume ergeben sich allenfalls aus drei Ansätzen. Dies sind zum einen die eher pragmatischen, strategisch-normativen Theorien der endogenen Entwicklung (bzw. nach heutigem Forschungsstand einer endogen-exogenen oder neo-endogenen Entwicklung), die in der ländlichen Entwicklungspolitik nach wie vor aktuell sind. Mit ihnen lässt sich jedoch nicht begründen, welche Faktoren die entscheidenden für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region sind, sondern nur die Notwendigkeit einer individuellen Analyse und eines auf die jeweilige Region zugeschnittenen Instrumentariums, welches aus den Ansätzen aber nicht streng theoriebasiert ableitbar ist. Auch ist mittlerweile klar, dass die Möglichkeiten einer endogenen Wirtschaftsentwicklung aufgrund der Verflechtung mit nationalen und internationalen Märkten sowie exogen bestimmten Entscheidungen stark eingeschränkt sind. Zum anderen können sowohl das Konzept der Industriedistrikte und PORTERS Clusteransatz teilweise Anwendung auf ländliche Räume finden. Konzentrationen spezieller wirtschaftlicher Aktivitäten sind auch innerhalb ländlicher Räume möglich. Notwendig sind für jede Region eine Analyse des eigenen Potenzials, die Konzentration auf eigene Stärken und mitunter auch die Einsicht, dass die eigenen Ressourcen für einen überregional sichtbaren Cluster nicht ausreichen. Es gibt nur wenige Bereiche, in denen die ländlichen Räume eindeutige Vorteile gegenüber den Stadtregionen

aufweisen, d. h. als Raum für die Wirtschaftsaktivität notwendig sind. Dazu gehören die Land- und Forstwirtschaft, der Tourismus (ohne Städtetourismus), rohstofforientierte Unternehmen, Entsorgungsbetriebe und daraus abgeleitet Dienstleistungen für die in ländlichen Räumen arbeitende und lebende Bevölkerung. Des Weiteren können die niedrigen Standortkosten und gegebenenfalls die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte für die Produktion reifer Produkte in Zweigwerken von Vorteil sein (Produktlebenszyklushypothese und Konzept der geographischen Industrialisierung). Das bedeutet nicht, dass keine anderen Funktionen in ländlichen Räumen möglich sind, dass aber die ländlichen Peripherregionen bei vielen wirtschaftlichen Aktivitäten die Nachteile gegenüber den Stadtregionen (Kernstadt und Umland) kompensieren müssen.

Ob ländliche und städtische Räume sich einander annähern oder voneinander entfernen, ob es allgemein eine Konvergenz oder Divergenz zwischen Regionen gibt, dazu treffen die regionalökonomischen Theorien keine allgemeingültige Aussage. Neben den beiden Extrempositionen vollständige Konvergenz (neoklassisches Modell) und dauerhafte Divergenz (Polarisationstheorie nach MYRDAL), die sich beide empirisch nicht eindeutig bestätigen lassen, liefern die anderen theoretischen Ansätze viele Aussagen zu möglichen Tendenzen in Abhängigkeit verschiedener Faktoren. Das heißt, Divergenz- und Konvergenzprozesse können variieren in Abhängigkeit von der Entwicklungsphase der Wirtschaft, dem technischen Fortschritt, dem Ausmaß der regionalen Diffusion positiver externer Effekte, der Höhe der Skalenerträge und der Transportkosten³⁹ (vgl. Tabelle 9) – und nebenbei bemerkt auch von der gewählten räumlichen Analyseeinheit (vgl. Abschnitt 1.3.1). Dennoch liefert die von vielen theoretischen Ansätzen (vor allem den Polarisierungstheorien, der endogenen Wachstumstheorie und der neuen ökonomischen Geographie) gezeigte reale Möglichkeit der (dauerhaften) Divergenz eine distributionspolitische Rechtfertigung für die Regionalpolitik. Eine allokatonspolitische Rechtfertigung lässt sich aus den Theorien dagegen nicht ableiten. Im Gegenteil wird zunehmend darüber diskutiert, dass ein Trade-off besteht zwischen ausgleichender Regionalpolitik und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel, welches angesichts knapper Kassen und einem immer intensiveren internationalen Wettbewerb zukünftig stärker betont werden sollte, damit das gesamte Land (oder die gesamte EU) in der globalisierten Welt wirtschaftlich bestehen kann (AXT, 2005; ECKEY, 2008; LAMMERS, 2006). Die neuen "Leitbilder und Handlungsperspektiven der Raumentwicklung in Deutschland" von 2006 enthalten beispielsweise eine

³⁹ Eine interessante Frage ist, wie sich die Endlichkeit fossiler Rohstoffe zukünftig auf die Transportkosten auswirken wird und ob sich deren Erhöhung beispielsweise in neuen Entwicklungschancen für die ländlichen Räume niederschlagen wird. Nach einer Studie der EUROPEAN EXPERT GROUP ON FUTURE TRANSPORT FUELS (2011) ist ein Ersatz fossiler Energiequellen im Verkehrssektor durch alternative Kraftstoffe bis 2050 möglich. Die zukünftigen Kosten der alternativen Kraftstoffe, die derzeit über denen der fossilen Kraftstoffe liegen, sind jedoch schwer abzuschätzen.

deutliche Schwerpunktverschiebung vom Ausgleichs- zum Wachstumsziel, d. h. zu einer Förderung der "Starken" (MÜLLER und STRÄTER, 2008). Diese Tendenz ist auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten zu beobachten (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2010a).

Prinzipiell ist ein Ausgleich regionaler Disparitäten, so er gesellschaftlich und politisch gewünscht ist, auf zwei Wegen möglich. Zum einen kann er über einen ungebundenen Finanzausgleich erfolgen. Nach den Wohlfahrtsanalysen mit Modellen der neuen ökonomischen Geographie und der endogenen Wachstumstheorie sind Agglomerationen und die damit einhergehenden regionalen Ungleichgewichte eine wirtschaftlich effiziente Raumstruktur, welche von schnellerem Wachstum in allen (auch peripheren) Regionen begleitet ist (vgl. z. B. BALDWIN und MARTIN, 2004). Eine regionale Strukturpolitik für entwicklungsschwache Räume ist demnach mit zu hohen Opportunitätskosten verbunden und eine Förderung der wachstumsstärkeren Regionen mit einer anschließenden finanziellen Umverteilung sinnvoller (KARL, 2006). So könnten auch die notwendigen finanziellen Ressourcen für einen Ausgleich regionaler Disparitäten erwirtschaftet werden (AXT, 2005). Dies würde jedoch vermutlich einen dauerhaften Ausgleich notwendig machen, da die Empfängerregionen im Zielkonflikt zwischen Wachstum und Verteilung unter Orientierung am Wählerwillen versucht sein werden, den Schwerpunkt der Mittelverwendung nicht auf das Wirtschaftswachstum, sondern eine distributive Verwendung zu legen. So würden diese Regionen nicht in die Lage versetzt werden, ihre Strukturschwäche zu überwinden (WEISE, 2005). Tatsächlich wird beispielsweise in Deutschland der Länderfinanzausgleich zunehmend von wissenschaftlicher und politischer Seite für seine Anreizprobleme kritisiert, da bei der gegenwärtigen Ausgestaltung die Bundesländer kaum einen Anreiz haben, ihre originäre Steuerkraft durch eigene Anstrengungen zu erhöhen (BARETTI et al., 2001; BERTHOLD und MÜLLER, 2010; ZEIT ONLINE, 2011). Dagegen ist das Ziel von Regionalpolitik oder regionaler Strukturpolitik, "Hilfe zur Selbsthilfe" zu ermöglichen. Diese zweite Möglichkeit zum Ausgleich regionaler Disparitäten folgt theoretisch eher Ansätzen der endogenen Entwicklung und der Polarisierungstheorien. Sie ist auf ein langfristiges, selbsttragendes Wirtschaftswachstum der geförderten Region ausgerichtet, was mit Hilfe kofinanzierter, zielgerichteter Entwicklungsprogramme erreicht werden soll (WEISE, 2005).

Doch wie kann Regionalpolitik "zielgerichtet" ausgestaltet werden? Entscheidet sich die Gesellschaft für eine ausgleichende Regionalpolitik aus Gerechtigkeitsgründen, so ergibt sich bei der konkreten Gestaltung einer solchen Politik das Problem, dass es bei den meisten regionalökonomischen Theorien sehr schwierig ist, detaillierte, theoriegestützte Handlungsempfehlungen aus ihnen abzuleiten. Orientiert man sich an den allgemeinen Leitlinien (vgl. Tabelle 9), so bleibt immer noch die Frage, nach welcher Theorie oder welchen Theorien man sich richten soll. Einwände gegen die Wirksamkeit von Regionalpolitik wie fehlende Anhaltspunkte, Informationsmangel

und kontraproduktive Veränderungen der Wirtschaftsteilnehmer (LOHRMANN, 1999) können angesichts dieser Situation nicht entkräftet werden.

Aus Sicht der Autorin lassen sich aus den regionalökonomischen Theorien folgende allgemeine Punkte für die Regionalpolitik feststellen:

(1) Es gibt nicht *eine* Regionalpolitik, nicht *die* Instrumente, die für alle Situationen passen, ein auf die jeweiligen Regionen zugeschnittener Ansatz ist unerlässlich. Auch eine fallweise Verknüpfung plausibler Aspekte der genannten Theorien ist denkbar (vgl. STERNBERG, 1998). Damit wäre auch für die EU eine Dezentralisierung der Regionalpolitik zu überdenken.⁴⁰

(2) Der Einfluss der Regionalpolitik ist begrenzt, sie kann regionale Entwicklungsprozesse nicht von Anfang an steuern und "aus dem Nichts" neue Entwicklungen anstoßen.

(3) In allen Regionen scheint es trotz aller Unterschiede wichtig zu sein, dem – nicht planbaren, doch unter Umständen sehr bedeutsamen – Faktor "Zufall" Wirkungsmöglichkeiten zu geben, d. h. ein institutionelles Umfeld für neue Ideen, Unternehmensgründungen und Unternehmensansiedlungen zu bieten.

(4) Auch das "Ausprobieren" neuer Wege und regionalpolitischer Instrumente ist von Bedeutung. Dabei wäre es hilfreich, einzelne Projekte wissenschaftlich zu begleiten, gerade da konkrete Maßnahmen meist nicht klar aus den Theorien ableitbar sind und sich Maßnahmen, die man aufgrund theoretischer Ansätze entwickelt hat, teilweise nicht als erfolgreich erwiesen.

(5) Wenn es primär um einen Ausgleich zwischen größeren Regionen (und nicht zwischen städtischen und ländlichen Räumen) geht, so scheinen aus theoretischer Sicht wegen der großen Bedeutung der Agglomerationsvorteile regionalpolitische Maßnahmen in erster Linie über die Städte erfolgversprechend. Für die Entwicklung peripherer ländlicher Räume könnte eine Entwicklung über Kleinstädte als Entwicklungspole geeignet sein. Entscheidend ist hier auf jeden Fall die notwendige "kritische Masse" für einen eigendynamischen Entwicklungsprozess.

Insgesamt sind die Erkenntnisse, die man für die praktische Politik zur Überwindung interregionaler Disparitäten und Entwicklung vor allem peripherer ländlicher Räume aus den regionalökonomischen Theorien ziehen kann, eher enttäuschend. Der Schlussfolgerung, dass man die Regionalpolitik aufgrund der schwachen theoretischen Fundierung und unzureichender Kenntnis über Kausalzusammenhänge lieber ganz bleiben lassen und sich auf eine Verteilungspolitik über einen ungebundenen Finanzausgleich konzentrieren sollte, kann sich die Autorin dennoch nicht

⁴⁰ AXT (2005) und KARL (2006) plädieren beispielsweise dafür, dass sich die EU auf den Abbau der Disparitäten zwischen den Mitgliedstaaten konzentriert und die einzelnen EU-Mitgliedstaaten selbst für den internen, regionalen Ausgleich verantwortlich sind. Vorteile wären die Verringerung des bürokratischen Aufwandes, Effizienzgewinne, Kosteneinsparungen und die Stärkung der Eigenverantwortung.

anschließen. Gesellschaften stellen nicht nur ökonomische Zweckverbindungen dar, sondern soziale Systeme, in denen jeder Bürger die Möglichkeit haben sollte, in einem ausreichenden Grad am wirtschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, auch wenn er in peripheren oder ländlichen Regionen lebt. Dauerhafte Abhängigkeit von Regionen über Verteilungspolitik wäre nicht nur äußerst frustrierend für die Menschen in den betroffenen Regionen, sondern würde auch zu einem zunehmenden Rechtfertigungsdruck gegenüber den Geberregionen führen (siehe oben). Der derzeit unbefriedigende Erkenntnisstand sollte eher Ansporn sein, die Forschungsanstrengungen zu erhöhen. Zukünftig wäre es zum einen notwendig, die regionalökonomische Forschung auf das "Destillieren" der grundlegenden Erklärungselemente der Theorien und deren strukturierte Konfrontation mit empirischen Daten zu konzentrieren. Durch das Testen von klaren Hypothesen könnten unzutreffende Erklärungen beseitigt, die Theorien weiterentwickelt und Politikempfehlungen abgeleitet werden. Bisher war die Vielzahl an empirischen Studien hauptsächlich damit beschäftigt, den empirischen Daten Sinn zu geben als systematisch integriert zu konzeptioneller Klarheit beizutragen (vgl. MASKELL und KEBIR, 2005; NEWLANDS, 2003). Die Bedeutung der regionalen Ebene und ihre Verzahnung mit der nationalen und globalen Ebene sind stärker herauszuarbeiten. Es fehlt außerdem an theoretischen Ansätzen, die auf die Entwicklung peripherer ländlicher Räume anwendbar sind und über die normativ-strategischen Aussagen der Ansätze (neo-)endogener Entwicklung hinausgehen. Unter Umständen könnte die Betrachtung mikro-, institutionen- und organisationsökonomischer als auch verhaltenswissenschaftlicher Ansätze aus den Bereichen Unternehmensgründung, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsverhalten, Kooperation oder zivilgesellschaftlicher Organisationen⁴¹ für die Entwicklung ländlicher Räume fruchtbarer sein als die regionalökonomischen Theorien. Zum anderen sollte ein Prioritätenbereich der Forschung in der intensiven, systematischen Evaluierung konkreter regionalpolitischer Maßnahmen liegen. Weil ohne theoretische Grundlage die Bestimmung der erzielten Wirkungen mit großen Problemen der eindeutigen Ursache-Wirkungs-Messung verbunden ist (vgl. FORSTNER et al., 2003; MARGARIAN, 2010; OECD, 2009; TOEPEL, 2000), ist eher eine vertiefte Langzeituntersuchung ausgewählter Interventionsregionen anzustreben als eine Ausweitung der derzeitig stattfindenden institutionalisierten Evaluierung. Dies wäre als Entscheidungsgrundlage für politische Akteure besonders wichtig. Gesellschaftlich muss dagegen die Frage diskutiert werden, was "gleichwertige Lebensverhältnisse" für den gesellschaftlichen Frieden bedeuten und welches Ausmaß an Divergenz tolerierbar ist.

⁴¹ Zur Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in der ländlichen Entwicklung vgl. beispielsweise VALENTINOV und BAUM (2008).

Tabelle 9: Übersicht über die Antworten regionalökonomischer Theorien nach Ursachen und Entwicklung interregionaler Disparitäten

Theorie	Ursachen räumlicher Entwicklungsunterschiede	Regionale Konvergenz oder Divergenz?	Aufgaben der Regionalpolitik	Für ländliche Räume?
Neoklassik	Keine Erklärung. Ausgleich "zufällig entstandener" räumlicher Ungleichgewichte kann durch Behinderung des Marktmechanismus verzögert werden	Langfristige Konvergenz	Abbau der Mobilitätshemmnisse für die regionalen Verkehr- und Kommunikationsverbindungen	Ländliche Räume holen langfristig auf
Polarisationstheorien	Verstärkung der "zufällig entstandenen" räumlichen Ungleichgewichte durch zirkulär verursachte kumulative Wachstumsprozesse und Agglomerationsvorteile	<i>Myrdal</i> : Divergenz <i>Hirschmann/Richardson</i> : Abfolge von Divergenz und Konvergenz in Abhängigkeit von Entzugseffekten und Agglomerationsnachteilen	Entgegenwirken regionaler Polarisierung, aber keine klaren Angaben wie. <i>Hirschmann</i> : Förderung von Ausbreitungseffekten durch Bildung und Infrastruktur. <i>Richardson</i> : phasenspezifisch (Entlastungsorte, Wachstumszentren, Mittelzentren fördern). <i>Perroux</i> : Wachstumpole fördern	Ländliche Räume bleiben gegenüber Zentren zurück, später gegebenenfalls aufgeholt
Exportbasistheorien	Entwicklung bestimmter exportierender "Leitsektoren" der regionalen Wirtschaft, die von der Nachfragesteigerung außerhalb der Region abhängen	Eher Divergenz, da vor allem prosperierende Regionen neue Produkte schaffen und so räumlich mobile Nachfrage anziehen	Förderung unternehmerischer Aktivitäten, die den regionalen Export von Gütern und Dienstleistungen erhöhen	Ja
Ansätze der endogenen Entwicklung	Ungleich verteilte und unterschiedlich genutzte endogene Potenziale in Abhängigkeit von den regional vorhandenen Ressourcen (Kapital-, Arbeitskräfte-, Infrastruktur-, Flächen-, Umwelt-, Markt-, Entscheidungssowie soziokulturelles Potenzial)	Keine Aussage	Aktivierung und Förderung des endogenen Potenzials mit angepassten, regionsspezifischen Instrumenten: Orientierung auf KMU und ihre Innovationsfähigkeit, Förderung von Existenzgründungen, Kooperation, Humankapital, Eignung, Lebensqualität, Umwelt	Seit Ende der 1970er Jahre vielfach auf ländliche Regionen angewendet

Theorie	Ursachen räumlicher Entwicklungsunterschiede	Regionale Konvergenz oder Divergenz?	Aufgaben der Regionalpolitik	Für ländliche Räume?
Produktlebenszyklus, lange Wellen	Räumlich ungleiche Innovationsaktivitäten der regionalen Unternehmen und unterschiedliche Anteile "neuer" Güter und Branchen	Beides möglich durch sich ändernde Standortmuster, allerdings keine vollständige Konvergenz	Innovationsorientierte Wirtschaftspolitik keine Details ableitbar	Reifestadium des Produktzyklus in ländlichen Räumen
Endogene Wachstumstheorie	Regionale Unterschiede im Ausmaß von Forschungsaktivitäten und Innovationen und in der Ausstattung an Humankapital und Wissen	Beides möglich Divergenz umso stärker je mehr Erträge der Produktionsfaktoren und positive externe Effekte nur in der jeweiligen Region wirksam werden	Bisher keine Empfehlungen für die Regionalpolitik aus der Vielzahl hoch aggregierter Modelle ableitbar. Als allgemeiner Maßnahmen diskutiert: Förderung von F&E, Bildung und Infrastruktur zur Wissensdiffusion	Übertragbarkeit der Modelle auf die regionale Ebene offen
Neue ökonomische Geographie	Endogene sich selbst verstärkende zirkuläre Prozesse aus der Interaktion konzentrationsfördernder steigender Skalenerträge, dispersiv wirkender Transportkosten und der räumlichen Verteilung der Nachfrage. Das langfristige Gleichgewicht ist pfadabhängig	Beides möglich Divergenz umso stärker je höher Skalenerträge und Ausgabenteile für Industriegüter, je geringer die Substituierbarkeit der Industriegütervarianten und die Bedeutung eines immobilien Produktionsfaktors und damit der Transportkosten	Bisher keine konkreten Empfehlungen für die Regionalpolitik ableitbar Allgemeine Erkenntnis: Sinkende Transportkosten (Infrastrukturmaßnahmen) können konzentrierend wirken	Ländliche Räume eher zurückbleibend

Theorie	Ursachen räumlicher Entwicklungsunterschiede	Regionale Konvergenz oder Divergenz?	Aufgaben der Regionalpolitik	Für ländliche Räume?
Industriestriktur	Keine allgemeine Aussage Erfolg einer Region kann in Industriedistrikt liegen: Lokalisationsvorteile, economies of scope und niedrige Transaktionskosten durch ein regionales Netzwerk selbständiger Betriebe eines Sektors und unterstützenden Institutionen in einem gemeinsamen kulturellen Milieu	Keine Aussage	Regionalpolitik nicht auf große Betriebe oder Wachstumsbranchen beschränken; Konzentration auf lokalen Unternehmensbestand; Koordinierungsaufgaben zur Unterstützung von Netzwerken; Anbieten kollektiver Dienste wie Marketing, Forschung, Beratung, Ausbildung	Industriestriktur auch in ländlichen Räumen möglich
Innovative Milieus	Keine allgemeine Aussage Erfolg einer Region kann in innovativem Milieu liegen: Externe Agglomerationsvorteile, synergetische, kollektive Lernprozesse, verringerte Transaktionskosten und Unsicherheiten durch lokale, soziale Netzwerke mit gemeinsamem kulturellem Grundverständnis	Keine Aussage	Förderung von Kooperationsbeziehungen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowohl regionalem als auch zu externen Partnern. Förderung von auf die Region ausgerichteter Forschung	Eher schwierig, da Grundvoraussetzungen an Infrastruktur und Ausbildung
Lernende Regionen	Regionale Unterschiede in der kollektiven Innovations- und Lernfähigkeit in Abhängigkeit von sozialen Netzwerken, räumlich gebundenen impliziten Wissen, soziokultureller Nähe, technologischer und institutioneller Infrastruktur	Kumulative Wissensgewinne einer lernenden Region gegenüber anderen fördert eher Divergenz	Innovationsorientierte Regionalpolitik zur Unterstützung kollektiver Lernprozesse z. B. durch Förderung von Netzwerken, unternehmerischer F&E, Informationstransfer, Kommunikations- und Wissenschaftsinfrastruktur	Eher schwierig, da kritische Masse an Netzwerkpartnern, Infrastruktur und Ausbildung nötig

Ansätze des neuen Regionalismus

Theorie	Ursachen räumlicher Entwicklungsunterschiede	Regionale Konvergenz oder Divergenz?	Aufgaben der Regionalpolitik	Für ländliche Räume?
<p>Clusterkonzept</p>	<p>Unterschiede in Qualität und Quantität regionsinterner Produktionsfaktoren (Faktor-, Nachfragebedingungen, unterstützende Branchen, Unternehmensstrategie, Struktur und Wettbewerb) möglicherweise verstärkt durch die Konzentration branchengleicher Unternehmen in einem Cluster (Lokalisationsvorteile, verringerte Transaktionskosten, verbesserter Wettbewerb)</p>	<p>Tendenz erfolgreicher Unternehmen zur Konzentration fördert eher Divergenz</p>	<p>Förderung bestehender oder entstehender Cluster nach Analyse aller Branchen. Maßnahmen sollen an regionsinternen Produktionsfaktoren ansetzen. Politik vor allem bedeutsam für Ausbildung, Forschung und Infrastruktur (zusammen mit Unternehmen!) und weiche Maßnahmen wie Clustermanagement</p>	<p>Cluster auch in ländlichen Räumen möglich (z. B. Handwerk oder Tourismus)</p>
<p>Geographische Industriallisierung</p>	<p>Geographische Industrialisierung als Prozess von Wachstum und Ressourcenerzeugung nach der eher zufälligen Ansiedlung hochinnovativer Wachstumsindustrien</p>	<p>Beides möglich Lokalisations-, Clusterphase: eher Divergenz. Dispersions-, Verlagerungsphase: eher Konvergenz</p>	<p>Keine sinnvollen Implikationen ableitbar, da die Standortwahl als Auslöser der Entwicklung zufällig</p>	<p>Wenig Chancen für periphere Regionen ohne Industrie, eventuell Zweigwerke</p>

Ansätze des neuen Regionalismus

Quelle: Eigene Darstellung.

4 DAS POTENZIAL DES LÄNDLICHEN TOURISMUS FÜR DIE ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME – UNTERSUCHT AM BEISPIEL POLEN⁴²

In den ländlichen Räumen Mittel- und Osteuropas ist die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze eine der vordringlichen Herausforderungen, um eine nachhaltige Entwicklung und ein Aufholen gegenüber städtischen Gebieten zu erreichen (vgl. Kapitel 2). Die wirtschaftliche Diversifizierung wird jedoch vor allem in peripheren ländlichen Räumen durch fehlende Agglomerationsvorteile behindert (vgl. Kapitel 3). Eine neue potenzielle Einkommensquelle, die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, ist der ländliche Tourismus, einer der wenigen Bereiche, in denen die ländlichen Räume eindeutige Vorteile gegenüber den Stadtregionen aufweisen, d. h. als Raum für die Wirtschaftsaktivität notwendig sind. So ist es nicht verwunderlich, dass alle Länder Mittel- und Osteuropas seit 1990 in der ländlichen Entwicklung ihre Hoffnungen auf den Tourismus setzen. Es gibt verschiedene mehr oder weniger vage Einschätzungen des touristischen Potenzials oder spezielle Artikel zu bestimmten Regionen und Segmenten des Tourismus. Bisher fehlt jedoch eine Synthese aller Einzelergebnisse in einen übergreifenden analytischen Rahmen. Eine solche Synthese ist wichtig, um bewerten zu können, ob der Tourismus tatsächlich ein relevanter ökonomischer Faktor in den ländlichen Räumen Mittel- und Osteuropas werden kann.

Dieses Kapitel beleuchtet am Beispiel Polens kritisch, welche Rolle der Tourismus für die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung und Diversifizierung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa spielen kann. Nach der Klärung grundlegender Definitionen (Abschnitt 4.1) und einem kurzen Abriss zur Geschichte des ländlichen Tourismus in Europa (Abschnitt 4.2) wird unter Verwendung von umfangreicher Literatur und statistischen Daten die vergangene Entwicklung und derzeitige Situation des ländlichen Tourismus in Polen analysiert (Abschnitt 4.3). Anschließend wird ein auf PORTER (1993) basierender analytischer Rahmen entwickelt (Abschnitt 4.4), um das zukünftige touristische Potenzial der ländlichen Räume in Polen einschätzen zu können und Hemmnisse und Chancen einer touristischen Entwicklung zu identifizieren (Abschnitt 4.5). Abschließend werden aus der Analyse Schlussfolgerungen gezogen (Abschnitt 4.6).

⁴² Dieses Kapitel ist die übersetzte und erweiterte Version eines Artikels, der 2011 in der Zeitschrift *Eastern European Countryside* erschienen ist (BAUM, 2011).

4.1 Definition der Begriffe ländlicher Tourismus und Agrotourismus

Ist bereits die Definition von Tourismus allgemein problematisch (PAESLER, 2007; STEINECKE, 2006), so gilt das erst recht für den ländlichen Tourismus, der in der allgemeinen Tourismusforschung als eigenständiges Segment kaum einen Stellenwert hat und für den keine einheitliche Definition vorhanden ist. LANE (1994) führt aus, dass eine Definition des ländlichen Tourismus schwierig ist, da ländliche Gebiete selbst schwer abzugrenzen sind (vgl. Abschnitt 1.3.3) und sich im Wandel befinden, sich auch städtische Formen des Tourismus – wie Centerparks oder Feriendorfkomplexe – in ländlichen Räumen befinden und der ländliche Tourismus sehr vielfältige Formen annehmen kann. In wissenschaftlichen Artikeln und politischen Dokumenten gibt es eine große Bandbreite von Definitionen des ländlichen Tourismus – wenn überhaupt eine angegeben wird. Einige Definitionen stellen den ländlichen Charakter dieser Tourismusform in den Vordergrund, d. h. Kontakt zur Natur, Erleben von kulturellem Erbe und Teilnahme an ländlichen Traditionen – angeboten durch kleine, lokale Betriebe außerhalb der traditionellen Tourismusressorts (vgl. z. B. LANE, 1994; WTO, 2004). Die engste Definition beschränkt ländlichen Tourismus auf touristische Aufenthalte auf Bauernhöfen, d. h. dass die Begriffe ländlicher Tourismus und Agrotourismus bzw. Urlaub auf dem Bauernhof häufig – auch in Polen – synonym verwendet werden (HEGARTY und PRZEBÓRSKA, 2005). Nach einer eher funktionalen, weit gefassten Definition umfasst der ländliche Tourismus die Gesamtheit touristischer Aktivitäten in ländlichen Räumen einschließlich aller Tourismusformen und Beherbergungskategorien (Hotels, Pensionen, Ferienhäuser, Privatzimmer, Campingplätze, Bauernhöfe) mit Ausnahme von Tourismus in größeren Städten, spezialisierten Tourismusressorts, Kurorten und Zweitwohnsitzen (OPPERMANN, 1996).

In diesem Kapitel wird eine sehr einfache Definition des ländlichen Tourismus verwendet: Ländlicher Tourismus ist Tourismus in ländlichen Räumen.⁴³ Dies hat zwei Gründe: (1) Die Definition soll die Vielfalt der Angebote des ländlichen Tourismus und der ökonomischen Möglichkeiten widerspiegeln, was nicht der Fall wäre, wenn man die Definition beispielsweise auf Agrotourismus begrenzt. (2) Es muss eine Möglichkeit geben, den ländlichen Tourismus zu quantifizieren, was allgemein ein großes Problem darstellt⁴⁴ – insbesondere, wenn man eher schwammige Konzepte wie "ländliche Kultur" verwendet oder bestimmte Tourismusformen

⁴³ In Polen umfassen ländliche Räume offiziell die ländlichen Gemeinden und den ländlichen Teil der städtisch-ländlichen Gemeinden ohne die Stadt. Da Daten für die so definierten ländlichen Räume beim polnischen Statistischen Amt (Central Statistical Office of Poland) nicht verfügbar waren, werden in diesem Kapitel die Daten für ländliche Gemeinden verwendet, um den Tourismus in ländlichen Räumen darzustellen.

⁴⁴ Die Kategorie "ländlicher Tourismus" oder "Tourismus in ländlichen Räumen" gibt es in offiziellen Tourismusstatistiken nicht. Teile der ländlichen Tourismusunterkünfte wie Agrotourismus oder andere Privatquartiere werden von offiziellen Statistiken gar nicht erfasst.

ausschließt. Agrotourismus bzw. Urlaub auf dem Bauernhof wird als ein Teilsegment des ländlichen Tourismus angesehen, das touristische Aufenthalte auf aktiven landwirtschaftlichen Betrieben umfasst (vgl. z. B. WTO, 2004).

4.2 Allgemeine Geschichte des ländlichen Tourismus in Europa

Die touristische Entwicklung der ländlichen Räume begann in Europa im 18. und 19. Jh. vor allem an der Küste und im Hochgebirge, d. h. in Gebieten mit touristischen Alleinstellungsmerkmalen. Viele dieser Gebiete – aber durchaus nicht alle Gebirgs- oder Küstenregionen – haben sich zu spezialisierten Tourismusressorts entwickelt. Bis heute ist der Tourismus stark auf solche Ressorts und kulturell bedeutende Städte konzentriert (LANE, 1994; STEINECKE, 2006), ursprünglich bedingt durch die ungleichmäßige Verteilung touristischer Attraktionen und gefördert durch den Massentourismus, der Konzentration verlangt (MONTANARI und WILLIAMS, 1995). Die "übrigen" ländlichen Räume wurden vor dem Hintergrund von Industrialisierung und Urbanisierung für Touristen attraktiv, in Deutschland beispielsweise in Form der Sommerfrische des Bürgertums. Wichtige Impulse für die Tourismusedwicklung gingen nach dem zweiten Weltkrieg von den ländlichen Räumen selbst aus, die mit dem Rückgang der Landwirtschaft nach ökonomischen Alternativen suchten (STEINECKE, 2006) und in vielen Ländern Europas politische Unterstützung für die touristische Entwicklung erhielten (SHARPLEY und VASS, 2006). Damit entwickelte sich in vielen Ländern auch der Agrotourismus, insbesondere in den deutschsprachigen Ländern und später auch in Großbritannien, Frankreich und der Toscana (LANE, 1994; LONG und LANE, 2000; NILSSON, 2002; SHARPLEY und VASS, 2006). Die Umweltbewegung seit den späten 1970er Jahren und die Desillusionierung vieler Menschen über die Moderne haben ebenfalls zur wachsenden touristischen Attraktivität ländlicher Räume und ihres "ländlichen Lebens" beigetragen (URRY, 2002). Damit gibt es eine neue Tendenz des ländlichen Tourismus – die jedoch bislang kaum quantifiziert ist (vgl. Abschnitt 4.1) – sich gleichmäßiger in alle möglichen Landschaftsformen auch außerhalb der traditionellen Tourismusressorts zu verteilen (LANE, 1994).

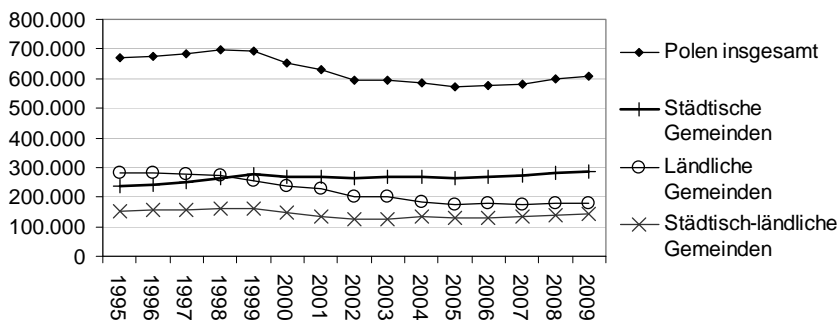
Von politischer Seite wird der Tourismus bis heute – auch auf Ebene der EU – als effektiver Katalysator für ländliche Entwicklung propagiert, um die Wirtschaftsstruktur ländlicher Räume zu diversifizieren und Einkommen und neue Arbeitsplätze zu schaffen (SHARPLEY und VASS, 2006). Viele ländliche Entwicklungsprojekte – beispielsweise im Rahmen von LEADER in der EU (MARQUARDT, 2008; ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG, 2003) oder der Förderung eigenständiger Regionalentwicklung in Österreich (GERHARDTER und GRUBER, 2001) – setzen ihre Förderpriorität auf den Tourismus. Allerdings ist die exakte Erfassung von erzielten Arbeitsplatz-, Einkommens- und Multiplikatoreffekten schwierig (STEINECKE, 2006). Studien zum ländlichen Tourismus benennen teilweise nur bescheidene Erfolge bezüglich neuer Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist der Anteil saisonaler und schlecht bezahlter Arbeit im Tourismus generell hoch

(RIBEIRO und MARQUES, 2002). Ländlicher Tourismus kann eine verbesserte Lebensqualität schaffen, die Umweltsensibilität erhöhen, dörfliche Traditionen aufwerten sowie neue Menschen und "städtische Ideen" in die Dörfer bringen (OPPERMANN, 1996; STEINECKE, 2006; WTO, 2004). Aber auch negative Auswirkungen wie Landschaftsbelastung oder soziale Spannungen sind möglich, vor allem dann, wenn der Tourismus eine größere Dimension in der Region annimmt (STEINECKE, 2006).

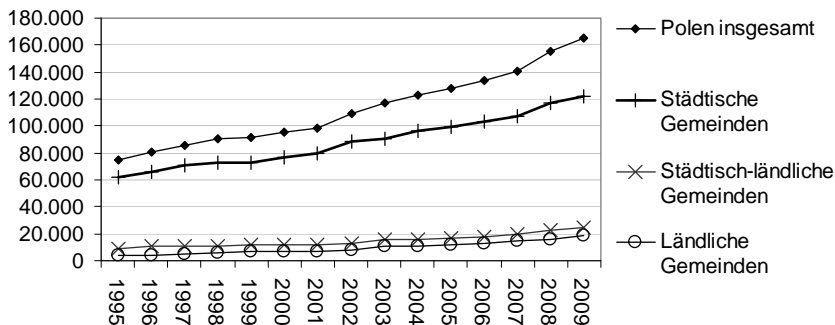
4.3 Entwicklung und Struktur des ländlichen Tourismus in Polen

In Polen hat der ländliche Tourismus eine längere Tradition. Bereits im 19. Jahrhundert haben wohlhabende Stadtbürger ihre Ferien auf dem Lande und auf Bauernhöfen verbracht (SIKORSKA-WOLAK, 2006). Nach dem zweiten Weltkrieg war das Modell des Sozialtourismus vorherrschend. Staatliche oder gewerkschaftliche Erholungszentren machten den Großteil der nicht-privaten Bettenkapazitäten aus – neben Campingplätzen, Privatzimmern und anderen Unterkünften (KRUCZALA, 1990; PAESLER, 2007). Ferien auf dem Land wurden darüber hinaus von der Polnischen Touristikgenossenschaft "Gromada" unter dem Namen "Urlaub unter dem Birnenbaum" organisiert (FEDYK, 1999). Seit 1990 hat die Kapazität der nicht-privaten Unterkünfte in Polen insgesamt abgenommen (KLEMENTOWSKI et al., 2000).

Abbildung 15: Betten in Beherbergungsbetrieben in Polen 1995-2009



Quelle: CSO, 2010.

Abbildung 16: Betten in Hotels in Polen 1995-2009

Quelle: CSO, 2010.

Zahlen ab 1995 zeigen, dass sich in den ländlichen Gemeinden der Rückgang der touristischen Betten fortsetzt (siehe Abbildung 15) – insbesondere in Erholungszentren, Campingplätzen, Schutzhütten und Jugendherbergen (CSO, 2010). Zwei Unterkunfts-kategorien zeigen in ländlichen Räumen jedoch ein starkes Wachstum:

(1) Die Zahl der Hotelbetten ist seit 1995 in ländlichen Gemeinden kontinuierlich gestiegen, so dass sich der Anteil der Hotelbetten in ländlichen Gemeinden an allen Hotelbetten in Polen von 5 % im Jahr 1995 auf 11 % im Jahr 2009 erhöht hat (siehe Abbildung 16). Im Jahr 2009 entfielen auf die Hotels 10 % aller Betten nicht-privater touristischer Unterkünfte in ländlichen Gemeinden (CSO, 2010).

(2) Die Zahl der Agrotourismusbetriebe hat seit 1990 rasant zugenommen. Nach Zahlen der landwirtschaftlichen Beratungszentren⁴⁵ sind die agrotouristischen Betriebe von 590 im Jahr 1990, auf 4.800 im Jahr 1997, 7.350 im Jahr 2002 und 8.244 im Jahr 2004 angestiegen (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, 2005). Im Jahr 2007 gab es nach einer Erhebung des INSTITUTES FÜR TOURISMUS (2007) in allen Gemeinden Polens 8.790 Agrotourismusbetriebe. Agrotourismusbetriebe haben heute einen bedeutenden Anteil an allen touristischen Betten in ländlichen Räumen. Im Jahr 2007 wurden 310.872 Betten in nicht-privaten Unterkünften in ländlichen und städtisch-ländlichen Gemeinden (CSO, 2010) und 87.144 Betten in agrotouristischen Betrieben (INSTITUTES FÜR TOURISMUS, 2007) gezählt. In Polen insgesamt befinden sich schätzungsweise 10 %

⁴⁵ Bei den Zahlen agrotouristischer Betriebe gibt es deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Quellen. Exakte, offizielle Zahlen zu den Agrotourismusbetrieben existieren nicht, da sie größtenteils zu den Privatunterkünften zählen. Einkommen aus Zimmervermietung und Gästever-sorgung bis zu 5 Zimmer sind von der Steuer befreit und müssen nicht registriert werden. Auch in dem Verband "gastfreundliche Bauernhöfe" ist nur ein Bruchteil der Betriebe organisiert.

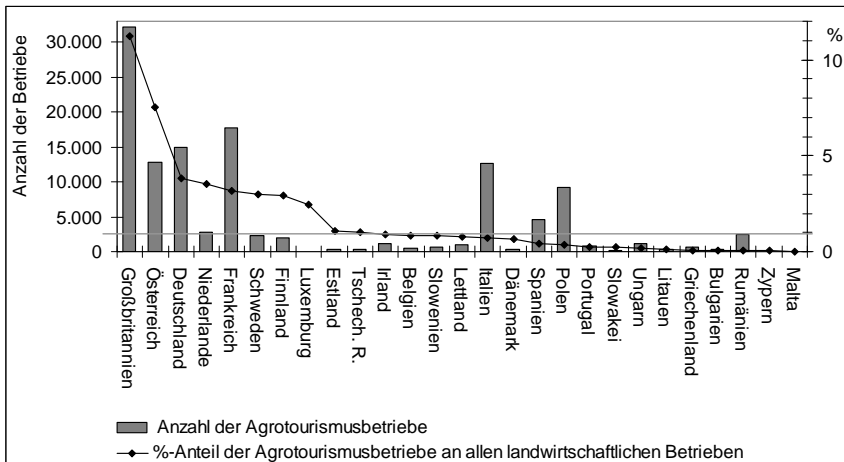
aller touristischen Betten in Agrotourismusbetrieben und 26 % in anderen Privatunterkünften, wobei beide Kategorien nicht von der amtlichen Statistik erfasst werden.⁴⁶

Die bemerkenswerte Entwicklung des Agrotourismus in Polen seit 1990 als ein Segment des ländlichen Tourismus soll im Folgenden genauer betrachtet werden. Durch die starke Zunahme der agrotouristischen Betriebe ist ihre absolute Anzahl im Vergleich mit anderen EU-Ländern hoch, obwohl ihr prozentualer Anteil an der Vielzahl kleiner landwirtschaftlicher Betriebe in Polen mit 0,4 % im Jahr 2005 eher gering ist (siehe Abbildung 17). Das Hauptmotiv für die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe in Richtung Tourismus ist – in weit höherem Maße als in Westeuropa – das erhoffte Zusatzeinkommen (BOTT-ALAMA, 2004; HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005; PRZEZBÓRSKA, 2005; SIKORSKA, 2007). Dies deutet neben der rasanten Entwicklung des Angebotes, mit der die Nachfrage nicht Schritt halten konnte (HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005), darauf hin, dass die Aufnahme des Agrotourismus teilweise Merkmale einer "erzwungenen" distress-push Diversifizierung⁴⁷ aus der schlechten Lebenssituation heraus aufweist, was die nachhaltige Lebensfähigkeit der Betriebe in Frage stellt. Einige Betriebe geben aber auch die Gelegenheit zu einem neuen Geschäft und das touristische Interesse an ländlicher Erholung als Beweggrund an (BOTT-ALAMA, 2004; HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005; KACHNIARZ, 1996) – im Sinne einer von anziehenden Faktoren dominierten demand-pull Diversifizierung. Eine Lebensstilentscheidung scheint der Agrotourismus in Polen im Gegensatz zu Westeuropa indessen kaum zu sein (HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005).

⁴⁶ Eigene Berechnung basierend auf der Erhebung des INSTITUTES FÜR TOURISMUS 2007 (Agrotourismus und Privatunterkünfte) und der amtlichen Statistik des CSO, 2010 (Beherbergungsbetriebe).

⁴⁷ Nach MÖLLERS (2006) lassen sich die Anreizmuster für die Diversifizierung landwirtschaftlicher Haushalte in sogenannte distress-push und demand-pull Prozesse unterscheiden, basierend auf dem Push-Pull-Modell der Migrationsforschung von LEE (1966). Distress-push Prozesse werden in erster Linie von negativen Faktoren – wie unzureichende Einkommen aus der Landwirtschaft, mangelnde Produktivität oder ineffiziente Land- und Kreditmärkte – bestimmt, welche die Arbeitskräfte in einer "erzwungenen" Entscheidung aus der Landwirtschaft in den außerlandwirtschaftlichen Sektor drängen. Sie resultieren häufig in gering bezahlten manuellen Tätigkeiten oder neu gegründeten Kleinbetrieben mit mangelnder Trag- und Zukunftsfähigkeit. Häufig ist der Zugang der betreffenden Haushalte zu Human-, Sozial-, Finanz- und physischem Kapital sowie natürlichen Ressourcen unzureichend. Demand-pull Prozesse werden dagegen von anziehenden Faktoren – wie höhere Löhne, Prestigege Gewinn und Nachfrage nach Arbeit, Produkten oder Dienstleistungen im außerlandwirtschaftlichen Sektor – dominiert. Die sich daraus ergebenden außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten sind in der Regel durch moderne Unternehmen oder formale Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet.

Abbildung 17: Absolute Anzahl der Agrotourismusbetriebe und ihr prozentualer Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben in der EU-27, 2005



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf EUROSTAT-Daten (Farm Structure Survey).

Anm.: Dänemark 2003. Griechenland, Portugal, Rumänien und Slowenien mit Stichprobenfehlern bis zu 20 %. Bulgarien, Zypern und Litauen mit Stichprobenfehlern über 20 %.

Von politischer Seite wurde die Gründung agrotouristischer Betriebe gewollt und gefördert. Der ländliche Tourismus – und dabei insbesondere der Agrotourismus – wurde mit Beginn der 1990er Jahre in Polen als Möglichkeit angesehen, wirtschaftliche Aktivitäten und Arbeitsplätze jenseits der Landwirtschaft in ländlichen Räumen zu schaffen (KOZAK, 2006). Bereits 1991 wurde im "Irishen Bericht" der Tourismus als wichtiger Faktor in ländlichen Räumen angesehen. Landwirtschaftliche Beratungszentren wurden aufgebaut, welche die Landwirte durch zahlreiche Kurse bei der Aufnahme und Vermarktung einer touristischen Tätigkeit unterstützen, und erste Verbände im Agrotourismus gegründet (AUGUSTYN, 1998). Steuererleichterungen für kleine Agrotourismusbetriebe bis zu fünf Zimmer förderten die Aufnahme touristischer Tätigkeiten von Landwirten (KOZAK, 2006). In den EU-PHARE-Programmen TOURIN I und TOURIN II wurde zwischen 1992 und 1997 von polnischen und EU-Experten auf Basis eine Potenzialanalyse der ländliche Tourismus und Agrotourismus als eins von fünf möglichen, zukünftigen "Markenprodukten" Polens im Tourismus identifiziert. Ein Bericht zu den Möglichkeiten des Agrotourismus benannte 1993 Schwächen, Stärken, Chancen und Risiken und schlussfolgerte, dass der Agrotourismus ein Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden könnte. Im Rahmen der TOURIN-Programme wurden zahlreiche Pilotprojekte im ländlichen Tourismus entwickelt und 1996 die Polnische Vereinigung des ländlichen Tourismus "gastfreundliche Bauernhöfe" (Polskia Federacja Turystyki Wiejskiej "Gospodarstwa Gościnnie") gegründet. In dieser sind heute 53 lokale und

regionale Unterverbände organisiert und sie ist für Vermarktung, Beratung, Weiterbildung und Beantragung von EU-Fördermitteln von Bedeutung. Allerdings ist bis heute nur ein kleiner Teil der Agrotourismusbetriebe Mitglied der Vereinigung. Der ländliche Tourismus erhielt seitdem in offiziellen Dokumenten einen hohen Stellenwert (AUGUSTYN, 1998), was jedoch nicht immer in realen Entwicklungen resultierte. Staatliche Programme – wie Kredithilfen, die EU-Vorbereitungshilfe SAPARD und das SOP "Restrukturierung und Modernisierung des Lebensmittelsektors und Entwicklung des ländlichen Raumes 2004-2006" – sollten die Agrotourismusbetriebe unterstützen (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, 2005), was jedoch nur einem kleinen Teil der Betriebe zugute kam (FIRLEJ und NIEDZIÓŁKA 2007). Das dynamische Wachstum in der Zahl der Agrotourismusbetriebe hat sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, 2005) und die Möglichkeiten für eine weitere quantitative Zunahme scheinen begrenzt. Der Schwerpunkt liegt jetzt eher auf einer Verbesserung des allgemeinen Standards und vor allem dem Ausbau der angebotenen Aktivitäten, der notwendig ist, um Gäste für einen Landurlaub zu motivieren (KOZAK, 2006; SIKORSKA-WOLAK, 2006). Die Spezialisierung der polnischen Agrotourismusbetriebe ist beispielsweise im Vergleich zu irischen Anbietern immer noch gering (HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005). Allerdings gibt es eine legale Barriere für die Spezialisierung und Erweiterung, da die Aktivitäten auf das bisherige Betriebsgelände beschränkt bleiben müssen, um weiter in den Genuss von Steuererleichterungen zu kommen (KOZAK, 2006).

Eine fundierte Evaluierung der Agrotourismusedwicklung wird dadurch erschwert, dass es keine genauen, umfassenden Zahlen zu Struktur, Einkommen, Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Gästen agrotouristischer Betriebe gibt (KOZAK, 2006). Die Erfahrungen aus Westeuropa zeigen, dass das Einkommen aus dem Agrotourismus meist nur einen kleinen Zusatz zum Haushaltseinkommen darstellt (HJALAGER, 1996; OPPERMAN, 1996; SHARPLEY und VASS, 2006). Mit durchschnittlich 10 Betten pro Betrieb (INSTITUT FÜR TOURISMUS, 2007, zur regionalen Variation siehe Karte 13 im Anhang), was für kleine Agrotourismusbetriebe schon als hoch anzusehen und mit Westeuropa vergleichbar ist, und einem Preisniveau unter dem anderer Beherbergungsbetriebe (BOTT-ALAMA, 2004) wird das erzielbare Einkommen begrenzt. Zwei aktuelle Erhebungen unter Agrotourismusbetrieben ermittelten einen Einkommensanteil des Agrotourismus von durchschnittlich 27 % in Malopolska (TYRAN, 2010) und 18 % im Landschaftsschutzpark Bartschtal in Niederschlesien (KURTYKA, 2010). In einer Erhebung in Wielkopolskie gab die Hälfte der Agrotourismusbetriebe den Anteil des Tourismus am Haushaltseinkommen mit nur 10 % oder weniger an. Als Haupteinnahmequelle bezeichneten den Tourismus dagegen nur 17 % der Betriebe (PRZEZBÓRSKA, 2003), in einer Erhebung in Ermland und Masuren waren dies 13 % (KRZESKI, 2005) und einer anderen Studie in Podkarpackie 25 % (BOTT-ALAMA, 2004). Eine stärkere Konzentration der Betriebe auf den Tourismus – wie z. B. in Irland, wo 39 % der Betriebe Tourismus als Haupteinnahmequelle bezeichnen – könnte ihre Spezialisierung, Marktorientierung

und touristische Kooperationen unterstützen, wird von vielen Betrieben in Polen jedoch eher abgelehnt (HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005). Vergleichbar mit der Situation in Westeuropa (HJALAGER, 1996) schafft der Agrotourismus in Polen in der Regel keine neuen Arbeitsplätze für familienfremde Arbeitskräfte, sondern verhindert im Wesentlichen das Abwandern der einbezogenen Familie, indem er die freie Arbeitskraft nutzt (GOLEMSBKI und MAJEWSKI, 2003; KOSMACZEWSKA, 2008). Angesichts der hohen versteckten Arbeitslosigkeit in Polen (FDPA, 2002 und 2008) ist die bessere Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraft jedoch bereits ein wichtiger Beitrag. Zusätzlich können neue Arbeitsplätze in ergänzenden Tourismusangeboten in der Region entstehen (KOSMACZEWSKA, 2008). Der Anteil ländlicher Haushalte, der direkt vom Agrotourismus profitiert, ist mit unter 1 % relativ klein, kann jedoch in einigen Regionen weit höher liegen. Die agrotouristischen Betriebe konzentrieren sich auf die traditionellen Tourismusgebiete in den Karpaten und Sudeten, den Seengebieten Nordpolens und an der Ostsee (siehe Karte 13 im Anhang). In einigen Regionen wie dem äußersten Südosten oder Nordosten Polens haben agrotouristische Betten einen hohen Anteil am touristischen Angebot im Vergleich zu den nicht-privaten Beherbergungsbetrieben. Darüber hinaus sind touristische Funktionen und der wirtschaftliche Nutzen daraus häufig selektiv auf bestimmte Gemeinden konzentriert (BĄSKI, 2003; PABIAN and JAROSZEWICZ, 2009). Dörfer mit Agrotourismus- und anderen ländlichen Tourismusbetrieben können als Ganzes durch diese Betriebe profitieren, beispielsweise durch die Verbesserung der Ästhetik, die Nutzung vorhandener Hausressourcen, die Ermutigung zum Erwerb neuer Kenntnisse, die persönliche Weiterentwicklung durch den Kontakt mit Touristen, das zunehmende Bewusstsein für das Kultur- und Naturerbe und die Förderung von Unternehmertum (BOTT-ALAMA, 2004). Letzteres betrachtet BOTT-ALAMA (2004) als größten Nutzen des ländlichen Tourismus, da sie das Fehlen von Unternehmertum als eine der wichtigsten Barrieren für die ländliche Entwicklung in Polen ansieht.

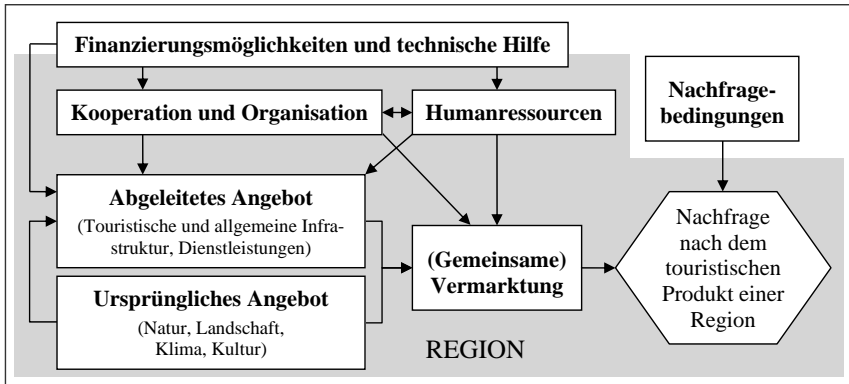
4.4 Determinanten für eine erfolgreiche touristische Entwicklung

Um das Potenzial des ländlichen Tourismus für die Entwicklung ländlicher Räume in Polen abschätzen zu können, ist es erforderlich, die relevanten Bestimmungsfaktoren für eine erfolgreiche regionale touristische Entwicklung zu identifizieren und zu analysieren. Als Grundlage dafür wird auf den Erklärungsansatz nationaler Wettbewerbsvorteile von Michael E. PORTER zurückgegriffen (vgl. Abschnitt 3.3.3). Nach PORTER (1993) fördern oder behindern folgende Faktoren in ihrer jeweiligen Ausprägung den Erfolg einer bestimmten Branche in einem Land oder einer Region: (1) Faktorbedingungen (Humanvermögen, materielle Ressourcen, Wissensressourcen, Kapitalressourcen, Infrastruktur), (2) Nachfragebedingungen, (3) verwandte und unterstützende Branchen, (4) Unternehmensstrategie, Struktur und Wettbewerb. Eine wechselseitige Verstärkung und Bedeutungszunahme können diese Bestimmungsfaktoren durch die von PORTER bei international erfolgreichen Branchen vielfach beobachtete, räumliche Ballung branchengleicher Unternehmen und mit

ihnen verbundener Institutionen in sogenannten Clustern erfahren (PORTER, 1993 und 1998). PORTER (1998) führt aus, dass Cluster in nahezu allen Branchen möglich sind und in ländlichen wie städtischen Regionen sowie auf verschiedenen Maßstabsebenen auftreten können – also auch als Tourismuscluster in ländlichen Räumen. Sie sind im besten Fall anzusehen als Erscheinungsform der Interaktionen zwischen allen vier oben genannten Bestimmungsfaktoren (PORTER, 1998). Der Ansatz von PORTER stellt durch seine definitorische und konzeptionelle Elastizität einen eher weit gefassten Rahmen dar, der für viele Interpretationen offen ist (vgl. Abschnitt 3.3.3). Diese Eigenschaft – unabhängig davon, ob man sie als Stärke oder Schwäche des Konzeptes ansieht – erfordert eine Anpassung von PORTERS Ansatz auf den Tourismus, um eine fruchtbare Analyse zu ermöglichen. Dies ist auch notwendig aufgrund des besonderen Charakters der touristischen Dienstleistungen, die zahlreichen Arten von Marktversagen ausgesetzt sind. Dazu gehören hohe Transaktionskosten (durch fehlende Marktinformationen kleiner Tourismusanbieter), Eigenschaften öffentlicher Güter einiger Dienstleistungen (wie Destinationsmarketing, Landschaftserhaltung, Bereitstellung allgemeiner Infrastruktur) und erhebliche externe Effekte der auf die Erhöhung der touristischen Attraktivität einer Region abzielenden Maßnahmen (VALENTINOV und BAUM, 2008). Nach Auswertung der Literatur zu Erfolgsfaktoren im Tourismus (zitiert in den folgenden zwei Absätzen) wurde das allgemeine Modell PORTERS modifiziert und ein auf den Tourismus zugeschnittener Analyserahmen mit sieben Determinanten für die erfolgreiche touristische Entwicklung einer Region entwickelt: sechs Angebotsfaktoren auf der einen und die Nachfragebedingungen auf der anderen Seite (siehe Abbildung 18 und Abbildung 19).

Nach PORTER (1993) sind die Nachfragebedingungen einer der stärksten einzelnen Bestimmungsfaktoren des nationalen Wettbewerbsvorteils bei den Dienstleistungen einschließlich des Tourismus. Sie umfassen die Zusammensetzung, den Umfang und die Wachstumsstruktur der Nachfrage – insbesondere im Inland – nach den touristischen Dienstleistungen einer Region (PORTER, 1993). Durch den zunehmenden globalen Wettbewerb und die weltweite Tendenz zur Professionalisierung des touristischen Angebots wird es für den Erfolg des ländlichen Tourismus immer wichtiger, seine Angebote auf eine solide Analyse der Nachfrage zu gründen und Trends und Zielgruppen zu identifizieren (FREYER, 2007; OPASCHOWSKI, 2001; STEINECKE, 2006; WTO, 2004).

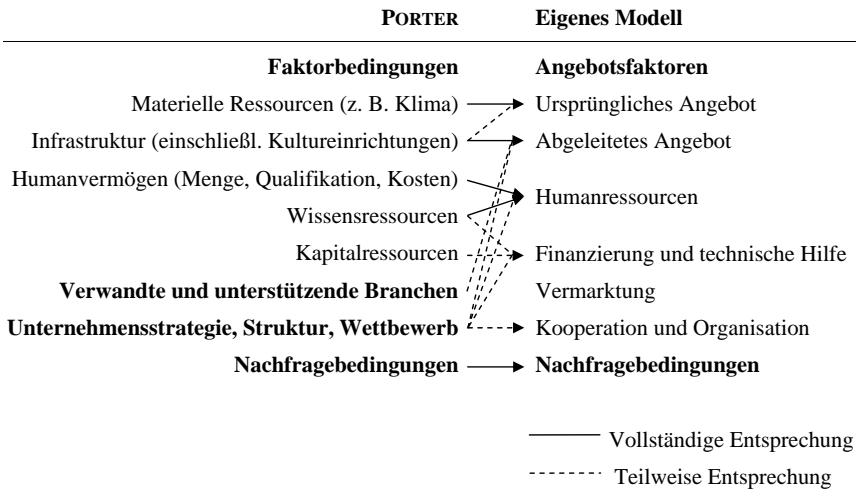
Abbildung 18: Determinanten der erfolgreichen touristischen Entwicklung einer Region



Quelle: Eigene Darstellung.

Neben den Nachfragebedingungen betrachtet PORTER (1993) die Faktorbedingungen (wie Klima und geographische Gegebenheiten) als sehr wichtig für den Erfolg speziell im Tourismus. Daher spielen beide Determinanten auch eine wichtige Rolle im eigenen Analyserahmen. Die Faktorbedingungen wurden in ihre einzelnen Bestandteile aufgeteilt und auf den Tourismus angepasst (siehe Abbildung 19). Das ursprüngliche (Standort gründende) Angebot umfasst die Attraktivität der örtlichen Dorfbilder und Landschaft, die Entfernung zu den Urlaubermärkten, Klima, Kulturdenkmale und Traditionen einer Region. Es ist die wichtigste Voraussetzung für die Eignung einer Region als Feriengebiet. Zur ökonomischen In-Wert-Setzung des ursprünglichen Angebotes sind Leistungen des abgeleiteten (Standort füllenden) Angebotes erforderlich. Dies beinhaltet die touristische und allgemeine Infrastruktur wie Anzahl und Qualität der Unterkunftsbetriebe und Restaurants, Freizeitinfrastruktur einschließlich Angeboten für eine wetterunabhängige Freizeitgestaltung, Geschäfte, Verkehrsanbindung, Gastfreundschaft und Atmosphäre des Urlaubsortes (HAART und STEINECKE, 1995; HAHNE, 2000; HENKEL, 2004; OPASCHOWSKI, 2001). Das abgeleitete Angebot wird von einer Vielzahl (häufig kleiner) Betriebe angeboten. Für den Erfolg des Tourismus in einer Region ist es wichtig, eine kritische Masse zu erreichen, die Angebote zu bündeln und auf klar definierte Zielgruppen auszurichten. Auch ein gewisses Maß an Inszenierung, z. B. durch Themenrouten, gehört dazu (HAHNE, 2000; OPASCHOWSKI, 2001; WTO, 2004). Um Angebote des ländlichen Tourismus erfolgreich aufbauen und vermarkten zu können, spielen die Humanressourcen eine entscheidende und immer wichtigere Rolle. Sie umfassen die Menge und Qualifikation der Arbeitskräfte, die Wissensressourcen, Eigeninitiative sowie Kooperations- und Risikobereitschaft.

Abbildung 19: Vergleich von PORTERS Erklärungsansatz nationaler Wettbewerbsvorteile mit dem eigenen Modell erfolgreicher regionaler Tourismusentwicklung



Quelle: Eigene Darstellung.

Daher sind Aus- und Weiterbildung gerade der kleinen Tourismusanbieter wichtig, denen oft unternehmerische Fähigkeiten sowie wichtige Kenntnisse und Erfahrung im Tourismusgeschäft fehlen (GANNON, 1994; LONG und LANE, 2000; PECHLANER, 2003; RAICH, 2006; WTO, 2004). Zusätzlich benötigt die Entwicklung des ländlichen Tourismus ausreichende Kapitalressourcen in Form von Eigenkapital der Betriebe, verfügbaren Krediten und Geldern der öffentlichen Hand. Da diese in vielen ländlichen Regionen nicht ausreichen, sind exogene Investitionshilfen und Beratung häufig notwendig (LONG und NUCKOLLS, 1994; WTO, 2004). Dies trifft insbesondere für Regionen zu, die durch Abwanderung einen guten Teil ihrer Humanressourcen verloren haben und in denen öffentliche Hand und Betriebe nur geringe Investitionskapazitäten aufweisen (HAART und STEINECKE, 1995; WILSON et al., 2001).

Vermarktung wurde als neuer Bestimmungsfaktor eingeführt, da sie für Marktzugang, Imagebildung und Anregung der Nachfrage eine entscheidende Rolle spielt. Ein professionelles, zielgruppenorientiertes Marketing sollte gemeinsam in einer Region durchgeführt werden, da vielen kleinen Tourismusanbietern die notwendigen Ressourcen und Kenntnisse fehlen und der Tourist nicht Einzelprodukte nachfragt, sondern das gesamte touristische Leistungsbündel einer Destination, deren Abgrenzung meist nicht mit Verwaltungsgrenzen übereinstimmt (FREYER, 2007; HAHNE, 2000; LONG und LANE, 2000; WILSON et al., 2001). Diese Tatsache verdeutlicht – neben der kleinteiligen Betriebsstruktur und den Vernetzungen des

Tourismus mit anderen Wirtschaftsbereichen – die kritische Rolle von Kooperation, Partizipation und effizienter Organisation als grundlegende Unternehmensstrategie (im Sinne von PORTER) im Tourismus (FUCHS, 2007; HAHNE, 2000; LONG und NUCKOLLS, 1994; OPASCHOWSKI, 2001; PECHLANER, 2003; RAICH, 2006; WILSON et al., 2001). Einzelne Akteure oder Gemeinden besitzen keine ausreichenden Ressourcen, um sich am nationalen oder gar internationalen Tourismusmarkt mit dem deutlich verschärften Wettbewerb zu etablieren, denn die wahren Wettbewerber liegen nicht nebenan, sondern im (fernen) Ausland. Strategisch-konzeptionelle Aufgaben wie Angebotsvernetzung können überhaupt nur gemeinsam durchgeführt werden, während andere Aufgaben wie Marketing auf diese Weise sehr viel effizienter sind (FUCHS, 2007; OPASCHOWSKI, 2001; RAICH, 2006). Partizipation und Kooperation sind jedoch komplexe und häufig schwierige Prozesse. Neben Trittbrettfahrerproblemen können Konflikte und ungleiche Machtbeziehungen in den Gemeinden, die Ablehnung gemeinsamer Aktivitäten oder einfach mangelndes Interesse die Kooperationen stark behindern (HOLLAND, 2000; RAICH, 2006; ROBERTS und SIMPSON, 1999; SAXENA et al., 2007; VAN DER STOEP, 2000; VERBOLE, 2000). Zu den Erfolgsfaktoren einer Kooperation gehören Vertrauen, eine Führungspersönlichkeit, das individuelle Erkennen der Interdependenz und eines Nutzens der Zusammenarbeit, klare Ziele, Legitimität, eine effiziente Gremienarchitektur und die Festlegung eindeutiger Regeln (FUCHS, 2007; ROBERTS und SIMPSON, 1999).

4.5 Das Potenzial des ländlichen Tourismus in Polen

Das Vorhandensein bzw. die Entwicklungsmöglichkeit der sieben aufgezeigten Determinanten ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung des ländlichen Tourismus in Polen. Im Folgenden werden diese Bestimmungsfaktoren auf einer allgemeinen Ebene – basierend auf Literatur und Sekundärdaten – für den ländlichen Tourismus in Polen analysiert. Damit können Grundtendenzen aufgezeigt, aber nicht alle regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden. Aufbauend darauf muss für jede Region in Polen sorgfältig abgewogen werden, unter welchen Bedingungen, in welchem Maßstab und in welcher Form sie Tourismus anbieten kann.

4.5.1 Angebotsfaktoren des ländlichen Tourismus in Polen

Das *ursprüngliche Angebot* weist in Polen vielfältige Landschaften (wie Wälder, Seen, Flusstäler, Gebirge und die Ostseeküste), verschiedene ländliche Traditionen und Agrarstrukturen, mannigfaltige kulturelle Sehenswürdigkeiten und weite Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte auf. Es gibt sogar noch Reste von unberührten, ursprünglichen Wäldern wie der Noteć-Urwald in West-Wielkopolskie oder die Urwälder von Augustów und Białowieża im Nordosten Polens. Die natürlichen und kulturellen Ressourcen sind also prinzipiell geeignet für den ländlichen Tourismus. Die Saison ist jedoch kurz und durch eher kühle, unbeständige Sommer gekennzeichnet. In den Gebirgsregionen in Südpolen gibt es auch Möglichkeiten für

Wintersport. Die traditionellen Tourismusdestinationen mit hoher landschaftlicher Attraktivität sind die Ostseeküste, die Seengebiete im Norden, die Hochlandgebiete Zentralpolens und die Sudeten und Karpaten im Süden. Ein Problem vieler ländlicher Räume außerhalb dieser Gebiete ist das Fehlen der landschaftlichen Einzigartigkeit. Die quantitative Messung der landschaftlichen Attraktivität ist jedoch methodisch schwierig und objektiv kaum möglich (KREISEL und REEH, 2004), obwohl sie gerade in Polen vielfach versucht wird (z. B. MAZURSKI, 2000 oder auch BERKEL und VERBURG, 2011 für ganz Europa). Daher sollte für jede Region, die an der Entwicklung des Tourismus Interesse hat, eine individuelle, unvoreingenommene Analyse und Experteneinschätzung der landschaftlichen und kulturellen Attraktivität einschließlich der Erreichbarkeit für Touristen aus den großen Städten durchgeführt werden. Besonderes Potenzial haben sicherlich die Gebiete in Polen, die aufgrund ihrer Attraktivität bereits Tourismus entwickelt haben, aber auch das weitere Umland großer Städte mit Wäldern und Seen für Freizeit und Kurzurlaub (BAŃSKI, 2003). Zudem könnten sich die Urwälder beispielsweise von Białowieża als Anziehungspunkte für (internationale) Touristen erweisen (SMOCZYŃSKI, 2009). Doch auch in den übrigen Gebieten können sich touristische Attraktionen "verstecken", die durch eine Analyse aufgespürt oder durch kreative Ideen der Bevölkerung geschaffen werden können. Ein Beispiel dafür ist die Eröffnung eines erfolgreichen Dinosaurierparks nach der Entdeckung von Dinosaurierabdrücken in der Gemeinde Białtów (GRAMZOW, 2006b). HAART und STEINECKE (1995) führen aus, dass durch die Zusammenfassung der Angebotssegmente zu einem einzigartigen Gesamtkonzept sogar das fehlende Alleinstellungsmerkmal der Landschaft kompensiert werden kann.

Dem vielerorts durchaus reizvollen ursprünglichen Angebot steht in Polen ein mangelhaftes *abgeleitetes Angebot* gegenüber. Vergleichbar mit der Situation in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern (JORDAN, 2006; PAESLER, 2007) stellt die unzureichende touristische und allgemeine Infrastruktur eines der Haupthindernisse für die Entwicklung des ländlichen Tourismus dar. Straßennetz, technische Infrastruktur, Beherbergung, Gastronomie und Freizeiteinrichtungen leiden unter jahrzehntelanger Vernachlässigung und benötigen trotz der Verbesserungen in jüngster Zeit bis heute erhebliche Investitionen in den ländlichen Räumen (BIS und BIS, 2009; GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003; KUREK und PAWLUSIŃSKI, 2009; WYRZYKOWSKI, 2000). Die sozialistische Tourismuspolitik konzentrierte Hotels und Investitionen für ausländische Touristen in großen Städten und einigen wenigen attraktiven Gebieten. Daher hatten viele ländliche Regionen 1990 kaum eine wettbewerbsfähige Tourismusinfrastruktur und wiesen einen hohen Anteil von Betten niedrigen Standards auf, der auch für viele der neu entstandenen Agrotourismusbetriebe typisch war. Gute Unterkünfte mittleren Standards sind in vielen Gebieten immer noch nicht in ausreichender Zahl vorhanden (KOZAK, 2006; PAESLER, 2007). Sogar in gut entwickelten Tourismusregionen wie der Ostseeküste ist insbesondere die Verkehrs- und Freizeitinfrastruktur im Vergleich mit anderen westeuropäischen Destinationen schwach (SZWICHTENBERG, 2009). Es gibt

jedoch auch positive Entwicklungen in den letzten Jahren. So war in den ländlichen Räumen Polens im Hotelsektor ein beständiger Anstieg an Einrichtungen höheren Standards zu beobachten. Im Jahr 2009 hat das erste Fünf-Sterne-Hotel in einer ländlichen Gemeinde in Masuren eröffnet (CSO, 2010). Die technische Infrastruktur wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und -reinigung hat sich verbessert und kann nun als allgemeiner Standard angesehen werden (BAŃSKI, 2009; SZWICHTENBERG, 2009). Eine spürbare Verbesserung des touristischen Angebotes ist aufwendig, zeitraubend und kapitalintensiv und daher nach Ansicht von JORDAN (2006) nur punktuell und allmählich in besonders gut geeigneten Regionen wie beispielsweise Masuren möglich. In weniger attraktiven Regionen kann dies nur in Kombination mit einer allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung erfolgen, welche jedoch am wahrscheinlichsten in ländlichen Räumen im Umland großer Städte ist (BAŃSKI, 2003 und 2009). Wie PORTER (1993) feststellt, sind effiziente verwandte und unterstützende Branchen – z. B. Landwirtschaft, Ernährungsindustrie, Informationstechnologie, Bauwesen und Reiseveranstalter – wichtig für die Unterstützung des ländlichen Tourismus. Neben Investitionen in der materiellen Infrastruktur ist außerdem die Entwicklung einer neuen Dienstleistungs- und Unternehmenskultur in allen ehemals sozialistischen Ländern notwendig. Viele Tourismusbetriebe verfolgen vor allem kurzfristige finanzielle Ziele und schenken der Dienstleistungsqualität, Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zu wenig Aufmerksamkeit (AUGUSTYN und THOMAS, 2007; HALL, 1991).

Neben dem abgeleiteten Angebot weisen auch die **Vermarktung**, das Marketingbewusstsein und die Wahrnehmung der Marktsegmentierung deutliche Schwächen auf und es mangelt an professionellen Werbestrategien (GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003; MARCISZEWSKA, 2006; SZWICHTENBERG, 2009; WYRZYKOWSKI, 2000). Beispielsweise erfolgte die Entwicklung des Agrotourismus vielfach produktorientiert in der Hoffnung, die Nachfrage würde sich von selbst einstellen (HEGARTY und PRZEZBÓRSKA, 2005; KRZESKI, 2005). Viele Agrotourismusbetriebe nutzen bis heute nicht die Möglichkeiten von Internet und Email als effektives Marketingwerkzeug (KOSMACZEWSKA, 2010). Daher ist die Stärkung von Vermarktung und Marktforschung ein entscheidender Faktor für den Erfolg des ländlichen Tourismus in Polen. Um auch vermehrt ausländische Touristen anziehen zu können, ist außerdem eine nachhaltige Änderung des negativen Images von "Osteuropa" – einschließlich Polen – notwendig. So gilt Mittel- und Osteuropa bei vielen immer noch als unsicher, arm, schlecht ausgestattet, eintönig und billig (BODMER et al., 2003; KOLB, 2007; WYRZYKOWSKI, 2000). Mit Polen assoziieren außerdem viele Urlauber gestohlene Autos (HOLDERNA-MIELCAREK, 2004; KOLB, 2007). Eine Befragung unter deutschen Autofahrern im Jahr 2010 ergab, dass 79,3 % eine Fahrt nach Polen als besonders risikoreich empfinden (NEWS AKTUELL PRESSEPORTAL, 2010). Und bei einer repräsentativen Umfrage in Deutschland von GEO Special über den Sympathiewert der Nachbarländer im Jahr 2004 landete Polen mit -0,1 Punkten auf dem letzten Platz (N.N., 2004). Die Wahrnehmung Polens durch andere Länder wird auch durch den "Anholt-GfK Nation Brands Index" illustriert.

Im Bereich Tourismus hatte Polen nur Rang 36 unter 50 Ländern (SMOCZYŃSKI, 2009). Die mangelnde Länderkenntnis potenzieller Touristen fördert das schlechte Image, so dass es auch nach einer Reihe von Verbesserungen weiter wirkt (BODMER et al., 2003; SMOCZYŃSKI, 2009). Eine deutliche Veränderung der bestehenden kognitiven Karte braucht Zeit und wird durch viele Faktoren beeinflusst (KOLB, 2007). Auch wenn der Einfluss des Marketings auf das Image einer Destination begrenzt ist (GOVERS et al., 2007), so können eine umfassende Vermarktung auf nationaler und regionaler Ebene, Statistiken über die tatsächliche Situation – beispielsweise bezüglich der Sicherheit – oder Reisereportagen über "Geheimtipps" in Tages- und Wochenzeitungen den Abbau des negativen Images deutlich unterstützen (BODMER et al., 2003). In jüngster Zeit ist eine Aufwertung des Images von Polen beispielsweise durch die Migration fleißiger polnischer Arbeiter seit dem EU-Beitritt zu beobachten (KOLB, 2007; SMOCZYŃSKI, 2009).

Die *Humanressourcen* sind in vielen ländlichen Räumen durch Abwanderung, Überalterung, soziale Frustration infolge hoher Arbeitslosigkeit und ein geringes Bildungsniveau eher ungünstig, so dass sie die Entwicklung des ländlichen Tourismus in naher Zukunft behindern (BAŃSKI, 2003; BIS and BIS, 2009). In vielen Gebieten sind Eigeninitiative, Unternehmergeist und Gastfreundschaft in der Bevölkerung nach wie vor nicht stark ausgeprägt und es fehlt vielen ländlichen Betrieben an unternehmerischen Fähigkeiten und Kenntnissen im Tourismus (AUGUSTYN, 1998; KOZAK, 2006). GOLEMBSKI und MAJEWSKI (2003) sprechen daher von einer "zivilisatorischen Barriere" für den Agrotourismus in Polen. Eine wichtige Rolle spielen Zugezogene aus der Stadt, welche als Pionierbetriebe als erste das Risiko auf sich nehmen und in den "neuen" Wirtschaftszweig Tourismus investieren (GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003; KOZAK, 2006) oder als Künstler die Richtung des ländlichen Tourismus beeinflussen (WYSOCKA, 2004). Zukünftig könnten vielleicht auch zurückkehrende Migranten mit Arbeitserfahrungen in den EU-15-Ländern von Bedeutung sein. Es kann angenommen werden, dass die aktivsten und qualifiziertesten Menschen in den ländlichen Tourismus investiert haben. So zeigen verschiedene Studien, dass der größere Teil der Agrotourismusanbieter mindestens einen sekundären Bildungsabschluss, Fremdsprachenkenntnisse und jüngere Betriebsleiter aufweist und dass die Hälfte von ihnen Weiterbildungskurse besucht hat (FIRLEJ und NIEDZIÓŁKA, 2007; GRYKIEN, 1999; HEGARTY und PRZEBÓRSKA, 2005). In den letzten Jahren sind in ländlichen Räumen einige Verbesserungen bezüglich Arbeitsmarkt, Bildungsniveau, Wanderungssaldo (FDPA, 2008) und der Aktivität ländlicher Bevölkerung – angezeigt durch einen Anstieg von Nichtregierungsorganisationen – beobachtet worden (BAŃSKI, 2009). Es kann jedoch eine hohe Variation auf der Gemeindeebene angenommen werden (vgl. beispielsweise KUPISZEWSKI, 2005 für Migration).

Hemmend für eine touristische Entwicklung in Polens ländlichen Räumen wirken fragmentierte Zuständigkeiten, mangelnde Koordination und schwache *Zusammenarbeit* zwischen Landwirten, Tourismusbetrieben und Behörden (AUGUSTYN

und THOMAS, 2007; GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003; MARCISZEWSKA, 2006). Erfahrungen in der Anwendung partizipatorischer Verfahren sind begrenzt, es fehlt allgemein an Kooperationsbereitschaft und dem Bewusstsein für langfristig, nachhaltig angelegte Strategien (AUGUSTYN und THOMAS, 2007; GRAMZOW, 2006a und 2006b; ROBERTS und SIMPSON, 1999). Auch öffentlich-private Partnerschaften sind in Polen bisher selten (SZWICHTENBERG, 2009). Tourismus ist in Polen vorrangig Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung (MAJEWSKA, 2008), was die Gefahr kleinräumigen Kirchturmdenkens nach sich zieht. Die regionale Ebene zwischen Woiwodschaft und Gemeinde, die für die Entwicklung einer Destination am wichtigsten ist, hat in Polen nur eine marginale Bedeutung. Von den agrotouristischen Betrieben sowie den lokalen und regionalen Organisationen ist nur ein kleiner Teil Mitglied der Polnischen Vereinigung des ländlichen Tourismus "gastfreundliche Bauernhöfe". Viele Agrotourismusbetriebe kooperieren jedoch informell miteinander, z. B. durch das Weiterleiten von Touristen und gemeinsame Vermarktung (FIRLEJ und NIEDZIÓŁKA, 2007). Wichtige Stimulierungseffekte hatte die EU-Initiative LEADER+, die in Polen 2004 als Pilotprogramm eingeführt wurde und auf großes Interesse gestoßen ist, so dass bis 2006 in der ersten Runde 174 und in der zweiten Runde 150 lokale Aktionsgruppen finanziert wurden (FDPA, 2008). Zwei positive Beispiele sind die Partnerschaft Feuersteinkreis (Krzemienny Krąg) in Südostpolen und die Partnerschaft der Nördlichen Halskette (Naszyjnik Północy) in Nordwestpolen. Beide Gruppen haben es geschafft, erfolgreich touristische Angebote aufzubauen und ihre vorhandenen attraktiven – wenn auch nicht einzigartigen – Landschaftsressourcen zu nutzen. Mit Engagement, kreativen Ideen und externer Unterstützung haben sie Engpassfaktoren wie mangelnde Kooperationsbereitschaft oder unzureichende Humanressourcen überwinden können (GRAMZOW, 2006a und 2006b).

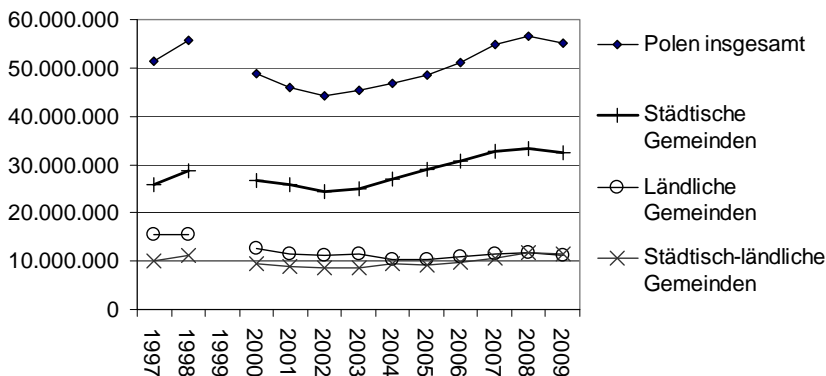
Schließlich stellt die Investitionsschwäche der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft ein gravierendes Problem für den Aufbau eines ländlichen Tourismusangebotes dar, so dass externe **Finanzierungshilfen** im Allgemeinen unabdingbar sind (AUGUSTYN, 1998; BIS und BIS, 2009; MARCISZEWSKA, 2006; GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003; SZWICHTENBERG, 2009; WYRZYKOWSKI, 2000). Kleine landwirtschaftliche Betriebe, die an der Aufnahme des Tourismus interessiert sind, haben dazu häufig keine finanziellen Möglichkeiten. Der Zugang zu Krediten ist trotz staatlicher Programme stark beschränkt (GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003; PETRICK, 2004), so dass nur wenige Agrotourismusbetriebe Kredite aufgenommen haben (FIRLEJ und NIEDZIÓŁKA, 2007; GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003). Hoffnungen sind mit den EU-Hilfen verbunden (GOLEMBSKI und MAJEWSKI, 2003), deren Allokation jedoch stark von den Möglichkeiten zur Kofinanzierung abhängt (siehe Abschnitt 2.5.4). Bisher haben nur wenige Agrotourismusbetriebe EU-Fördermittel genutzt (FIRLEJ und NIEDZIÓŁKA, 2007). Zwischen 2007 und 2013 sind nach dem ländlichen Entwicklungsprogramm Polens 14 % aller EU-Mittel für ländliche Entwicklung in Polen potenziell für den ländlichen Tourismus nutzbar. Dies sind die Maßnahmen "ländliche Erneuerung und Entwicklung" (589,6 Mio. Euro, 3,4 %)

und "Unterstützung der Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen" (1.023,6 Mio. Euro, 5,9 %) der Achse 3 sowie die LEADER-Achse 4 (787,5 Mio. Euro, 4,6 %). Zusätzlich zu den finanziellen Hilfen wird aufgrund der gegenwärtigen Struktur der Humanressourcen *technische Hilfe* in Form von externer Beratung empfohlen.

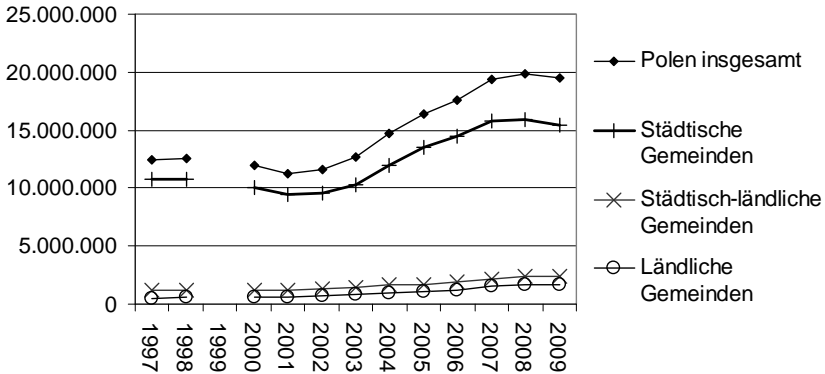
4.5.2 Nachfragebedingungen für den ländlichen Tourismus in Polen

Die Entwicklung der Übernachtungen in ländlichen Räumen zeichnet die Entwicklung der touristischen Betten nach (vgl. Abschnitt 4.3). Nach 1989 brach der Binnenreiseverkehr durch die Aufgabe des "Sozialtourismus", die steigenden Kosten und sinkenden Einkommen – wie auch in den anderen MOEL – stark ein und brauchte mehr als 15 Jahre, um wieder das Niveau vor Beginn der Transformation zu erreichen (CSO, 2010; KLEMENTOWSKI et al., 2000; PAESLER, 2007). Zwischen 1997 und 2009 sind die Übernachtungen in den nicht-privaten Beherbergungsbetrieben in ländlichen Gemeinden leicht gesunken (siehe Abbildung 20). Der Anteil der Übernachtungen in ländlichen Gemeinden an allen Übernachtungen in Polen hat von 30 % im Jahr 1997 auf 21 % im Jahr 2009 abgenommen.

Abbildung 20: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in Polen 1997-2009



Quelle: CSO, 2010.

Abbildung 21: Übernachtungen in Hotels in Polen 1997-2009

Quelle: CSO, 2010.

Dagegen ist die Zahl der Übernachtungen in Hotels in den ländlichen Gemeinden kontinuierlich gestiegen. Dieser Trend wurde sogar nicht durch die Finanzkrise im Jahr 2008 unterbrochen – im Gegensatz zu der durchschnittlichen Entwicklung in Polen (siehe Abbildung 21). Im Jahr 2009 machten die Hotelübernachtungen 15 % aller Übernachtungen in nicht-privaten Beherbergungsbetrieben in ländlichen Gemeinden aus. 1997 waren es erst 3 %.

Ausländische Touristen – mit den Deutschen als größter Gruppe – stellen ein kleines, aber tendenziell seit 2000 leicht wachsendes Segment der ländlichen Tourismusnachfrage dar. Im Jahr 2009 entfielen in ländlichen Gemeinden auf ausländische Touristen 7 % aller Übernachtungen in nicht-privaten Beherbergungsbetrieben (Polen insgesamt 18 %) und 21 % aller Übernachtungen in Hotels (Polen insgesamt 34 %). Die Zahl der ausländischen Übernachtungen ist jedoch seit 2007 leicht gesunken (alle Daten von CSO, 2010) und im Vergleich mit dem Durchschnitt der EU-27 von 40 % im Jahr 2009 eher gering (EUROSTAT-Daten). Für die zukünftige Entwicklung des ländlichen Tourismus in Polen hat damit insbesondere die Binnennachfrage eine große Bedeutung. Gut 80 % aller Urlaubsreisen der Polen über 4 Nächte werden im Inland verbracht (EUROSTAT, 2008, Zahl für das Jahr 2006). Wie PORTER (1993) sehen auch RITCHIE und CROUCH (2003, zitiert in ARMAITIENÉ et al., 2006) eine "kritische Masse" an Inlandsnachfrage, die in der Regel stabiler ist als jene aus dem Ausland, allgemein als wesentlichen Faktor für die erfolgreiche Entwicklung einer Destination an.

Über die genaue Struktur, die Trends und Motive der Nachfrage nach ländlichem Tourismus in Polen ist wenig bekannt, da es kaum umfassende Erhebungen und Untersuchungen gibt. Detaillierte Daten zur Nachfrage nach Agrotourismus oder anderen privaten Unterkünften in ländlichen Räumen fehlen vollständig (SZNAJDER et al., 2009). Das Interesse der polnischen Touristen in Ökotourismus (NOWACZEK und

FENNELL, 2002), ländlichen oder Agrotourismus (PRZEBÓRSKA, 2003) wird Anfang der 2000er Jahre als eher schwach beschrieben. KOZAK (2006) argumentiert, dass das inländische Nachfragepotenzial für den ländlichen Tourismus in Polen bisher begrenzt ist durch den noch hohen Bevölkerungsanteil in ländlichen Räumen und die stark ausgeprägten familiären Bindungen der Städter zum Land. Ein Anstieg des Bevölkerungsanteil in Städten und des bisher eher geringen Umweltbewusstseins in der polnischen Gesellschaft (NOWACZEK und FENNELL, 2002) könnte das Interesse an ländlichem Tourismus zukünftig erhöhen. Für den Agrotourismus geben HEGARTY und PRZEBÓRSKA (2005) an, dass die Entwicklung der Nachfrage mit dem rasanten Wachstum des Angebotes nicht Schritt halten konnte, so dass man eine eher geringe Auslastung der Agrotourismusbetriebe annehmen kann. Das MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG (2005) erklärt allerdings (ohne Zahlen vorzulegen), dass die Nachfrage nach Agrotourismus in Polen Anfang der 2000er Jahre eine steigende Tendenz zeigte. Nach Erhebungen des INSTITUTES FÜR TOURISMUS (2006, 2008, 2009) schwankte der Anteil der agrotouristischen Unterkünfte bei den inländischen Reisen der Polen über 5 Tage zwischen 2 und 5 % im Zeitraum 2004-2009 (5 % im Jahr 2009), ohne einen klaren Trend zu zeigen. Bei den inländischen Kurzreisen der Polen betrug der Anteil 1-2 % (2 % im Jahr 2009). Der Anteil der ländlichen Privatunterkünfte (Agrotourismus und andere) an allen Übernachtungen wurde vom Ministerium im Jahr 2002 auf 6,7 % geschätzt (HEGARTY und PRZEBÓRSKA, 2005), was weit unter ihrem Anteil an den Bettenkapazitäten liegt (vgl. Abschnitt 4.3). Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass es sich bei den Gästen agrotouristischer Betriebe vorwiegend um städtische Familien mit höherer Qualifikation handelt, die wiederholt auf einem Bauernhof Urlaub machen, den sie nach persönlicher Empfehlung ausgewählt haben (BALIŃSKA, 2010; KOZAK, 2006; PRZEBÓRSKA, 2005; ZARÉBSKI, 2006). Während PRZEBÓRSKA (2005) in ihrer Befragung in Wielkopolskie kaum ausländische Gäste ausmachen konnte, nennen Studien in den Karpaten (FIRLEJ und NIEDZIÓLKA, 2007) und Sudeten (z. B. GRYKIEN, 1999) Anteile ausländischer Urlauber, ohne diese jedoch zu quantifizieren. Die Motive für den Urlaub auf dem Land sind vor allem Ruhe und Erholung, niedrige Preise, Kontakt zur Natur, Landleben, gesundes Essen und schöne Landschaft (BALIŃSKA, 2010; SIKORSKA, 2007; ZARÉBSKI, 2006).

Die regionale Analyse der touristischen Nachfrage zeigt eine starke Konzentration auf die traditionellen Tourismusgebiete (siehe Karte 14 im Anhang). So entfielen im Jahr 2007 über zwei Drittel aller Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben auf die Gebiete an der Ostsee (23 %), die großen Städte Warschau, Krakau, Danzig-Zoppot-Gdingen, Breslau, Lodz, Posen und Stettin (zusammen 22 %), die Karpaten (14 %), die Sudeten (6 %) und Masuren (4 %). Nahezu die Hälfte aller ausländischen Übernachtungen findet in den großen Städten statt und weitere

20 % in den Gebieten an der Ostsee.⁴⁸ Im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt ist die Tourismusintensität in Polen eher gering. So lag die Tourismusintensität im Jahr 2007 in Polen bei 1,4 Übernachtungen je Einwohner (CSO, 2010) im Vergleich zu 4,7 Übernachtungen je Einwohner in der EU-27 (EUROSTAT-Daten).

Die Prognose der zukünftigen Tourismusnachfrage ist sehr schwierig (vgl. für einen Überblick FREYER, 2007; SONG und LI, 2008; STEINECKE, 2006). Die Finanzkrise im Jahr 2008 war ein Rückschlag für die Entwicklung des Tourismus in Polen wie in ganz Europa (ETC, 2009). Zwischen 2008 und 2009 haben die einheimischen und ausländischen Übernachtungen in Polen insgesamt abgenommen (CSO, 2010). Das Institut für Tourismus musste seine optimistische Prognose aus dem Jahr 2008 korrigieren und schätzt nun, dass die Anzahl der langen Ferienreisen der Polen im Inland nur leicht von 13,3 Millionen im Jahr 2009 auf 15,3 Millionen im Jahr 2013 steigen werden und damit noch nicht wieder die Zahl von 2007 erreichen. Bei den Ankünften ausländischer Gäste in Beherbergungsbetrieben wird ein Wachstum von 3,9 Millionen im Jahr 2009 auf 4,3 Millionen im Jahr 2013 prognostiziert, was auch noch unter dem Niveau von 2007 liegt (INSTITUT FÜR TOURISMUS, 2010). Wie schnell sich der Tourismus wieder erholt, bleibt unklar und ein Risiko für einen weiteren Rückgang der Reisenachfrage besteht fort (ETC, 2009). Die zukünftige Reiseintensität hängt unter anderem von den Trends bei der Arbeitslosigkeit und den Einkommen ab. In Polen wurde der Trend der kontinuierlichen Abnahme der Arbeitslosenrate unterbrochen und die Arbeitslosenrate stieg zwischen 2008 und 2009 von 6,0 % auf 7,7 % (CSO, 2010). Auch die Wachstumsrate des BIP hat sich verlangsamt, zeigte Ende 2009 aber wieder eine Zunahme (PMR, 2010).

Der ländliche Tourismus außerhalb der Haupttourismusdestinationen ist eher ein kleiner Markt als ein großes Tourismussegment. Ein zukünftiges Wachstum der Nachfrage nach ländlichem Tourismus ist in einem moderaten Ausmaß möglich, wenn die Chancen ergriffen oder neue Nachfrage durch innovative Angebote geschaffen werden kann. Wenn der ländliche Tourismus nicht standardisierte, sondern individualisierte Angebote für bestimmte Zielgruppen den Kundenwünschen folgend entwickelt, könnte er von dem allgemeinen Trend hin zu einer zunehmend segmentierten, individualisierten und flexiblen touristischen Nachfrage profitieren (ETC, 2006; KOZAK, 2006; PILS, 2006; STEINECKE, 2006). Auch der allgemeine Trend, statt einer großen Reise im Jahr mehrere kürzere Reisen zu unternehmen (ETC, 2006; PILS, 2006; STEINECKE, 2006), kann dem ländlichen Tourismus entgegenkommen, der als Hauptferienreise für viele nicht attraktiv genug ist, durchaus aber als Zweit- oder Kurzurlaub. Einige Betriebe könnten außerdem versuchen, dem gegenwärtigen Trend des Wellness- und Gesundheitsorientierten Tourismus zu folgen, der auch von der zunehmenden Alterung der Bevölkerung stimuliert wird (ETC, 2006; PILS, 2006). Insgesamt sind die Informationen und Daten über

⁴⁸ Berechnet mit Daten für die 66 NUTS-3-Regionen in Polen (CSO, 2010).

die Dimension, Segmentierung, Präferenzen und Trends des polnischen Tourismus völlig unzureichend. Es gibt einen dringenden Bedarf an fundierter Marktforschung, um den ländlichen Tourismus auf die Vorlieben der Kunden ausrichten und erfolgreich entwickeln zu können.

4.6 Schlussfolgerungen

Ländlicher Tourismus – einschließlich Agrotourismus – ist ein intensiv diskutiertes und politisch unterstütztes Thema in Polen. Seine Bedeutung wird jedoch häufig überschätzt. Tourismus in ländlichen Räumen außerhalb der Haupttourismusdestinationen ist ein kleines Tourismussegment in Polen, Agrotourismus ein Nischenmarkt. Die touristische Nachfrage ist stark auf die traditionellen Tourismusdestinationen an der Ostseeküste, in den Karpaten, den Sudeten und in den Seengebieten Nordpolens sowie auf die großen Städte konzentriert. Doch auch dort ist die Tourismusintensität im europäischen Vergleich eher gering. Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus ist in den meisten ländlichen Gebieten außerhalb dieser Destinationen bis jetzt eher klein. Touristische Angebote und der ökonomische Nutzen aus ihnen sind jedoch oft selektiv auf einzelne Gemeinden konzentriert. Der Agrotourismus als ein Segment des ländlichen Tourismus ist seit 1990 stark gewachsen und hat einen vergleichsweise hohen Anteil an den touristischen Angeboten in den ländlichen Räumen Polens. Er hat in vielen Orten wichtige Impulse für Unternehmertum, Eigeninitiative und Humanressourcen gegeben. Aber auch die agrotouristischen Betriebe befinden sich zu großen Teilen in den traditionellen Tourismusgebieten. Insgesamt profitiert in Polen weniger als ein halbes Prozent aller ländlichen Haushalte direkt vom Agrotourismus und der Beitrag zum jeweiligen Haushaltseinkommen ist eher gering. Neue Arbeitsplätze für familienfremde Arbeitskräfte werden durch den Agrotourismus in der Regel nicht geschaffen. Außerdem ist es fraglich, ob die isolierte Gründung einzelner Agrotourismusbetriebe – teilweise als distress-push-Diversifizierung – ohne die Entwicklung der anderen Angebotsfaktoren und ohne Berücksichtigung der Nachfragebedingungen zukünftig nachhaltig und tragfähig ist.

Das zukünftige touristische Potenzial der ländlichen Räume Polens ist begrenzt. Die Analyse des Potenzials des ländlichen Tourismus in Polen zeigt wenige Stärken, viele Schwächen und einige Chancen (siehe Tabelle 10). Erheblich Defizite bei den Angebotsfaktoren und die private und öffentliche Investitionsschwäche sind kombiniert mit einer begrenzten Nachfrage. Die natürlichen und kulturellen Ressourcen in Polen sind eine wichtige Basis für den ländlichen Tourismus, ihnen fehlt aber außerhalb der traditionellen Tourismusdestinationen häufig die Einzigartigkeit. Die Schwierigkeiten, sich als neue Destination im globalisierten Tourismusmarkt zu etablieren, sind nicht zu unterschätzen. Bei entsprechendem Engagement der Bevölkerung und vorhandener landschaftlicher und/oder kultureller Attraktivität könnten dennoch mehr Gebiete als bisher den Tourismus zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickeln, wenn es gelingt, die vorhandenen Engpässe zu überwinden

und gemeinsam kreative Ideen für "Angebotsbündel" touristischer Dienstleistungen in einer Region zu schaffen. Auch in Regionen ohne besonderes Alleinstellungsmerkmal kann der Tourismus flankierend in kleinerem Maßstab und Nischenmärkten entwickelt werden. Eine realistische Analyse der aufgezeigten sieben Erfolgsfaktoren sollte immer am Anfang stehen und die Tourismusstrategie in ein Gesamtkonzept für die ländliche Entwicklung eingebettet werden. Ein steigendes Interesse an ländlichem Tourismus wird in den meisten Gebieten stark von der Entwicklung der Binnennachfrage abhängen. Auf ausländische Touristen entfällt nur ein kleiner Teil der Übernachtungen und es kann – im Gegensatz zu früheren Erwartungen – nicht angenommen werden, dass in der nahen Zukunft ausländische Touristen in Scharen in die ländlichen Räume Polens strömen.

Eine langfristig erfolgreiche Entwicklung des ländlichen Tourismus in Polen braucht zukünftig: (1) Fundierte Marktforschung und die Pflege des internationalen Images von Polen auf nationaler Ebene; (2) regionale Tourismusstrategien, die auf einer Analyse der sieben Determinanten für eine erfolgreiche touristische Entwicklung einer Destination basieren; (3) funktionierende Organisationen und intersektorale Partnerschaften zwischen privaten Betrieben, Nichtregierungsorganisationen und öffentlicher Hand auf regionaler Ebene⁴⁹ für die Entwicklung und Koordination von kombinierten "Bündeln" touristischer Angebote, Vermarktung, Beratung und Weiterbildung. Der ländliche Tourismus ist kein Allheilmittel für die Strukturprobleme der ländlichen Räume. Die Mehrheit der ländlichen Regionen wird die Diversifizierung ihrer Wirtschaft auf deutlich mehr Standbeine gründen müssen als nur den Tourismus.

⁴⁹ Für die Entwicklung einer Destination ist insbesondere die Ebene zwischen Gemeinde und Woiwodschaft relevant.

Tabelle 10: SWOT-Analyse des ländlichen Tourismus in Polen

Stärken (+)	Schwächen (-)
<ul style="list-style-type: none"> - Vielfältige Landschaften geeignet für Tourismus einschließlich unberührter Landschaften und Resten von Urwäldern - Viele kulturelle Sehenswürdigkeiten - positive Entwicklung von Hotels und Agrotourismus 	<ul style="list-style-type: none"> - fehlendes Alleinstellungsmerkmal der Landschaft in vielen ländlichen Räumen - mangelhafte touristische und allgemeine Infrastruktur - schwaches Marketing(bewusstsein) - ungenügende Koordination der touristischen Angebote - ungünstige Humanressourcen in vielen ländlichen Räumen - geringe finanzielle Ressourcen der öffentlichen Hand und privaten Betriebe - begrenzte Nachfrage und Marktinformation
Chancen ☺	Risiken ☹
<ul style="list-style-type: none"> - Naherholung im Umland großer Städte - lokale Initiativen (z. B. nach dem LEADER-Ansatz) - finanzielle Mittel von (EU-)Programmen - Verbesserung der Straßeninfrastruktur - Wirtschaftliches Wachstum und steigende Einkommen - Wachsendes Umweltbewusstsein in Polen - positive Entwicklung ländlicher Humanressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzkrise verbunden mit höherer Arbeitslosigkeit, reduzierten Einkommen und begrenztem Kreditzugang - lokales Kirchturmdenken (fehlende regionale Kooperation) - Kriminalität (wahrgenommen von Touristen) - anhaltend negatives Image von Polen für ausländische Touristen

Quelle: Eigene Darstellung.

5 ZUSAMMENFASSENDE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, zum einen das Ausmaß und die Veränderung der interregionalen Disparitäten, der Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen und der Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Regionen in den MOEL aufzuzeigen. Zum anderen sollte theoretisch diskutiert werden, ob regionalpolitische Maßnahmen notwendig sind, Disparitäten abzubauen und ländliche Räume zu entwickeln, und wenn ja, wie diese Maßnahmen ausgestaltet werden sollten. Schließlich wurde am Beispiel des ländlichen Tourismus konkret aufgezeigt, wie der Forderung nach der Diversifizierung ländlicher Räume begegnet werden kann.

5.1 Ausmaß und Entwicklung interregionaler Disparitäten in den MOEL

Die empirische Analyse der Daten zum BIP pro Kopf (in Euro KKS) für die NUTS-3-Regionen in den MOEL in den Jahren 1995 bis 2007 ergab in allen Ländern einen deutlichen Anstieg der interregionalen Disparitäten, der in den meisten Ländern bis zum Ende der Untersuchungsperiode andauerte. Ein wichtiger Indikator für die Höhe der interregionalen Disparitäten ist der gewichtete Variationskoeffizient. Dieser misst die Streuung der Pro-Kopf-Einkommen und ist als sogenannte σ -Konvergenz vorzugsweise zur deskriptiven Betrachtung der Entwicklung der räumlichen Einkommensverteilung im Zeitablauf geeignet. In den MOEL hat der gewichtete Variationskoeffizient im Durchschnitt von 0,31 im Jahr 1999 auf 0,46 im Jahr 2007 zugenommen, was deutlich über dem entsprechenden Wert der EU-15-Länder liegt. Während das Ausmaß der Disparitäten und die Geschwindigkeit des Anstiegs zwischen den einzelnen Ländern variiert, sind die kennzeichnenden Prozesse überall gleich. Ein wesentliches Merkmal der zunehmenden regionalen Unterschiede in der Wirtschaftskraft ist das rasante Wachstum der Hauptstadtregionen, mit dem die ärmeren Regionen nicht Schritt halten können. Es kann vermutet werden, dass dieses starke Wachstum der Hauptstädte durch deren Agglomerationsvorteile bedingt ist, die sich in der Transformation unter den freien Kräften des Marktes und der Gewährung persönlicher Freiheit besonders stark entfalten konnten. Die wenigsten Länder haben außer der Hauptstadt weitere bedeutende Wachstumszentren, wie beispielsweise Polen mit seiner polyzentrischen Struktur. Neben den ausgeprägten Metropolisierungsprozessen in den MOEL haben sich auch zwischen den Regionen außerhalb der jeweiligen Hauptstadt die Disparitäten im BIP pro Kopf in den meisten Ländern mehr oder weniger stark vergrößert. Die jeweils ärmsten Regionen der betrachteten Länder sind in den letzten Jahren in ihrem BIP pro Kopf gegenüber dem jeweiligen nationalen Durchschnitt weiter zurückgefallen.

Daten von Eurostat und aus nationalen Quellen deuten darüber hinaus auf ein deutliches Stadt-Land-Gefälle im Einkommen und der Wirtschaftskraft hin.

Die Analyse der sozioökonomischen Unterschiede zwischen einzelnen ländlichen Regionen in den MOEL zeigt, dass ländliche Räume außerhalb des engeren Einzugsbereiches großer Städte in den MOEL mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind. Bevölkerungsabnahme insbesondere durch die selektive Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen, eine ungünstige Sektorstruktur, die schwierigen Umstrukturierungsprozesse der Landwirtschaft während der Transformation, hohe Anteile kleiner (Semi)subsistenzbetriebe und überalterter, in Teilzeit arbeitender Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, unzureichende Investitionen, fehlende außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze und eine damit verbundene hohe Jugendarbeitslosigkeit spielen mehr oder weniger überall eine Rolle, weisen in ihrer Dimension aber eine große Variation zwischen Regionen und Ländern auf. Ländliche Räume sind keinesfalls homogen: Das Ausmaß und die Kombination der genannten Probleme sind in den verschiedenen ländlichen Regionen der MOEL sehr unterschiedlich. Daher ist es notwendig, ländliche Entwicklungsmaßnahmen an die jeweiligen spezifischen regionalen Bedingungen anzupassen. Dies wird auch durch die Typisierung ländlicher Regionen mit Hilfe einer Clusteranalyse deutlich. Aus den analysierten Problemen ergeben sich die vorrangigen allgemeinen Herausforderungen für die ländlichen Räume in den MOEL: Die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen und Arbeitsplätze sowie die Unterstützung des Strukturwandels und der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft. Die jeweilige Dringlichkeit und die notwendigen und gangbaren Wege zum Ziel sind in den einzelnen Regionen jedoch sehr verschieden.

Es gibt bisher kaum Anzeichen, dass sich die interregionalen Disparitäten in den MOEL allein durch die Kräfte des Marktes bald abschwächen könnten. Mit Hilfe der gängigen regionalökonomischen Theorien lassen sich keine eindeutigen Aussagen über die zu erwartende zukünftige Entwicklung der regionalen Ungleichgewichte treffen. Neben den beiden Extrempositionen – langfristig vollständige Konvergenz (neoklassisches Modell) und dauerhafte Divergenz (Polarisationstheorie nach MYRDAL) –, die sich beide empirisch nicht eindeutig bestätigen lassen, liefern andere theoretische Ansätze viele Aussagen zu möglichen Tendenzen in Abhängigkeit verschiedener Faktoren, jedoch ohne die jeweiligen Bedingungen klar (und quantifizierbar) herauszuarbeiten. Viele theoretische Ansätze und Modelle (vor allem Polarisationstheorien, endogene Wachstumstheorie und neue ökonomische Geographie) zeigen jedoch die reale Möglichkeit einer (dauerhaften) Divergenz zwischen Regionen. Sie liefern damit eine distributionspolitische Rechtfertigung für Regionalpolitik⁵⁰, wenn ein Abbau regionaler Disparitäten und die Angleichung der Lebensverhältnisse dem Ausgleichsziel folgend gesellschaftlich und politisch gewünscht sind. Dann scheinen staatliche Maßnahmen zum regionalen Ausgleich unumgänglich,

⁵⁰ Eine allokatonspolitische Rechtfertigung lässt sich aus den Theorien dagegen nicht ableiten.

entweder als ungebundener Finanzausgleich, der tendenziell eher zu einer dauerhaften Abhängigkeit der schwachen Regionen führt, oder als Regionalpolitik – verstanden als staatliches Eingreifen in das Wirtschaftsgeschehen zugunsten bestimmter Regionen, mit dem Ziel, regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verringern und "Hilfe zur Selbsthilfe" zu ermöglichen. Es besteht allerdings ein Trade-off zwischen ausgleichender Regionalpolitik und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel, welches in den MOEL eine hohe Priorität hat, um den Entwicklungsrückstand zu den EU-15-Ländern aufzuholen.

Mit den Beitrittsvorbereitungen und dem schließlich erfolgten EU-Beitritt wurden in den MOEL die Regional- und ländliche Entwicklungspolitik der EU eingeführt. Die Ansprüche der EU-Regionalpolitik und die realen politischen Strukturen der MOEL erweisen sich jedoch nach wie vor als weitgehend inkompatibel. So bleibt der Aufbau der für die Implementierung der EU-Politik notwendigen Institutionen und Kapazitäten problematisch und eine große Herausforderung. Es ist abzuwarten, welche Wirkungen die EU-Politik auf die regionale Entwicklung in den MOEL entfalten kann. Kritische Punkte bleiben die unzureichenden finanziellen, institutionellen und personellen Ressourcen auf der regionalen Ebene, mögliche Probleme bei der Kofinanzierung der EU-Fördermittel, die bisher eher geringe Berücksichtigung des Partnerschaftsgrundsatzes der EU-Regionalpolitik, d. h., die geringe Einbeziehung von lokalen und regionalen Körperschaften, Unternehmen, Sozialpartnern und anderen Organisationen in die Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Programmen, die starke Ausrichtung der ländlichen Entwicklungspolitik auf die Landwirtschaft und eine bisher begrenzte Fähigkeit der zuständigen Stellen, innovative Ansätze für die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu entwickeln. Darüber hinaus fehlt der EU-Regionalpolitik (ebenso wie den nationalen Regionalpolitiken) generell eine klare Fundierung bezüglich der Ursachen interregionaler Disparitäten, an denen die politischen Maßnahmen erfolgreich ansetzen können. Daher wurden die regionalökonomischen Wachstums- und Entwicklungstheorien daraufhin analysiert, ob sie Antworten auf die Fragen nach den Ursachen der interregionalen Disparitäten und ihrer Beeinflussbarkeit durch die Regionalpolitik geben.

5.2 Erklärungsbeitrag regionalökonomischer Theorien bezüglich der Ursachen interregionaler Disparitäten und ihrer Beeinflussbarkeit durch Regionalpolitik

Die Analyse regionalökonomischer Theorien hinsichtlich der Ursachen für interregionale Disparitäten im Einkommen und in der wirtschaftlichen Entwicklung verdeutlicht, dass es weder *die eine* Theorie der Regionalentwicklung noch *die eine* Ursache für eine erfolgreiche Regionalentwicklung oder das Zurückbleiben einer Region gibt. Die verschiedenen regionalökonomischen Ansätze betrachten jeweils unterschiedliche Aspekte des regionalen Entwicklungsprozesses. Sie stehen nebeneinander, ergänzen einander und widersprechen sich teilweise. Es ist in

dieser Arbeit allerdings gelungen, sechs wesentliche Faktoren der Regionalentwicklung aus den betrachteten regionalökonomischen Theorien abzuleiten: regionale Ausstattungsmerkmale, "zufällige" Standortentscheidungen, Agglomerationsvorteile, technischer Fortschritt, Netzwerke und die Verflechtung einer Region mit nationalen und internationalen Märkten (siehe Abbildung 14 auf S. 113). Welcher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region der entscheidende ist, lässt sich nicht verallgemeinern, sondern scheint von Fall zu Fall unterschiedlich zu sein. Für die Gestaltung einer effektiven Regionalpolitik ist es daher wichtig zu prüfen, welche Faktoren für die entsprechende Interventionsregion relevant sind und wo die größten Hemmnisse und der größte Handlungsbedarf bestehen.

Für die ländlichen Räume in den MOEL – insbesondere außerhalb des weiteren Umlandes großer Städte – stellt die große Bedeutung der Agglomerationsvorteile und daran gekoppelter Lernprozesse allgemein einen strukturellen Nachteil dar. Darüber hinaus wirken sich die ungünstige regionale Ausstattung (z. B. in Bezug auf Humankapital, Nachfrage, Infrastruktur), die geringe Kooperationsbereitschaft (und damit eher weniger Netzwerke) und das starke Metropolenwachstum (und die damit verknüpften kumulativen Prozesse und Entzugseffekte) seit Beginn der Transformation negativ aus. Aus den regionalökonomischen Theorien lassen sich nur wenige Ansatzpunkte für die positive Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Peripherregionen in den MOEL ableiten. Das neoklassische Modell postuliert ein langfristiges Aufholen der ländlichen Räume. Da dieses jedoch auf sehr restriktiven Annahmen aufbaut und sich die auf Neoklassik und Exportbasistheorie basierte, mobilitätsorientierte Regionalpolitik in Westeuropa gerade für ländliche Räume als relativ unwirksam erwiesen hat (vgl. MAIER et al., 2006; MÖNNICH, 2004), ist deren Nutzen für die Ableitung regionalpolitischer Maßnahmen für die Entwicklung ländlicher Räume stark eingeschränkt. In der Exportbasistheorie ist die Rolle der ländlichen Räume unklar, da der Ansatz nicht erklärt, warum sich exportierende Industrien in bestimmten Regionen ansiedeln und in anderen nicht und ob es sich dabei um ländliche oder städtische Räume handelt. Die Polarisierungstheorien und die neue ökonomische Geographie weisen den ländlichen Peripherräumen eher die Rolle dauerhaft zurückbleibender Regionen zu. Die genauen Bedingungen, die auch nach diesen Theorien (HIRSCHMANN, RICHARDSON, verschiedene Modelle der neuen ökonomischen Geographie) einen Ausgleich möglich machen – beispielsweise durch Ausbreitungseffekte, Agglomerationsnachteile oder hohe Transportkosten – sind nicht klar herausgearbeitet. Innovative Milieus, lernende Regionen oder die Theorie der langen Wellen sind aufgrund der in den jeweiligen Ansätzen formulierten Mindestanforderungen an Bevölkerung, Betriebe und Infrastruktur auf ländliche Peripherräume eher schwer anwendbar. Auch die Übertragbarkeit der Modelle der endogenen Wachstumstheorie auf die regionale Ebene und damit auf die ländlichen Räume ist noch offen.

Entwicklungsoptionen für ländliche Peripherräume ergeben sich allenfalls aus drei Ansätzen. Dies sind zum einen die eher pragmatischen, strategisch-normativen

Theorien der endogenen Entwicklung (bzw. nach heutigem Forschungsstand einer endogen-exogenen oder neo-endogenen Entwicklung), die in der ländlichen Entwicklungspolitik nach wie vor aktuell sind. Mit ihnen lässt sich jedoch nicht begründen, welche Faktoren die entscheidenden für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region sind. Sie betonen lediglich die Notwendigkeit einer individuellen Analyse und eines auf die jeweilige Region zugeschnittenen, sektorübergreifenden Instrumentariums. Dieses ist aus den Ansätzen aber nicht streng theoriebasiert ableitbar, sondern wird von den Vertretern der endogenen Entwicklung auf pragmatischer Ebene vorgeschlagen. Auch ist im Laufe der Jahre klar geworden, dass die Möglichkeiten einer endogenen Wirtschaftsentwicklung aufgrund der Verflechtung mit nationalen und internationalen Märkten sowie exogen bestimmten Entscheidungen stark eingeschränkt sind. Zum anderen können sowohl das Konzept der Industriedistrikte als auch PORTERS Clusteransatz teilweise Anwendung auf ländliche Räume finden. Konzentrationen spezieller wirtschaftlicher Aktivitäten sind auch innerhalb ländlicher Räume möglich. Nach diesen beiden Ansätzen sollte die Regionalpolitik an den regionsinternen Produktionsfaktoren ansetzen (nach PORTER vor allem in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Infrastruktur), sich nicht auf große Betriebe oder Wachstumsbranchen beschränken, Netzwerke unterstützen und eine koordinierende Rolle übernehmen. Notwendig sind auch hier für jede Region eine Analyse des eigenen Potenzials, die Konzentration auf eigene Stärken und mitunter auch die Einsicht, dass die eigenen Ressourcen für einen überregional sichtbaren Cluster nicht ausreichen.

Es gibt nur wenige Bereiche, in denen die ländlichen Räume allgemein eindeutige Vorteile gegenüber den Stadtregionen aufweisen, d. h. als Raum für die Wirtschaftsaktivität notwendig sind. Dazu gehören die Land- und Forstwirtschaft, der Tourismus (ohne Städtetourismus), rohstofforientierte Unternehmen, Entsorgungsbetriebe und daraus abgeleitet Dienstleistungen für die in den ländlichen Räumen arbeitende und lebende Bevölkerung. Des Weiteren können die oftmals niedrigen Standortkosten und gegebenenfalls die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte für die Produktion reifer Produkte in Zweigwerken von Vorteil sein (Produktlebenszyklushypothese und Konzept der geographischen Industrialisierung). Das bedeutet nicht, dass keine anderen Funktionen in ländlichen Räumen möglich sind. Jedoch müssen gerade die ländlichen Peripherregionen bei vielen wirtschaftlichen Aktivitäten die Nachteile gegenüber den Stadtregionen (Kernstadt und Umland) kompensieren.

Insgesamt sind die Erkenntnisse, die man für die praktische Regionalpolitik zum Ausgleich interregionaler Unterschiede in der Wirtschaftskraft (einschließlich der Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume) aus den regionalökonomischen Theorien ziehen kann, eher enttäuschend. Bei den meisten regionalökonomischen Theorien ist es sehr schwierig, detaillierte, theoriegestützte Handlungsempfehlungen abzuleiten, dies gilt in besonderem Maße für die Entwicklung peripherer ländlicher Räume. Darüber hinaus sind die angenommenen Ursachen räumlicher Entwicklungsunterschiede und die ableitbaren Empfehlungen mitunter sehr unterschiedlich.

Folgende, allgemein wichtige Leitlinien lassen sich jedoch aus der Analyse der regionalökonomischen Theorien feststellen:

- (1) Es gibt nicht *eine* Regionalpolitik, nicht *die* Instrumente, die für alle Situationen passen. Ein auf die jeweiligen Regionen zugeschnittener Ansatz ist unerlässlich.
- (2) In allen Regionen scheint es trotz aller Unterschiede wichtig zu sein, dem – nicht planbaren, doch unter Umständen sehr bedeutsamen – Faktor "Zufall" Wirkungsmöglichkeiten zu geben, d. h. ein institutionelles Umfeld für neue Ideen, Unternehmensgründungen und Unternehmensansiedlungen zu bieten.
- (3) Wegen der großen Bedeutung der Agglomerationsvorteile scheinen aus theoretischer Sicht regionalpolitische Maßnahmen in erster Linie über die Städte erfolgversprechend, wenn es primär um einen Ausgleich zwischen größeren Regionen (und nicht zwischen städtischen und ländlichen Räumen) geht. Für die Entwicklung peripherer ländlicher Räume könnte eine Entwicklung über Kleinstädte als Entwicklungspole geeignet sein. Entscheidend ist hier auf jeden Fall die notwendige "kritische Masse" für einen eigendynamischen Entwicklungsprozess.
- (4) Der Einfluss der Regionalpolitik ist begrenzt, sie kann regionale Entwicklungsprozesse nicht von Anfang an steuern und "aus dem Nichts" neue Entwicklungen anstoßen. Strukturelle Nachteile peripherer ländlicher Räume wie fehlende Agglomerationsvorteile lassen sich auch durch politische Maßnahmen nicht ändern. Es sollte daher bei der Entwicklung und Umsetzung (regional)politischer Maßnahmen sorgfältig abgewogen werden, was in der jeweiligen Region machbar und realistisch ist.
- (5) Da konkrete Maßnahmen meist nicht klar aus den Theorien ableitbar sind und sich Maßnahmen, die man aufgrund theoretischer Ansätze entwickelt hat, teilweise nicht als erfolgreich erwiesen, hat das "Ausprobieren" neuer Wege und regionalpolitischer Instrumente eine besondere Bedeutung. Dabei wäre es hilfreich, einzelne Projekte wissenschaftlich zu begleiten und auf ihren Nutzen für die Regional- und Theorieentwicklung zu prüfen.

5.3 Ländlicher Tourismus – Allheilmittel für die Entwicklung ländlicher Räume in den MOEL?

Es lässt sich festhalten, dass die regionalökonomischen Theorien nur wenige konkrete Hinweise geben, wie der eingangs identifizierten vorrangigen Herausforderung für die Entwicklung ländlicher Räume in den MOEL – die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und Einkommen – am besten zu begegnen ist. Die fehlenden Agglomerationsvorteile erweisen sich in den ländlichen (insbesondere peripheren) Räumen als struktureller Nachteil. So ist es nicht verwunderlich, dass in allen MOEL der Tourismus zu einem wichtigen Hoffnungsträger in der ländlichen Entwicklung geworden ist, als einer der wenigen Bereiche, in denen ländliche Räume eindeutige Vorteile gegenüber den Stadtregionen aufweisen. Die Analyse des Potenzials des ländlichen Tourismus für die Entwicklung ländlicher Räume

mit Hilfe eines auf PORTER basierenden Analyserahmens hat jedoch am Beispiel Polen die Grenzen der Entwicklungsoption "ländlicher Tourismus" deutlich gemacht.

Der ländliche Tourismus zeigt in Polen wenige Stärken, viele Schwächen und einige Chancen. Diese Situation dürfte auf andere MOEL übertragbar sein. Die vielfältigen Landschaften und kulturellen Sehenswürdigkeiten sind prinzipiell für den ländlichen Tourismus geeignet, ihnen fehlt aber außerhalb der traditionellen Tourismusdestinationen häufig die Einzigartigkeit. Erhebliche Barrieren für eine touristische Entwicklung bestehen durch die mangelhafte touristische und allgemeine Infrastruktur, das schwache Marketing(bewusstsein), das anhaltend negative Image von "Osteuropa" für ausländische Touristen, die ungenügende Koordination der touristischen Angebote, ungünstige Humanressourcen in vielen ländlichen Räumen und die geringen finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand und privaten Betriebe. Darüber hinaus ist die Nachfrage nach ländlichem Tourismus begrenzt. So ist beispielsweise die touristische Nachfrage in Polen stark auf die traditionellen Tourismusdestinationen an der Ostseeküste, in den Karpaten, den Sudeten und in den Seengebieten Nordpolens sowie auf die großen Städte konzentriert. Doch auch dort ist die Tourismusintensität im Vergleich mit westeuropäischen Gebieten eher gering. Ein größeres Interesse an ländlichem Tourismus hängt in den meisten Gebieten stark von der Entwicklung der Binnennachfrage ab, die durch steigende Einkommen, eine Zunahme des Bevölkerungsanteils in Städten oder ein wachsendes Umweltbewusstsein in Polen erhöht werden könnte. Chancen bestehen außerdem für die Naherholung im Umland großer Städte. Auf ausländische Touristen entfällt hingegen nur ein kleiner Teil der Übernachtungen und es kann nicht angenommen werden, dass sich das in naher Zukunft wesentlich ändern wird. Insgesamt ist jedoch viel zu wenig über das Ausmaß, die Segmentierung und Wachstumschancen der Nachfrage nach ländlichem Tourismus in Polen bekannt, um das Angebot auf die Vorlieben der potenziellen Kunden ausrichten und erfolgreich machen zu können.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus ist in den meisten ländlichen Gebieten außerhalb der traditionellen Tourismusdestinationen in Polen bis jetzt eher klein. In einzelnen Gemeinden, wo sich touristische Angebote konzentrieren, kann der ökonomische Nutzen jedoch größer sein. Der Agrotourismus als ein Segment des ländlichen Tourismus ist seit 1990 stark gewachsen und hat einen vergleichsweise hohen Anteil an den touristischen Angeboten in den ländlichen Räumen Polens. Er hat in vielen Orten wichtige Impulse für Unternehmertum, Eigeninitiative und Humanressourcen gegeben. Aber auch die agrotouristischen Betriebe befinden sich zu großen Teilen in den traditionellen Tourismusgebieten. Insgesamt profitiert in Polen weniger als ein halbes Prozent aller ländlichen Haushalte direkt vom Agrotourismus, und der Beitrag zum jeweiligen Haushaltseinkommen ist eher gering. Neue Arbeitsplätze für familienfremde Arbeitskräfte werden durch den Agrotourismus in der Regel nicht geschaffen. Außerdem ist es fraglich, ob die isolierte

Gründung einzelner Agrotourismusbetriebe – teilweise nur eine Diversifizierung aus der Not heraus – ohne die Entwicklung der anderen Angebotsfaktoren und ohne Berücksichtigung der Nachfragebedingungen dauerhaft tragfähig ist.

Eine langfristig erfolgreiche Entwicklung des ländlichen Tourismus in Polen sowie anderen MOEL braucht zukünftig: (1) Auf nationaler Ebene eine fundierte Marktforschung sowie die Pflege des jeweiligen Länderimages für ausländische Touristen; (2) regionale Tourismusstrategien, die auf einer Analyse der sieben vorgestellten Determinanten⁵¹ für eine erfolgreiche touristische Entwicklung einer Destination basieren; (3) funktionierende Organisationen und intersektorale Partnerschaften zwischen privaten Betrieben, Nichtregierungsorganisationen und öffentlicher Hand auf regionaler Ebene für die Entwicklung und Koordination von kombinierten "Bündeln" touristischer Angebote, die Vermarktung, Beratung und Weiterbildung. Bei entsprechendem Engagement der Bevölkerung und vorhandener landschaftlicher und/oder kultureller Attraktivität könnten mehr Gebiete als bisher den Tourismus zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickeln, wenn es gelingt, die vorhandenen Engpässe zu überwinden und gemeinsam kreative Ideen für "Angebotsbündel" touristischer Dienstleistungen in einer Region zu schaffen. Auch in Gebieten ohne besonderes Alleinstellungsmerkmal kann der Tourismus flankierend in kleinerem Maßstab entwickelt werden. Der ländliche Tourismus ist jedoch kein Allheilmittel für die Strukturprobleme der ländlichen Räume. Die Mehrheit der ländlichen Regionen wird die Diversifizierung ihrer Wirtschaft auf deutlich mehr Standbeine gründen müssen als nur den Tourismus.

5.4 Resümee und Implikationen für die zukünftige Forschung

Während seit Beginn der Transformation in den MOEL die großen Städte (insbesondere die Hauptstädte) in ihrer Wirtschaftskraft stark gewachsen sind und die umliegenden ländlichen Räume in hohem Maße von Suburbanisierungsprozessen und "Ausbreitungseffekten" profitieren konnten, stehen die eher peripher gelegenen ländlichen Räume vor großen Problemen – in unterschiedlicher Dimension und Kombination. Als vorrangige allgemeine Herausforderungen erweisen sich für die ländlichen Räume außerhalb des Einzugsbereiches großer Städte in den MOEL (1) die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen und Arbeitsplätze, um (versteckter) Arbeitslosigkeit und Abwanderung entgegenzuwirken und das Einkommensniveau anzuheben, sowie (2) die Unterstützung des Strukturwandels und der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft. Um ihnen zu begegnen, können Maßnahmen sowohl der Regionalpolitik als auch der ländlichen Entwicklungspolitik – gerechtfertigt durch das Ausgleichsziel – zum Einsatz kommen.⁵²

⁵¹ Ursprüngliches Angebot, abgeleitetes Angebot, Vermarktung, Humanressourcen, Kooperation und Organisation, Finanzierungsmöglichkeiten und technische Hilfe sowie Nachfragebedingungen.

⁵² Daneben wirkt auch eine Vielzahl anderer Politikbereiche auf die Entwicklung ländlicher Räume ein. So werden beispielsweise der Strukturwandel und die Wettbewerbsfähigkeit in der

Diese Maßnahmen sollten an die Situation in den jeweiligen Regionen angepasst werden sowie breit und sektorübergreifend angelegt sein. Das Beispiel des ländlichen Tourismus zeigt einerseits, dass es keine Patentrezepte gibt, die für alle Regionen passen, und andererseits, welche Vielfalt an Maßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen für eine effektive Förderung notwendig sein kann. Eine sorgfältige Analyse der Faktoren der Regionalentwicklung für die jeweilige Region sowie funktionierende Institutionen und Kapazitäten für die Planung, Verwaltung und Implementierung regionalpolitischer Maßnahmen sind unerlässlich. Gerade bei den Institutionen auf der regionalen Ebene sind in den MOEL noch große Anstrengungen notwendig. Man sollte sich allerdings bewusst sein, dass der Einfluss der Regionalpolitik und ländlichen Entwicklungspolitik begrenzt ist.

Darüber hinaus weist deren theoretische Fundierung bis heute große Mängel auf. Bei den meisten regionalökonomischen Theorien ist es sehr schwierig, detaillierte, theoriegestützte Handlungsempfehlungen für die Regionalpolitik abzuleiten, welche darüber hinaus bei den einzelnen Theorien sehr unterschiedlich – und teilweise widersprüchlich – sein können. So kann mit den derzeit existierenden regionalökonomischen Theorien beispielsweise nicht die Frage beantwortet werden, mit welchen konkreten Maßnahmen eine Entwicklung und Diversifizierung ländlicher Räume in den MOEL am besten zu erreichen ist. Einwände gegen die Wirksamkeit von Regionalpolitik wie fehlende Anhaltspunkte, Informationsmangel und kontraproduktive Veränderungen der Wirtschaftsteilnehmer (LOHRMANN, 1999) können angesichts dieser Situation nicht entkräftet werden. Der Schlussfolgerung, dass man auf Regionalpolitik aufgrund der schwachen theoretischen Fundierung und unzureichender Kenntnis über Kausalzusammenhänge verzichten und sich auf eine Verteilungspolitik über einen ungebundenen Finanzausgleich konzentrieren sollte, kann sich die Autorin aus den im Folgenden erläuterten Gründen jedoch nicht anschließen. Gesellschaften stellen nicht nur ökonomische Zweckverbindungen dar, sondern soziale Systeme, in denen jeder Bürger die Möglichkeit haben sollte, in einem ausreichenden Grad am wirtschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, auch wenn er in peripheren oder ländlichen Regionen lebt. Dauerhafte Abhängigkeit von Regionen über einen ungebundenen Finanzausgleich wäre nicht nur äußerst frustrierend für die Menschen in den betroffenen Regionen, sondern würde auch zu einem zunehmenden Rechtfertigungsdruck gegenüber den Geberregionen führen. Der derzeit unbefriedigende Erkenntnisstand sollte eher Ansporn sein, die Forschungsanstrengungen zu erhöhen.

Zukünftig wäre es zum einen notwendig, die regionalökonomische Forschung auf das "Destillieren" der grundlegenden Erklärungselemente der Theorien und deren strukturierte Konfrontation mit empirischen Daten zu konzentrieren. Durch das Testen von klaren Hypothesen könnten unzutreffende Erklärungen beseitigt, Theorien

weiterentwickelt und Politikempfehlungen abgeleitet werden. Bisher war die Vielzahl an empirischen Studien mehr damit beschäftigt, den empirischen Daten Sinn zu geben, als systematisch integriert zu konzeptioneller Klarheit beizutragen (vgl. MASKELL und KEBIR, 2005; NEWLANDS, 2003). Die Bedeutung der regionalen Ebene und ihre Verzahnung mit der nationalen und globalen Ebene sind stärker herauszuarbeiten. Es fehlt außerdem an theoretischen Ansätzen, die auf die Entwicklung peripherer ländlicher Räume anwendbar sind und über die normativ-strategischen Aussagen der Ansätze (neo-)endogener Entwicklung hinausgehen. Unter Umständen könnte die Betrachtung mikro-, institutionen- und organisationsökonomischer sowie verhaltenswissenschaftlicher Ansätze aus den Bereichen Unternehmensgründung, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsverhalten, Kooperation oder zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Entwicklung und Diversifizierung ländlicher Räume fruchtbarer sein als die regionalökonomischen Theorien. Darüber hinaus zeigt die Analyse des ländlichen Tourismus den Bedarf an fundierter Marktforschung und die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für funktionierende Institutionen im Bereich Tourismus- bzw. Regionalentwicklung und deren optimale Ausgestaltung zu untersuchen. Zum anderen sollte ein Prioritätenbereich der Forschung in der intensiven, systematischen Evaluierung konkreter regional-politischer Maßnahmen liegen. Da ohne theoretische Grundlage die Bestimmung der erzielten Wirkungen mit großen Problemen der eindeutigen Ursache-Wirkungs-Analyse verbunden ist (vgl. FORSTNER et al., 2003; MARGARIAN, 2010; OECD, 2009; TOEPEL, 2000), ist eher eine vertiefte Langzeituntersuchung ausgewählter Interventionsregionen anzustreben als eine Ausweitung der derzeitig stattfindenden institutionalisierten Evaluierung. Dies wäre als Entscheidungsgrundlage für politische Akteure besonders wichtig. Gesellschaftlich muss dagegen die Frage diskutiert werden, welcher Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse als ausreichend anzusehen ist bzw. welches Ausmaß an Divergenz tolerierbar ist.

6 LITERATUR

- AGHION, P.; HOWITT, P. (1992): A Model of Growth Through Creative Destruction. In: *Econometrica* 60, S. 323-351.
- AHNER, D. (2009): What do you really know about European cohesion policy? www.notre-europe.eu/fileadmin/IMG/pdf/ECP_rational_and_objectives.pdf.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN C 325/33 vom 24.12.2002. Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION L 142/21 vom 5.6.2007. Entscheidung der Kommission vom 1. Juni 2007 zur Änderung der Entscheidung 2006/636/EG zur Festlegung der jährlichen Aufteilung des Betrags für die Gemeinschaftsförderung der Entwicklung des ländlichen Raums auf die Mitgliedstaaten für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013. (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 2274). (2007/383/EG).
- ARL (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung (= Positionspapier aus der ARL Nr. 77). Hannover.
- ARMAITIENĖ, A.; POVILANSKAS, R.; JONES, E. (2006): Lithuania: Sustainable Rural Tourism Development in the Baltic Coastal Region. In: HALL, D.; SMITH, M.; MARCISZWESKA, B. (Hrsg.): *Tourism in the New Europe: the challenges and opportunities of EU enlargement*. Wallingford u. a., S. 183-195.
- AUGUSTYN, M. (1998): National strategies for rural tourism development and sustainability: The Polish experience. In: *Journal of Sustainable Tourism* 6, H. 3, S. 191-209.
- AUGUSTYN, M.; THOMAS, R. (2007): Small Firms in the New Europe: Key Issues, Conclusions and Recommendations. In: THOMAS, R.; AUGUSTYN, M. (Hrsg.): *Tourism in the new Europe: perspectives on SME policies and practices*. Amsterdam u. a., S. 227-236.
- AXT, H.-J. (2000): EU-Strukturpolitik. Einführung in die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Opladen.
- AXT, H.-J. (2005): Alter Wein in neuen Schläuchen: Warum die Kommission nicht von Ziel des Regionalausgleichs in der Strukturpolitik abgeht. In: HARTWIG, I. (Hrsg.): *Solidarität und Beitragsgerechtigkeit: die Reform der EU-Strukturfonds und die finanzielle Vorausschau*. Baden-Baden, S. 11-37.
- BACHTLER, J.; DOWNES, R.; GORZELAK, G. (Hrsg.) (2000): *Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe*. Aldershot, Burlington.
- BACHTLER, J.; MCMASTER, I. (2008): EU Cohesion policy and the role of the regions: Investigating the influence of Structural Funds in the new member states. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 26, S. 398-427.
- BACKHAUS, K.; ERICHSON, B.; PLINKE, W.; WEIBER, R. (2008): *Multivariate Analysemethoden: eine anwendungsorientierte Einführung*. Zwölfte, vollständig überarbeitete Auflage, Berlin, Heidelberg.
- BAHRENBURG, G.; GIESE, E.; MEVENKAMP, N.; NIPPER, J. (2008): *Statistische Methoden in der Geographie. Band 2: Multivariate Statistik*. Dritte, neubearbeitete Auflage. Berlin, Stuttgart.

- BAHRENBERG, G.; GIESE, E.; MEVENKAMP, N.; NIPPER, J. (2010): Statistische Methoden in der Geographie. Band 1: Univariate und bivariate Statistik. Stuttgart.
- BALDWIN, R.E.; MARTIN, P. (2004): Agglomeration and Regional Growth. In: HENDERSON, J.V.; THISSE J.-F. (Hrsg.): Handbook of Regional and Urban Economics. Volume 4, Cities and Geography. Amsterdam u.a., S. 2671-2711.
- BALIŃSKA, A. (2010): Konkurencyjność produktu turystyki wiejskiej w opinii turystów' [Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Tourismusproduktes nach Meinung der Touristen]. In: *Acta Scientiarum Polonorum Oeconomia* 9, H. 4, S. 5-14.
- BALMANN, A.; WEINGARTEN, P.; DAUTZENBERG, K.; FRITZSCH, J.; GRAMZOW, A.; HAPPE, K.; JELINEK, L.; MAJEWSKI, E.; REINSBERG, K.; SAHRBACHER, C.; STANGE, H.; WINTER, E. (2005): EU-Osterweiterung und GAP-Reform (= Schriftenreihe der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft Bd. 3). Dresden.
- BAŃSKI, J. (2003): Transforming the functional structure of Poland's rural areas. In: BAŃSKI, J.; OWSIŃSKI, J. (Hrsg.): Alternatives for European Rural Areas. Warschau, S. 19-37.
- BAŃSKI, J. (2004): The development of non-agricultural economic activity in Poland's rural areas. In: BAŃSKI, J. (Hrsg.): Changing functions of rural areas in the Baltic Sea Region. Warschau, S. 31-43.
- BAŃSKI, J. (2009): Rural areas of economic success in Poland – Diagnosis and conditioning. In: BAŃSKI, J.; KULIKOWSKI, R.; KOWALSKI, M.; ZGLIŃSKI, W. (Hrsg.) Socio-economic disparities and the role of local development. Warschau, S. 69-88.
- BARETTI, C.; HUBER, B.; LICHTBLAU, K. (2001): Weniger Wachstum und Steueraufkommen durch den Finanzausgleich. In: *Wirtschaftsdienst* 81, H. 1, S. 38-44.
- BARRO, R.J.; SALA-I-MARTIN, X. (1995): Economic Growth. New York.
- BATHELT, H. (1992): Erklärungsansätze industrieller Standortentscheidungen. In: *Geographische Zeitschrift* 80, S. 195-213.
- BATHELT, H. (1998): Regionales Wachstum in vernetzten Strukturen: Konzeptioneller Überblick und kritische Bewertung des Phänomens "Drittes Italien". In: *Die Erde* 129, H. 3, S. 247-271.
- BATHELT, H.; DEWALD, U. (2008): Ansatzpunkte einer relationalen Regionalpolitik und Clusterförderung. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 52, H. 2-3, S. 163-179.
- BAUM, S. (2008a): Socio-economic, demographic, and agricultural patterns of rural areas in the new Member States. SCARLED Deliverable 3.2. www.scarled.eu/uploads/media/SCARLED_D3.2.pdf.
- BAUM, S. (2008b): Typology of rural areas in the new Member States. SCARLED Deliverable 3.3. www.scarled.eu/uploads/media/SCARLED_D3.3.pdf.
- BAUM, S. (2011): The Tourist Potential of Rural Areas in Poland. In: *Eastern European Countryside* 17, S. 107-135.
- BAUM, S.; TRAPP, C.; WEINGARTEN, P. (2004): Typology of rural areas in the Central and Eastern European EU new Member States (= IAMO Discussion Paper Nr. 72). Halle (Saale).
- BAUM, S.; WEINGARTEN, P. (2005): Interregionale Disparitäten und Entwicklung ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung für die neuen EU-Mitgliedstaaten. In: *Agrarwirtschaft* 54, H. 4, S. 210-224.

- BECKER, J.; LENGAUER, L.; WEIBENBACHER, R. (2008): Polarisierungstheoretische Ansätze: Perspektiven aus "Nord" und "Süd". In: KRUMBEIN, W.; VON FRIELING, H.-D.; KRÖCHER, U.; STRÄTER, D. (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster, S. 133-149.
- BELLINI, N.; LANDABASO, M. (2007): Learning about innovation in Europe's regional policy. In: RUTTEN, R.; BOEKEMA, F. (Hrsg.) (2007): The Learning Region: Foundations, State of the Art, Future. Cheltenham, S. 231-251.
- BERKEL, D.B. VAN; VERBURG, P.H. (2011): Sensitising rural policy: Assessing spatial variation in rural development options for Europe. In: *Land Use Policy* 28, S. 447-459.
- BERTHOLD, N.; MÜLLER, A. (2010): Regionale Disparitäten in Deutschland – Auf dem Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen? In: *Wirtschaftsdienst* 90, H. 9, S. 591-597.
- BIEHL, D.; HUBMANN, E.; RAUTENBERG, K.; SNYDER, S.; SÜDMEYER, V. (1975): Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials: Infrastruktur, Agglomeration und sektorale Wirtschaftsstruktur (= Kieler Studien 133). Tübingen.
- BIS, L.; BIS, J. R. (2009): Die Politik von territorialen Selbstverwaltungseinheiten in Polen in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume – Grundlegende Entwicklungsbarrieren, Förderungs- und Finanzierungsinstrumente. In: FRIEDEL, R.; SPINDLER, E. A. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Wiesbaden, S. 241-252.
- BODMER, U.; HAUGG, A.; SLADEK, C. (2003): Hemmnisse und Entwicklungsmöglichkeiten für ländlichen Tourismus in Bulgarien, Rumänien und Tschechien aus Nachfragersicht. In: *Tourismus Journal* 7, H. 1, S. 87-106.
- BOJNEC, S.; DRIES, L.; SWINNEN, J. F. M. (2003): Human Capital and Labor Flows out of the Agricultural Sector: Evidence from Slovenia. In: Proceedings of the 25th International Conference of Agricultural Economists (IAAE), 16.-22. August 2003, Durban, Südafrika.
- BOSCHMA, R.; FRENKEN, K. (2010): The spatial evolution of innovation networks: A proximity perspective. In: BOSCHMA, R.; MARTIN, R. (Hrsg.): The handbook of evolutionary economic geography. Cheltenham u.a., S. 120-138.
- BOSKER, M.; BRAKMAN, S.; GARRETSEN, H.; SCHRAMM, M. (2007): Adding geography to the new economic geography (= CESifo working paper 2038). München.
- BOTT-ALAMA, A. (2004): The Economic and Social Benefits of Rural Tourism Development in Poland. In: WTO (Hrsg.): Rural Tourism in Europe: Experiences, Development and Perspectives. o. O., S. 101-109.
- BRAKMAN, S.; GARRETSEN, H. (2007): From theory to estimation and back: The empirical relevance of new economic geography. In: FINGLETON, B. (Hrsg.): New directions in economic geography. Cheltenham u.a., S. 98-129.
- BRANDT, A. (2008): Sind Cluster machbar? Zur ökonomischen Begründung von Clusterpolitik und zur politischen Gestaltbarkeit von Clusterkonzepten. In: KIESE, M.; SCHÄTZL, L. (Hrsg.): Cluster und Regionalentwicklung: Theorie, Beratung und praktische Umsetzung. Dortmund, S. 111-126.
- BRENNER, T. (2008): Cluster dynamics and policy implications. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 52, H. 2-3, S. 146-162.
- BREUSTEDT, G.; GLAUBEN, T. (2007): Driving Forces behind Exiting from Farming in Western Europe. In: *Journal of Agricultural Economics* 58, S. 115-127.

- BRÖCKER, J. (2002): Schlussfolgerungen aus der Theorie endogenen Wachstums für eine ausgleichende Regionalpolitik. In: *Raumforschung und Raumordnung* 60, H. 3/4, S. 185-194.
- BROWN, D. L.; SCHAFFT, K. A. (2002): Population deconcentration in Hungary during the post-socialist transformation. In: *Journal of rural studies* 18, S. 233-244.
- BRYDEN, J.; HART, K. (2001): Dynamics of Rural Areas (DORA) – The International Comparison. An EU Project involving Germany, Greece, Scotland, Sweden. Aberdeen.
- BRYDEN, J.; HART, K. (Hrsg.) (2004): A new Approach to Rural Development in Europe. Germany, Greece, Scotland, and Sweden (= Mellen studies in geography 9). Lewiston, New York.
- BUTZIN, B. (1986): Zentrum und Peripherie im Wandel. Erscheinungsformen und Determinanten der "counterurbanization" in Nordeuropa und Kanada (= Münstersche Geographische Arbeiten 23). Paderborn.
- BUTZIN, B. (2000): Netzwerke, Kreative Milieus und Lernende Region: Perspektiven für die regionale Entwicklungsplanung? In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 44, H. 3-4, S. 149-166.
- CAMAGNI, R. (1991): Introduction: from the local "milieu" to innovation through cooperation networks. In: CAMAGNI, R. (Hrsg.): *Innovation networks: Spatial perspectives*. London, New York, S. 1-9.
- CAMAGNI R. P. (1995): The concept of innovative milieu and its relevance for public policies in European lagging regions. In: *Papers in regional science* 74, H. 4, S. 317-340.
- CAPELLO, R. (2007): *Regional Economics*. London u.a.
- CAPOLUPO, R. (2008): The new growth theories and their empirics after twenty years (= Economics Discussion Papers 2008-27). Kiel.
- CAVUSOGLU, N.; TEBALDI, E. (2006): Evaluating growth theories and their empirical support: An assesment of the convergence hypothesis. In: *The journal of economic methodology* 13, H. 1, S. 49-75.
- CENTRAL STATISTICAL OFFICE OF POLAND (2007): Household Budget Surveys in 2006. Warschau. www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_household_budget_surveys_in_2006.zip.
- CENTRAL STATISTICAL OFFICE OF POLAND (2010): Household Budget Surveys in 2009. Warschau. www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_1c_household_budget_surveys_in_2009.pdf.
- CHRISTALLER, W. (1933): Die zentralen Orte in Süddeutschland: Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. Jena.
- COPUS, A.; HALL, C.; BARNES, A.; DALTON, G.; COOK, P.; WEINGARTEN, P.; BAUM, S.; STANGE, H.; LINDNER, C.; HILL, A.; EIDEN, G.; MCQUAID, R.; GRIEG, M.; JOHANSSON, M. (2006): Study on Employment in Rural Areas, Final Deliverable. ec.europa.eu/agriculture/publi/reports/ruralemployment/sera_report.pdf.
- COPUS, A.; PSALTOPOULUS, D.; SKURAS, D.; TERLUIN, I.; WEINGARTEN, P. (2007): Common Features of Diverse Rural Areas: Review of Approaches to Rural Typology. Final Report Version 1.3 (Contract: 150669-2007 F1SCUK).
- CREVOISIER, O. (2004): The innovative milieus approach: toward a territorialized understanding of the economy? In: *Economic geography* 80, H. 4, S. 367-379.

- CSAKI, C.; JAMBOR, A. (2010): Five Years of Accession: Impacts on Agriculture in the NMS. In: *EuroChoices* 9, H. 2, S. 10-17.
- CSO (2010): Central Statistical Office of Poland. www.stat.gov.pl/english/.
- CZECH STATISTICAL OFFICE (2010): Expenditures and Consumption of Households included in Household Budget Survey in 2009. Prag. [www.czso.cz/csu/2010edicniplan.nsf/eng/49002237C5/\\$File/300110.pdf](http://www.czso.cz/csu/2010edicniplan.nsf/eng/49002237C5/$File/300110.pdf).
- DICKEN, P.; LLOYD, P. E. (1999): Standort und Raum: Theoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. Stuttgart.
- ECKEY, H.-F.; KOSFELD, R. (2004): New economic geography: Critical reflections, regional policy implications and further developments (= Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge Nr. 65). Kassel.
- ECKEY, H.-F.; KOSFELD, R.; RENGERS, M. (2002): Multivariate Statistik. Grundlagen – Methoden – Beispiele. Wiesbaden.
- ECKEY, H.-F. (2008): Regionalökonomie. Wiesbaden.
- ETC EUROPEAN TRAVEL COMMISSION (2006): Tourism Trends for Europe. London.
- ETC EUROPEAN TRAVEL COMMISSION (Hrsg.) (2009): European Tourism 2009 – Trends and Prospects. Brüssel.
- EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN (o. J.a): Tabelle A: Finanzielle Vorausschau EU-15. europa.eu.int/comm/budget/pdf/financialfrwk/perspfin/tbl20002006eur15_de.pdf (Zugriff 08/2004).
- EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN (o. J.b): Finanzrahmen für die Erweiterung 2004-2006 – Vorläufige Zuweisung der Mittel für Verpflichtungen und für Zahlungen – Kopenhagen-Paket. europa.eu.int/comm/budget/pdf/financialfrwk/copenhagen_package/webtablesDE.pdf (Zugriff 08/2004).
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999): Reform der GAP: Entwicklung des ländlichen Raums (= Fact-sheet 08/99). ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/rurdev/de.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001): SAPARD-Jahresbericht – Jahr 2000. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2002): Portrait der Wirtschaft der Europäischen Union 2002, Themenkreis 2: Wirtschaft und Finanzen. Luxemburg.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003a): SAPARD-Jahresbericht – Jahr 2002. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003b): Schlussfolgerungen der zweiten Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung in Salzburg. Pressemitteilung vom 21. November 2003 (MEMO/03/236). Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003c): Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003d): Agriculture in the European Union: Statistical and economic information 2002. Luxemburg.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion – Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel.

- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006a): Die EU-Politik zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013. Fact Sheet. Luxemburg. ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/rurdev_2007/de_2007.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006b): SAPARD-Jahresbericht – 2005. SEK(2006) 1628. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006c): Neue Mitgliedstaaten. ec.europa.eu/agriculture/rur/access/index_de.htm (Zugriff 05/2011).
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006d): Der LEADER-Ansatz. Ein grundlegender Leitfaden. Luxemburg. ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/leader/2006_de.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007a): Regions in the European Union – Nomenclature of territorial units for statistics – NUTS 2006/EU27. Luxemburg.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007b): Wachsende Regionen, wachsendes Europa. Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Luxemburg.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007c): Europäische Regionalpolitik – Die Grundlagen. ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/basic/basic_2007_de.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008a): Poverty and Social Exclusion in Rural Areas. Final Report, Annex I: Country Studies. www.crrs.uhi.ac.uk/publications/reports/rural_poverty_annex1%20country%20studies.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008b): Arbeiten für die Regionen: EU-Regionalpolitik 2007-2013. Brüssel. ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/working2008/work_de.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009): Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010a): In Europas Zukunft investieren. Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Luxemburg.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010b): Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen: Beobachtungsfeld. ec.europa.eu/agriculture/rica/methodology1_de.cfm.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010c): SAPARD-Jahresbericht – 2009. SEK(2010) 1202. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2011): EU-Unterstützung für Kohäsion 2007-2013. ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk0713/tab_cohesion_2007-2013.pdf (Zugriff 05/2011).
- EUROPEAN EXPERT GROUP ON FUTURE TRANSPORT FUELS (2011): Future Transport Fuels. ec.europa.eu/transport/urban/vehicles/directive/doc/2011_01_25_future_transport_fuels_report.pdf.
- EUROSTAT: epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/regional_statistics/data/database.
- EUROSTAT (2004): Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe; Ungarn 2003. Statistik kurz gefasst 27/2004. Luxemburg. www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nn_04_27.pdf.
- EUROSTAT (2006): Population statistics. Luxemburg. epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-EH-06-001/EN/KS-EH-06-001-EN.PDF.
- EUROSTAT (2008): Tourism statistics. KS-DS-08-001-EN. Luxemburg.
- EUROSTAT (2010): Gross domestic product (GDP) at current market prices at NUTS level 2. Reference Metadata in Euro SDMX Metadata Structure (ESMS). epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/de/nama_r_e2gdp_esms.htm.

- EZCURRA, R.; PASCUAL, P. (2008): Fiscal decentralization and regional disparities: Evidence from several European Union countries. In: *Environment and Planning A* 40, S. 1185-1201.
- FARHAUER, O. (2001): Wirtschaftspolitische Implikationen der neuen (endogenen) Wachstumstheorie. Berlin.
- FASTERDING, F.; RIXEN, D. (2005): Analyse der Beschäftigungsmöglichkeiten im Agrarsektor Deutschlands und Beschäftigungseffekte agrarpolitischer Maßnahmen. Braunschweig.
- FDPA FOUNDATION FOR THE DEVELOPMENT OF POLISH AGRICULTURE (2002): Rural Poland. Warschau.
- FDPA FOUNDATION FOR THE DEVELOPMENT OF POLISH AGRICULTURE (2008): Rural Poland. Warschau.
- FEDYK, W. (1999): Agritourism in Lower Silesia and Opole Silesia. In: WYRZYKOWSKI, J. (Hrsg.): Alternative tourism as an important factor of incoming tourism development in Central and Eastern Europe. Wrocław, S. 41-51.
- FELDMANN, H. (1993): Theorien des Strukturwandels: Welche Orientierungshilfen bieten sie für die Strukturpolitik? In: *Zeitschrift für empirische Wirtschaftsforschung* 39, S. 41-64.
- FELDMAN, M.; BRAUNERHJELM, P. (2006): The Genesis of Industrial Clusters. In: BRAUNERHJELM, P.; FELDMAN, M. (Hrsg.): Cluster genesis: Technology-based industrial development. Oxford, S. 1-13.
- FIDRMUC, J. (2004): Migration and regional adjustment to asymmetric shocks in transition economies. In: *Journal of Comparative Economics* 32, S. 230-247.
- FIRLEJ, K.; NIEDZIÓŁKA, A. (2007): Agritourism as a factor of local development in the Malopolska region. In: *Roczniki Naukowe, Stowarzyszenie ekonomistów rolnictwa i agrobiznesu* 9, H. 2, S. 92-96.
- FÖRSTER, H. (1999): Altindustrialisierte Gebiete in Ostmitteleuropa. In: *Praxis Geographie* 29, H. 9, S. 34-37.
- FÖRSTNER, B.; GRAJEWSKI, R.; MEHL, P. (2003): Evaluation von Politikmaßnahmen zur Förderung ländlicher Räume: Theorie und Praxis. In: AHRENS, H.; GRINGS, M.; PETERSEN, V. (Hrsg.): Perspektiven der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft nach der Osterweiterung der Europäischen Union (= Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V. Band 38). Münster, S. 327-336.
- FRENKEL, M.; HEMMER, H.-R. (1999): Grundlagen der Wachstumstheorie. München.
- FREYER, W. (2007): Tourismus-Marketing. München.
- FRIELING, H.-D. VON (2008): Raum und Regionalentwicklung in der neoklassischen Ökonomie – Ein kritischer Überblick. In: KRUMBEIN, W.; FRIELING, H.-D. VON; KRÖCHER, U.; STRÄTER, D. (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster, S. 168-190.
- FROMHOLD-EISEBITH, M. (1999): Das "kreative Milieu" – Nur theoretisches Konzept oder Instrument der Regionalentwicklung? In: *Raumforschung und Raumordnung* 57, H. 2/3, S. 168-175.
- FROMHOLD-EISEBITH, M.; EISEBITH, Günter (2008): Clusterförderung auf dem Prüfstand. Eine kritische Analyse. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 52, H. 2-3, S. 79-94.
- FUCHS, O. (2007): Kooperation als strategisches Element regionaler Tourismusentwicklung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 65, H. 6, S. 502-513.

- FUJITA, M.; KRUGMAN, P.; VENABLES, A. (1999): The Spatial Economy – Cities, Regions, and International Trade. Cambridge.
- FUJITA, M.; THISSE, J.-F. (2002): Economics of agglomeration. Cities, industrial location, and regional growth. Cambridge.
- FURMANKIEWICZ, M.; THOMPSON, N.; ZIELIŃSKA, M. (2010): Area-based partnerships in rural Poland: The post-accession experience. In: *Journal of Rural Studies* 26, S. 52-62.
- GANNON, A. (1994): Rural tourism as a factor in rural community economic development for economies in transition. In: *Journal of Sustainable Tourism* 2, H. 1-2, S. 51-60.
- GERHARDTER, G.; GRUBER, M. (2001): Regionalförderung als Lernprozess. Evaluierung der Förderungen des Bundeskanzleramtes für eigenständige Regionalentwicklung (= Schriften zur Regionalpolitik und Raumordnung Nr. 32). Wien.
- GIERSCH, H. (1963): Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik. In: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Bd. 14, S. 386-400.
- GOETZ, S. J.; JAKSCH, T.; SIEBERT, R. (Hrsg.) (2001): Agricultural Transformation and Land Use in Central and Eastern Europe. Aldershot.
- GOLEMBSKI, G.; MAJEWSKI, J. (2003): Rural Tourism: Can it reach critical mass and create jobs and income sufficient to compensate for the demise of agriculture? The case of Poland. Präsentation 5. Tourism Summits, Mont-Blanc, 3.-5.12.2003. www.ae.poznan.pl/turystyka/tresc_nauka/zalaczniki/chamonix.htm (Zugriff 03/2006).
- GORZELAK, G. (2008): Development of Polish Regions and the EU Cohesion Policy. In: STRUBELT, W.; GORZELAK, G. (Hrsg.): City and Region. Papers in Honours of Jirí Musil. Opladen, S. 97-120.
- GORZELAK, G.; SMETKOWSKI, M. (2010): Regional development dynamics in Central and Eastern European countries. In: GORZELAK, G.; BACHTLER, J.; SMETKOWSKI, M. (Hrsg.): Regional Development in Central and Eastern Europe. Development processes and policy changes. London, New York, S. 34-58.
- GOVERS, R.; GO, F. M.; KUMAR, K. (2007): Promoting Tourism Destination Image. In: *Journal of Travel Research* 46, S. 15-23.
- GRABSKI-KIERON, U.; KNIELING, J. (1994): Aktivierung endogener Potentiale für die Entwicklung europäischer Regionen. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 138, H. 3, S. 161-170.
- GRAMZOW, A. (2006a): Local partnership as an incubator for rural development: The case of Dębrzno, North-western Poland (= IAMO Discussion paper Nr. 90). Halle (Saale).
- GRAMZOW, A. (2006b): Endogenous Initiatives as a Chance to Improve Rural Livelihood: Results of a Case Study in Bałtów, South-eastern Poland (= IAMO Discussion paper Nr. 95). Halle (Saale).
- GRYKIEN, S. (1999): Tourist farms in lower Silesia, Poland. In: *GeoJournal* 46, H. 3, S. 279-281.
- GÜBEFELDT, J. (2005): Die Raumwirtschaftstheorien von Christaller und Lösch aus der Sicht von Wirtschaftsgeographie und "New Economic Geography". Göttingen.
- HAART, N.; STEINECKE, A. (1995): Umweltschonender Tourismus – Eine Entwicklungsalternative für den ländlichen Raum in Europa. In: MOLL, P. (Hrsg.): Umweltschonender Tourismus. Bonn, S. 17-32.

- HAHNE, U. (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale: Zu den Chancen "endogener" Entwicklungsstrategien (= Schriften des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel 8). München.
- HAHNE, U. (2000): Erfolgsfaktoren für den ländlichen Tourismus. In: FAHNING, I. (Hrsg.): Global denken – Regional handeln: Impulse aus ländlichen Räumen. Göttingen, S. 123-132.
- HAIR, J. F.; BLACK, W. C.; BABIN, B. J.; ANDERSON, R. E.; TATHAM R. L. (2006): Multivariate Data Analysis. 6. Auflage. Prentice Hall, Upper Saddle River, New Jersey, USA.
- HALL, D. R. (Hrsg.) (1991): Tourism and economic development in Eastern Europe and the Soviet Union. London.
- HALLET, M. (1997): National and Regional Development in Central and Eastern Europe: Implications for EU Structural Assistance (= Economic Papers Nr. 120). Brüssel.
- HASSINK, R. (2007): The learning region: a constructive critique. In: RUTTEN, R.; BOEKEMA, F. (Hrsg.) (2007): The Learning Region: Foundations, State of the Art, Future. Cheltenham, S. 252-271.
- HAUFF, V. (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft: der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.
- HEEG, S. (2008): Die Debatte um regionale Innovationssysteme vor dem Hintergrund wirtschafts-globaler Herausforderungen. In: KRUMBEIN, W.; FRIELING, H.-D. VON; KRÖCHER, U.; STRÄTER, D. (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster, S. 228-246.
- HEGARTY, C.; PRZEZBÓRSKA, L. (2005): Rural and Agri-Tourism as a Tool for Reorganising Rural Areas in Old and New Member States – Comparison Study of Ireland and Poland. In: *International journal of tourism research* 7, H. 2, S. 63-77.
- HEIMPOLD, G. (2002): Regionalpolitische Institutionen der mittel- und osteuropäischen Länder: Fit für die Aufnahme in die EU? In: *Wirtschaft im Wandel* 8, H. 6, S. 167-175.
- HEIMPOLD, G. (2008): Growth versus equalisation? An examination of strategies for regional policy in the Czech Republic, Hungary and Poland after EU accession. In: *Jahrbuch für Regionalwissenschaft* 28; S. 1-29.
- HELMSTÄDTER, E. (1995): Korreferat zum Referat K. Stahl. In: GAHLEN, B.; HESSE, H.; RAMSER, H. J. (Hrsg.): Standort und Region. Neue Ansätze zur Regionalökonomik. Tübingen, S. 41-45.
- HELPMAN, E. (1998): The size of regions. In: PINES, D.; SADKA, E.; ZILCHA, I. (Hrsg.): Topics in public economics. Theoretical and empirical analysis. Cambridge u.a., S. 33-54.
- HEMMER, H.-R.; LORENZ, A. (2004): Grundlagen der Wachstumsempirie. München.
- HENKEL, G. (2004): Der ländliche Raum. Berlin, Stuttgart.
- HIRSCHMANN, A. O. (1958): The strategy of economic development (= Yale studies in economics 10). New Haven/Conn. u. a.
- HJALAGER, A.-M. (1996): Agricultural Diversification into Tourism: Evidence of a European Community Development Program. In: *Tourism Management* 17, H. 2, S. 103-111.
- HOLDERNA-MIELCAREK, B. (2004): Poland's tourism image – Results of a survey conducted among Austrian students. In: *The Poznan University of Economics Review* 4, H. 1, S. 19-29.

- HOLLAND, J. (2000): Consensus and Conflict: The Socioeconomic Challenge Facing Sustainable Tourism Development in Southern Albania. In: *Journal of Sustainable Tourism* 8, H. 6, S. 510-524.
- HORSKÁ, H.; SPĚŠNÁ, D.; DRLÍK, J.; KOUTNÝ, R.; RATINGER, T. (2004): Social Aspects of Agricultural Employment in the Czech Republic. In: PETRICK, M.; WEINGARTEN, P. (Hrsg.): *The Role of Agriculture in Central and Eastern European Rural Development: Engine of Change or Social Buffer?* (= Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe Vol. 25). Halle (Saale), S. 119-144.
- HORVÁTH, G. (2000): Regional Policy Effects of the Transition in East Central Europe. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 7/8, S. 427-433.
- HOBMANN, I.; LETTOW, M.; MÜNZ, R. (2009): Glossar. In: Online-Handbuch Demografie des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung. www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Glossar/pdf_Glossar_MK.pdf (Zugriff 04/2011).
- HUBBARD, C.; GORTON, M.; HUBBARD, L. (2007): The Introduction of EU Rural Development Policy in Central and Eastern Europe. In: TOMIC, D.; SEVARLIC, M. M. (Hrsg.): *Development of Agriculture and Rural Areas in Central and Eastern Europe. Proceedings of the 100th seminar of the EAAE in Novi Sad, Serbia, 21.-23.06.2007*. Belgrad, S. 101-109.
- HUBER, P. (2007): Regional Labour Market Developments in Transition: A Survey of the Empirical Literature. In: *The European Journal of Comparative Economics* 4, S. 263-298.
- HÜBLER, O. (1989): *Ökonometrie*. Stuttgart.
- INSTITUT FÜR TOURISMUS [Instytut Turystyki] (2006): *Krajowe i zagraniczne wyjazdy Polaków w 2005 roku* [Reisen der Polen ins Inland und Ausland im Jahr 2005]. www.intur.com.pl/inne/polacy2005.pdf (Zugriff 02/2009).
- INSTITUT FÜR TOURISMUS [Instytut Turystyki] (2007): *Kwatery agroturystyczne i pokoje gościnne w gminach w 2007 roku* [Agrotourismusunterkünfte und Gästezimmer in Gemeinden im Jahr 2007]. dms.msport.gov.pl/app/document/file/550/Kwatery_agroturystyczne_i_pokoje_goscinne_w_gminach_2007.xls (Zugriff 08/2008).
- INSTITUT FÜR TOURISMUS [Instytut Turystyki] (2008): *Podróż Polaków w 2007 roku. Podstawowe wyniki badań* [Die Reisen der Polen im Jahr 2007. Erhebungsergebnisse]. www.intur.com.pl/inne/polacy2007.pdf (Zugriff 02/2009).
- INSTITUT FÜR TOURISMUS [Instytut Turystyki] (2009): *Domestic and outbound tourist trips in 2009 (Jan-Aug)*. www.intur.com.pl/itenglish/poles_3_09.htm (Zugriff 07/2010).
- INSTITUT FÜR TOURISMUS [Instytut Turystyki] (2010): *Trends and forecasts*. www.intur.com.pl/itenglish/forecasts.htm (Zugriff 03/2011).
- JANSIK, C. (2004): Rural Implications of Foreign Direct Investments in the Food Industry of the Visegrad Countries. In: PETRICK, M.; WEINGARTEN, P. (Hrsg.): *The Role of Agriculture in Central and Eastern European Rural Development: Engine of Change or Social Buffer?* (= Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe Vol. 25). Halle (Saale), S. 314-324.
- JANSIK, C. (2009): Geographical Aspects of Food Industry FDI in the CEE Countries. In: *EuroChoices* 8, H. 1, S. 46-50.
- JOHANSSON, M.; RAUHUT, D. (Hrsg.) (2005): *The Spatial Effects of Demographic Trends and Migration*. ESPON project 1.1.4. Stockholm. www.espon.eu/mmp/online/website/content/projects/259/651/file_1198/fr-1.1.4-full.pdf (Zugriff 10/2007).

- JORDAN, P. (2006): Tourism and EU Enlargement: A Central European Perspective. In: HALL, D.; SMITH, M.; MARCISZWESKA, B. (Hrsg.): *Tourism in the New Europe*. Wallingford, S. 65-80.
- JURČOVÁ, D.; MÉSZÁROS, J. (Hrsg.) (2006): *Population in the districts of Slovakia 2005*. Bratislava: Infostat – Institute of Informatics and Statistics, Demographic Research Centre.
- JUVANČIČ, L.; ERJAVEC, E. (2003): Intertemporal analysis of employment decisions on agricultural holdings in Slovenia. Beitrag für die 25. Internationale Konferenz der AgrarökonomInnen (IAAE), 16.-22. August 2003, Durban, Südafrika.
- KACHNIARZ, M. (1996): Agrotourism as an element of rural areas development strategy for the Sudety mountains. In: *Argumenta oeconomica* 2, S. 143-149.
- KÄMPFE, M. (2004): EU-Strukturfonds: Aufstockung der Mittel nach jüngster Erweiterung zu erwarten. In: *Wirtschaft im Wandel*, H. 7, S. 209-213.
- KARL, H. (2006): Der Beitrag der nationalen und europäischen Strukturpolitik zum Abbau regionaler Disparitäten. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9, S. 485-493.
- KARL, H.; VELASCO, X. F. M. (2004): Lessons for Regional Policy from the New Economic Geography and the Endogenous Growth Theory. In: KARL, H.; ROLLET, P. (Hrsg.): *Employment and Regional Development Policy. Market Efficiency Versus Policy Intervention*. Hannover, S. 71-89.
- KEUNE, M. (2000): Employment problems and regional differences in Central and Eastern Europe: The need for local development initiatives. In: PETRAKOS, G. (Hrsg.): *Integration and transition in Europe: The economic geography of interaction*. London, S. 187-199.
- KIESE, M. (2008a): Mind the Gap: Regionale Clusterpolitik im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 52, H. 2-3, S. 129-145.
- KIESE, M. (2008b): Stand und Perspektiven der regionalen Clusterforschung. In: KIESE, M.; SCHÄTZL, L. (Hrsg.): *Cluster und Regionalentwicklung: Theorie, Beratung und praktische Umsetzung*. Dortmund, S. 9-50.
- KLEMENTOWSKI, K.; MARAK, J.; WYRZYKOWSKI, J. (2000): Changes in Model of Tourism in Poland between 1989 and 1999. In: WYRZYKOWSKI, J. (Hrsg.): *Changes in model of tourism in the last decade*. Wrocław, S. 147-57.
- KLEMMER, P.; JUNKERNHEINRICH, M. (1990): Regionstypenbezogene Fortentwicklung der Raumentwicklungspolitik. Typisierung von Arbeitsmarktregionen anhand ausgewählter Bestimmungsfaktoren des regionalen Entwicklungspotentials. In: *AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG* (Hrsg.): *Räumliche Typisierung für die Raumentwicklungspolitik*. Hannover, S. 1-61.
- KOLB, M. (2007): Polen könnte das neue Spanien sein. In: *Süddeutsche Zeitung* 18.10.2007, www.sueddeutsche.de/politik/interview-ueber-staaten-und-ihre-image-polen-koennte-das-neue-spanien-sein-1.348363 (Zugriff 03/2011).
- KOSCHATZKY, K. (2001): Räumliche Aspekte im Innovationsprozess. Ein Beitrag zur neuen Wirtschaftsgeographie aus Sicht der regionalen Innovationsforschung. Münster.
- KOSMACZEWSKA, J. (2008): The relationship between development of agritourism in Poland and local community potential. In: *Studies in physical culture and tourism* 15, H. 2, S. 141-148.
- KOSMACZEWSKA, J. (2010): Witryna internetowa jako narzędzie kreowania konkurencyjności w agroturystyce [Internetseiten als Werkzeug der Wettbewerbsfähigkeit im Agrotourismus]. In: *Acta Scientiarum Polonorum Oeconomia* 9, H. 4, S. 225-232.

- KOZAK, M. W. (2006): Rola agroturystyki w rozwoju obszarów wiejskich. Stan i rekomendacje [Die Rolle des Agrotourismus in der Entwicklung ländlicher Räume. Stand und Empfehlungen]. bip.minrol.gov.pl/FileRepozytory/FileRepozytoryShowImage.aspx?item_id=2732_7 (Zugriff 02/2009).
- KREISEL, W.; REEH, T. (2004): Landschaftsbewertung im Tourismus. In: BRITNER-WIDMANN, A.; QUACK, H.-D.; WACHOWIAK, H. (Hrsg.): Von Erholungsräumen und Tourismusdestinationen. Trier, S. 75-92.
- KRIEGER-BODEN, C. (1995): Neue Argumente für Regionalpolitik? Zur Fundierung der Regionalpolitik in älteren und neueren regionalökonomischen Theorien. In: *Die Weltwirtschaft*, H. 2, S. 193-215.
- KRÖCHER, U. (2008): Der New Regionalism: Aufstieg und Fall(stricke) einer regionalwissenschaftlichen Alternative zur Neoklassik. In: KRUMBEIN, W.; FRIELING, H.-D. VON; KRÖCHER, U.; STRÄTER, D. (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster, S. 191-211.
- KRUCZALA, J. (1990): Tourism Planning in Poland. In: *Annals of Tourism Research* 17, S. 69-78.
- KRUGMAN, P. (1991a): Geography and Trade. Leuven, Cambridge, London.
- KRUGMAN, P. (1991b): Increasing returns and economic geography. In: *Journal of Political Economy* 99, S. 483-499.
- KRUGMAN, P.; VENABLES, A. (1995): Globalization and the inequality of nations. In: *Quarterly Journal of Economics* 60, S. 857-880.
- KRZESKI, S. (2005): Promotion in agro-tourist companies in the region of Warmia and Mazury in Poland. Bournemouth University UK, www.du.se/PageFiles/5052/Krzeski%20Szy_mon.pdf (Zugriff 03/2011).
- KULKE, Elmar (2004): Wirtschaftsgeographie. Paderborn.
- KUPISZEWSKI, M. (2005): Migration in Poland in the Period of Transition – The Adjustment to the Labour Market Change (= PIE Discussion Paper Series March 2005). www.ier.hit-u.ac.jp/pie/Japanese/discussionpaper/dp2004/dp266/text.pdf (Zugriff 01/2008).
- KUREK, W.; PAWLUSIŃSKI, R. (2009): International Tourism in Małopolskie Województwo: The present situation and prospects for development. In: *Tourism* 19, H. 1-2, S. 51-56.
- KURTYKA, I. (2010): Różnicowanie źródeł dochodów gospodarstw agroturystycznych na obszarach prawnie chronionych [Diversifizierung der Einkommensquellen agrotouristischer Betriebe in rechtlich geschützten Gebieten]. In: *Acta Scientiarum Polonorum Oeconomia* 9, H. 4, S. 233-244.
- LAMMERS, K. (2006): Brauchen wir eine regionale Strukturpolitik? In: *Informationen zur Raumentwicklung* 9, S. 525-531.
- LAMMERS, K.; STILLER, S. (2000): Regionalpolitische Implikationen der neuen ökonomischen Theorie (= HWWA Discussion Paper 85). Hamburg.
- LANE, B. (1994): What is rural tourism. In: *Journal of Sustainable Tourism* 2, H. 1-2, S. 7-21.
- LANGE, N. DE (1991): Bevölkerungsgeographie. Paderborn.
- LEE, E. (1966): A Theory of Migration. In: *Demography* 3, S. 47-57.

- LENKE, J. (2008): Regionalpolitik in ländlichen Regionen: Erklärungsbeiträge verschiedener ökonomischer Forschungsrichtungen für die regionale Entwicklung. In: FALCK, O.; HEBLICH, S. (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik in ländlichen Regionen*. Berlin, S. 23-42.
- LERMAN, Z.; CSAKI, C.; FEDER, G. (2004): *Agriculture in Transition: Land Policies and Evolving Farm Structures in Post-Soviet Countries*. Lanham u.a.
- LEBMANN, CH. (2005): Regionale Disparitäten in Deutschland und ausgesuchten OECD-Staaten im Vergleich. In: *ifo Dresden berichtet 3/2005*, S. 25-33.
- LITZENBERGER, T. (2007): *Cluster und die New Economic Geography: Theoretische Konzepte, empirische Tests und Konsequenzen für Regionalpolitik in Deutschland*. Frankfurt am Main u.a.
- LOHRMANN, A.-M. (1999): Neuere Entwicklungen in der Konvergenzdiskussion – Die EU-Kohäsionspolitik aus theoretischer Perspektive. In: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 48, H. 3*, S. 323-343.
- LONG, P.; LANE, B. (2000): *Rural Tourism Development*. In: GARTNER, W. C.; LIME, D. W. (Hrsg.): *Trends in Outdoor Recreation, Leisure and Tourism*. Wallingford, S. 299-308.
- LONG, P.T.; NUCKOLLS, J.S. (1994): Organising resources for rural tourism development: The importance of leadership, planning and technical assistance. In: *Tourism Recreation Research 19, H. 2*, S. 19-34.
- LÖSCH, A. (1940): *Die räumliche Ordnung der Wirtschaft: eine Untersuchung über Standort, Wirtschaftsgebiete und internationalen Handel*. Jena.
- LOWE, P.; MURDOCH, J.; WARD, N. (1995): Networks in Rural Development: Beyond Exogenous and Endogenous Models. In: PLOEG, J.D. VAN DER; DIJK, G. VAN (Hrsg.): *Beyond Modernization – The Impact of Endogenous Rural Development*. Assen, S. 87-105.
- LUCAS, R. E. (1988): On the Mechanics of Economic Development. In: *Journal of Monetary Economics 22*, S. 3-42.
- MACOURS, K.; SWINNEN, J. F. M. (1998): *Agricultural labour adjustments during transition in Central and Eastern Europe (= Policy Research Group Working Paper 16)*. Leuven.
- MACOUR, K.; SWINNEN, J. (2008): Rural-Urban Poverty Differences in Transition Countries. In: *World Development 36, H. 11*, S. 2170-2187.
- MAIER, G.; TÖDTLING, F. (2006): *Regional- und Stadtökonomik 1. Standorttheorie und Raumstruktur*. Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Wien.
- MAIER, G.; TÖDTLING, F.; TRIPPL, M. (2006): *Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik*. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Wien.
- MAJEWSKA, J. (2008): Local Government's Involvement in the Development of Entrepreneurship in emerging Tourism Destinations. In: GOLEMBSKI, G. (Hrsg.): *Entrepreneurship and quality in tourism in light of Polish and international research (= Zeszyty naukowe/Akademia Ekonomiczna w Poznaniu Nr. 99)*. Poznań, S. 127-145.
- MARCISZEWSKA, B. (2006): *Tourism in Poland: Changes in Policy, Management and Education*. In: HALL, D.; SMITH, M.; MARCISZESKA, B. (Hrsg.): *Tourism in the New Europe*. Wallingford, S. 127-136.

- MARETZKE, S.; WEIB; W. (2009): Demographische Herausforderungen Ländlichster Räume. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (BMVBS); BUNDESMINISTERIUM FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.): Ländliche Räume im demographischen Wandel (= BBSR-Online-Publikation Nr. 34/2009). S. 33-44.
- MARGARIAN, A. (2010): Restrictions of Empirical Policy Analyses: The Example of the Evaluation of Rural Development Policies. Paper prepared for presentation at the 118th seminar of the EAAE "Rural development: governance, policy design and delivery" in Ljubljana, Slovenia, 25-27.8.2010. ageconsearch.umn.edu/bitstream/95320/2/Margarian-Restrictions_of_empirical_policy_analyses-192.pdf.
- MARKUSEN, A. (1996): Sticky Places in Slippery Space: A Typology of Industrial Districts. In: *Economic Geography* 72, S. 293-313.
- MARQUARDT, D. (2008): The Relevance of Social Networks by the Implementation of LEADER in Romania. Intermediate results of the Study. Unveröffentlichter Bericht.
- MARSHALL, A. (1920): Principles of economics. 8. Auflage (1. Auflage 1890), London.
- MARTIN, R.; SUNLEY, P. (2003): Deconstructing clusters: Chaotic concept or policy panacea? In: *Journal of Economic Geography* 3, H. 1, S. 5-35.
- MASKELL, P. (2007): Towards a Knowledge-Based Theory of the Geographical Cluster. In: BRESCHI, S.; MALERBA, F. (Hrsg.): Clusters, networks, and innovation. Oxford u.a., S. 11-432.
- MASKELL, P.; KEBIR, L. (2005): What qualifies as a cluster theory? (= DRUID Working Paper Nr. 05-09). Aalborg.
- MAUREL, M.-C. (2008): Local Development Stakeholders and the European Model: Learning the LEADER Approach in the New Member States. In: *Czech Sociological Review* 44, H. 3, S. 511-529.
- MAZURSKI, K. R. (2000): Geographical perspectives on Polish tourism. In: *Geojournal* 50, H. 2-3, S. 173-179.
- MCDONNAGH, J., CALLANAN, S., CUDDY, M., MORAND, F. (2001): Rurality, Rural classification and Policy Modulation (= IDARA Working Paper D3, Work Package 1). Gallway.
- MENZEL, M.-P. (2008): Zufälle und Agglomerationseffekte bei der Clusterentstehung. Eine vergleichende Diskussion des Core-periphery-Modells, des Window-of-location-opportunity-Konzepts sowie stochastischer Ansätze. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 52, H. 2-3, S. 114-128.
- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG [Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi] (2005): Rozwój agroturystyki na obszarach wiejskich [Entwicklung des Agrotourismus in ländlichen Räumen]. In: *Biuletyn informacyjny*, H. 7-8, S. 11-18.
- MINISTRY OF AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT HUNGARY (2007): Ex-post Evaluation of the SAPARD Programme of Hungary. Budapest.
- MINISTRY OF AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT ROMANIA (2010): Final Report on SAPARD Programme implementation in Romania.
- MINISTRY OF AGRICULTURE REPUBLIC OF ESTONIA (2007): SAPARD Programme Final Report 2001-2006. Tallinn.
- MINISTRY OF AGRICULTURE REPUBLIC OF LITHUANIA (2007): Final Implementation Report Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development (SAPARD) 2000-2006.

- MÖLLERS, J. (2006): Außerlandwirtschaftliche Diversifikation im Transformationsprozess (= Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe Nr. 35). Halle (Saale).
- MÖLLERS, J.; BUCHENRIEDER, G.; CSÁKI, C. (Hrsg.) (2011): Structural change in agriculture and rural livelihoods: policy implications for the new member states of the European Union (= Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe Nr. 61). Halle (Saale).
- MOLNAR, M. (2009): Household income in Romania before the economic crisis. Paper on the International Conference on Economics and Administration 14.-15. November 2009, ICEA-FAA, Bukarest. www.itchannel.ro/faa/546_pdfsam_ICEA_FAA_2009.pdf.
- MOLNAR, M. (2010): Development and poverty in Romania. In: [Megabyte 9, megabyte.utm.ro/articole/2010/se/sem1/SE_RomaniPDF/8_Molnar_DEVELOPMENT%20AND%20POVERTY%20IN%20ROMANIA.pdf](http://Megabyte.utm.ro/articole/2010/se/sem1/SE_RomaniPDF/8_Molnar_DEVELOPMENT%20AND%20POVERTY%20IN%20ROMANIA.pdf).
- MONASTIRIOTIS, V. (2008): The Emergence of Regional Policy in Bulgaria: regional problems, EU influences and domestic constraints (= GreeSE Paper No 15). eprints.lse.ac.uk/19721/1/GreeSE__No15.pdf.
- MÖNNICH, E. (2004): Erklärungsansätze regionaler Entwicklung und politisches Handeln. Kritik und regionalökonomische Konsequenzen. Frankfurt am Main u.a.
- MONTANARI, A.; WILLIAMS, A. (Hrsg.) (1995): European Tourism Regions, Spaces and Restructuring. Chichester u. a.
- MOSE, I. (1993): Eigenständige Regionalentwicklung – Neue Chancen für die ländliche Peripherie (= Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft 8). Vechta.
- MOSE, I.; NISCHWITZ, Guido (2009): Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume (= E-Paper der ARL Nr. 7). Hannover.
- MOSSIG, I. (2008): Entstehungs- und Wachstumspfade von Clustern: Konzeptionelle Ansätze und empirische Beispiele. In: KIESE, M.; SCHÄTZL, L. (Hrsg.): Cluster und Regionalentwicklung: Theorie, Beratung und praktische Umsetzung. Dortmund, S. 51-66.
- MÜHLINGHAUS, S. (2002): Eigenständige Regionalentwicklung im Schweizer Berggebiet – Umsetzungsprozesse, Erfolgsaussichten und Förderansätze (= Ostschweizerische Geographische Gesellschaft, Neue Folge 7). St. Gallen.
- MÜLLER, A.; POTRATZ, W.; REHFELD, D.; WIDMAIER, B. (2002): Perspektiven europäischer Strukturpolitik nach 2006. Reformbedarf und Konsequenzen für Nordrhein Westfalen – Expertise für die Staatskanzlei des Landes NRW. Gelsenkirchen.
- MÜLLER, W.; STRÄTER, D. (2008): Raumplanung und regionale Förderpolitik – Gleichwertige Lebensbedingungen im Wandel von Raumkonzeptionen und Leitbildern. In: KRUMBEIN, W.; FRIELING, H.-D. VON; KRÖCHER, U.; STRÄTER, D. (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster, S. 248-278.
- MYRDAL, G. (1974): Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Frankfurt am Main. (Originalausgabe: Economic Theory and Under-developed Regions, London 1957).
- N.N. (2004): Ein ideales Reiseland – Vor unserer Haustür. GEO Pressemitteilung. [www.presseportal.de/pm/7861/586632/gruner_jahr_geo/\(Zugriff 08/2004\)](http://www.presseportal.de/pm/7861/586632/gruner_jahr_geo/(Zugriff%2008/2004)).
- NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES (2003): Social Security Systems and Demographic Developments in Agriculture in the CEE Candidate Countries. Halle (Saale).

- NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES (2004): The Future of Rural Areas in the Candidate Countries. Halle (Saale). ec.europa.eu/comm/agriculture/publi/reports/ccurdev/index_en.htm.
- NEWLANDS, D. (2003): Competition and cooperation in industrial clusters: The implications for public policy. In: *European Planning Studies 11, H. 5*, S. 521-532.
- NEWS AKTUELL PRESSEPORTAL (2010): Urlaubsängste: Deutsche fürchten im Ausland um ihr Auto. Pressemappe DA Direkt Versicherung 01.06.2010. www.presseportal.de/pm/17575/1623672/da_direkt_versicherung (Zugriff 03/2011).
- NILSSON, P. A. (2002): Staying on farms. An ideological background In: *Annals of Tourism Research 29*, S. 7-24.
- NOWACZEK, A. M. K.; FENNELL, D. A. (2002): Ecotourism in post-communist Poland: An examination of tourists, sustainability and institutions. In: *Tourism Geographies 4, H. 4*, S. 372-395.
- OECD (1994): Creating rural indicators for shaping territorial policy. Paris.
- OECD (2005): Regions at the glance. Paris.
- OECD (2006): Das neue Paradigma für den ländlichen Raum: Politik und Governance. Paris.
- OECD (2009): Methods to Monitor and Evaluate the Impacts of Agricultural Policies on Rural Development. www.oecd.org/dataoecd/20/1/44559121.pdf.
- OHLIN, B. (1933): Interregional and international trade. Cambridge.
- OPASCHOWSKI, H.W. (2001): Das gekaufte Paradies – Tourismus im 21. Jahrhundert. Hamburg.
- OPPERMANN, M. (1996): Rural tourism in southern Germany. In: *Annals of Tourism Research 23, H. 1*, S. 86-102.
- ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (2003): Ex-post Evaluation of the Community Initiative LEADER II – Final Report. Wien.
- PABIAN, O.; JAROSZEWICZ, B. (2009): Assessing Socio-economic Benefits of Natura 2000 – A Case Study on the ecosystem service provided by Białowieża Forest. Output of the project Financing Natura 2000: Cost estimate and benefits of Natura 2000 (Contract No.: 070307/2007/484403/MAR/B2), ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/financing/docs/bialowiaza_case_study.pdf.
- PAESLER, R. (2007): Der Wandel des Tourismus in den Transformationsländern Ostmittel- und Osteuropas durch die politische Wende. In: BECKER, C.; HOPFINGER, H.; STEINECKE, A. (Hrsg.): *Geographie der Freizeit und des Tourismus*. München, S. 555-567.
- PÁLÁNÉ KOVÁCS, I. (2009) Europeanisation of Territorial Governance in Three Eastern/Central European Countries. In: *Halduskultuur-Administrative culture 10*, S. 40-57.
- PECHLANER H. (2003): Tourismus-Destinationen im Wettbewerb. Wiesbaden.
- PERROUX, F. (1964): *L'économie du XXème siècle*. Paris.
- PESCHEL, K. (1984): Über die Unmöglichkeit endogener regionaler Entwicklung in hochindustrialisierten Volkswirtschaften. In: *Jahrbuch für Regionalwissenschaft 5*, S. 29-47.
- PETRICK, M. (2004): Credit rationing of Polish farm households – A theoretical and empirical analysis (= Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe Nr. 26). Halle (Saale).

- PFLÜGER, M. (2008): Die neue ökonomische Geographie: ein Überblick. In: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 37, H. 3, S. 150-158.
- PFLÜGER, M.; SÜDEKUM, J. (2005): Die neue ökonomische Geographie und Effizienzgründe für Regionalpolitik. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 74, H. 1, S. 26-46.
- PILS, M. (2006): New Trends, New Markets. Workshop 3 Fact Sheet. 5. European Tourism Forum, Zypern, 16.-17.11.2006. www.etfcyprus2006.com.cy/presentation/workshop3/factsheet.htm (Zugriff 02/2009).
- PLOEG, J.D. Van der; SACCOMANDI, V. (1995): On the Impact of Endogenous Development in Agriculture. In: PLOEG, J. D. VAN DER; DIJK, G. VAN (Hrsg.): *Beyond Modernization – The Impact of Endogenous Rural Development*. Assen, S. 10-27.
- PMR (2010): Polish Market Review, 05.01.2010, S. 3, www.pmrpublications.com/pdf/en_Polish_Market_Review1264063943_.pdf (Zugriff 06/2010).
- PORTER, M. E. (1993): Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt. Wien.
- PORTER, M. E. (1998): Clusters and Competition: New Agendas for Companies, Governments, and Institutions. In: PORTER, M. E. (Hrsg.): *On Competition*. Boston, S. 197-287.
- PRZEZBÓRSKA, L. (2003): Relationships between rural tourism and agrarian restructuring in a transitional economy – The case of Poland. In: HALL, D.; ROBERTS, L.; MITCHELL, M. (Hrsg.): *New directions in rural tourism*. Aldershot, S. 205-222.
- PRZEZBÓRSKA, L. (2005): Przemiany gospodarstw agroturystycznych Wielkopolski w latach 1990-2003 [Veränderung der agrotouristischen Betriebe in der Region Wielkopolskie zwischen 1990 und 2003]. In: *Roczniki Naukowe, Stowarzyszenie ekonomistów rolnictwa i agrobiznesu* 7, H. 1, S. 197-203.
- PUGA, D. (1999): The rise and fall of regional inequalities. In: *European Economic Review* 43, S. 303-334.
- RAICH, F. (2006): Governance räumlicher Wettbewerbseinheiten: Ein Ansatz für die Tourismus-Destination. Wiesbaden.
- RAY, C. (2000): Endogenous socio-economic development in the European Union – Issues of evaluation. In: *Journal of Rural Studies* 16, H. 4, S. 447-458.
- RAY, C. (2006): Neo-endogenous rural development in the EU. In: CLOKE, P. J.; MARSDEN, T.; MOONEY, P. H. (Hrsg.): *Handbook of rural studies*. London, S. 278-291.
- REBELO, S. (1991): Long-Run Policy Analysis and Long-Run Growth. In: *Journal of Political Economy* 99, S. 500-521.
- RESEARCH INSTITUTE OF AGRICULTURAL AND FOOD ECONOMICS (2009): Ex post evaluation of the SAPARD programme in the SR – Final report. Bratislava.
- RIBEIRO, M.; MARQUES, C. (2002): Rural Tourism and the Development of Less Favoured Areas – Between Rhetoric and Practice. In: *International journal of tourism research* 4, H. 3, S. 211-220.
- RICHARDSON, H. W. (1980): Polarisation Reversal in Developing Countries. In: *Papers of the Regional Science Association* 45, S. 67-85.
- RIZOV, M.; SWINNEN, J. F. M. (2004): Human capital, market imperfections, and labor reallocation in transition. In: *Journal of Comparative Economics* 32, S. 745-774.

- ROBERTS, L.; SIMPSON, F. (1999): Developing Partnership Approaches to Tourism in Central and Eastern Europe. In: *Journal of Sustainable Tourism* 7, H. 3, S. 314-330.
- ROMER, P. M. (1986): Increasing Returns and Long-Run Growth. In: *Journal of Political Economy* 94, S. 1002-1037.
- ROMER, P. M. (1990): Endogenous Technological Change. In: *Journal of Political Economy* 98, S. 71-102.
- RÖMISCH, R. (2003): Regional disparities within accession countries. In: TUMPEL-GUGERELL, G.; MOOSLECHNER, P. (Hrsg.): *Economic Convergence and Divergence in Europe: Growth and Regional Development in an Enlarged European Union*. Cheltenham, Northampton. S. 183-208.
- ROOS, M. (2002): *Ökonomische Agglomerationstheorien: die neue ökonomische Geographie im Kontext*. Lohmar u.a.
- RÖSCH, A. (2000): Kreative Milieus als Faktoren der Regionalentwicklung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 58, H. 2/3, S. 161-172.
- RUTTEN, R.; BOEKEMA, F. (Hrsg.) (2007a): *The Learning Region: Foundations, State of the Art, Future*. Cheltenham.
- RUTTEN, R.; BOEKEMA, F. (2007b): The learning region: a conceptual anatomy. In: RUTTEN, R.; BOEKEMA, F. (Hrsg.): *The Learning Region: Foundations, State of the Art, Future*. Cheltenham, S. 127-142.
- SAKAMOTO, H.; FAN, J. (2009): Regional Income Disparity in China using Value-Added Data: Decomposition and Distribution Dynamics (= Working Paper Series Vol. 2009-24). Kitakyushu. www.icsead.or.jp/7publication/workingpp/wp2009/2009-24.pdf.
- SAXENA, G.; CLARK, G.; OLIVER, T.; ILBERY, B. (2007): Conceptualizing Integrated Rural Tourism. In: *Tourism Geographies* 9, H. 4, S. 347-370.
- SCHAMP, E. W. (2000): *Vernetzte Produktion: Industriegeographie aus institutioneller Perspektive*. Darmstadt.
- SCHARFF, R. (1993): *Regionalpolitik und regionale Entwicklungspotentiale* (= Hohenheimer Volkswirtschaftliche Schriften 18). Frankfurt am Main u.a.
- SCHÄTZL, L. (2000): *Wirtschaftsgeographie 2: Empirie*. Paderborn, München, Wien, Zürich.
- SCHÄTZL, L. (2001): *Wirtschaftsgeographie 1: Theorie*. Achte Auflage. Paderborn.
- SCHÄTZL, L.; KIESE, M. (2008): Cluster und Regionalentwicklung: Schlussfolgerungen und Ausblick. In: KIESE, M.; SCHÄTZL, L. (Hrsg.): *Cluster und Regionalentwicklung: Theorie, Beratung und praktische Umsetzung*. Dortmund, S. 261-274.
- SCHLÖMER, C.; SPANGENBERG, M. (2009): Städtisch und ländlich geprägte Räume: Gemeinsamkeiten und Gegensätze. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (BMVBS); BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.): *Ländliche Räume im demographischen Wandel* (= BBSR-Online-Publikation Nr. 34/2009). S. 17-32.
- SCHÖN, H. (1997): *Regionalpolitische Konzepte und Strukturwandel ländlicher Räume: Eine Analyse am Beispiel des oberen Altmühltals* (= Volkswirtschaftliche Schriften 472). Berlin.
- SCHRECK, T. (2008): *Empirische Relevanz neuerer Theorien regionaler Entwicklung: Eine ökonomische Analyse*. Frankfurt am Main u.a.

- SENGENBERGER, W.; PYKE, F. (1992): Industrial districts and local economic regeneration: Research and policy issues. In: PYKE, F.; SENGENBERGER, W. (Hrsg.): Industrial districts and local economic regeneration. Genf, S. 3-29.
- SHARPLEY, R.; VASS, A. (2006): Tourism, farming and diversification: An attitudinal study. In: *Tourism Management* 27, H. 5, S. 1040-1052.
- SHUCKSMITH, M. (2010): Disintegrated Rural Development? Neo-endogenous Rural Development, Planning and Place-Shaping in Diffused Power Contexts. In: *Sociologica Ruralis* 50, H. 1, S. 1-14.
- SIEBERT, R. (2001): Social Change and Trends in Rural Areas. In: GOETZ, S.J.; JAKSCH, T.; SIEBERT, R. (Hrsg.): Agricultural Transformation and Land Use in Central and Eastern Europe. Aldershot, S. 57-69.
- SIKORSKA, D. (2007): Agroturystyka i turystyka wiejska jako istotne elementy pozarolniczej działalności na obszarach wiejskich [Agrotourismus und ländlicher Tourismus als wichtige Faktoren nicht-landwirtschaftlicher Aktivitäten in ländlichen Räumen]. In: *Roczniki Naukowe, Stowarzyszenie ekonomistów rolnictwa i agrobiznesu* 9, H. 3, S. 181-183.
- SIKORSKA-WOLAK, I. (2006): Tourism as a chance for rural development. In: *Electronic Journal of Polish Agricultural Universities* 9, H. 4, www.ejpau.media.pl/volume9/issue4/art-02.html.
- SLEE, B. (1994): Theoretical aspects of the study of endogenous development. In: PLOEG, J.D. VAN DER; LONG, A. (Hrsg.): Born from within: Practice and perspectives of endogenous rural development. Assen, S. 184-194.
- SMOCZYŃSKI, W. (2009): Polen – Ein Land ohne Gesicht. In: *Polityka* 24.06.2009. www.polityka.pl/swiat/politykaaufdeutsch/297663,1,polen--ein-land-ohne-gesicht.read (Zugriff 03/2011).
- SOBOTKA, T. (2004): Postponement of Childbearing and Low Fertility in Europe. Dissertation Rijksuniversiteit Groningen. Amsterdam. dissertations.ub.rug.nl/FILES/faculties/rw/2004/t.sobotka/thesis.pdf (Zugriff 01/2008).
- SONG, H.; LI, G. (2008): Tourism demand modelling and forecasting – A review of recent research. In: *Tourism Management* 29, H. 2, S. 203-220.
- SPITZER, H. (1991): Raumnutzungslehre. Stuttgart.
- SPRENGER, B. (2005): Die Rolle der Landwirtschaft im Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung – Geographisch untersucht am Beispiel der Region "West" Irlands. Münster.
- STATISTICAL OFFICE OF THE SLOVAK REPUBLIC (2010): Income, Expenditures and Consumption of Private Households in the Slovak Republic.
- STEINKECKE, A. (2006): Tourismus: eine geographische Einführung. Braunschweig.
- STERNBERG, R. (1998): Technologiepolitik und High-Tech-Regionen – Ein internationaler Vergleich (= Wirtschaftsgeographie Bd.7). Zweite, veränderte Auflage. Münster.
- STERNBERG, R. (2001): New Economic Geography und Neue regionale Wachstumstheorie aus wirtschaftsgeographischer Sicht. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 45, H. 3/4, S. 159-180.
- STERNBERG, R. (2005): Clusterbasierte Regionalentwicklung der Zukunft. Kriterien für die Gestaltung. In: CERNAVIN, O.; FÜHR, M.; KALTENBACH, M.; THIEBEN, F. (Hrsg.): Cluster und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung (= Volkswirtschaftliche Schriften 543). Berlin, S. 119-138.

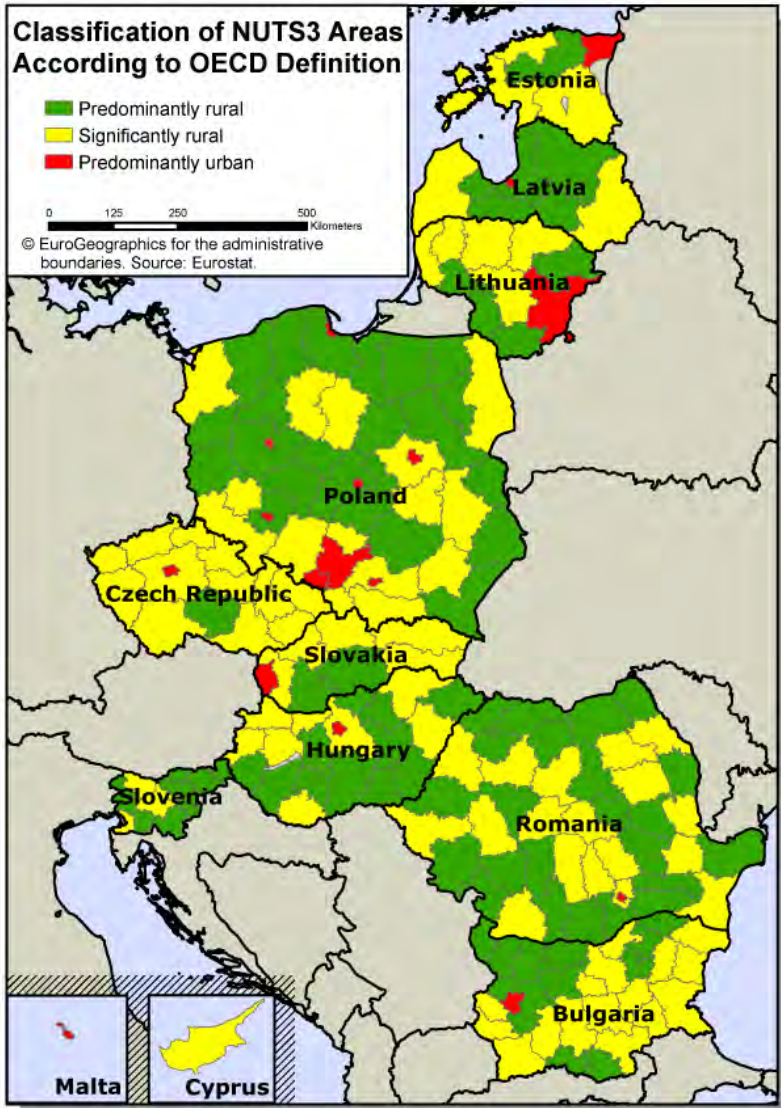
- STIGLBAUER, A.; WEISS, C. R. (2000): Family and non-family succession in the Upper-Austrian farm sector. In: *Cahiers d'économie et sociologie rurales* 54, S. 5-26.
- STORPER, M.; WALKER, R. (1989): *The Capitalist Imperative – Territory, Technology, and Industrial Growth*. Oxford.
- SWAIN, N. (1996): Rural Employment and Rural Unemployment in the Post Socialist Countryside. In: *Eastern European Countryside* 2, S. 5-16.
- SWINNEN, J. F. M.; VRANKEN, L. (2007): Review of the Transitional Restrictions Maintained by New Member States on the Acquisition of Agricultural Real Estate – Final Report. Brüssel. ec.europa.eu/internal_market/capital/docs/study_en.pdf.
- SZNAJDER, M.; PRZEZBÓRSKA, L.; SCRIMGEOUR, F. (2009): *Agritourism*. Wallingford.
- SZWICHTENBERG, A. (2009): Activation of the Polish coastal tourist reception region using the instrument of a public-private partnership. In: *Tourism* 19, H. 1-2, S. 77-82.
- TERLUIN, I. J. (2001): *Rural Regions in the EU: Exploring Differences in Economic Development*. Groningen.
- THIEL, E.; CRINIUS, W. (1990): Raumkategorien und raumordnungspolitische Maßnahmen. Probleme einer regionstypenbezogenen Raumentwicklungspolitik. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.): *Räumliche Typisierung für die Raumentwicklungspolitik*. Hannover, S. 63-111.
- THOMI, W.; STERNBERG, R. (2008): Cluster – Zur Dynamik von Begrifflichkeiten und Konzeptionen. Editorial. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 52, H. 2-3, S. 73-78.
- THOMI, W.; WERNER, R. (2001): Regionale Innovationssysteme. Zur territorialen Dimension von Wissen und Innovation. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 45, H. 3-4, S. 202-218.
- THÜNEN, J. H. VON (1875): *Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*. Berlin.
- TICHY, G. (2001): Regionale Kompetenzzyklen. Zur Bedeutung von Produktlebenszyklus- und Clusteransätzen im regionalen Kontext. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 45, H. 3-4, S. 181-201.
- TIETJE, H. (2004): *Hofnachfolge in Schleswig-Holstein*. Dissertation, Kiel.
- TIETZ, A. (Hrsg.) (2007): *Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich – Finanzen, Schwerpunkte, Maßnahmen (= Landbauforschung Völknerode Sonderheft 315)*. Braunschweig.
- TOEPEL, K. (2000): Evaluation in der Regionalpolitik. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 69, H. 3, S. 395-405.
- TRAPP, C.; BAUM, S. (2005): Analyse der raumwirtschaftlichen Differenzierung ländlicher Räume in Bulgarien als Folge der Systemtransformation. In: *Europa Regional* 13, H. 2, S. 58-66.
- TYRAN, E. (2010): Dywersyfikacja jako proces dostosowawczy gospodarstw województwa małopolskiego [Diversifizierung als Anpassungsprozess landwirtschaftlicher Betriebe in der Woiwodschaft Malopolska]. In: *Roczniki nauk rolniczych, Seria G* 97, H. 4, S. 200-209.
- URRY, J. (2002): *The Tourist Gaze*. London, Thousand Oaks, New Delhi.
- VALENTINOV, V.; BAUM, S. (2008): The institutional economics of rural development: Beyond market failure. In: *Journal of Central European Agriculture* 9, H. 3, S. 457-462.

- VAN DER STOEP, G. A. (2000): Community Tourism Development. In: GARTNER, W. C.; LIME, D. W. (Hrsg.): Trends in Outdoor Recreation, Leisure and Tourism. Wallingford, S. 309-321.
- VERBOLE, A. (2000): Actors, Discourses and Interfaces of Rural Tourism Development at the Local Community Level in Slovenia. In: *Journal of Sustainable Tourism* 8, H. 6, S. 479-490.
- WEBER, A. (1909): Über den Standort der Industrien. Teil 1: Reine Theorie des Standorts. Tübingen.
- WEISE, C. (2005): Grundlagen der EU-Regionalpolitik und Ansätze zu ihrer Weiterentwicklung. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 74, H. 1, S. 74-90.
- WILKIN, J. (2007): Agriculture in new Member States – Expectations and lessons learned. Plenary paper prepared for presentation at the joint IAAE – 104th EAAE Seminar Agricultural Economics and Transition: "What was expected, what we observed, the lessons learned." Corvinus University of Budapest, Ungarn, 6.-8. September 2007. ageconsearch.umn.edu/bitstream/8529/1/sp07wi01.pdf.
- WILLIAMSON, J. G. (1965): Regional inequality and the process of national development. A description of the patterns. In: *Economic Development and Cultural Change* 13, S. 3-84.
- WILSON, S.; FESENMAIER, D. R.; FESENMAIER, J.; ES, J. C. van (2001): Factors for Success in Rural Tourism Development. In: *Journal of Travel Research* 40, H. 2, S. 132-139.
- WTO WORLD TOURISM ORGANIZATION (2004): Rural Tourism in Europe: Experiences, Development and Perspectives. O. O.
- WYRZYKOWSKI, J. (2000): Conditions of Foreign Tourism Development in Central and Eastern Europe. In: WYRZYKOWSKI, J. (Hrsg.): Changes in model of tourism in the last decade. Wrocław. S. 93-112.
- WYSOCKA, A. (2004): Rural Tourism in the Province of Swietokrzyskie. Funding and Financial Aspects. In: WORLD TOURISM ORGANIZATION (Hrsg.): Rural Tourism in Europe: Experiences, Development and Perspectives. O. O, S. 159-160.
- ZARĘBSKI, M. (2006): Motywy wyboru usług agroturystycznych [Gründe für die Auswahl agrotouristischer Dienstleistungen]. In: *Roczniki Naukowe, Stowarzyszenie ekonomistów rolnictwa i agrobiznesu* 8, H. 4, S. 390-394.
- ZEIT ONLINE, 24. Januar 2011: Reiche Bundesländer drohen mit Klage. www.zeit.de/politik/deutschland/2011-01/laenderfinanzausgleich-klage.
- ZEITLIN, J. (1992): Industrial districts and local economic regeneration: Overview and comment. In: PYKE, F.; SENGENBERGER, W. (Hrsg.): Industrial districts and local economic regeneration. Genf. S. 279-294.

ANHANG – KARTENVERZEICHNIS

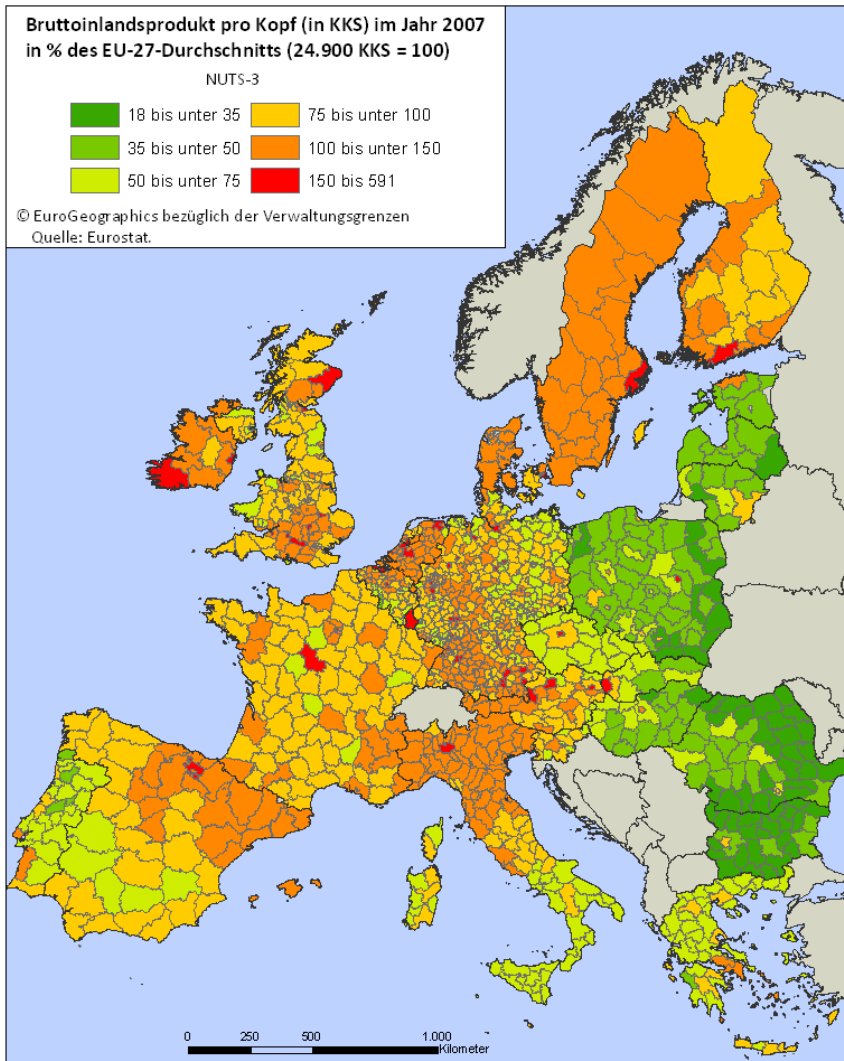
Karte 1:	Klassifizierung von NUTS-3-Regionen der MOEL nach OECD-Kriterien.....	181
Karte 2:	Regionales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2007 in % des EU-27-Durchschnitts	182
Karte 3:	Veränderung des regionalem Bruttoinlandsproduktes pro Kopf relativ zum EU-27-Durchschnitt zwischen 2002 und 2007.....	183
Karte 4:	Jährliche, durchschnittliche Änderungsrate der Bevölkerung in den NUTS-3-Regionen der MOEL.....	184
Karte 5:	Natürliches Bevölkerungswachstum in NUTS-3-Regionen der MOEL, 2000-2005 und Wanderungsbilanzrate bezogen auf 1000 Einwohner in NUTS-2-Regionen der MOEL.....	185
Karte 6:	Typologie der Bevölkerungsbewegung in NUTS-2-Regionen der MOEL	186
Karte 7:	Arbeitslosenrate insgesamt und für die Erwerbspersonen unter 25 Jahren in den NUTS-3-Regionen der MOEL.....	187
Karte 8:	Beschäftigungsanteile der Landwirtschaft, Industrie und der Dienstleistungen in den NUTS-3-Regionen der MOEL.....	188
Karte 9:	Anteil der im Jahr 2005 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen an den Gesamtbeschäftigten im Jahr 2004 in den NUTS-3-Regionen der MOEL	189
Karte 10:	Anteil der Betriebsinhaber jünger als 35 Jahre und älter als 65 Jahre in den NUTS-3-Regionen der MOEL	190
Karte 11:	Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft in den NUTS-3-Regionen der MOEL	191
Karte 12:	Typisierung der 175 ländlichen NUTS-3-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten	192
Karte 13:	Verteilung der agrotouristischen Betriebe und Betten in Polen 2007.....	193
Karte 14:	Tourismusintensität in den polnischen Regionen 2007	194

Karte 1: Klassifizierung von NUTS-3-Regionen der MOEL nach OECD-Kriterien



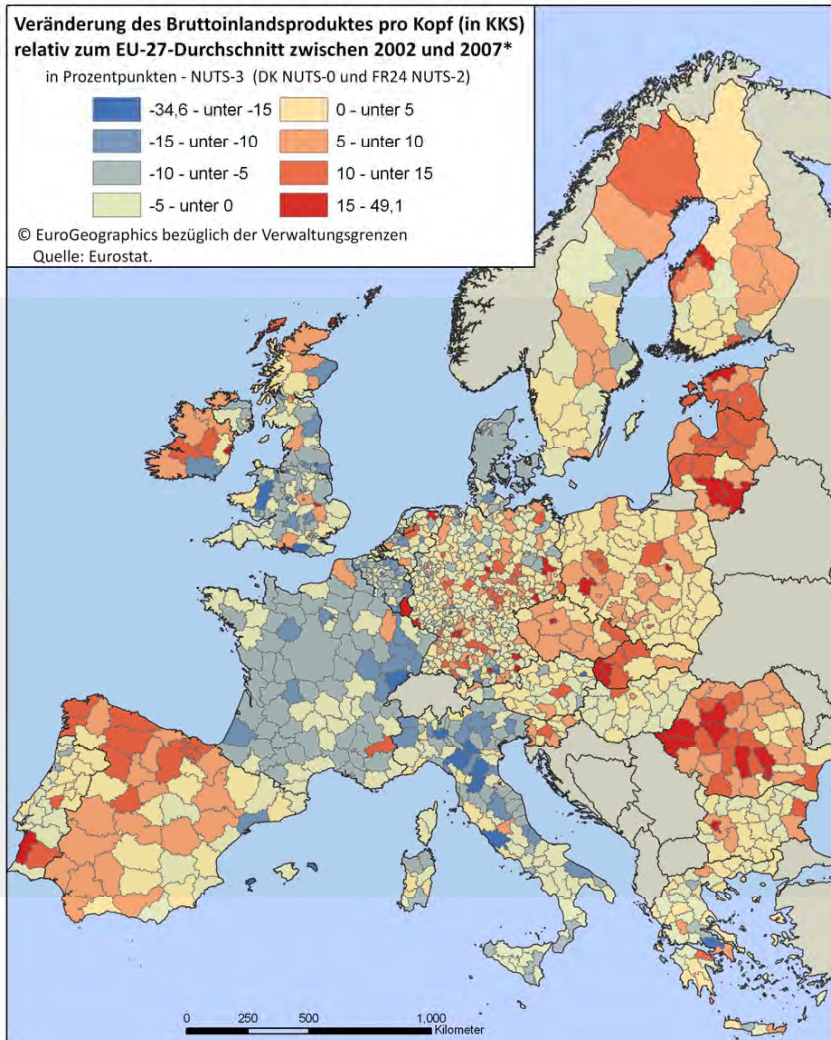
Quelle: BAUM, 2008a, S. 3. Daten bereitgestellt von DG Agri, Europäische Kommission für das SCARLED Deliverable 3.2.

Karte 2: Regionales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Euro KKS) im Jahr 2007 in % des EU-27-Durchschnitts



Quelle: EUROSTAT-Daten, Tabelle "nama_r_e3gdp" (Stand Oktober 2010).

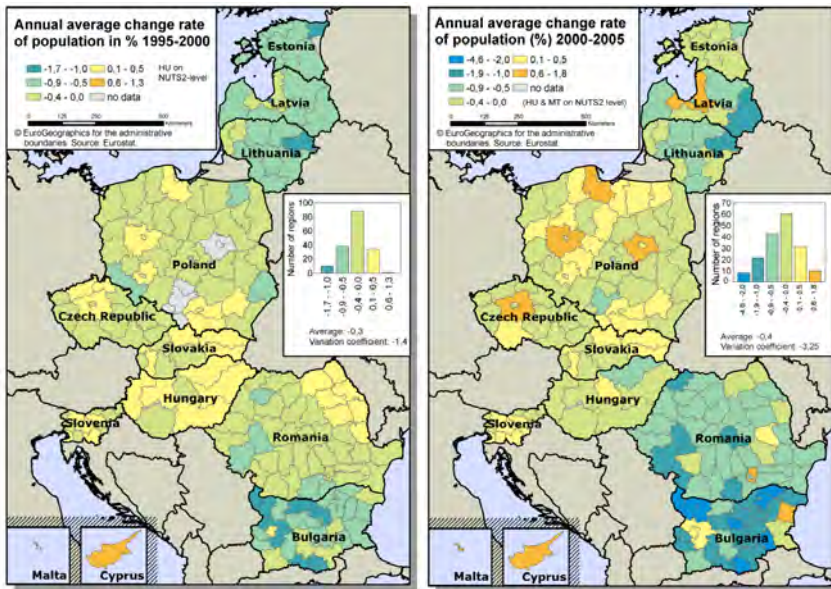
Karte 3: Veränderung des regionalem Bruttoinlandsproduktes pro Kopf (in Euro KKS) relativ zum EU-27-Durchschnitt zwischen 2002 und 2007



Quelle: Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten, Tabelle "nama_r_e3gdp" (Stand Oktober 2010).

Anm.: * Die Werte wurden wie folgt berechnet: "BIP pro Kopf (in Euro KKS) in % der EU-27-Durchschnitts von 2007 (24.900 Euro KKS = 100)" minus "BIP pro Kopf (in Euro KKS) in % der EU-27-Durchschnitts von 2002 (20.500 Euro KKS = 100)"

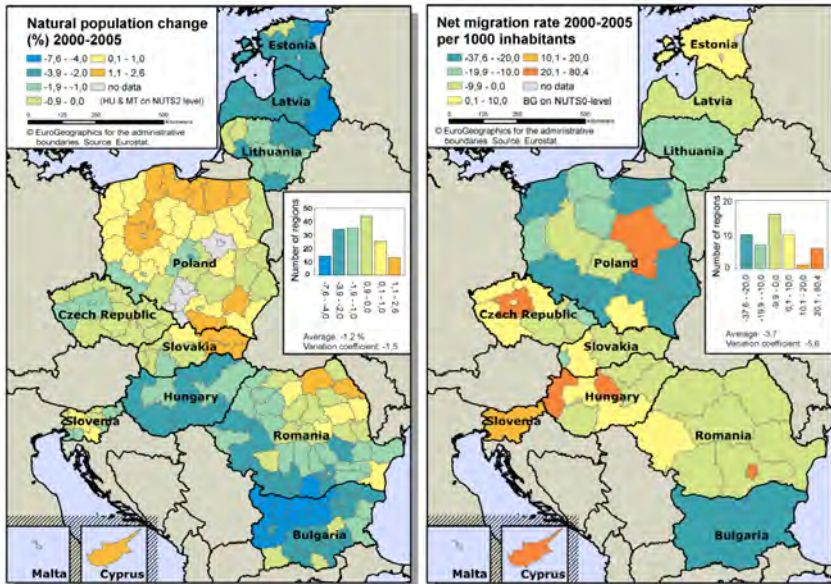
Karte 4: Jährliche, durchschnittliche Änderungsrate der Bevölkerung (%) in den NUTS-3-Regionen der MOEL, 1995-2000 (links) und 2000-2005 (rechts)



Quelle: BAUM, 2008a, S. 6. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabelle "reg_d3avg") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet.

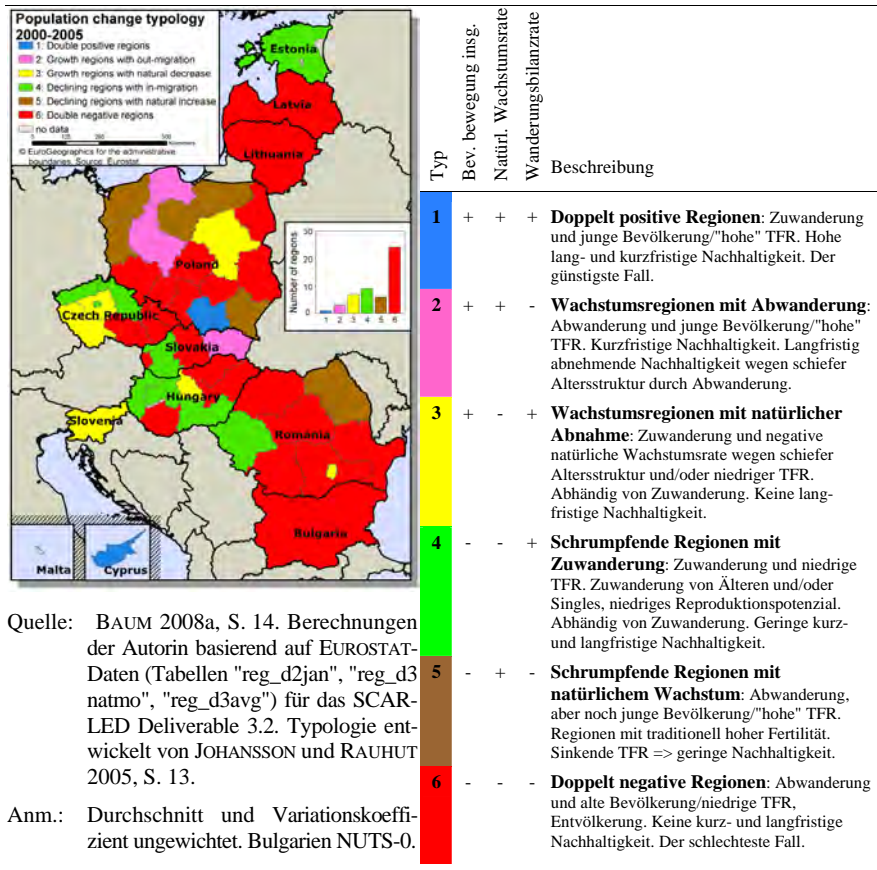
Karte 5: **Natürliches Bevölkerungswachstum (%) in NUTS-3-Regionen der MOEL, 2000-2005 (links) und Wanderungsbilanzrate bezogen auf 1000 Einwohner in NUTS-2-Regionen der MOEL, 2000-2005 (rechts)**



Quelle: BAUM, 2008a, S. 8 und 12. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabellen "reg_d3avg", "reg_d3natmo" und "reg_d2jan") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet.

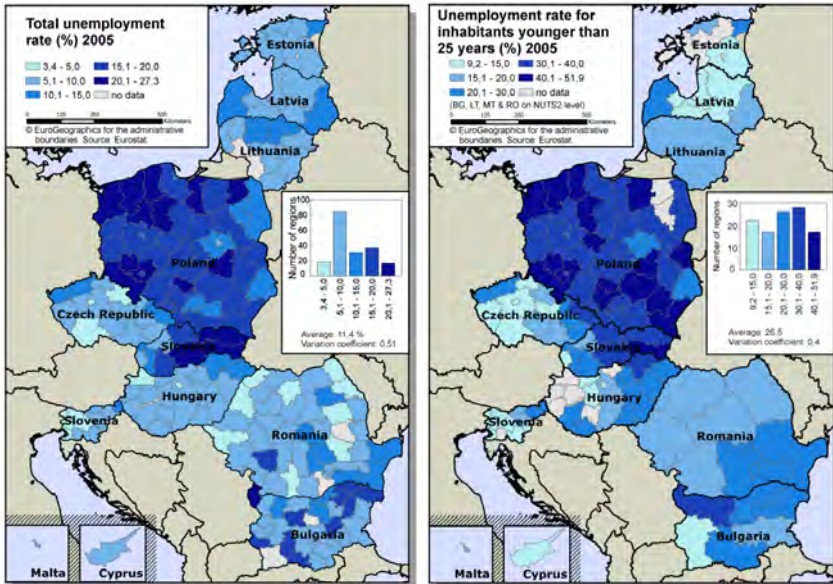
Karte 6: Typologie der Bevölkerungsbewegung in NUTS-2-Regionen der MOEL, 2000-2005



Quelle: BAUM 2008a, S. 14. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabellen "reg_d2jan", "reg_d3natmo", "reg_d3avg") für das SCARLED Deliverable 3.2. Typologie entwickelt von JOHANSSON und RAUHUT 2005, S. 13.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient ungewichtet. Bulgarien NUTS-0.

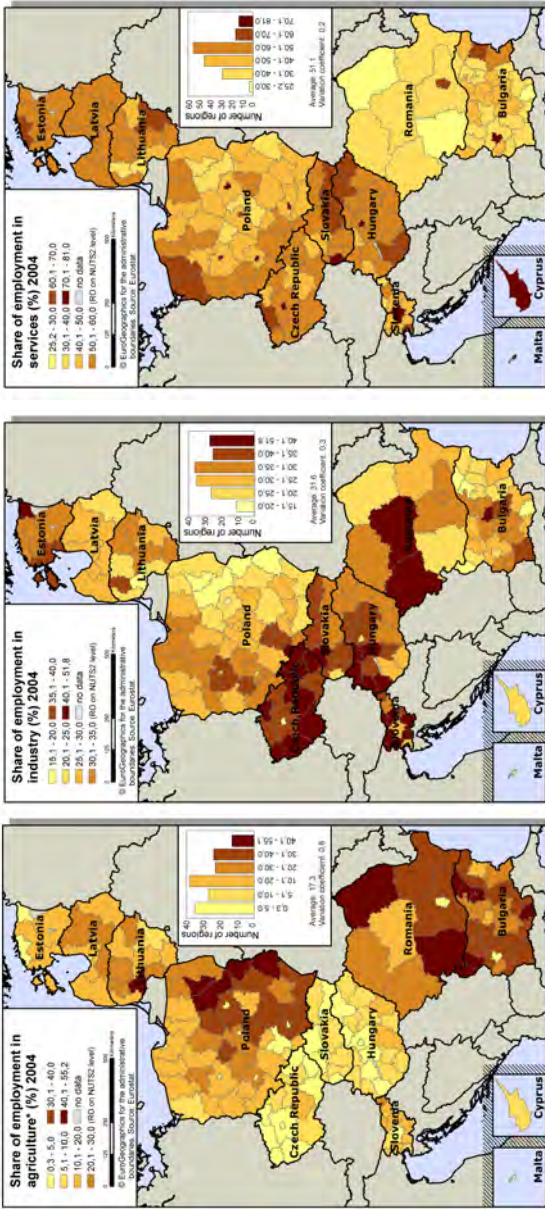
Karte 7: Arbeitslosenrate (%) insgesamt (links) und für die Erwerbspersonen unter 25 Jahren (rechts) in den NUTS-3-Regionen der MOEL, 2005



Quelle: BAUM, 2008a, S. 24. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabelle "reg_lfu3rt") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet.

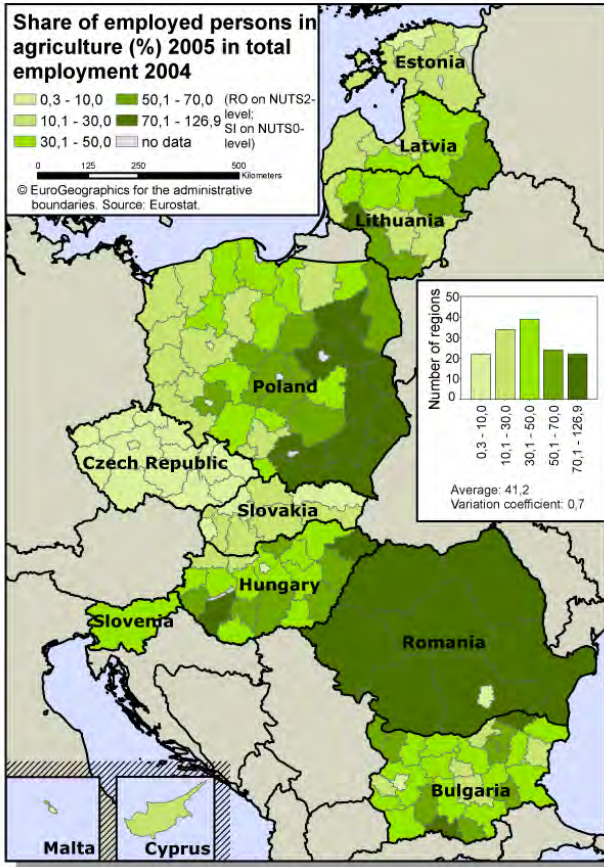
Karte 8: Beschäftigungsanteile der Landwirtschaft* (links), Industrie (Mitte) und der Dienstleistungen (rechts) in den NUTS-3-Regionen der MOEL, 2004



Quelle: BAUM, 2008a, S. 26. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabellen "reg_e3empl" und "reg_lfe2enace") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet. * Landwirtschaft einschließlich Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei. Diese Daten basieren auf den Beschäftigungsstatistiken der "Konten nach Produktionsbereichen", welche aus der Arbeitskräfteerhebung in den MOEL entstehen. Beschäftigte Personen werden dem ökonomischen Sektor zugeordnet, in dem sie hauptsächlich arbeiten, so dass viele Teilzeit-Landwirte und Landarbeiter nicht in den Beschäftigten für die Landwirtschaft enthalten sind. Zeitliche Veränderungen in der Beschäftigtenzahl in den verschiedenen Sektoren und insbesondere in der Landwirtschaft werden auf der Basis jährlicher Beschäftigungsschätzungen gemessen (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2003d, S. 124).

Karte 9: Anteil der im Jahr 2005 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen (Betriebsstrukturerhebung) an den Gesamtbeschäftigten im Jahr 2004 (Arbeitskräfteerhebung) in den NUTS-3-Regionen der MOEL

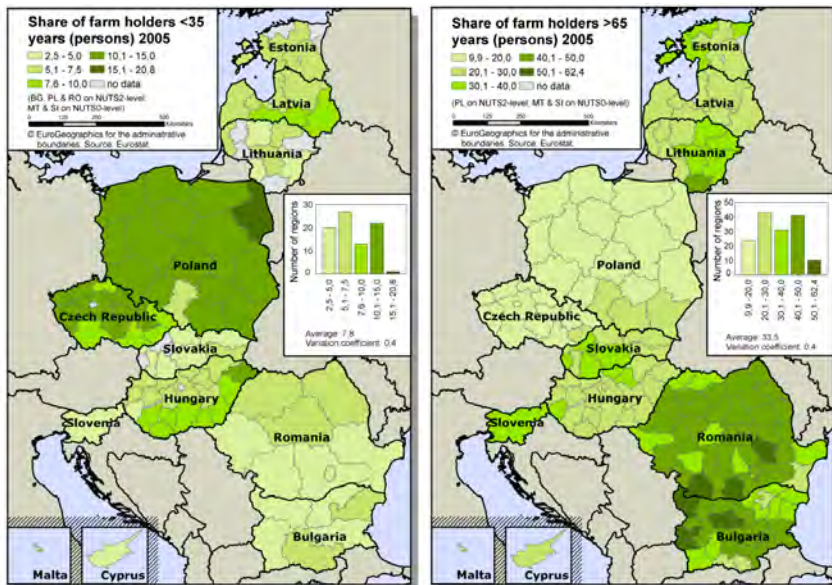


Quelle: BAUM, 2008a, S.30. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabellen "reg_a2efarm", "reg_e3empl" und "reg_lfe2enace") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet.

Die Werte können 100 % überschreiten, da sie auf zwei verschiedenen Datenquellen beruhen. Die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen werden von der Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe erfasst. Diese Betriebsstrukturerhebung kann auch Personen mit einbeziehen, die von der Arbeitskräfteerhebung, auf welcher die Zahlen der Gesamtbeschäftigten beruhen, nicht als offiziell beschäftigt angesehen werden.

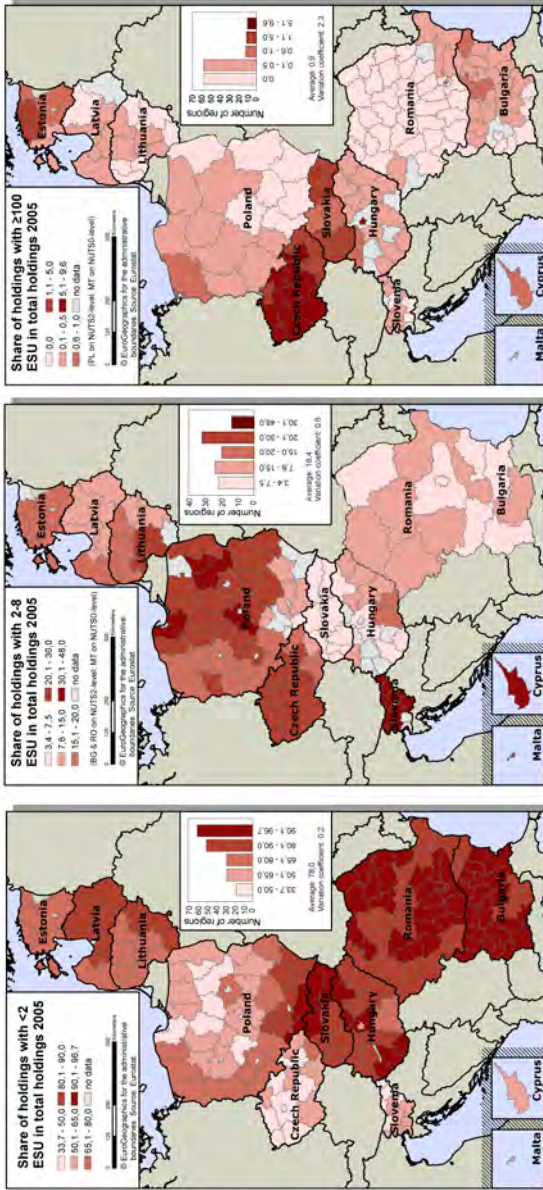
Karte 10: Anteil der Betriebsinhaber (natürliche Person) jünger als 35 Jahre (links) und älter als 65 Jahre (rechts) in den NUTS-3-Regionen der MOEL, 2005



Quelle: BAUM 2008a, S. 33. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabelle "reg_a2efarm") für das SCARLED Deliverable 3.2.

Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet.

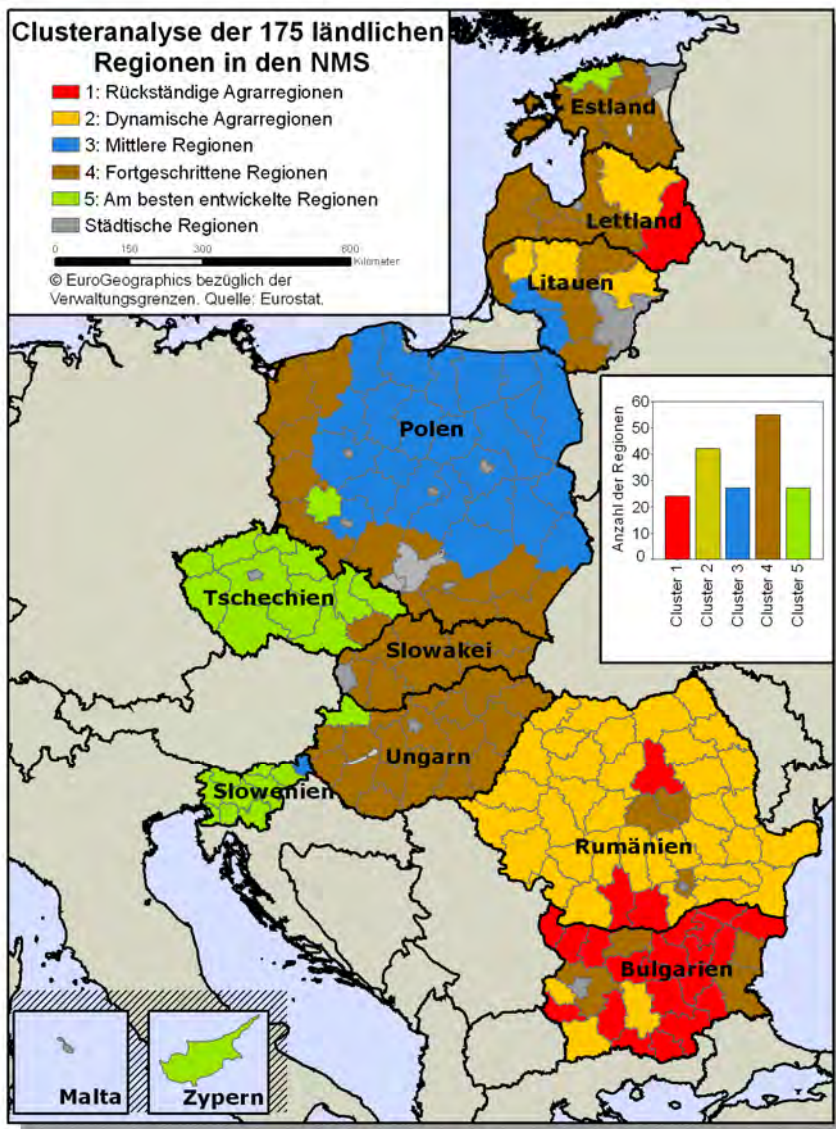
Karte 11: Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft in den NUTS-3-Regionen der MOEL, 2005



Quelle: BAUM, 2008a, S. 36. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten (Tabelle "reg_a2efarm") für das SCARLED Deliverable 3.2.

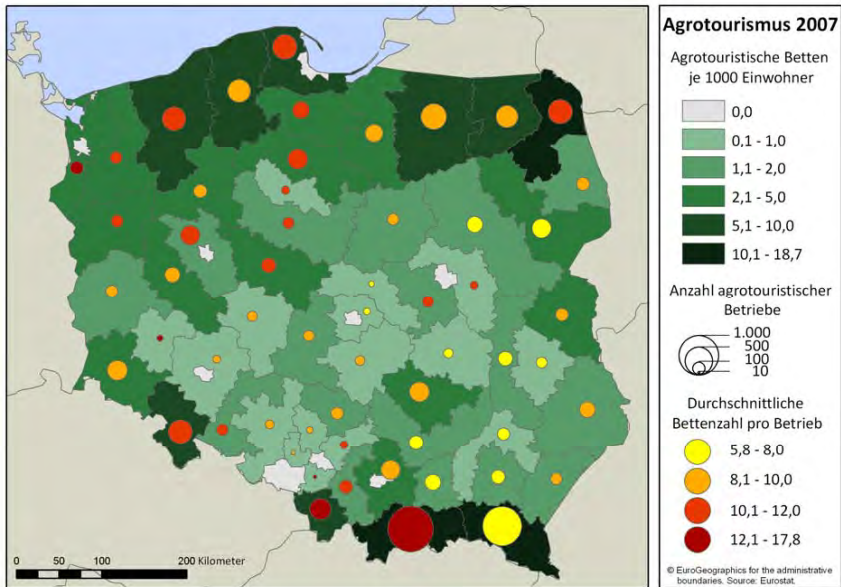
Anm.: Durchschnitt und Variationskoeffizient sind ungewichtet.
 ESU = European Size Unit = Europäische Größeneinheit (EGE).

Karte 12: Typisierung der 175 ländlichen NUTS-3-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten



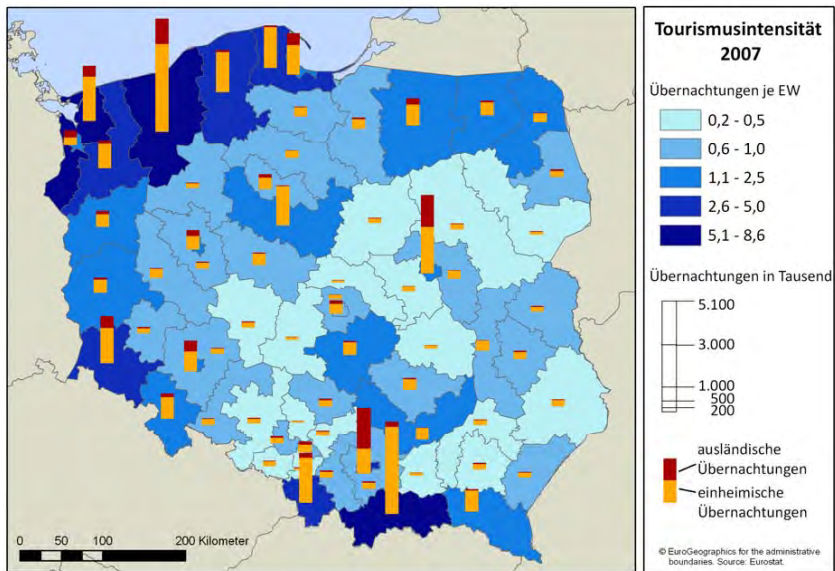
Quelle: BAUM, 2008b, S. 11. Berechnungen der Autorin basierend auf EUROSTAT-Daten für das SCARLED Deliverable 3.3.

Karte 13: Verteilung der agrotouristischen Betriebe und Betten in Polen 2007



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf INSTITUT FÜR TOURISMUS 2007 (Agrotourismus) und CSO (Einwohner).

Karte 14: Tourismusintensität in den polnischen Regionen 2007



Quelle: Eigene Berechnungen mit CSO-Daten.

- Vol. 1 **The importance of institutions for the transition in Central and Eastern Europe with emphasis on agricultural and food industry**
ed. by Klaus Frohberg and Witold-Roger Pogonietz
1998, 137 pages, ISBN 3-8175-0258-3
- Vol. 2 **The significance of politics and institutions for the design and formation of agricultural Policies**
ed. by Klaus Frohberg and Peter Weingarten
1999, 254 pages, ISBN 3-8175-0289-3
- Vol. 3 **Food processing and distribution in transition countries. Problems and perspectives**
ed. by Monika Hartmann and Jürgen Wandel
1999, 349 pages, ISBN 3-8175-0293-1
- Vol. 4 **Die private Nachfrage nach Nahrungsmitteln im Transformationsprozeß Tschechiens und Polens**
Stephan Brosig (PhD)
2000, 171 Seiten, ISBN 3-8175-0319-9
- Vol. 5 **Integrating Estonia into the EU: Quantitative analysis of the agricultural and food sector**
Achim Fock (PhD)
2000, 286 pages, ISBN 3-8175-0320-2
- Vol. 6 **Competitiveness of agricultural enterprises and farm activities in transition countries**
ed. by Peter Tillack and Frauke Pirscher
2000, 216 pages, ISBN 3-8175-0322-9
- Vol. 7 **Конкурентоспособность сельскохозяйственных предприятий и фермерской деятельности в странах переходного периода**
под редакцией Петера Тиллака и Фрауке Пиршер
2000, 253 страницы, ISBN 3-8175-0324-5
- Vol. 8 **Perspectives on agriculture in transition: Analytical issues, modelling approaches, and case study results**
ed. by Witold-Roger Pogonietz, Alberto Zezza, Klaus Frohberg and Kostas G. Stamoulis
2000, 433 pages, ISBN 3-8175-0323-7

- Vol. 9 **Land ownership, land markets and their influence on the efficiency of agricultural production in Central and Eastern Europe**
ed. by Peter Tillack and Eberhard Schulze
2000, 485 pages, ISBN 3-8175-0325-3
- Vol. 10 **Landwirtschaft und Industrie in Russland – Der Transformationsprozeß in der Ernährungsindustrie**
Jürgen Wandel (PhD)
2000, 361 Seiten, ISBN 3-8175-0334-2
- Vol. 11 **Food consumption in Russia. An econometric analysis based on household data**
Karin Elsner (PhD)
2001, 256 pages, ISBN 3-8175-0335-0
- Vol. 12 **Alexander Wasiljewitsch Tschajanow – Die Tragödie eines großen Agrarökonomen**
hrsg. u. übers. von Eberhard Schulze
2001, 192 Seiten, ISBN 3-8175-0342-3
- Vol. 13 **Analysis of food consumption in Central and Eastern Europe: Relevance and empirical methods**
ed. by Stephan Brosig and Monika Hartmann
2001, 253 pages, ISBN 3-8175-0349-0
- Vol. 14 **Wettbewerbsprozesse und Firmenwachstum in der Transformation am Beispiel der polnischen Fleischindustrie**
Agata Pieniadz (PhD)
2002, 291 Seiten, ISBN 3-8175-0360-1
- Vol. 15 **Agricultural enterprises in transition: Parallels and divergences in Eastern Germany, Poland and Hungary**
ed. by Ludger Hinners-Tobrägel and Jürgen Heinrich
2002, 455 pages, ISBN 3-8175-0366-0
- Vol. 16 **Agricultural technology and economic development of Central and Eastern Europe. Results of the workshop in Halle, 2nd-3rd July 2001**
ed. by Peter Tillack and Ulrich Fiege
2002, 160 pages, ISBN 3-86037-199-1
- Vol. 17 **Региональные аспекты аграрных преобразований: Политика, реструктуризация, рыночная адаптация**
под редакцией Петера Тиллака и Виталия Зиновчука
2003, 236 страницы, ISBN 3-928466-55-0

- Vol. 18 **Alexander Vasilievich Chayanov – The tragedy of an outstanding agricultural economist**
ed. by Eberhard Schulze
2003, 188 pages, ISBN 3-86037-201-7
- Vol. 19 **Development of agricultural market and trade policies in the CEE Candidate Countries**
by the Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries
2003, 72 pages, ISBN 3-86037-212-2
- Vol. 20 **Large farm management**
ed. by Alfons Balmann and Alexej Lissitsa
2003, 396 pages, ISBN 3-86037-213-0
- Vol. 21 **Success and failures of transition – The Russian agriculture between fall and resurrection**
ed. by Eberhard Schulze, Elke Knappe, Eugenia Serova, Peter Wehrheim
2003, 521 pages, ISBN 3-9809270-1-6
- Vol. 22 **Subsistence agriculture in Central and Eastern Europe: How to break the vicious circle?**
ed. by Steffen Abele and Klaus Froberg
2003, 233 pages, ISBN 3-9809270-2-4
- Vol. 23 **Pfadabhängigkeiten und Effizienz der Betriebsstrukturen in der ukrainischen Landwirtschaft – Eine theoretische und empirische Analyse**
Andriy Nedoborovskyy (PhD)
2004, 197 Seiten, ISBN 3-86037-216-5
- Vol. 24 **Nichtmonetäre Transaktionen in der ukrainischen Landwirtschaft: Determinanten, Spezifika und Folgen**
Olena Dolud (PhD)
2004, 190 Seiten, ISBN 3-9809270-3-2
- Vol. 25 **The role of agriculture in Central and Eastern European rural development: Engine of change or social buffer?**
ed. by Martin Petrick and Peter Weingarten
2004, 426 pages, ISBN 3-9809270-4-0
- Vol. 26 **Credit rationing of Polish farm households – A theoretical and empirical analysis**
Martin Petrick (PhD)
2004, 254 pages, ISBN 3-9809270-6-7

- Vol. 27 **Drei Jahrhunderte Agrarwissenschaft in Russland: Von 1700 bis zur Gegenwart**
Alexander Alexandrowitsch Nikonow und Eberhard Schulze
2004, 232 Seiten, ISBN 3-9809270-8-3
- Vol. 28 **Russlands Weg vom Plan zum Markt: Sektorale Trends und regionale Spezifika**
Peter Voigt (PhD)
2004, 270 Seiten, ISBN 3-9809270-9-1
- Vol. 29 **Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die sozio-ökonomischen Funktionen ukrainischer Landwirtschaftsunternehmen**
Helga Biesold (PhD)
2004 182 Seiten, ISBN 3-938584-00-9
- Vol. 30 **Agricultural policies and farm structures – Agent-based modelling and application to EU-policy reform**
Kathrin Happe (PhD)
2004, 291 pages, ISBN 3-938584-01-7
- Vol. 31 **How effective is the invisible hand? Agricultural and food markets in Central and Eastern Europe**
ed. by Stephan Brosig and Heinrich Hockmann
2005, 361 pages, ISBN 3-938584-03-3
- Vol. 32 **Erfolgsfaktoren von landwirtschaftlichen Unternehmen mit Marktfruchtanbau in Sachsen-Anhalt**
Kirsti Dautzenberg (PhD)
2005, 161 Seiten, ISBN 3-938584-06-8
- Vol. 33 **Agriculture in the face of changing markets, institutions and policies: Challenges and strategies**
ed. by Jarmila Curtiss, Alfons Balmann, Kirsti Dautzenberg, Kathrin Happe
2006, 544 pages, ISBN 3-938584-10-6
- Vol. 34 **Making rural households' livelihoods more resilient – The importance of social capital and the underlying social networks**
ed. by Gertrud Buchenrieder and Thomas Dufhues
2006, 106 pages, ISBN 3-938584-13-0
- Vol. 35 **Außerlandwirtschaftliche Diversifikation im Transformationsprozess. Diversifikationsentscheidungen und -strategien ländlicher Haushalte in Slowenien und Mazedonien**
Judith Möllers (PhD)
2006, 323 Seiten, ISBN 3-938584-14-9

- Vol. 36 **Accessing rural finance – The rural financial market in Northern Vietnam**
Thomas Dufhues (PhD)
2007, 166 Seiten, ISBN 3-938584-16-5
- Vol. 37 **Страхование посевов в Казахстане: Анализ возможностей эффективного управления рисками**
Раушан Бокушева, Олаф Хайдельбах, Талгат Кусайынов
2007, 82 Seiten, ISBN 3-938584-17-3
- Vol. 38 **Rethinking agricultural reform in Ukraine**
Zvi Lerman, David Sedik, Nikolai Pugachov, Aleksandr Goncharuk
2007, 167 Seiten, ISBN 3-938584-18-1
- Vol. 39 **Sustainable rural development: What is the role of the agri-food sector?**
ed. by Martin Petrick, Gertrud Buchenrieder
2007, 293 pages, ISBN 3-938584-22-X
- Vol. 40 **Efficiency of selected risk management instruments – An empirical analysis of risk reduction in Kazakhstani crop production**
Olaf Heidelbach (PhD)
2007, 223 Seiten, ISBN 3-938584-19-X
- Vol. 41 **Marktstruktur und Preisbildung auf dem ukrainischen Markt für Rohmilch**
Oleksandr Perekhozhuk (PhD)
2007, 274 Seiten, ISBN 978-3-938584-24-8
- Vol. 42 **Labor market behavior of Chinese rural households during transition**
Xiaobing Wang (PhD)
2007, 140 Seiten, ISBN 978-3-938584-25-5
- Vol. 43 **Continuity and change: Land and water use reforms in rural Uzbekistan. Socio-economic and legal analyses for the region Khorezm**
ed. by Peter Wehrheim, Anja Schoeller-Schletter, Christopher Martius
2008, 211 Seiten, ISBN 978-3-938584-27-9
- Vol. 44 **Agricultural economics and transition: What was expected, what we observed, the lessons learned (Vol I and II)**
ed. by Csaba Csáki, Csaba Forgács
2008, 634 Seiten, ISBN 978-3-938584-31-6

- Vol. 45 **Theoretical and methodological topics in the institutional economics of European agriculture. With applications to farm organisation and rural credit arrangement**
Martin Petrick
2008, 223 Seiten, ISBN 978-3-938584-31-6
- Vol. 46 **Agri-food business: Global challenges – Innovative solutions**
ed. by Thomas Glauben, Jon H. Hanf, Michael Kopsidis, Agata Pieniadz, Klaus Reinsberg
2008, 152 pages, ISBN 978-3-938584-33-0
- Vol. 47 **Eine Analyse der Transformationsberatung für die "kollektive Landwirtschaft" während der ersten Transformationsphase (1989-1991) am Beispiel Ostdeutschlands: Lehren für Korea**
Jeong Nam Choi (PhD)
2009, 225 Seiten, ISBN 978-3-938584-36-1
- Vol. 48 **Croatia's EU accession. Socio-economic assessment of farm households and policy recommendations**
Judith Möllers, Patrick Zier, Klaus Frohberg, Gertrud Buchenrieder and Štefan Bojnec
2009, 196 Seiten, ISBN 978-3-938584-35-4
- Vol. 49 **Structural change in Europe's rural regions. Farm livelihoods between subsistence orientation, modernisation and non-farm diversification**
ed. by Gertrud Buchenrieder Judith Möllers
2009, 166 Seiten, ISBN 978-3-938584-39-2
- Vol. 50 **Motive beim Weinkonsum – Unterschiede zwischen deutschen und ukrainischen Konsumenten**
Astrid Lucie Rewerts (PhD)
2009, 267 Seiten, ISBN 978-3-938584-40-8
- Vol. 51 **Rural development as provision of local public goods: Theory and evidence from Poland**
Andreas Gramzow (PhD)
2009, 203 Seiten, ISBN 978-3-938584-41-5
- Vol. 52 **Multi-level Processes of Integration and Disintegration. Proceedings of the Third Green Week Scientific Conference**
ed. by Franziska Schaft, Alfons Balmann
2009, 216 Seiten, ISBN 978-3-938584-42-2

- Vol. 53 **Zur Bestimmung der Wettbewerbsfähigkeit des weißrussischen Milchsektors: Aussagefähigkeit von Wettbewerbsindikatoren und Entwicklung eines kohärenten Messungskonzepts**
Mikhail Ramanovich (PhD)
2010, 202 Seiten, ISBN 978-3-938584-44-6
- Vol. 54 **Die Internationalisierung landwirtschaftlicher Unternehmen. Das Beispiel deutscher, dänischer und niederländischer Direktinvestitionen in den ukrainischen Agrarsektor**
Henriette Stange (PhD)
2010, 296 Seiten, ISBN 978-3-938584-45-3
- Vol. 55 **Verhandlungsverhalten und Anpassungsanpassung im internationalen Verhandlungsprozess: Die WTO-Agrarverhandlungen zum Abbau exportwettbewerbsfördernder Maßnahmen**
Ildiko Lajtos (PhD)
2010, 195 Seiten, ISBN 978-3-938584-48-4
- Vol. 56 **Challenges of education and innovation. Proceedings of the Fourth Green Week Scientific Conference**
ed. by Kelly Labar, Martin Petrick, Gertrud Buchenrieder
2010, 155 Seiten, ISBN 978-3-938584-49-1
- Vol. 57 **Agriculture in the Western Balkan Countries**
ed. by Tina Volk
2010, 249 Seiten, ISBN 978-3-938584-51-4
- Vol. 58 **Perspectives on Institutional Change – Water Management in Europe**
ed. by Insa Theesfeld, Frauke Pirscher
2011, 127 Seiten, ISBN 978-3-938584-52-1
- Vol. 59 **Der ukrainische Außenhandel mit Produkten der Agrar- und Ernährungswirtschaft: Eine quantitative Analyse aus Sicht traditioneller und neuer Außenhandelstheorien**
Inna Levkovych (PhD)
2011, 232 Seiten, ISBN 978-3-938584-53-8
- Vol. 60 **Regional structural change in European agriculture: Effects of decoupling and EU accession**
Christoph Sahrbacher (PhD)
2011, 244 Seiten, ISBN 978-3-938584-58-3

- Vol. 61 **Structural Change in Agriculture and Rural Livelihoods: Policy Implications for the New Member States of the European Union**
ed. by Judith Möllers, Gertrud Buchenrieder, Csaba Csáki
2011, 247 Seiten, ISBN 978-3-938584-59-0
- Vol. 62 **Improving the functioning of the rural financial markets of Armenia**
Milada Kasarjyan (PhD)
2011, 121 Seiten, ISBN 978-3-938584-60-6
- Vol. 63 **Integrierte Strukturen im Agrar- und Ernährungssektor Russlands: Entstehungsgründe, Funktionsweise, Entwicklungsperspektiven und volkswirtschaftliche Auswirkungen**
Jürgen Wandel
2011, 758 Seiten, ISBN 978-3-938584-61-3
- Vol. 64 **Goal Achievement in Supply Chain Networks – A Study of the Ukrainian Agri-Food Business**
Taras Gagalyuk (PhD)
2012, 204 Seiten, ISBN 978-3-938584-63-7
- Vol. 65 **Impacts of CAP reforms on farm structures and performance disparities – An agent-based approach**
Amanda Sahrbacher (PhD)
2012, 284 Seiten, ISBN 978-3-938584-64-4
- Vol. 66 **Land fragmentation and off-farm labor supply in China**
Lili Jia (PhD)
2012, 143 Seiten, ISBN 978-3-938584-65-1
- Vol. 67 **Ausprägung interregionaler Disparitäten und Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa**
Sabine Baum (PhD)
2012, 214 Seiten, ISBN 978-3-938584-68-2

In der Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* werden durch das IAMO Monographien und Tagungsberichte herausgegeben, die sich mit agrarökonomischen Fragestellungen zu Mittel- und Osteuropa beschäftigen. Wissenschaftlern, die in diesem Bereich forschen, steht die Schriftenreihe als Diskussionsforum offen.

In its series *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* IAMO publishes monographs and proceedings focusing on agricultural economic issues specific to Central and Eastern Europe. This series offers a forum to researchers studying this area.

ISSN 1436-221X
ISBN 978-3-938584-68-2